Heft 2 Februar 1982 5 DM C 4143 E

Konkret

50 Jahre Wirtschafts-wunder

Vor Hitler, mit Hitler, nach Hitler

Was der Generalbundesanwalt und das BKA gesucht und (nicht) gefunden haben

Der Polizeistaat zu Besuch

in konkret Februar 1983

Vorwort von Manfred Bissinger

An Konkret

Bonner Verhältnisse von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Ein Spitzel, der mitreden durfte von Jürgen Saupe
Nachrichten

Der Überfall durch das BKA von Jürgen Saupe
Die »Herren des Morgengrauens« kamen erst um halb zehn, aber dann war es beim BKA-Überfall auf die Redaktionsräume von KONKRET und die Wohnungen von zwei Redakteuren wie im »Tatort«: Observanten mit Mini-Funkgeräten in den Straßen, große Limousinen mit Auto-Telefon parken wo sie wollen, Namen an Klingelleisten und Briefkästen werden notiert und in den Häusern wird selbst Schmutzwäsche durchschnüffelt. Der Rechtsstaat des Helmut Kohl lüftet die Maske

Es ist kein Zufall... von Harald B. Schäfer
Auf Antrag von Harald 9. Schäfer, dem Obmann der SPD im Innenausschuß des Bundestages, trat dieses Gremium am 19. Januar zu einer Sondersitzung über die KONKRET-Affäre zusammen. Für KONKRET dokumentiert er die Not der Union mit der Pressefreiheit

»Wir hätten kämpfen müssen« von Werner Heine
Um die Republik zu retten, duldeten die Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre den Abbau von Sozialleistungen und die Senkung von Lohntarifen, die von Industrie und von Reichskanzler Brüning erpreßt wurden. Heute nutzen Unternehmer und Bürgerblockregierung die Krise nach dem alten Muster. Und wieder macht die Gewerkschaft mit. Wie die IG Metall in die Knie ging, beschreibt KONKRET um Beispiel Arbed Saarstahl

Bolivian Connection von Kai Hermann
Boliviens Hochebene und der ehemalige Gestapo-Chef, alias Barbie. Eine junge Demokratie und eine mörderische Geheimarmee. Milliarden-Profite mit Kokain und tödlicher Hunger. Eine blutige Spur führt von Lyon über Bologna nach La Paz und verliert sich nicht

»Europa wird zum Vorfeld« von Walentin Falin
Bis 1978 war Walentin Falin der Sowjetunion in Bonn, danach wurde er stellvertretender Leiter der Abteilung internationale Information beim ZK der KPdSU. In dieser Funktion beantwortete Falin die KONKRET-Fragen zur Atomrüstung, zur Politik der Reagan-Regierung, zu den Gefahren für Europa, zur Regierung Kohl, zu Polen und zu Afghanistan. Drei Wochen nach dem Gespräch wurde Falin Sonderkorrespondent der Regierungszeitung »Iswestija«

»Schwachsinn von dramatischer Schönheit« von Djermen Gwischiani
Von Djermen Gwischiani*

»Es gibt dort Leute, die auf den Knopf drücken wollen« von Radomir Bogdanow
Von Radomir Bogdanow *

Die Amerikaner vergifteten Vietnam und hinterließen Opfer für Jahrzehnte von Hermann Kohn, Harald Meinke

Vietnam kann mit den verheerenden Giftschäden aus dem Krieg nicht fertigwerden. Deshalb trafen sich dort Mitte Januar Wissenschaftler aus aller Welt, um über Hilfe für die Opfer zu beraten

Konkret-Extra: 50 Jahre Wirtschaftswunder von Otto Köhler

Ein Parteiführer namens Adolf Hitler habe vor fünfzig Jahren die Macht ergriffen und eine Diktatur errichtet, die am 6. Mai 1945 endete. Das ist das Fazit vieler Darstellungen, die pünktlich zum 50. Jahrestag der Machtergreifung in der bundesdeutschen Presse erscheinen. Doch die Geschichte ist anders. Für die Deutsche Industrie war das 111. Reich kein Zwangsstaat, sondern eine große Epoche unternehmerischer Privatinitiative. Sie bezahlte Adolf Hitler und kassierte Milliarden von seinen Rüstungsaufträgen. Investitionshindernisse ließ er durch die SA beseitigen, und die Lohnkosten waren gering: Tausende von Zwangsarbeitern mußten unter elenden Bedingungen die Gewinne der Unternehmer steigern. Während die Unternehmer und Manager der Nazi-Konzerne auch heute noch das große Geld verdienen, speisten sie ihre ehemaligen Zwangsarbeiter mit einem Trinkgeld ab. Doch der zweite Weltkrieg hat mehr gekostet, als die Wirtschafts-Führer bereit waren auszugeben. Die Differenz mußte auf die Bevölkerung umgelegt werden. Das besorgte ein geheimnisvoller Mister X, von dem jeder weiß, wer er ist, den aber so bis heute keiner kennt

Deutsche Gespräche von Horst Tomayer

Horst Tomayer telefonierte als Staatssekretär vom Staatssekreteriat für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Mielecker, mit dem Präsidenten des FC Bayern München Willi O. Hoffmann

Wer wollte da den Bürgerkrieg? von Stefan Hinz

Ein Angeklagter, der unversehens in die Rolle des Volkstribuns geriet, die so gar nicht zu ihm paßt; ein Ankläger, der mit überzogenem Strafantrag mehr Lust auf Rache demonstriert als demokratisches Rechtsempfinden; ein Richter, der schon etliche umstrittene Urteile gefällt hat: Am 19. Januar wurde Alexander Schubart wegen Widerstands gegen die Startbahn West zu zwei Jahren Haft mit Bewährung verurteilt. An diesem Richterspruch haben jetzt alle zu knacken - Landesregierung, Justiz und Startbahngegner

Führer, Kult & Film von Kraft Wetzel

»Napoleon« erobert Berlin. Der Stummfilm des französischen Regisseurs Abel Gance kehrt - so die Werbung - »in all seiner Monumentalität auf die Leinwand zurück«. Und in all seiner ideologischen Fragwürdigkeit

Als wenn'ste schwebst von Tom Schimmeck

Berlin – Stadt der Doppeldeckerbusse und der Demonstranten, Stadt der Alkoholiker und der Außenseiter, Stadt der Rosinenbomber und der Rentner. Für einsfünfzig fahren Besucher auf das Europa-Center und schauen auf eine Stadt, die sie für kaputt halten. Was ist dran an Berlin?

Stuttgart bei London von Horst Janssen

Brief an konkret

Fisch und Tips von Wolfram Moser

Immer noch ist es ein Übel, daß wohlschmeckende Speisen eine allzulange Zubereitungszeit brauchen. Auch knackiges Gemüse, fangfrischer Fisch und rückstandsfreie Getränke sind immer schwieriger zu bekommen. Unser Eßkritiker Wolfram Moser beschreibt Alternativen. Er setzt mit diesem Beitrag die exklusiven Menüvorschläge des bekanntesten deutschen Eßkritikers Wolfram Siebeck fort

»Kein Raum mehr für die Dichtung« von Inge Feltrinelli, Hartmut Schulze, Heinrich Maria Ledig-Rowohlt

Im März wird der Verleger Heinrich Maria Ledig-Rowohlt 73 Jahre alt. Auch der Rowohlt-Verlag hat dieses Jahr 75. Jubiläum. Inge Feltrinelli und KONKRET-

Redakteur Hartmut Schulze haben sich mit dem »letzten Dinosaurier« der deutschen Verlagsszene - wie er von Freunden und Konkurrenten genannt wird - unterhalten

Bücher: Ist Eichmann zu verstehen? von Gerd Fuchs

Am 21. Januar wurde in München »Bruder Eichmann« uraufgeführt, das letzte Stück des Schriftstellers Heinar Kipphardt, der im November gestorben ist. Das Schauspiel über den Nazi-Verbrecher Adolf Eichmann ist als Buch bei Rowohlt erschienen

Bücher: Chronik einer vergessenen Rebellion von Wolfgang Schneider

Kann uns ein Bürgerkrieg in Brasilien der Jahrhundertwende heute noch interessieren?

Bücher: Kinobücher von Wolf Donner

Die Neuerscheinungen auf dem Filmbücher-Markt sind kaum noch zu überblicken. Aber zwei Nachschlagewerke können – bei allen Mängeln – jedem Kino-Gänger empfohlen werden

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/83, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Helmut Kohl hat immer versichert, er sei der Erbe Konrad Adenauers. Richtig geglaubt hat ihm das niemand, nicht einmal seine eigene Partei.

Das wird sich jetzt vielleicht ändern: Emsig ist Kohl dabei, die Adenauer-Ära zu restaurieren - jedenfalls so, wie sie in seinem Kopf herumspukt. Drei Monate nach Amtsantritt läßt sich die Politik des neuen Kanzlers auf einen Nenner bringen: Gesundes Volksempfinden im Inneren, untertäniges Befehlsempfangen von draußen.

Zum 50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers teilt die Union die Bundesrepublik in zwei Lager: in anständige und unanständige Deutsche; die anständigen wählen Kohl. Und als ob es keine deutsche Vergangenheit gegeben habe, ist der Krieg mit den Nachbarn im Osten wieder ein Thema. Die Sowjetunion wird nach alter Tradition als aggressiv dargestellt, der atomare Erstschlag ist nur ein strategisches Problem, der Friede läßt sich allein durch die Überlegenheit der westlichen Alliierten sichern. Recht ist wieder, was rechts ist, und vollzogen wird das, was die freie Macht-Wirtschaft wünscht. Die Hausbesitzer können mehr Miete kassieren, die Unternehmer sich aus der Lohntüte ihrer Arbeiter sanieren, die katholische Kirche darf sich auf's Neue der Frauen bemächtigen, und die Institutionen haben freie Hand beim Einschüchtern der Bürger. Das Ganze nennt sich GMW - die von Kohl ausgerufene geistig-moralische Wende.

Wer da nicht freiwillig mitmacht, der muß büßen. Bei den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten blieb der Widerstand gegen die Gleichschaltung auf wenige beschränkt. Beim Überfall auf die KONKRET-Redaktion hat sich das erneut gezeigt.

Pech für die Union, daß der Tagesthemen-Moderator Klaus Bednarz Dienst hatte und in der Woche danach Panorama im Programm war und nicht Report. Gut für die Union, daß ihr das ZDF inzwischen gehört. Auf Springer ist sowieso Verlaß.

Wer sich nicht gleichschalten läßt, läßt sich vielleicht abschalten. Bei der CDU/CSU war die Vorliebe für Bürger mit Kopf und eigenem Urteilsvermögen (Generalsekretär Geissler: »unanständig«) nie besonders ausgeprägt. In der Opposition blieb ihr nur die Möglichkeit, darüber zu mäkeln. In der Regierung bietet sich nun die Chance aufzuräumen. So schlicht hat Kohl-Vorbild Adenauer schon gedacht, als er 1962 den »Spiegel« besetzen ließ.

Mit von der Partie war Franz Josef Strauß - damals wie heute.

Die Weichen für die Durchsuchung der KONKRET-Redaktion wurden von München aus gestellt. Gesprächspartner: Generalbundesanwalt Kurt Rebmann und der bayerische Ministerpräsident. Anlaß der Aussprache: Rebmann hatte ein Amt in der Regierung Kohl angestrebt, der Bayer sein Veto eingelegt. Er war verärgert, weil nach seiner Meinung die Bundesanwaltschaft nach Veröffentlichung der Langemann-Papiere in KONKRET mehr in bayerischen Amtsstuben als in Hamburger Redaktionsräumen ermittelt hatte.

Rebmann zeigte sich bußfertig. Er stellte beim Bundesjustizministerium Antrag auf Strafverfolgung der KONKRET-Redakteure. Das Papier kam an eine kompetente Adresse. Der neue Staatssekretär (und alte Genscher-Vertraute) Klaus Kinkel war eben noch Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND) gewesen.

Wie Langemann den BND geleimt hatte und wie wenig Interesse bei den Geheimdienstlern bestand, auf die Affäre noch eine draufzusetzen, versicherte Kinkel mir in vielen Telefonaten (er rief immer wieder bei KONKRET an) und einem mehrstündigen persönlichen Gespräch in seiner Chef-Suite in Pullach. Der Schwabe Kinkel: »Wir sind an einer neuen 'Spiegel'-Affäre nicht interessiert.« Er konnte es leicht sagen, denn im Kanzleramt saßen Sozialdemokraten, die die geforderte Journalistenverfolgung abgelehnt hatten.

Wie anpassungsfähig die Freidemokraten in ihrem rechtsstaatlichem Empfinden sind, zeigte sich schnell. Nach der Bonner Wende befürworteten Kinkel und sein Minister Hans Engelhard das Rebmann-Gesuch. Der neue Chef des Kanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, nahm das FDP-Votum erfreut zur Kenntnis und erteilte Genehmigung zur Strafverfolgung.

Dann geschah nichts - bis der KONKRET-Titel über die doppelte Moral des Helmut Kohl am Kiosk hing.

Die ehrbare Birne brachte den Staatsapparat auf Touren. Bonner Beamte berichten, daß Kohl-Hausmeier Schreckenberger nach der Lektüre des Heftes nachfragte, was denn eigentlich aus der von ihm befürworteten Strafverfolgung geworden sei. Der Apparat, auf Obrigkeit gestimmt, gehorchte aufs Wort. Was mit dem März-Heft von KONKRET vor neun Monaten begonnen hatte, was einen Untersuchungsausschuß 27 mal tagen ließ, was Langemann in Haft und für 500. 000 Mark Kaution wieder in Freiheit brachte, was Gutachten der Bundesministerien für Äußeres, Inneres und Justiz auslöste, was in

der Öffentlichkeit wegen neuer Affären langsam in Vergessenheit geriet - ausgerechnet in den Weihnachtsferien wurde es zur Staatsaktion. Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof, Horst Kuhn, erließ zwei Tage vor Silvester Durchsuchungsbefehl »der Wohnungen der Beschuldigten Manfred Bissinger und Jürgen Saupe, ihrer Arbeitsplätze, der anderen von ihnen benutzten Räume, ihrer Person und der ihnen gehörenden Sachen«.

Gleichzeitig mit Datum vom 29. Dezember wurden wir zur Vernehmung am 11. Januar ins Hamburger Polizei-Präsidium vorgeladen, 13. Etage, Zimmer 1315, neun Uhr. Ein Hamburger Polizei-Beamter begrüßte mich in der Halle: »Damit haben wir nichts zu tun. Das ist alles BKA.« Was er damit meinte, erfuhr ich zehn Minuten später vom Bundesanwalt Helmut Lunz. Er setzte die am Vortag aus Bonn angereisten BKA-Beamten von der Abteilung Staatsschutz »zur Sicherstellung« in Marsch. Damit hatte die neue Bundesregierung eine Kostprobe ihrer Möglichkeiten gegeben, Helmut Kohl war Adenauer ein Stück näher gekommen (Bericht auf Seite 12).

Der Labortest einer »Spiegel«Affäre macht deutlich, wohin die Reise gehen soll. Noch trauen sich die neuen Herren an die großen Auflagen nicht heran. Verlage wie »Gruner + Jahr« und »Spiegel« verfügen über Einfluß, Geld und lautes Echo. Da darf es nicht wundern, daß Langemann-Veröffentlichungen im »Stern« kein Vorwand sind, um Redaktionsräume und Privatwohnungen zu filzen. Was mit unbotmäßigen Journalisten zu geschehen hat, läßt sich besser an einem kleinen Verlag vorführen.

Das ist die Lektion, die die Größeren kapieren sollen.

Des öfteren haben mich Leute angesprochen und gesagt: »Das war aber eine prima PR-Aktion für euch.« So mag es auf den ersten Blick auch scheinen, bei genauerem Hinsehen muß man zu einem anderen Schluß kommen. Das BKA kam nicht, um uns zu helfen, sondern um uns (und damit andere) einzuschüchtern.

Die Aktion hatte Erfolg. Kaum ging die Nachricht über die Fernschreiber, riefen Informanten, Abonnenten und Inserenten an. Die Informanten, weil sie Angst hatten, ihre Unterlagen könnten mit abtransportiert worden sein (was nicht der Fall ist); die Abonnenten, weil sie Angst hatten, ihre Anschrift lande im BKA-Computer (was nicht möglich ist, weil unsere Abo-EDV außer Haus ist); die Inserenten, weil sie Angst hatten, ihr Name könne mit Geheimnisverrat in Zusammenhang gebracht werden (was nicht so ist, wie schon der Ausgang der »Spiegel«-Affäre gezeigt hat).

Uns waren solche Reaktionen begreiflich. Das innere Klima der Republik ist inzwischen so, daß nur wenige noch dem Staat trauen und viele sich überwacht fühlen. Wer diesem Gefühl des alltäglichen Unbehagens nachgibt, resigniert und sich dagegen nicht zur Wehr setzt, trägt dazu bei, daß die Mühlen immer feiner mahlen. Es darf nicht sein, daß das Geld- und Machtkartell die Courage erstickt - 38 Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches.

Auch darüber wird am 6. März abgestimmt.

P.S. Dieses Heft ist anders ausgefallen als geplant. Der Überfall von BKA und Bundesanwaltschaft hat uns Änderungen aufgezwungen. In diesem Vorwort sollte von anderen Themen die Rede sein. Von *Otto Köhlers* wichtiger Dokumentation über 50 Jahre deutsches Wirtschaftswunder - von 1933 bis 1983. Wer liest, wie die deutsche Wirtschaft vor Hitler, mit Hitler und nach Hitler kontinuierlich ihre Interessen durchsetzen konnte, ahnt auch, wie dies in Verbindung mit einer absoluten CDU/CSU-Mehrheit nach dem 6. März weitergeht (Seite 49).

Einem der Nazis, die außer Landes gegangen sind, war *Kai Hermann* auf der Spur. In Bolivien zog er Erkundigungen über den Massenmörder Klaus Altmann alias Barbie ein. Fazit. Auch unter der neuen demokratischen Regierung hat der Alt-Nazi nicht an Macht eingebüßt. Und das, obwohl der Generalstaatsanwalt in La Paz inzwischen Altmanns Auslieferung an die Bundesregierung befürwortet hat (Seite 24).

Ein Land, das unter dem Terror des Dritten Reiches besonders gelitten hat, ist die Sowjetunion. Das darf bei der Diskussion über die Aufstellung neuer Raketen nicht vergessen werden. *Hermann L. Gremliza* und ich besuchten im Dezember Moskau. Wir haben viele Gespräche geführt; eins davon mit Walentin Falin, veröffentlichen wir auf Seite 34. Falin hat inzwischen eine andere Position: Er wird als Sonderkorrespondent der Regierungs-Zeitung »Iswestija«, also ohne staatliches Amt, Kundschafter zwischen Ost und West sein. Der ehemalige Bonn-Botschafter, der mit Egon Bahr die deutsch-sowjetischen Verträge ausgearbeitet hat, gilt als präziser Interpret der sowjetischen Politik. Falins Einlassungen werden ergänzt durch zwei Exklusiv-Beiträge hoher sowjetischer Funktionäre zum Thema Supermacht USA. Sie illustrieren, worauf es heute im Ost-West-Konflikt ankommt.

Der Zeichner und Schriftsteller *Horst Janssen* nähert sich diesem Thema auf eigene Weise. (Seite 80). Er hat mir ein umfangreiches, handgeschriebenes Manuskript geschickt. Das Titelblatt ist - wie könnte es bei Horst Janssen anders sein - gezeichnet. Der Beitrag ist nicht zu beschreiben, man muß ihn lesen. Diskussion ist ausdrücklich erwünscht.

Konkret 02/83, S. 6

An Konkret

Filz aufdecken

Die »Spiegel«-Affäre war das erste, was mir einfiel, als ich von der Durchsuchung der KONKRET-Redaktion hörte. Und ich habe mir die Frage gestellt, ist wirklich nur KONKRET allein gemeint, oder greift man hier nicht das mutige Blatt an, das sich herausnimmt sehr oft zu kritisieren, sehr gründlich zu arbeiten und sehr unabhängig sich auszudrücken. Der Innenausschuß des Bundestages muß zu einer eindeutigen Klärung dieser Affäre kommen. Denn es ist wichtig zu wissen, warum die Bundesregierung so lange mit einer Durchsuchung gezögert hat.

Dabei finde ich es unglaublich, daß immer wieder Untersuchungen in Redaktionen vorgenommen werden, um Quellen zu erkennen. Das ist keine für eine demokratische Wirklichkeit zulässige Angelegenheit. Die Presse ist nicht dazu da, eine dienende Hilfe für staatliche Administrationen zu geben. Sie ist unabhängig, sie ist frei nach der Verfassung, sie hat selbst dann noch zu sprechen, wenn Staatsgeheimnisse vorhanden sind, deren Bedeutung so groß ist, daß die öffentliche Meinung sie kennen muß.

Gustav Heinemann hat einmal gesagt, »es gibt nicht nur eine Staatsgefährdung durch Geheimnisverrat, es gibt auch eine Demokratiegefährdung durch Geheimnistuerei.« FRITZSÄNGER

EHEM.CHEFREDAKTEUR

DER DEUTSCHEN PRESSEAGENTUR

MÜNCHEN

Nachdem ich in den letzten Tagen die Berichte über die Durchsuchungsaktion in der »Frankfurter Rundschau« verfolgt habe, möchte ich Euch für Eure journalistische Arbeit danken. Nur wenn Ihr weiter so schreibt und »Staatsgeheimnisse« aufdeckt, kann der ganze Filz in den Behörden, bei Politikern und anderen, die teilweise bis über beide Ohren drinstecken, aufgezeigt und vielleicht sogar beseitigt werden. Zur Unterstützung Eurer Zeitschrift liegt meine Abo-Bestätigung anbei (auf die Gefahr hin, daß ich nach der nächsten Durchsuchung im BKA-Computer lande).

GERD RATH

KASSEL

Die Durchsuchung Eurer Redaktionsräume durch die Staatsanwaltschaft ist eine Schweinerei und ein Angriff auf Meinungsfreiheit und demokratischen Journalismus.

Deshalb habe ich mich entschlossen, doch KONKRET zu abonnieren.

ROLAND KEIL

FRANKFURT

Als ich gestern abend im Fernsehen die Schweinerei sah, die sich die Kohl-Zimmermann-Clique bei Euch erlaubt hat, dachte ich nur: Wenn ich persönlich irgendwie helfen kann, Anruf genügt!

MICHAEL

TOCHTERMANN

WERBELEITER

ECON VERLAGSGRUPPE

DÜSSELDORF

Komme wieder

Uniweit Empörung über ungebetenen Besuch der Polizei. Volle Solidarität und Unterstützung. Verurteilung aller polizeilichen Maßnahmen, die die Pressefreiheit verletzen und insbesondere Kritik an der Rechtsregierung verhindern

sollen.

DIE DEN ASTA DER UNI HAMBURG TRAGENDEN VERBÄNDE JUSO HOCHSCHULGRUPPE, SHB UND MSB

Wir kommen gern wieder zu Euch, aber wir holen nichts ab. Liebe solidarische Grüße.

ZUPFGEIGENHANSEL

THOMAS FRITZ

STUjTGART

Wie vor 50 Jahren

Wenn die Staatsgewalt in einer Redaktion erscheint und zur Begründung Artikel heranzieht, die vor vielen Monaten veröffentlicht worden sind, dann muß man schon sehr staatsfromm sein, um das zu akzeptieren. Ich fürchte, es handelt sich um einen Fall politischer Willkür, um einen Versuch, kritische, aufklärerische und darum mißliebige Journalisten einzuschüchtern.

Das Schaurigste, was ich über die Polizeiaktion bei KONKRET las, kam von der Staatsanwaltschaft: Das sei eine »Routinemaßnahme« gewesen. So tief also ist der Wert der Pressefreiheit schon gesunken. So wenig achtet der Staat die Unabhängigkeit der Presse, den dazu notwendigen Informantenschutz, das Redaktionsgeheimnis. Unter staatlichem Schutz steht offenbar nur das Staatsgeheimnis, vor allem das illegale. Wehe dem Blatt, das kriminelle Praktiken eines Geheimdienstes oder des Militärs enthüllt. Carl von Ossietzky, der noch zur Weimarer Zeit verurteilt wurde, weil er Informationen über die illegale Aufrüstung der Reichswehr veröffentlicht hatte, würde deswegen vermutlich auch heute von der Staatsgewalt verfolgt.

Gerade jetzt, nach 50 Jahren, sehe ich Anlaß, an die Gleichschaltung der Presse zu erinnern, und zu fragen, was wir seitdem gelernt haben. Ist uns klar geworden, daß der Staat nicht über dem Bürger steht, daß die Grundrechte dem Staatsinteresse vorgehen, daß die Bürger die staatlichen Institutionen ständig unter Kontrolle halten müssen und daß sie dazu eine freie Presse brauchen?

An dem Wort »Routinemaßnahme« ist viel Wahres, Haben wir genug protestiert, als die Staatsgewalt die Redaktion der »roten blätter« durchsuchte? Oder als sie bei der »Hannoverischen Neuen Presse« Fotos von Konfrontationen zwischen Polizisten und Demonstranten beschlagnahmten - um nur zwei von vielen Beispielen zu nennen? Es wird höchste Zeit, daß sich alle Journalisten und Demokraten gemeinsam wehren, so wie vor 20 Jahren anläßlich der »Spiegel«-Affäre, als in der ganzen Republik mit nicht geringem Erfolg demonstriert wurde. Der Druck von unten war immerhin stark genug, um das Ausscheiden des damaligen Verteidigungsministers F.J. Strauß aus der Bundesregierung zu bewirken.

ECKART SPOO

VORSITZENDER DER DEUTSCHEN JOURNALISTEN UNION

STUTTGART

Guter Vorschlag

Die Berichterstattung über die Durchsuchung der Redaktionsräume, sowie Eure Schwierigkeiten bei der Hörfunkwerbung (Januarausgabe), veranlassen mich zu folgendem Vorschlag: Wie wäre es mit einem schönen, großen Aufkleber als Beilage in einer der nächsten Ausgaben?

KONKRET Werbung - Ihr solltet die Ersten sein auf dem »jungfräulichen« Lack meines Fahrzeugs.

R. SEMROCH

ALFELD

Empört über Polizeieinfall. Betrachten es, wie einen Angriff auf die Presse-Freiheit, solidarische Grüße.

BARTSCHMIDT

CHEFREDAKTEUR »DE WAARHEID«

AMSTERDAM

An Bundeskanzler Helmut Kohl 5300 Bonn, Kanzleramt Hiermit protestiere ich auf das Schärfste gegen den von Ihrem Amt genehmigten Polizeiüberfall auf die KONKRET-Redaktion in Hamburg, die in peinlicher Weise an die unrühmliche »Spiegel«-Affäre seligen Angedenkens erinnert und hoffentlich ein gleiches Ende nimmt.

DR. KLAUS HOBOTTER

BREMEN

Tradition

Die Vorgänge von seiten der Bundesanwaltschaft, des Bundeskriminalamtes und der Sicherungsgruppe Bonn in den Redaktionsräumen Eurer Zeitschrift, in den Privatwohnungen von Manfred Bissinger und Jürgen Saupe, werfen am Vorabend der 50. Wiederkehr des 30. Januar 1933, ein bezeichnendes Licht auf unsere Demokratie. Wenn Staatsorgane zum Zwecke der Unterdrückung von Meinungen eingeschaltet werden, heißt das Zensur. Wir, die Filmdokumentaristen, zusammengeschlossen in der AG Dokumentarfilm e.V., fühlen uns auch davon mitbetroffen. Auch uns kann das passieren, daß Negative und Filme, Tonbänder und Manuskripte auf Anordnung konfisziert werden, damit Meinung nicht verbreitet werden kann. AG DOKUMENTARFILM

27 UNTERSCHRIFTEN

HAMBURG

Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) verurteilen den Polizeieinsatz zur Durchsuchung Eurer Redaktionsräume. Sie sehen darin einen ganz und gar ungerechtfertigten Eingriff, der eine eklatante Behinderung der demokratischen Pressearbeit in der Bundesrepublik darstellt. Wir sprechen Euch unsere Solidarität im Abwehrkampf gegen die Polizeiaktion aus, denn auch wir wissen, nur gemeinsam können wir die zunehmenden staatlichen Repressionsmaßnahmen in allen gesellschaftlichen Bereichen wie auch im Demonstrationsrecht abwehren. Auf eine erfolgreiche und ungehinderte Pressearbeit der KONKRET!

VORSTAND DER VDS

INGO AREND, PRESSEREFERENT

BONN

Es ist eine unselige und lange geübte deutsche Tradition, den Boten zu töten, der die schlechten Nachrichten bringt. Nun haben Euch die bayerisch-bonner Schläge erwischt. Der Bundesrepublik stehen finstere Zeiten bevor, in denen solche mutigen Blätter wie KONKRET als erste den Knüppel von Sicherheit und Ordnung spüren werden. Wir hoffen dennoch, Ihr bleibt weiterhin kritisch - und konkret, wenn es um die Machenschaften der Hinter- und Vordermänner in der deutschen Politik geht.

BBU-GESCHÄFTSSTELLE

BONN

Voller Empörung habe ich die Meldung über die Polizeiaktion zur Kenntnis genommen. Da, wie auch in der Presse zu lesen ist, Vermutungen bestehen, daß Material und Informationen über Langemann-Affäre hinaus beschlagnahmt worden sind, möchte ich hiermit anfragen, ob meine Anschrift (ich bin Abonnent von KONKRET) möglicherweise dem Fahndungscomputer des BKA's nunmehr bekannt ist oder bekannt sein konnte.

VOLKER STAHL

STUD.PHIL., STADE

Ehrliche Angst

Ich bin seit etlichen Jahren überzeugter KONKRET-Fan. Euer Vorhaben, die Sippe Strauß zu ärgern, finde ich super. Ich persönlich würde ja auch liebend gern in Form eines Abos meinen Beitrag leisten. Aber ich habe ehrlich gesagt Angst, und zwar Angst davor, daß der BND oder ähnliche Organisationen die Anschriften der Abonnenten speichern, um sie eines nahen Tages gegen uns zu verwenden. Meine Angst kommt nicht von ungefähr, denn ich weiß wo ich lebe, und ich weiß was es heißt, für eine Sache in den Knast zu gehen.

PETER BRETFELD

WERL

Stolperstein

Herr Bundeskanzler!

Sie haben die KONKRET-Redaktion polizeilich heimsuchen lassen.

Den politischen Gegner mit Polizeiaktionen zu überziehen, mag in Diktaturen, denen Sie Freundschaft und Hochachtung zollen, zum guten Ton zählen, noch nicht, hoffentlich, bei uns. Oder wollten Sie nur ein wenig Polizeistaat spielen, bevor Ihnen neue Raketen zu größeren außenpolitischen Möglichkeiten verhelfen? Haben Sie sich vom Parlament nur deshalb das Mißtrauen aussprechen lassen, damit Sie jetzt niemand berechtigterweise zum Rücktritt auffordert? Tun Sie es trotzdem! Geschäftsführen heißt nicht, bayerische Geschäfte besorgen.

Zum Regieren, haben Sie gesagt, brauchen Sie vor allem die Gnade. Gnade vor Recht? War es so gemeint? So wetten wir Staatsbürger nicht.

Möge Ihnen die KONKRET-Affäre zum Stolperstein bei der kommenden Bundestagswahl werden! In den Weg gerollt haben Sie ihn sich selbst.

DIETRICH KITTNER

KABARETTIST HANNOVER

Konkret 02/83, S.8

Hermann L. Gremliza

Bonner Verhältnisse

Der Teufel soll mich holen, wenn mehr als fünf Prozent der »mündigen Bürger« wissen, welche Wahl ihnen am 6. März gelassen wird. Es soll sogar Leute geben, die Hans-Jochen Vogel für einen Kanzler-Kandidaten halten. So komisch kann Demokratie sein.

Traut man den Umfragen - was bleibt einem anderes übrig -, so werden die Wähler dem mit den langen Ohren eine lange Nase zeigen, und die Union wird mehr Stimmen bekommen als die SPD. Dies vorausgesetzt, haben wir die Wahl: zwischen einer absoluten Mehrheit der CDU/CSU unter einem Bundeskanzler Helmut Kohl und einer Minderheitsregierung der Union unter einem Kanzler, der auch Gerhard Stoltenberg heißen kann. Die Entscheidung zwischen diesen beiden Möglichkeiten kann von einem Promille der Wahlberechtigten getroffen werden. Bleiben die Grünen bei 4,9 Prozent stecken, regiert mit absoluter Mehrheit die totale Familie. Kommen die Grünen aber in den Bundestag, wird - etwa im September - ein Christdemokrat zum Kanzler einer Minderheitsregierung gewählt.

Zuvor geschieht, der Reihe nach, dieses:

Der Bundespräsident beauftragt den Kanzlerkandidaten der Union, besagten Kohl, mit der Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit. Kohl verhandelt mit der SPD. Die Verhandlungen scheitern, weil die Union keine Zugeständnisse in der sogenannten Nachrüstungsfrage machen will. Kohl gibt also seinen Auftrag zurück, und Carstens muß den Kandidaten der SPD, Hans-Jochen Vogel, vorschlagen.

Nun beginnt, was wir aus Hamburg und Hessen kennen: Verhandlungen mit den Grünen über die Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Auch diese Verhandlungen werden scheitern. Ja, sie werden überhaupt nur geführt, um durch ihr Scheitern das geheimste Geheimnis dieses Staates zu schützen: daß die Freiheit der Bundesbürger, sich eine Regierung zu wählen, dort endet, wo die Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika gefährdet sind. Eine Bonner Regierung, deren Existenz und Politik von der Unterstützung durch eine »antiamerikanische« Partei abhängt, ist nicht erlaubt. Sie zu verhindern, bedarf es keines Putsches. In den 38 Nachkriegsjahren haben sich die USA durch Umerziehung, Propaganda, Stipendien, Austauschprogramme, ideelle und materielle Zuwendungen aller Art auch in der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften eine Clique geschaffen, die - ob in vorauseilender Loyalität oder auf Anweisung, ob per Telefon oder Osmose - zu handeln bereit ist. »Rotgrüne« Bündnisse mögen in Kommunalparlamenten geduldet werden. Sogar in Landtagen wären sie denkbar. Im Bundestag, der Volksvertretung des politisch, wirtschaftlich und militärisch stärksten Juniorpartners der USA: nie. Gegen die normative Kraft dieses Faktischen kommt nicht einmal die Postengeilheit prominenter Sozialdemokraten an.

Schon während der Gespräche mit den Grünen werden sich Interviews in der »Bild«-Zeitung häufen, in denen »gestandene Sozialdemokraten« reichlich »staatsbürgerliche Verantwortung« absondern, das heißt: für eine sozialdemokratische Tolerierung einer CDU/CSU-Minderheitsregierung werben. Sogar von Großer Koalition (die Wahlversprechungen liegen nun immerhin schon drei bis vier Monate zurück, sind also verjährt) ist die Rede. Und da der Bundespräsident Neuwahlen scheut, beauftragt er noch einmal einen CDU-Politiker, eher Stoltenberg als Kohl, mit der Regierungsbildung. Diesmal wird ein Kompromiß mit der SPD in der Atomraketen-Frage gefunden: Die Stationierung der Pershing Il wird um zunächst ein Jahr vertagt, die USA und die Sowjetunion werden zur Fortsetzung ihrer Genfer Verhandlungen aufgefordert.

Und dafür sollen wir am 6. März wählen gehen? Diese triste Alternative soll einen Igel aus dem Loch locken? Scheiß-Politik!

Wieviel beschwingter könnte der Gang zum Wahllokal sein, wenn wir wirklich die Wahl hätten: zwischen Krieg und Frieden, Atomraketen und Abrüstung, zweieinhalb Millionen Arbeitslosen und einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Doch wir haben sie nicht. Was bleibt, ist die Wahl zwischen dem totalen CSU-Staat und dem durch Sozialdemokratismen gemäßigten CDU-Staat. Wer - aus jenem politischen Umkreis, der KONKRET liest - den ersten will, kann zuhause bleiben oder, das schmälert die Chancen der Grünen noch mehr, die SPD wählen. Wer die Alleinregierung der CDU/CSU verhindern will, muß den Grünen über die fünf Prozent helfen. Das ist keine Glaubenssache, sondern Mathematik.

Damit ist freilich noch nicht gesagt, welche der beiden Möglichkeiten vorzuziehen ist. Wer die Verhinderung der atomaren Aufrüstung Mitteleuropas als Bedingung nicht »nur« zur Bewahrung des nackten Lebens, sondern der letzten Reste demokratischer Entwicklungschancen begreift, könnte auf den Gedanken verfallen, daß nur eine in klare Opposition verbannte SPD den außerparlamentarischen Kampf gegen die Stationierung weniger behindern, vielleicht sogar entscheidend voranbringen würde. Gesetzt den Fall, eine gegen die Regierung Strauß/Kohl opponierende SPD schlösse

sich der Friedensbewegung an, mobilisierte Millionen ihrer Wähler, beteiligte sich an Demonstrationen und Blockaden - wäre gegen solch massiven Widerstand die Einführung von Pershing 11 und Cruise missiles möglich?

Leider hält die rosarote Hoffnung weder geschichtlicher Erfahrung noch aktueller Kenntnis stand. Schon einmal hat die SPD eine Volksbewegung - gegen die Wiederbewaffnung - so heftig umarmt, daß dieser die Luft ausging. Wetten, daß es den immer noch an Organisation und Anhängern reichen Partei- und Gewerkschaftsapparaten gelänge, auch diese Friedensbewegung zu erdrücken und in der Ruhmeshalle der Parteigeschichte neben denen aufzubahren, über die die sozialdemokratische Realpolitik der letzten hundert Jahre hinwegmarschiert ist?

Nein, von einer reinen SPD-Opposition ist da nichts zu erhoffen. Also lieber eine von Sozialdemokraten tolerierte CDU/CSU-Regierung, womöglich gar eine Große Koalition? Ja. Denn außer der Wiedereinführung des Schüler-Bafög und neben der Zwangsanleihe, die nun auch die CDU nicht mehr zurückzahlen will, muß die SPD ihren Mitgliedern und ihrer Wählerschaft etwas bieten, was im nächsten deutschen Herbst die Stimmung hebt - und das kann nur ein Aufschub der atomaren »Nachrüstung« sein. Zugleich werden die Sozialdemokraten (und die von ihnen tolerierte Regierung) weiterhin unter dem Druck einer unabhängigen Friedensbewegung stehen, die nun sogar einige Sprecher im Bundestag hat. Den Verteidigungsminister Wörner einmal vor aller Augen von dem grünen Abgeordneten Gert Bastian auseinandergenommen zu sehen, schafft nicht nur intellektuelle Erleichterung, sondern behindert auch die Kompromißwilligkeit der SPD-Führung.

Eine Lust zu wählen wird es trotzdem nicht sein. Nicht für die Szene, die alles will und das sofort, aber nicht am Sonntag aufstehen und womöglich durch den abgasgrauen Schneematsch stapfen, damit, bestenfalls, ein paar Monate später Graf Brockdorf Bundeskanzler wird. Und nicht für Leute wie mich, denen als Dank für analytische Bemühungen und sozialistische Disziplin das Erlebnis winkt, aus dem Schillerkragen des Rudolf Bahro den unpolitischen Dumpfsinn der deutschen Romantik via TV in die Wohnstube dringen zu sehen und sich sagen zu müssen: auch den habe ich gewählt.

Aber es muß sein.

Konkret 02/83, S. 10

Nachrichten

Allerletzte Version

Am 26. Mai 1982 ließ sich der 19-jährige Polizist Michael R. bei einem »freiwilligen Selbstversuch« vor niedersächsischen Landtagsabgeordneten mit dem gefährlichen Polizeikampfmittel CS-Gas besprühen. Tags darauf starb Michael R. beim Baden (KONKRET 11/82). Die Staatsanwaltschaft ordnete sofort die Obduktion an. Drei Monate später wurde dieser Fall zufällig bekannt. Nun boten die niedersächsische Landesregierung und die ermittelnden Stellen nacheinander der Öffentlichkeit verschiedene Todesursachen an: Michael R. sei bereits bei der Übung mit Atemnot zusammengebrochen - und etwas später - er habe am Vorabend seines Todes Alkohol getrunken. Beide Meldungen wurden anschließend dementiert. Michael R. sei an Herzinfarkt gestorben, lautete die nächste Version.

Nach fast siebenmonatiger Untersuchung teilte die Staatsanwaltschaft in Hannover das Ergebnis der feingeweblichen Untersuchung mit: Der Grippevirus soll nun den Kreislauf des Verstorbenen geschwächt und zum Herzversagen bei den Tauchübungen geführt haben.

Die Gerichtsmediziner, die über keinerlei Erfahrungen über die Wirkung des gefährlichen Gases verfügten, formulierten entsprechend vorsichtig, daß »alles dafür spricht, daß Michael R. infolge einer Virusinfektion beim Baden ertrunken ist«. Der Landtagsabgeordnete Werner Holtfort (SPD), der als Anwalt die Eltern von Michael R. vertritt: »Der Fall ist nicht sicher aufgeklärt. Auch wenn von den Gutachtern der Grippevirus als wahrscheinlichste Ursache genannt wird, so ist der Tod durch das CS-Gas trotzdem nicht auszuschließen.«

Helfershelfer

Die Geheimdienste der Bundesrepublik brauchen den Datenschutz künftig nicht mehr zu fürchten. Die Dienste fanden in Bundesinnenminister Zimmermann und seinem Staatssekretär Spranger, beide CSU, willfährige Helfershelfer. Mit dem Rausschmiß des jetzigen Datenschutzbeauftragten der Bundesregierung, Prof. Hans-Peter Bull, findet Datenkontrolle nicht -mehr statt. Bulls Vertrag läuft Ende Februar aus und wird von Zimmermann nicht mehr verlängert. Sein Nachfolger wird die Schnüffler aus Köln und Pullach nicht mehr stören: er ist einer der ihren. Zimmermann will den jetzigen Abteilungsleiter »P« (Polizeiangelegenheiten) im Bundesinnenministerium, Hans-Joachim Ordemann, an die Spitze des Bundesamtes für Datenschutz setzen. Gleichzeitig machten sich Zimmermann und Spranger die Rechtsauffassung des Bundesamtes für Verfassungsschutz über die Kontrollbefugnis der Datenschützer bei den Geheimen Diensten zu eigen. Diese Rechtsauffassung, nach der niemand mehr Einsicht in ihre Akten und Datenspeicher haben darf, wurde von bayerischen Verfassungsschützern bereits freudig kommentiert: von einer Kontrolle »kann jetzt nicht mehr« gesprochen werden.

8. Jahrestag

Vor gut einem Jahr klagte Ursula Zöller, Mitarbeiterin der katholischen Postille »Neue Bildpost« und Mitglied der Barmer Ersatzkasse, gegen den § 218. Sie sei nicht gewillt, so ihre Begründung, mit ihrem monatlichen Krankenkassenbeitrag »mitschuldig am Töten ungeborenen Lebens« zu werden. Diese Klage ist jetzt vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anhängig. Vor acht Jahren hatte das Bundesverfassungsgericht bereits über den Paragraphen befunden. Damals sprach sich das höchste deutsche Gericht gegen die Fristenregelung aus.

Zum 8. Jahrestag, am 26. Februar, werden jetzt alle § 218-Gruppen der Bundesrepublik in Karlsruhe protestieren. Beginn der Demonstration: 11 Uhr, Universität, Adenauerring.

Zitat I

»Die Bevölkerungsstatistik zeigt, daß seit 1970 etwa zwei Millionen Menschen durch Abtreibung nicht geboren wurden. Wenn man einmal, abgesehen von diesem schrecklichen Tatbestand, überlegt, wie viele Fotomotive damit der Fotobranche verloren gegangen sind, nachdem der stärkste Anreiz zum fotografieren immer noch die Familie ist, dann muß man sich fragen, ob hier nicht eine Form der Selbstzerstörung unter dem Deckmantel »Freiheit« begonnen hat. Wen wundert es, daß heute von vielen jungen Menschen die Familie weitgehend aufgegeben wurde?«

Aus der Zeitschrift foto-contact 11 /82

Zitat II

Helmut Kohl lüftete zum Schluß ein streng gehütetes Geheimnis. Die verblüfften Zuhörer erfuhren endlich, warum der Kanzler selbst die ernstesten Wahrheiten mit einem Lächeln auf den Lippen verkünden kann. Mit einem 'fröhlichen Herzen' müßten Christdemokraten ihr Angebot für die Politik vortragen. 'Gestreßtsein und bittere Mienen sind Signale des Sozialismus'.«

Aus der Frankfurter Rundschau vom 10. 1.83

Lesehilfe

Ein Volk will verhandeln: 85% der Deutschen wollen, daß mit den Warschauer-Pakt-Staaten über deren Offerte eines »Nichtangriffspaktes« verhandelt wird. Nur 12% wollen das nicht. Über die Hälfte erwarten ohne Verzug eine positive Reaktion der eigenen Regierung, während 430/o erst die Stellungnahme der USA abwarten wollen. Entsprechende Ergebnisse hatte die jüngste wöchentliche Telefonumfrage von » Infratest« für den SPD-Parteivorstand ergeben. Diese Zahlen wurden bislang nicht veröffentlicht. Deshalb jetzt in KONKRET: Als Lesehilfe für immer noch zaudernde SPD-Politiker.

National-Kanal

Die »Deutsche Nationalzeitung« (DNZ) ist zum Sprung in den Kabel-Kanal bereit, sobald die Unionsparteien das Privatfernsehen ermöglichen. »Wir können jederzeit eine solche DNZ herstellen«, äußerte Harald Neubauer, Redakteur bei dem rechtsradikalen Wochenblatt mit einer Auflage von rund 100.000 Exemplaren. Finanzen, Konzept und Technik seien vorhanden. Als Chefredakteur dieses National-Kabels würde Neubauer den Gesinnungsfreund (»Ich war dabei«) und Ex-Programmbereichsleiter des Bayerischen Rundfunks, Franz Schönhuber, »sehr begrüßen«.

Konkret 02/83, S. 11

Jürgen Saupe

Ein Spitzel, der mitreden durfte

Nachrichten

Am 19. Dezember 1982 wurde ein gewisser Dr. Johannes Schauff 80 Jahre alt. Für das Hamburger Wochenblatt »Die Zeit« war das Anlaß, gleich von zwei Mitarbeitern - Hermann Rudolph und Hansjakob Stehle - auf einer halben Zeitungsseite feinsinnige Gedenkartikel zu drucken. Rudolph, inzwischen zum Chefredakteur des BRD-Staatssenders Deutschlandfunk aufgestiegen, vermeldete zu Recht über Schauff: »Die Archive äußern sich nur einsilbig über ihn.« Nun rückte»Die Zeit« den Dr. Schauff mal in die Schlagzeile.

Seine Lebensdaten: 1932 jüngster Reichstagsabgeordneter. Mit der Zentrumsfraktion stimmt er - obwohl intern dagegen - Hitlers Ermächtigungsgesetz zu. Noch vorher war der katholische Rheinländer Schauff Leiter der Reichsstelle für Siedlungsberatung und damit befaßt, Bauernsöhne aus Westdeutschland in den Junkerlanden des damaligen deutschen Ostens anzusiedeln. Nach 1933 setzte sich Schauff in Etappen nach Brasilien ab und gründete dort eine Siedlung im Urwald. Nach dem Krieg leitete er das Internationale katholische Flüchtlingskomitee und war Mitglied der päpstlichen Kommission »Justitia et Pax.« Sein Einfluß auf das polnische Episkopat führte zum Versöhnungsbrief des Breslauer Erzbischofs Boleslaw Kominek an die deutschen Bischöfe. »Zeit«-Autor Rudolph nennt ihn »einen unermüdlichen Vermittler und Berater, Fäden-Knüpfer und Konflikt-Bereiniger«. Und dann fährt er wahrhaft diplomatisch fort: »Er hat wohl auch, so hat man den Eindruck, auf vielen anderen Gebieten angeregt, geholfen, vermittelt. Aber so genau weiß man das nicht. Denn worum es sich bei seinen Aktivitäten genau gehandelt hat, das leuchtet im sprudelnden Fluß seiner Erzählungen nur unscharf auf.«

Ach nee. Dr. Johannes Schauff ist seit Jahrzehnten ein Agent des Bundesnachrichtendienstes in Pullach. Für solches Kaliber Wie Schauff gebrauchte man beim BND nicht die - an sich exakte - Bezeichnung Agent. Der von BND-General Wolfgang Langkau geführte Schauff, der Mitte der 60er Jahre monatlich 2.000 Dollar - sicher steuerfrei - eingestrichen hat, wurde im Dienst als »Intermediateur« bezeichnet. Das ist ein Spitzel, der mitreden darf. Und Schauff durfte. Der BND-Agent saß mit am Tisch, als nach der »Spiegel-Affäre« am 6. Dezember 1962 der damalige Außenminister Heinrich von Brentano (CDU) den Vizekanzler Erhard (CDU) mit Frau und Verteidigungsminister Strauß (CSU) mit Frau eingeladen hatte. Durch ein Koalitionsgespräch verhindert waren CDU-Kanzler Adenauer und der CSU-Abgeordnete Baron Guttenberg. Schon am nächsten Mittag um 12.15 Uhr berichtete Langkau an BND-Chef Reinhard Gehlen, was sein Agent »Dr. Schauffel« (später hieß er im Dienst: Spaten) vom Abendbrot-Tisch der Unionspolitiker zu berichten hatte. So ließ der Geheirndienstchef die Bundesregierung ausspionieren.

Als nach dem Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition der Strategische Dienst des General Langkau aufgelöst wurde und die Agenten mit zum Teil hohen Abfindungen entlassen wurden, war Schauff nicht unter den Opfern der »Säuberungswelle«. Im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages kam zu Tage, Schauff sei auf Anweisung von Kanzleramts-Minister Horst Ehmke (SPD) nach einem Hinweis von SPD-Fraktions-Chef Herbert Wehner mit 6.000 Mark monatlich auf der BND-Pay-Roll geblieben. Wehner soll seinem Duz-Freund Schauff damit die Vermittlungsrolle beim Zustandekommen der Großen Koalition gedankt haben. In Rom traf BND-Agent Langemann seinen Kollegen Schauff wieder, beim Geburtstags-Empfang des bundesdeutschen Vatikan-Botschafters Berger. Langemann berichtete am nächsten Tag per Fernschreiben Nr. 387 vom 30. Oktober 1969, 10 Uhr - nach Pullach, Schauff habe mit dem Jesuiten-Pater Simmel von Radio Vaticano gewettet, die SPD/FDP-Koalition werde bis in die nächste Legislatur-Periode bestehen - »allerdings dann ohne Brandt«. Er behielt recht. 1974 - in der Mitte der nächsten Legislaturperiode - wurde Willy Brandt in Bonn als Kanzler gestürzt. Nachfolger war Helmut Schmidt. Und der hat Johannes Schauff zum 75. Geburtstag für den » Rat und die Unterstützung gedankt«, die »Sie seit dem Bestehen der Bundesrepublik den für den Staat Verantwortlichen, aber auch mir persönlich, in zahlreichen Fragen zur Verfügung gestellt haben«. So dankt die Bundesrepublik ihren BND-Spitzeln, auch wenn sie die eigene Regierung ausspioniert haben.

Konkret 02/83, S. 12

Jürgen Saupe

Der Überfall durch das BKA

Die »Herren des Morgengrauens« kamen erst um halb zehn, aber dann war es beim BKA-Überfall auf die Redaktionsräume von KONKRET und die Wohnungen von zwei Redakteuren wie im »Tatort«: Observanten mit Mini-Funkgeräten in den Straßen, große Limousinen mit Auto-Telefon parken wo sie wollen, Namen an Klingelleisten und Briefkästen werden notiert und in den Häusern wird selbst Schmutzwäsche durchschnüffelt. Der Rechtsstaat des Helmut Kohl lüftet die Maske

Es begann in Sri Lanka. Zwei Wochen - vom 21.Dezember 1982 bis zum 5. Januar 1983 - bereisten die KONKRET-Redakteure Hannelore Heinrichs und Hartmut Schulze mit 35 weiteren bundesdeutschen Urlaubern per Bus den Inselstaat im Indischen Ozean. Mit von der Urlaubspartie war auch eine rothaarige Mittvierzigerin, an die sich die KONKRET-Leute nur insofern erinnern, als sie eine hochwertige Kleinbild-Kamera mit sich führte und sich intensiv um Schmuck- und Batik-Geschäfte kümmerte. Mehr als die Tageszeit hatten die Reisegefährten sich jedoch nicht zu sagen.

Als Hartmut Schulze am 11. Januar - wie üblich kurz nach 9.30 Uhr - die Redaktionsräume von KONKRET in der Hamburger Osterstraße 124 betritt, steht vor ihm im Treppenhaus die rothaarige Reisegefährtin aus den Tropen. Frau Christa Ludwig ist Kriminalhauptkommissarin in der Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamtes Meckenheim bei Bonn und gehört zu den etwa 20 Beamten, die zusammen mit den Herren Ambs, Lunz und Schulz von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe nach Hamburg gereist sind, um die Redaktionsräume von KONKRET und die Privatwohnungen von Manfred Bissinger und Jürgen Saupe zu durchsuchen. Der Dialog der Sri-Lanka-Touristen im KONKRET-Treppenhaus ist kurz und erhellend. Schulze: »Was für ein Zufall ... « - Frau Ludwig: »Ich habe meine Reise aber schon im August gebucht!«

Falls es so wäre, wäre der von der Kripo-Dame selbst postulierte Verdacht ausgeräumt, das Bundeskriminalamt beschatte KONKRET-Mitarbeiter selbst noch im fernen Sri Lanka. Denn im August regierte in Bonn noch die sozial-liberale Regierung Schmidt/Genscher und zu dieser Zeit - immerhin ein halbes Jahr nach den Veröffentlichungen in KONKRET, die die »Affäre Langemann« auslösten - traute sich Generalbundesanwalt Kurt Rebmann nicht, in Bonn die Ermächtigung zu Redaktions- und Wohnungsdurchsuchungen einzuholen.

Seit aber in Bonn Helmut Kohl und Friedrich Zimmermann im Sattel sitzen, ist alles anders geworden. Auch Rebmann begriff die Wende und beantragte am 19. Oktober 1982 bei der Bundesregierung die Ermächtigung, gegen Manfred Bissinger und Jürgen Saupe nach § 97 Strafgesetzbuch wegen »Preisgabe von Staatsgeheimnissen« ermitteln zu können. Im Frühjahr 1982, als das Ermittlungsverfahren unter dem Aktenzeichen 6 BJs 42/82 gegen Langemann, den in Südfrankreich lebenden Journalisten Frank Peter Heigl und die beiden KONKRET-Redakteure eröffnet worden war, hatte der Vorwurf gegen Bissinger und Saupe noch »Offenbarung von Staatsgeheimnissen«, also Verstoß gegen § 95 StGB gelautet. Der Unterschied ist juristisch erheblich. § 95 erfordert den Nachweis des vorsätzlichen Handels, bei § 97 genügt der Nachweis der Fahrlässigkeit. In jedem Fall aber muß durch die bekanntgewordenen Staatsgeheimnisse die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet worden sein.

In der Zeit der sozial-liberalen Koalition ist dem Generalbundesanwalt bereits am 24. Juni 1982 vom dafür zuständigen Auswärtigen Amt in Bonn unter dem Aktenzeichen 100-531.00 Tgb.Nr. 187/82 VS-Geh. mit der Unterschrift »Röding« mitgeteilt worden, daß der KONKRET-Artikel »Operation EVA - Ein BND-Agent enthüllt Geheimdienst-Skandale« »negative Auswirkungen im Verhältnis zu keiner der betroffenen ausländischen Regierungen bzw. zum Heiligen Stuhl nach sich gezogen hat und dies auch für die Zukunft nicht zu besorgen ist.«

Jetzt, nach der Wende, gelten in Bonn neue Normen. Justizminister Hans A. Engelhard (FDP) und Kanzleramtschef Waldemar Schreckenberger (CDU) erklärten dem Innenausschuß des Bundestages auf der KONKRET-Sondersitzung am 19. Januar die Kohl'schen Richtlinien. Danach bestimmen künftig in der BRD die Geheimdienste, was ein schützenswertes Staatsgeheimnis ist und nicht verantwortliche Politiker. Und zweitens steht im Widerstreit von Pressefreiheit und internationaler Geheimdienst-Zusammenarbeit das Grundrecht der Pressefreiheit an zweiter Position. Kurz: Wenn die CIA pfeift, rollt das BKA an und die Pressefreiheit ist im Eimer. So wie am 11. Januar in Hamburg.

Der Angriff gegen KONKRET erfolgte verdeckt. Um sicher zu gehen, bei der geplanten Durchsuchung von KONKRET auch die notwendigen Personen - Bissinger und Saupe - vorzufinden, wurden diese für den 11. Januar um 9.00 Uhr in den 13. Stock des Hamburger Polizeipräsidiums geladen.

Der Vorwand: Sie sollen als Beschuldigte wegen »Verdachts des Offenbarens von Staatsgeheimnissen u.a.« vernommen werden. Als Beschuldigte, auch wenn der Strafvorwurf verfälscht widergegeben ist, brauchen die Journalisten aber nicht auszusagen, und sie wollen das auch nicht. Über ihre Anwälte haben sie schon geraume Zeit eine Aussage von vorheriger Akteneinsicht für die Anwälte abhängig gemacht. Wer sagt schon gerne aus, wenn er gar nicht weiß, wessen er wirklich beschuldigt wird. Darauf aber mögen sich Rebmanns Leute nicht einlassen, wenigstens noch nicht. Sie wissen, wie dünn

ihre Vorwürfe gegen die Journalisten sind und daß diese ihnen als Zeugen - wegen des journalistischen Zeugnisverweigerungsrechtes - nicht zur Verfügung stehen. Also müssen sie als Beschuldigte unter Druck gesetzt werden.

Pünktlich um 9.00 Uhr sind Bissinger und Saupe im Hamburger Polizeipräsidium. Die beiden Journalisten werden getrennt. Als sie von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen, präsentieren die Bundesanwälte den Durchsuchungsbeschluß des Bundesgerichtshofes. Die schriftliche Begründung ist ein Musterbeispiel dafür, wie schludrig in Karlsruhe mit der Wahrheit umgegangen wird.

Der unterzeichnende Richter Horst Kuhn begründet: »Die Beschuldigten Dr. Langernann und Heigl haben, ... mit Bissinger ... und Saupe Verhandlungen über den Verkauf von Informationen und schriftliche Unterlagen der unter dem Sammelnamen 'EVA' zusammengefaßten Operationen des BND geführt.« Das ist glatt erfunden. Bissinger und Langemann haben sich nie gesehen, also auch nie verhandelt. Beim Treffen von Langemann, Saupe und Heigl am 13. Februar 1982 im Hotel »Bayerischer Hof« in München gab es ebenfalls keine Verhandlungen, sondern es wurden Recherchen und Veröffentlichungen besprochen. Geld war kein Thema. Bei diesen - nie stattgefundenen - Verkaufsverhandlungen mit Langemann sollen Dokumente und Tonbänder übergeben worden sein. Obwohl die Bundesanwaltschaft und auch Richter Kuhn das besser wissen können, machen sie die Unwahrheiten zur Mit-Grundlage ihrer Entscheidung.

Die Karlsruher Justiz versucht die Quadratur des Zirkels. Sie will die Beweismittel sicherstellen, die KONKRET veröffentlicht hat, obwohl die KONKRET-Artikel die Beweismittel sind.

So verlief dann auch die Durchsuchungsaktion. Während Saupe noch im Polizeipräsidium leibesvisitiert wurde und nur durch massiven Protest verhindern konnte, daß sein Adressenbuch mit den Anschriften von Informanten, Bekannten und Verwandten von den Staatsschützern kopiert wurde, wurde Manfred Bissinger mit Begleitkommando in seine Wohnung gebracht. Dort waren Oberkommissar Hahn und sein Kollege in 20 Minuten mit der Durchsuchung fertig. BKA-Beute: Kopien der Tonbänder mit Langemann-Erklärungen, die für den Bayerischen Landtag vorgesehen waren. Fünf von insgesamt acht Tonbändern sind dort bereits von KONKRET vorgespielt und anschließend dem Generalbundesanwalt übergeben worden. Daß es noch nicht mehr sind, liegt daran, daß die CSU mit ihrer Mehrheit die weitere Arbeit des Untersuchungsausschusses in München erst einmal gestoppt hat. Die vertraulichen Bänder sollten in diesen Wochen in München abgespielt werden. Ein Band mit Rundfunk-Spots des Kabarettisten Dieter Hildebrandt, das Bissinger auf Verlangen vorspielen mußte, blieb unbeschlagnahmt.

In Saupes Wohnung »arbeiteten« auf rund 45 Quadratmetern Wohnfläche neun Beamte viereinhalb Stunden. Sie interessierten sich für Steuererklärungen und Kontoauszüge ebenso wie für Familienalben, Briefe, Briefmarkensammlungen, Bettkästen und Wäsche. Und sie nahmen mit, was immer sie für richtig fanden. So auch das Langemann-Roman-Manuskript »Der Katzenschlosser«, obwohl die Schwarte bereits beim BKA vorliegt. Kommentar der BKA-Kommissarin Gut: »Ich habe zehn Seiten gelesen. Das ist langweilig.« Weiter ein Tonband mit Recherchen aus dem Jahre 1972, was freilich nichts mit Langemann, aber mit BND-Mitarbeitern in Österreich zu tun hat.

Ähnlich verlief das Verfahren in den KONKRET-Räumen. Aus Bissingers Büro nahmen sie die gesamten Handakten zum Fall Langemann mit. Zweieinviertel Stunden filzten vier Beamte dann Saupes Schreibtisch und Korrespondenz-Ordner. Ihre Beute ist enttarnend. 39 Blatt Dokumente und Kopien mit Recherchen zu einer Heroin-Geschichte, die bis in den Freundeskreis des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß führt, wurde vom BKA mitgenommen. Weder den Hinweis, daß es sich hier nicht um Langemann-Dokumente handelt, noch die KONKRET-Bitte, der Redaktion wenigstens einen Satz Kopien der Dokumente zurückzulassen, brachten Erfolg.

Interesse fand bei den Beamten auch ein Stapel mit Recherchen-Material über die fragwürdigen Umstände des Todes von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe in Stammheim. Auch diese Unterlagen haben nichts mit Langemann zu tun, aber ihre Wegnahme verhindert - wenigstens in der nächsten Zeit -, daß ein weiteres Stück Wahrheit über den Umgang der deutschen Staatsschützer mit sogenannten Terroristen an die Öffentlichkeit kommt.

Konnten die Handlanger des Kurt Rebmann auch mehrere Aluminium-Koffer mit Tonbändern und Dokumenten, Zeitungsausschnitten und Briefen, Verträgen und Recherchen-Material, wegschleppen, die Original-Langemann-Dokumente fanden sie nicht.

Und so können die Herren und Damen Staatsschützer auch nicht verhindern, daß KONKRET die Berichterstattung über die Verfilzung von Bundesnachrichtendienst, Parteien, Industrie und Waffenhändlern fortsetzt. So können sie auch nicht verhindern, daß der BND als das enttarnt wird, was er in der Zeit von CDU-Bundeskanzlern war, eine Vereinigung, die fortlaufend gegen Recht und Gesetz verstieß und die mit bundesdeutschen Steuermitteln weltweit dabei war, wenn es galt, kriegerische Auseinandersetzungen zu' provozieren, reaktionäre Regime zu unterstützen und in Waffengeschäften mitzumischen. Zugleich aber war der BND unter Reinhard Gehlen und bis weit in die Ära Wessel hinein auch innerhalb der Bundesrepublik tätig, spionierend und konspirierend, wie zu belegen ist.

Wie die CDU/CSU unter Bundeskanzler Kohl sich den BND wünscht, macht eine Personalentscheidung der letzten Wochen deutlich. Als Nachfolger des BND-Präsidenten Klaus Kinkel, für den FDP-Chef Genscher als letzte Protektionstat

die Beförderung zum Staatssekretär im Justizministerium erreichen konnte, wurde Eberhard Blum neuer BND-Präsident. Dieses Fossil aus den Anfangsjahren der Organisation Gehlen, jener nie entnazifizierten Nachfolge-Organisation der Hitler-Spionage-Truppe »Fremde Heere Ost«, war einst Referent bei Gehlen. Als dieser Großmeister der Familienversorgung 1968 schließlich in Pension ging, mußte auch für sein »Blümchen« gesorgt werden. Man brachte ihn zunächst in London und dann für viele Jahre in Washington unter, wo Eberhard Blum und Frau »Puttchen« zur Standard-Garnierung jeder mittelmäßigen Stehparty gehörten.

Als diese 63jährige Übergangslösung am 14. Januar als BND-Chef installiert wurde, sprach sein Vorgesetzter, Kanzleramts-Chef Schreckenberger, erhellende Worte: »Eine berechenbare Politik der Friedenssicherung benötige auch die Arbeit eines Geheimdienstes für Auslandsaufklärung.« Und dann riet der Koordinator der bundesdeutschen Geheimdienste dem BND, die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und mit den Diensten der USA zu verstärken.

Als ob das nötig wäre. Bis in die 70er Jahre hinein haben BND und Bundeswehr und Westdeutsche Rüstungsfirmen gute Geschäfte gemacht, auch wenn sie illegal waren und damit bundesdeutsche Gesetze umgangen werden sollten. Ein Beispiel. Als bald nach Antritt der sozial-liberalen Koalition in Bonn der Strategische Dienst des BND unter General Wolfgang Langkau und später unter Kurt Weiß alias Winterstein in seiner alten Form aufgelöst wurde, da mußten zunächst nicht alle EVA-Agenten in Pension. Der Agent mit der EVA-Nummer 49 und dem Decknamen Pierre, der einstige Profi-Gangster aus Frankreich und heutige Staatenlose Raoul Matalon, bekam einen neuen Wirkungsbereich zugewiesen: Brasilien mit Wohnsitz in Rio de Janeiro und dazu noch Uruguay und Paraguay. Seinen Einsatzbefehl erhielt Matalon von einem BND-Mitarbeiter mit dem Decknamen Altmann, seine Agentenführerin war »Frau Fischem, hinter der sich die frühere Langkau-Sekretärin Körner mit dem Klarnamen Marie Luise von Könneritz verbirgt. Vom Herbst 1969 bis zum März 1972 war Matalon in Brasilien für den BND tätig mit einem Monatssalär von - steuerfrei - 6000 Mark. Ein Zubrot verdiente sich Matalon, indem er für die Düsseldorfer Firma WAH tätig war. WAH steht für Werkzeug-Außenhandel GmbH und ist, eine BND-Tarnfirma gewesen. Geleitet wurde sie von dem früheren Hitler-Adjutanten Gerhard Engel. Das Werkzeug, mit dem der einstige General handelte, war standesgemäß. Nicht Hammer, Zangen oder Sägen, sondern Waffen führte die WAH im Katalog. Und Matalons Aufgabe war es nicht nur, Abnehmer für Waffen zu finden, sondern auch rechtliche und bürokratische Hürden im Waffenhandel zu beseitigen. Da es in der Bundesrepublik verboten ist, Waffen »in Spannungsgebiete« zu liefern, wo natürlich die meisten Waffen gebraucht werden, verfiel man in Waffenhändler-Kreisen der BRD bald auf den Gedanken, Waffen eben auf Umwegen an die eigentlichen Adressaten zu bringen. Man verwendete falsche »End-User-Certificates« und »Delivery Verifications«. Auf deutsch heißt das, ein Land, das nicht in einem »Spannungsgebiet« liegt, bestätigt, daß es Endverbraucher der gelieferten Waffen sein wird und bestätigt später den Erhalt der Waffen. Diese Geschäfte machte mit neuen Waffen - etwa der Firma Rheinstahl - und ausrangierten Bundeswehrgeräten die BND-Firma WAH. Die Papiere besorgte in Südamerika Raoul Matalon. Seine Quelle: Gustavo Stroessner, damals Kapitän der paraguayischen Luftwaffe und zur Jet-Trainings-Ausbildung bei der brasilianischen Luftwaffe in Rio. Gustavo Stoessner, der Sohn des Diktators von Paraguay, Alfredo Stroessner, lieferte Dokumente nach Mustern, die Matalon von seinen bundesdeutschen Auftraggebern, dem WAH-Chef Engel und dessen Direktor Hans F. Witte, erhalten hatte. Sie liegen KONKRET ebenso vor, wie die Zahlungsanweisungen, mit denen der BND seinen Mann in Südamerika honorierte, als er für die WAH tätig war.

Das Verfahren, um den BND als Geldquelle zu schützen, war schlicht, aber wirkungsvoll. Matalon machte bei der Deutschen Bank in München ein Konto auf, auf dem zugleich seine Agentenführerin »Fischer« zeichnungsberechtigt war. Sie zahlte auf dem Konto ein und überwies zugleich auf Matalons Privat-Konto in Frankfurt. Als Tarnung für Matalon diente in Brasilien nach seinen eigenen Angaben die »Deutsche Entwicklungsgesellschaft« in Köln. Seinen Terminzettel vom BND zum Gespräch mit Adolph Woermann, dem Prokuristen der Gesellschaft, und dessen Visitenkarte hat sich Matalon als »Souvenir« aufgehoben. Erinnerung an eine gutbezahlte Agentenzeit in Südamerika, die im März 1972 jäh endete, als der BND seinen einstigen EVA-Agenten 49 abschaltete. Bis dahin hatte Matalon für die WAH, wie er KONKRET erzählte, die »ganze NATO-Palette an Munition und Waffen, von der Pistole bis zur Kanone« verscherbeln helfen. Wahres Empfänger-Gebiet der Kriegsgeräte war, so erinnert sich Matalon, »der mittlere Osten«. Derlei Geschäfte meint wohl Kanzleramts-Chef Schreckenberger, wenn er von »berechenbarer« Friedenspolitik spricht. Und diese Art von Friedenspolitik hat im Laufe der Jahre der BND immer wieder betrieben. Nach KONKRET vorliegenden Unterlagen hat der BND jahrelang das Kaiser-Regime in Äthiopien bei seinem Kampf gegen das benachbarte Somalia unterstützt. Was offiziell an Mitteln zum Bau von Polizeischulen ausgegeben wurde, ging in Wahrheit in die Rüstung. Nach Landesbrauch an die Überbringer der Gelder gewährter Bonus brachte Langemann und seine Mitarbeiter in Schwierigkeiten mit ihrem bundesdeutschen Beamten-Kodex. BND-Agent Langemann und seine Mitarbeiterin von Könneritz halfen sich, so können die Bundesanwälte aus bei KONKRET mitgenommenen Unterlagen entnehmen, indem sie einen Millionen-Betrag auf ein Schweizer Konto deponierten. Es hat die Nummer 483.993.30 bei der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich, Bahnhofstraße 45. Ähnliche Unterstützungsaktionen hat der BND unter Gehlen auch für den südkoreanischen Diktator Syrigman Rhee und den national-chinesischen Diktator Tschiang-Kai-Tschek abgewickelt. Nicht von ungefähr stand in den 60er Jahren auf Taiwan die größte funktechnische Anlage des BND im Ausland. Sie diente nicht nur dazu, Kontakt mit

Pullach bzw. der in Frankfurt angesiedelten BND-Funkzentrale zu halten, sie war auch als Lausch-Vorposten gegenüber Rot-China im Dienst. In Fernost belauschten die Bundesdeutschen Rotchina direkt. In Bonn machten das kurioserweise die Alliierten für den BND. So wurde - siehe Dokument - etwa die rotchinesische Nachrichten-Agentur Hsinhua abgehört. Die Protokolle landeten beim BND. Und noch ein Beispiel für die vielfältigen Aktivitäten des BND, die nicht der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, was immer das sein mag, dienen, sondern Eingriffe in die inneren Angelegenheiten dritter Staaten bedeuten. So berichtet etwa am 16. Oktober 1967 BND-Mann 27 VK, hinter diesem Kürzel verbarg sich Weiß alias Winterstein, daß es durch Vermittlung des damaligen BKA-Chefs Dickopf gelungen sei, Verbindung zum damaligen Chef des chilenischen Sicherheitsdienstes, Generaldirektor Emilio Oelkers-Holstein, aufzunehmen. Ergebnis des Kontaktes: Ausbildungshilfen des BND und »Informationsaustausch über kommunistische Aktivitäten«. So war wohl auch der Bundesnachrichtendienst mit im Spiel, als später die Regierung Allende in Chile gestürzt wurde - und wenn es nur mit Rat statt Tat war. Wenn es um den Kampf gegen Kommunismus geht, gibt es für den BND keine Grenzen.

So wie in Chile war man auch in Deutschland, gegen die DDR, tätig. Die Oppositionsgruppe in der DDR, die sich zur Jahreswende 1977/1978 im Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« gedruckt findet, was schließlich zur Schließung des Ostberliner »Spiegel«-Büros führt, eine solche Gruppe kennt der Bundesnachrichtendienst schon seit 1968. Damals meldete sich bei einer BND-Außenstelle ein Leipziger Professor, gab sich als DDR-Widerständler aus und forderte praktisch einen Wirtschaftsboykott gegen die DDR, eine Beendigung der Entspannungspolitik, Aufnahme von Kontakten Bonns zu Peking und was sonst noch gerade gegen Moskau und die DDR aktuell erschien. Was man aus einem solchen Vorgang machen kann, können nur Geheimdienst Experten ahnen. Jedenfalls muß es einen Grund haben, wenn Langemann im »Katzenschlosser« auf drei Wechselseiten seines Typoskripts sich über die Schließung des »Spiegel«-Büros ausläßt und die sechs »Geheim«-gestempelten Seiten aus dem BND, Tagebuch Nr. 362/68 geh., beifügt, die im Oktober 1968 auf dem Tisch von BND-Chef Wessel landeten. Nun hat sie - dank KONKRET – auch der Generalbundesanwalt in Karlsruhe.

Die Berichterstattung wird fortgesetzt. Das Presseecho auf den Überfall auf Seite 18

Konkret 02/83, S. 17

Harald B. Schäfer

Es ist kein Zufall...

Auf Antrag von Harald 9. Schäfer, dem Obmann der SPD im Innenausschuß des Bundestages, trat dieses Gremium am 19. Januar zu einer Sondersitzung über die KONKRET-Affäre zusammen. Für KONKRET dokumentiert er die Not der Union mit der Pressefreiheit

Die Kreidezeit der neuen CDU/CSU/FDP-Bunddesregierung ist vorbei. Seit der Durchsuchung der Räume der KONKRET-Redaktion wissen wir, wie die neue Regierung die Pressefreiheit nach dem 6. März schützen möchte: im Zweifel für die Durchsuchung. Es ist kein Zufall, daß sich die neue Rechtskoalition gleich unmittelbar nach ihrer Machtübernahme mit Maßnahmen der Pressekontrolle beschäftigt, Vergleichbares aber in den ganzen 16 Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung nicht vorgekommen ist.

Die Presse ist eines der wichtigsten Instrumente der öffentlichen Meinungsbildung. Deshalb stellt sie Artikel 5 unter den Schutz des Grundgesetzes - von der Beschaffung der Information bis zur Verbreitung von Nachrichten und Kommentaren. Wesentliche Voraussetzung für ihre Funktionsfähigkeit ist der Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen Presse und Informanten. Insofern ist der Schutz des Redaktionsgeheimnisses einer der Stützpfeiler der Pressefreiheit.

Wenn die Durchsuchung von Redaktionen eine »Routineangelegenheit« wird, dann kontrolliert nicht mehr die Presse die Regierung, sondern dann kontrolliert die Regierung die Presse.

Natürlich gibt es auch andere grundgesetzlich geschützte Rechtsgüter, die es im Einzelfall rechtfertigen können, das Redaktionsgeheimnis nach sorgfältiger Prüfung zurückzustellen. Ob allerdings die *Ermächti*gung der Bundesregierung zur Ermittlung gegen die beiden KONKRET-Redakteure (und damit die darauffolgende Durchsuchung der Redaktionsräume) diesem Maßstab genügen können, erscheint zweifelhaft.

Viele Ungereimtheiten: Wenn die Langemann-Veröffentlichungen der Verrat von Staatsgeheimnissen waren, was wollte man bei der Durchsuchungsaktion noch finden? Wollte man nicht vielleicht zusätzliches Material finden, vielleicht, um es vor der bevorstehenden Veröffentlichung zu bewahren? Warum dann aber das lange Warten? Immerhin hatte die letzte beanstandete Veröffentlichung in Heft 6/82 gestanden! Ein noch zur Zeit der sozial-liberalen Bundesregierung erstelltes Gutachten des Auswärtigen Amtes kam zu dem Schluß, daß es durch die Veröffentlichung keine »negativen Auswirkungen im Verhältnis zu keiner der betroffenen ausländischen Regierungen« gegeben hat. Bleibt auch die Frage, warum die CSU-Mehrheit im bayerischen Landtag so wenig Interesse an der Aufklärung des »Langemann-Falles« hat, wenn das so brisant ist, daß es Eingriffe in die Pressefreiheit rechtfertigen soll? Bleibt die Frage, was bei der Durchsuchung alles an »Zufallsfunden« gemacht werden sollte und wurde? Vielleicht ja Material, das nicht die Qualität von Staatsgeheimnissen hat, dafür aber der Rechtskoalition im Wahlkampf nicht gelegen gekommen wäre? Wer ist eigentlich noch alles verwickelt in den »Fall Langemann«?

Schließlich bleibt die Frage, ob hier nicht ein mißliebiges Presseorgan, bekannt für seine kompromißlose Ablehnung der Politik der Rechtskoalition, einen Dämpfer bekommen sollte. Gleichzeitig eine Warnung an alle potentiellen Informanten, denen auf diesem Wege vermittelt wird, daß ihre Mitteilung und Tips auch bei der Staatsanwaltschaft landen könnten. Man kann ein Blatt auch durch Austrocknung der Informationsströme ruinieren. insofern ist diese Aktion ein Angriff auf die Kontrollmöglichkeiten der Presse und damit auf die Pressefreiheit als Ganzes.

Jeder weiß, daß sich CDU/ CSU schwer tun mit Kritik aus den Medien: gerade erst jüngst bei ihrer Rüge für Redakteure des Deutschlandfunks hat sich gezeigt, wie dünnhäutig CDU/ CSU auf Pressekritik reagieren und wie leichtfertig sie bereit sind, die Unabhängigkeit von Journalisten zu untergraben, wenn sie sich mit dem Rücken zur Wand sehen.

Kasten »Presseecho« auf Seite 18

DER SPIEGEL

»Die Wende im Verfahren gegen die KONKRET-Redakteure macht die Schwachpunkte des politischen Strafrechts unübersehbar. Der Begriff des Staatsgeheimnisses, dessen Bruch die Bundesanwaltschaft den Journalisten nachweisen will, nimmt unter den wolkigen Definitionen des Strafrechts seit jeher eine Spitzenstellung ein.

Nach Paragraph 93 des Strafgesetzbuches (StGB) sind Staatsgeheimnisse 'Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, die nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind' Tatbestandsvoraussetzung ist ferner, daß sie 'vor einer fremden Macht geheimgehalten werden müssen' und daß dies notwendig ist, 'um die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden'.

Ob und wann diese Kriterien erfüllt sind, ist selten eindeutig, meist Ansichtssache und immer interpretationsbedürftig. Auch Staatsanwälte und Richter können nicht aus eigener Kenntnis objektiv feststellen, ob Tatsachen wirklich unter Verschluß gehalten werden müssen und, wenn ja, ob ihre Bekanntgabe die äußere Sicherheit gefährdet. Die Juristen bedürfen dazu in jedem Einzelfall eines oder mehrerer Gutachten - geliefert jeweils von einer Regierung, die immer Partei und möglicherweise an einer Strafverfolgung aus politischen Gründen interessiert ist.«

WDR

»In einem geordneten Staatswesen hätte man diejenigen, die so etwas aufdeckten, belohnt oder wenigstens belobigt. Und man hätte diejenigen, die diese kriminellen Aktionen angeordnet haben, streng zur Rechenschaft gezogen. Doch unter der sozial-liberalen Regierung - die KONKRET-Veröffentlichung erfolgte schon im März letzten Jahres - geschah weder das eine noch das andere. Und jetzt unter der neuen Regierung - das ist der Unterschied - geschieht das Entgegengesetzte. Hans-Eberhard Blum, der als persönlicher Referent dem damaligen BND-Chef am nächsten stand, darf jetzt die Führung des BND übernehmen und KONKRET bekommt den BKA-Überfall ins Haus.«

STUTTGARTER NACHRICHTEN

»Die überraschende Aktion der Bundesanwaltschaft gegen KONKRET in Hamburg verursacht, gelinde ausgedrückt, Unbehagen. Sicher, das Blatt hat im Frühjahr 1982 geheimdienstliches Material veröffentlicht, das nur zum internen Gebrauch des Bundesnachrichtendienstes gedacht war, das zum Teil amtlichen Geheimhaltungsvorschriften unterlag. Aber mit Hilfe dieser Papiere wurden Praktiken bloßgestellt, die in einem demokratischen Rechtsstaat nicht geduldet werden können ... Die Bundesregierung, die grünes Licht für die Ermittlungen gegen KONKRET gab, ist das Risiko eingegangen, mit Erinnerungen an die 'Spiegel'-Affäre konfrontiert zu werden. Wie damals, stellt sich grundsätzlich auch diesmal die Frage, wie die Medien verfahren sollten, wenn ihnen, auch auf ungewöhnlichem Wege, Informationen zugetragen werden, die offensichtlich schwerwiegende Mißstände in unserem Staat offenbaren. Was die KONKRET-Aktion anbetrifft, so verwundert, daß erst jetzt, mehr als ein halbes Jahr nach der Enthüllung der inkriminierten Papiere, Maßnahmen gegen die Redaktion ergriffen werden.«

Vorwärts

»Es kann nicht nur die Preisgabe dieser sogenannten Staatsgeheimnisse allein gewesen sein, die Bonn zum Zuschlagen bewogen hat. Andere gewichtige Umstände waren hinzugekommen und brachten das seit März aufgemachte Faß der amtlichen Geduld mit den Geheimnisverrätern zum Überlaufen. Im November-Heft wurde das neue Bundeskabinett vorgestellt: Ober den neuen Justizminister hieß es in KONKRET: 'Ganz leicht ist es, trotz Genscher, noch nicht, einen Liberalen zu finden der das Anbringen von Wanzen in Privatwohnungen (Fall Traube) und die kriminaltechnische Erfassung einer ganzen Generation (Fall Herold) prima findet. Aber wenn man geduldig sucht und dabei auch die staubigsten Nischen der Partei durchkämmt, findet sich schließlich doch einer: Engelhard heißt er.' Nur zehn Tage nach Erscheinen dieses' Artikels, aber volle acht Monate nach dem angeblichen KONKRET-Verbrechen befürwortet Justizminister Engelhard den Antrag zur Ermächtigung für die Strafverfolgung der KONKRET-Redakteure ... «

SFB

»Gott schütze uns vor Regierungen, unter denen das überfallartige Ausforschen von Redaktionen zur Routine wird. Und wenn er schon auf diese keinen Einfluß hat, dann schenke er uns im März eine andere. «

Frankfurter Rundschau

»Prüft man die Strafvorschrift, die im bajuwarisch-verfilzten Langemann-Skandal dem Hamburger Presseorgan ungebetenen Besuch ins Haus brachte, dann wird man im ersten Anlauf den Verdacht nicht los, daß hier mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Bislang jedenfalls fehlt jeder einleuchtende Hinweis, daß KONKRET schwere Nachteile für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik verursacht haben könnte, weil in vielen Details über eine dubiose Verfassungsschutz-Figur berichtet worden ist. Oder war das in Wahrheit nur die einzige Möglichkeit, um in die Räume der Hamburger Journalisten zu kommen?«

Neue Osnabrücker Zeitung

»Die Durchsuchungsaktion der Bundesanwaltschaft bei der Hamburger Zeitschrift KONKRET offenbart ein Dilemma, in dem sich Staat und freie Presse seit der 'Spiegel'-Affäre befinden. Dabei geht es um die Frage, wie sich die Medien

verhalten sollen, wenn ihnen, auch auf ungewöhnlichem Wege, Informationen zugetragen werden, die Aufschluß über schwerwiegende Mißstände in unserem Land geben.

Bislang hat ein großer Teil der Presse - erinnert sei an die noch schwelende Problematik der Parteienfinanzierung - durchweg auf diese Herausforderung mit Veröffentlichungen reagiert, auch wenn vielleicht gesetzliche Vorschriften dagegenstanden. Denn Gesetze dürfen nicht dazu dienen, daß Ungesetzliches im Verborgenen bleibt. «

Neue Presse

»Der Verdacht, daß Bürgerfreiheiten unter der neuen Regierung fast unmerklich verkleinert werden, hat sich durch diese Aktion verhörtet. Die Journalisten sind aufgerufen, die Veränderungen seismogrophisch zu registrieren. Der Wahlkampf hat zudem ein Thema mehr.«

STUTTGARTER ZEITUNG

»Die offiziell genannten Gründe für die Suchaktion von Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt in der Redaktion der links-orientierten Zeitschrift KONKRET lassen manche Fragen offen: Zunächst verblüfft der Zeitpunkt; die Aktion erfolgte mehr als ein halbes Jahr noch Erscheinen des inkriminierenden Artikels. Sodann bleibt unklar, weichen Sinn die Beschlagnahme internen Redaktionsmaterials haben soll, wenn es gerade um den Vorwurf der Veröffentlichung eines Staatsgeheimnisses geht. Vor allem aber hat KONKRET, dessen Meinungen und Methoden man sicher nicht immer gutheißen muß, mit seinen Enthüllungen in der Langemann-Affäre Mißstände im Geheimdienstbereich aufgedeckt, welche die Politiker monatelang beschäftigten. Ob diese öffentliche Diskussion dem Staat mehr geschadet hat als eine Vertuschung der Vorfalle, darf bezweifelt werden. Dies alles spricht dafür, daß die Hamburger Aktion überzogen war. «

Konkret 02/83, S. 22

Werner Heine

»Wir hätten kämpfen müssen«

Um die Republik zu retten, duldeten die Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre den Abbau von Sozialleistungen und die Senkung von Lohntarifen, die von Industrie und von Reichskanzler Brüning erpreßt wurden. Heute nutzen Unternehmer und Bürgerblockregierung die Krise nach dem alten Muster. Und wieder macht die Gewerkschaft mit. Wie die IG Metall in die Knie ging, beschreibt KONKRET um Beispiel Arbed Saarstahl

Der Preis: schlaffe 60 Millionen Mark, zahlbar in kleinen, gebrauchten Scheinen, Zahlungsziel: 24 Stunden. Der Lieferant haftet nicht für Mängel. Bei Nichtannahme verdirbt die Ware sofort.

Das waren die Bedingungen, zu denen Otto Graf Lambsdorff Anfang Dezember letzten Jahres den 20.000 Beschäftigten des Hüttenkonzerns Arbed Saarstahl ihre eigenen Arbeitsplätze anbot. Auf Drängen Lambsdorffs und des Finanzministers Gerhard Stoltenberg hatte das Kohl-Kabinett beschlossen, die zahlungsunfähige Arbed in den Konkurs marschieren zu lassen, wenn nicht die Stahlarbeiter auf einen dreizehnten Monatslohn verzichteten.

Bei dieser »Erpressung durch die Bundesregierung« (IG Metall-Vorstand Hans Janßen) ging es nicht nur um die 20.000 Arbeitsplätze bei Arbed Saarstahl. Die Existenz des ganzen Bundeslandes stand auf dem Spiel. »Wenn Saarstahl bankrott macht, dann ist das Saarland bankrott«, sagte Friedel Läpple, SPD-Fraktionschef im Saarbrücker Landtag. Mit jedem Stahlarbeiterplatz würden zusätzlich zwei Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftsbereichen vernichtet. Im Saarland wäre dann jeder vierte Erwerbstätige arbeitslos.

Daß der Zusammenbruch der Arbed nicht durch das Einsammeln von Hundertmarkscheinen aus den Lohntüten der Stahlwerker abgewendet würde, war allen Beteiligten klar. Die Arbed Saarstahl ist mit über drei Milliarden Mark verschuldet. Allein an Zinsen dafür muß sie jährlich mehr als 200 Millionen Mark zahlen. Es ging auch nicht um »ein Signal der Belegschaft«, von dem der christliche Saar-Ministerpräsident Werner Zeyer und der Bonner Bürgerblock faselten. Lambsdorff wollte die akute Krisensituation nutzen, um die größte Einzelgewerkschaft der westlichen Welt in die Knie zu zwingen.

Das bei der Bundesregierung schriftlich abgelieferte Versprechen der IG Metall, sie sei »aus prinzipiellen Gründen nicht bereit, bestehende Tarifverträge verschlechtern zu lassen«, hatte eine Lebensdauer von einer Woche. Am 8. Dezember handelten IG Metall und Arbeitgeberverband binnen eineinhalb Stunden eine Verschlechterung aus: Die Saarstahl-Arbeiter stellen 1983 und 1984 je die Hälfte ihres Weihnachtslohns der Arbed als zinslosen Kredit für 18 Monate zur Verfügung. Lambsdorff hatte gewonnen.

Der Druck der Basis habe zum Nachgeben gezwungen, stöhnten führende IG Metaller. Bei der Wahl zwischen Arbeitsplatz und Tarifautonomie hätten die Kollegen für den Arbeitsplatz votiert. Das gibt wohl die Stimmung der Belegschaft richtig wieder. »Umfragen gab es nicht, aber am Ende war die Angst größer«, sagt Georg Jung von der IG Metall-Verwaltung in Neunkirchen, der immer noch der Meinung ist: »Wir hätten es auskämpfen müssen.«

Aber da waren erstens die Medien. Die »Saarbrücker Zeitung«, das regionale Monopolblatt, »hetzte im Stil der Hugenbergpresse« (Jung) gegen die IG Metall. Und da war zweitens die perfekte Strategie des Kapitals. Einen Tag nach dem Lambsdorff-Ultimatum machten die Banken unter Führung der »Dresdner« ihre Zinsstundungen von der Kapitulation der IG Metall abhängig.

Vor der Unterzeichnung des Diktats hatte Rudolf Judith, beim IG Metall-Vorstand zuständig für den Stahlbereich, noch davor gewarnt, an der Saar nachzugeben: »Sonst können wir zumachen.« Eine Gewerkschaft, die den Bestand abgeschlossener Verträge nicht garantieren kann, demoralisiert ihre Mitglieder. Daß Judith und seine Kollegen vom Hauptvorstand dennoch der Erpressung nachgaben, lag nicht allein am mangelnden Kampfeswillen der Kollegen. Die schiefe Schlachtordnung, die jetzt zur Kapitulation zwang, hatte die IG Metall in langen Jahren selbst mit aufgebaut.'

Die Stahlbetriebe an der Saar hatten nie zu den Rennern des deutschen Stahlkapitals gehört. In den Gründerjahren der Republik wurde in Neunkirchen, Burbach, Dillingen und Völklingen billiger Massenstahl in veralteten Anlagen gekocht. Die Familien Röchling, Stumm oder Wolff von Amerongen trugen das hier verdiente Geld weg. Das fiel nicht weiter auf, solange der deutsche Stahl auf den Weltmärkten. gefragt war. Doch dann wuchs die internationale Konkurrenz.

Im Jahre 1975 boten erstmals Länder wie Mexiko, Südkorea, Japan und die Ostblock-Staaten so massiv Stahl an, daß die Preise fielen. Die erste deutsche Stahlkrise war da, und sie war eine Krise des Saarstahls. Das Neunkircher Eisenwerk (Miteigentümer zu 50 Prozent: Otto Wolff von Amerongen) konnte in den folgenden zwei Jahren nur mit Landes- und Bundesbürgschaften von 175 Millionen Mark vor dem Konkurs gerettet werden. Die Röchling Burbach GmbH machte so hohe jährliche Verluste, daß der Erhalt des Werkes nicht mehr aus eigener Kraft finanziert werden konnte. Die Eigentümer griffen zunächst zu Massenentlassungen und erklärten dann, sie wollten sich aus dem Stahlgeschäft zurückziehen.

Landes- und Bundesregierung suchten bei den Unternehmern an der Ruhr nach neuen Eigentümern und er hielten Absagen. Den deutschen Stahlproduzenten kam die Pleite an der Saar nur gelegen . Mit ‚einem Schlag wäre der für notwendig erachtete Abbau von drei bis vier Millionen Tonnen Rohstahlkapazität erbracht gewesen, ohne daß sie dazu einen eigenen Beitrag hätten leisten müssen.

Während sich im Saarland die Parteien noch stritten, ob die Sanierung der heimischen Werke »privatwirtschaftlich« (CDU/FDP) oder über eine Staatsbeteiligung (SPD) anzugehen sei, einigte sich die Regierung Schmidt/Genscher mit der IG Metall auf den »privatwirtschaftlichen Lösungsansatz«. .Im Dezember 1977 wurde der Luxemburger Konzern Arbed für die Neuordnung gewonnen. Die alten Eigentümer tauschten ihre Saar-Aktien gegen Anteile an der Arbed (Otto Wolff von Amerongen kam so auf 2,56 Prozent bei den Luxemburgern) und überließen das Ausbügeln ihrer Mißwirtschaft dem Staat, dem großen Bruder aus Luxemburg und der IG Metall.

Diese, im Montanbereich mit bestimmungstrainiert, übernahm sofort »den Part eines soliden Ersatz-Unternehmers« - so der Frankfurter Wirtschaftsprofessor Josef Esser. Die Verstaatlichungsforderung der Saar-SPD wurde vom IG Metaller Judith als »Phantom« abgetan, dem man nicht länger nachjagen möge. Statt dessen richtete die Gewerkschaft »einen eindringlichen Appell an die Anteilseigner, sich auf eine gemeinsame Konzeption ... zu einigen«. Die IG Metall forderte Konzentration, Innovation und Wachstum. Die Kollegen, die vor der Neuordnung schon draußen waren, sollten draußen bleiben: »Der Einstellungsstopp bei Röchling-Burbach, Röchling-Burbach-Weiterverarbeitung und Dillinger Hütte von 1977 bleibt aufrechterhalten«, lautete ein Punkt im Forderungskatalog der IG Metall. Denn, so Judith l978 und Vetter und Loderer und andere immer wieder: »Wir brauchen Unternehmen, die Gewinne machen.«

Hinter diesem Satz steckte mehr als die banale Feststellung, daß Unternehmergewinne auch den Gewerkschaften nützlicher seien als Verluste. Dahinter stand die Erklärung einer Abhängigkeit auf Gedeih und Verderb. Und diese Abhängigkeit war frei gewählt.

Seit den Wirtschaftswunderjahren setzte auch bei der IG Metall eine Mehrheit auf den Fortbestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Im ökonomisch wiedererstarkten Westdeutschland glaubten die Gewerkschaften, vom Wachstum der exportstarken Industrien dauerhaft profitieren zu können. In der »Sozialpartnerschaft« verpflichteten sich die Gewerkschaften auf die Herstellung guter Wachstumsbedingungen - Kapitalkonzentration und Produktivitätssteigerung.

Das funktionierte unauffällig, solange die Opfer des Wachstums, die »freigesetzten« Arbeiter, an anderer Stelle wieder in das System eingeschleust oder mit sozialer Absicherung ausgeschieden werden konnten. Die Zechenstillegungen in den 60er Jahren an der Ruhr wurden vom »korporatistischen Block« (Josef Esser) - Staat, Kapital und Gewerkschaften - noch nahezu reibungslos reguliert.

Die Spielregeln dieses Blocks waren jedoch nie auf eine Gleichberechtigung der Gewerkschaften ausgelegt. Was der IG Metall zuzumuten war zeigte erstmals die Stahlkrise ;; der Saar: Im Arbed-Konzern wurden ab 1978 rund 8.000 Arbeitsplätze vernichtet, ältere und kranke Arbeiter wurden vorzeitig in die Rente geschickt, überflüssige entlassen, offene Stellen nicht wieder besetzt. Bund und Land steckten insgesamt 2,2 Milliarden Mark Steuergelder in die Konzernbetriebe - für den Bau eines modernen Blasstahlwerks und die Errichtung einer zentralen Kokerei.

Aber die Absatzkrise nahm kein Ende. Mit der weltweiten Rezession von 1981/82, beim Stahl noch verschärft durch Einfuhrbegrenzungen der USA und Preisdumping einiger EG-Länder, geriet die modernisierte Arbed Saarstahl ins Trudeln. Die IG Metall, unlösbar ins Krisenkartell verstrickt, sprang zur Hilfe bei, wo sie konnte. Sie nahm hin, daß übertarifliche Sonderleistungen abgebaut wurden (neun Millionen Mark im letzten Jahr), und sie schluckte die Einführung von Kurzarbeit. Als der zuvor zugesagte betriebliche Härteausgleich bei der Kurzarbeit gestrichen wurde, fraß sie das auch. Für die Stahlarbeiter mit bisher durchschnittlich 2.000 Mark netto bedeutete das eine Lohnkürzung von rund 300 Mark monatlich. Die Arbed sparte damit 150 Millionen pro Jahr. Schließlich wurde sogar die Pensionskasse (70 Millionen Mark) den Konzernherren zur Verfügung gestellt.

Diese Vorleistungen und die Zustimmung der IGM zu weiteren 3.500 Entlassungen, Z die der Arbed nochmal 320 Millionen Mark jährlich einsparen werden, halfen nicht. Lambsdorff behauptete noch vor dem Haushaltsausschuß des Bundestags, das »Opfer« des 13. Monatslohns sei nur recht und billig, damit endlich auch die Arbeiter ihren Beitrag zur »Sanierung« leisteten. Daß der Saarbrücker SPD-Abgeordnete Hajo Hoffmann ihn darauf lautstark einen Lügner nannte, kümmerte ihn nicht. Ein Sozi ist für den Grafen ohnehin nicht satisfaktionsfähig.

Die IG Metall schwört seit dem 8. Dezember tapfer, der Kniefall von der Saar sei kein Beispiel für die Zukunft. Aber die Anlässe für die Wiederholung stauen sich bereits. Krupp kündigte Massentlassungen an. In der Stahlstadt Duisburg müssen 37.000 Metaller kurzarbeiten. Die Korf-Gruppe beantragte das Vergleichsverfahren. Die Konzentration der Branchengiganten in einer Ruhrstahl AG steht bevor.

Dann soll es den Saarstahl-Arbeitern weiter an den Kragen gehen. Lambsdorff kündigte im Dezember an: »Wir werden die deutsche Stahlindustrie auffordern, bei ihren derzeit laufenden Überlegungen, ihre Unternehmen neu zu strukturieren, die Produktionsstätten von Arbed Saarstahl in ihr Konzept einzubeziehen.«

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß in entscheidenden Krisenlagen gewerkschaftliche Prinzipien geopfert wurden, um in unheilvollen Allianzen »die Organisation« zu »retten« - mit furchtbarem Ausgang.

So segnete im Juli 1914 die Generalkommission der freien Gewerkschaften jene »Vereinbarung« mit der Reichsregierung ab, nach der im Kriegsfall keine Arbeitskampfmaßnahmen stattfinden sollten, wenn dafür die Arbeiter-Organisationen nicht verboten würden. Von da bis zur Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD war es nur ein kleiner, konsequenter Schritt.

In der Wirtschaftskrise von 1930/31, als das Kabinett Brüning alle gültigen Lohntarifverträge aufhob, schrieb die »Gewerkschaftszeitung«: »Vor allem aber dient die Duldung der stillen Diktatur Brünings der Abwehr gegen das Umschlagen in die offene Diktatur, geschieht die Minderung der Rechte des Parlaments zum Schutze des Parlamentarismus.« Jetzt sei nicht die Zeit, »Einzelforderungen der Arbeiterschaft« zu vertreten.

Als »Abwehr« und »Schutz« dann zur Machtübergabe an den Schützling der Stahlbarone geführt hatten, rief der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1933 die Arbeiter dazu auf, sich an den Hitler-Feiern, zum »Tag der nationalen Arbeit« zu beteiligen. Das sollte das Schlimmste, Verbot der Organisation, verhindern. Dieser Versuch einer Blockbildung dauerte nur einen Tag. Am 2. Mai besetzten SA-Trupps die Gewerkschaftshäuser.

In der Geschichtsschreibung des DGB ist dieses Kapitel unter dem Titel »Das Lehrstück von 1. und 2. Mai 1933« niedergelegt. Seit Beginn der Bonner Rechtskoalition vergleichen Gewerkschafter und Sozialdemokraten die Politik der Lastenabwälzung auf die Arbeiter gern mit dem Vorgehen Brünings. Aber das Lehrstück ist immer noch nicht begriffen.

Konkret 02/83, S. 24

Kai Hermann

Bolivian Connection

Boliviens Hochebene und der ehemalige Gestapo-Chef, alias Barbie. Eine junge Demokratie und eine mörderische Geheimarmee. Milliarden-Profite mit Kokain und tödlicher Hunger. Eine blutige Spur führt von Lyon über Bologna nach La Paz und verliert sich nicht

Der Kellner im Café La Paz bringt zwei Gläser Coca-Tee. Er tut das provozierend gleichgültig. Er macht klar, daß Touristen nicht in die nostalgische, ein wenig schäbige Noblesse des Café La Paz gehören.

Das Café ist im Zentrum der bolivianischen Hauptstadt, umgeben von Banken, Wechselstuben und fliegenden Dollar-Händlern. Manche sagen, es sei das Zentrum. An den Tischen sitzen alte Männer in dunklen Anzügen mit leblosen, faltigen Gesichtern, in denen die Muskeln zu Herren-Masken erstarrt scheinen. Los Mumios, die Mumien, nennt man die Typen im Nachbarland Chile und hat Angst vor ihnen. Sie dirigieren die Kellner mit kaum sichtbaren Handbewegungen und besprechen sehr leise offenbar Wichtiges.

Nur ein Gast in schwarzem Leder fällt aus dem Rahmen. Er sitzt allein, zündet hastig Zigaretten an, drückt sie wieder aus, scheint hinter Sonnengläsern abwechselnd den Eingang und uns zu beobachten. Die rötliche Gesichtsfarbe, der Knebelbart deuten auf einen Mitteleuropäer. Erst knapp zwei Wochen später werden wir wissen, daß er Franz der Österreicher ist.

Wir warten auf einen Deutsch-Bolivianer. Auf Klaus Altmann, alias Klaus Barbie, einst Gestapo-Chef von Lyon, heute Kopf der »Paramilitares«, der mordenden und folternden Geheimarmee von Boliviens Kokain-Generälen. Altmann kommt nicht an diesem Nachmittag.

Wir gehen, erlebnishungrig, die knapp 200 Meter zur Kirche San Francisco, einer der wenigen Sehenswürdigkeiten der Stadt. Wir gehen langsam. Jeden Schritt in dem Bewußtsein, daß wir den ersten Tag in der höchsten Hauptstadt der Welt sind. Fast 4.000 Meter hoch. Im Kopf ist noch der Überdruck der norddeutschen Tiefebene, der sehr schmerzhaft gegen die Schläfen preßt. »Soroche« nennt man hier die Touristen-Höhenkrankheit. Coca-Tee soll lindern. Die US-Hotels halten Sauerstoffmasken bereit.

Glaubt man den Zeitungen, dann ist Altmann, alias Barbie, längst nach Brasilien entkommen. Die »Welt« berichtet exklusiv aus Brasilia: »Ein Großaufgebot brasilianischer Polizei kontrolliert jetzt die Grenzübergänge. Straßensperren wurden errichtet. Fahrzeuge wurden durchsucht ... « Außer den Brasilianern jagen Interpol, Franzosen, Israelis und Peruaner den flüchtigen Massenmörder. Heißt es.

Einer, der mehr über ihn wissen muß, ist Coco. Den treffen wir im Büro des Vize-Präsidenten der Republik. Er hat heute einen großen Schreibtisch vor sich. Vor ein paar Jahren habe ich ihn und seine Genossen von der studentischen Guerilla in einer konspirativen Wohnung gesprochen. Coco ist mittlerweile Sekretär der »linksrevolutionären Bewegung« MIR, einer der im Bündnis UDP zusammengeschlossenen Regierungsparteien.

»Sag mal, stimmt es, daß der Altmann hier noch frei rumläuft?«

»Willst du über die Machtfrage reden?« fragt Coco zurück.

»Dein MIR-Genosse Jaime Paz Zamora ist schließlich seit fünf Wochen Vizepräsident Boliviens.«

Coco lacht. »Du weißt, das Volk hat die Militärdiktatur zum Teufel gejagt. Allerdings - und das mußt du jetzt nicht unbedingt zitieren ... «

Ok. Also, daß im vergangenen Herbst eine der brutalsten Militärdiktaturen Boliviens nach 2 1/2 Jahren zuende ging, hatte einige Ursachen. Eine war der wachsende Widerstand der hungernden Bevölkerung, eine andere der Konflikt innerhalb der Drogen-Mafia, die mit den Generälen García Meza und Arce Gomez die Militärregierung stellte. Die Uniformierten schraubten ihren Anteil am Drogen-Milliardengeschäft solange hoch, bis die zivilen Großdealer lieber auf Demokratie setzten.

Überhaupt wollten am Ende fast alle Demokratie für Bolivien. Der nationale Unternehmerverband, die Weltbank, der US-Präsident und auch Bundesaußenminister Genscher.

Denn Bolivien ist bankrott. Dank der extrem unfähigen und korrupten, von den USA ausgebildeten Putschgeneräle noch bankrotter als andere lateinamerikanische Staaten. So gingen denn einige dieser diskreditierten Militärs in den Ruhestand und überließen die Regierungsbildung vorläufig einem schon 1978 gewählten Parlament mit linker Mehrheit. Die meisten Generäle und die Führer der Paramilitares blieben allerdings im Land.

Im Café La Paz treffen wir am nächsten Tag Juan Lechin. Er ist bunter angezogen als die anderen alten Männer. Aber er fällt nicht auf hier. Er war einmal Minenarbeiter und ist Chef der Gewerkschaft. Der mächtigste Mann Boliviens nach den

Generälen, sagt man. Er war auch schon vor 10 Jahren der zweitmächtigste Mann Boliviens, als ich das letzte Mal mit ihm gesprochen habe, im Café La Paz.

Juan Lechin hat bislang alle Putsche überlebt. Den letzten nach Folterungen. Er pflegt sein Image als Lebemann und Volkstribun. Er ist beliebt bei den Massen, weil er zumindest sehr gerade redet.

Juan Lechin sagt: »Die Militärs haben das Land ruiniert. Aber nicht sie allein. Sie haben doch nur die Politik der Zerstörung unserer Wirtschaft ausgeführt, die ihnen von den US-Imperialisten, von den internationalen Banken und vom Weltwährungsfond vorgeschrieben wurde.«

Kann die neue Regierung eine andere Politik machen? Sie ist zahlungsunfähig und braucht dringend Kredite.

»Alle Kredite waren immer an politische Bedingungen geknüpft. Kein Dollar des geliehenen Geldes ist dem Volk zugute gekommen. Was soll sich ändern? Die Interessen der USA? Unsere Regierung ist nicht souverän, solange wir eine Armee haben, die den Interessen des US-Imperialismus dient.«

Wer soll die Militärs entmachten?

»Das Volk hat in der Revolution von 1952 der Armee schon einmal die Waffen aus der Hand geschlagen.«

Und der Mann, der damals Präsident wurde und heute wieder Präsident ist, Hernán Siles Zuazo, hat die Armee wieder aufgerüstet. »Das haben Sie gesagt. - Ich bin Realist. Die Situation ist nicht einfach. Aber das Volk hat notfalls die Kraft, sich zu bewaffnen wie 1952.«

Klaus Altmann hat über seinen Anwalt erklären lassen, daß er sich in Bolivien sehr sicher fühle. Er ist in La Paz wieder gesehen worden, in Begleitung von fünf Leibwächtern. In der Redaktion der Zeitung »Presencia« gucken wir uns Fotos von ihm an. Ein netter älterer Herr. Früher hat er noch Interviews gegeben und Sätze gesagt, wie: »Ich bin ein sensibler Mensch, der Mozart und Beethoven liebt.« Oder: »Ich bin Hitlers persönlich auserwählter Spezialist.« Oder auch: »Ich bereue nichts! Ich werde alles tausendmal wiedertun, wenn es die Situation erfordert. Ich war und bleibe Nazi.«

Klaus Altmann hat, als er sich noch Klaus Barbie nannte, mit eigenen Händen den Führer der französischen Résistance Jean Moulin zu Tode gefoltert. Der Name Klaus Barbie und der Titel SS-Hauptsturmführer stehen unter dem Aktenvermerk vom 7. April 1944: »In den heutigen Morgenstunden wurde das jüdische Kinderheim Colonie Enfant in Izièn-Aim ausgehoben ... « 41 Kinder im Alter von drei bis dreizehn Jahren kamen nach Auschwitz. Wegen der Beteiligung an 20.000 Morden wurde Barbie-Altmann in Frankreich zum Tode verurteilt.

Erst, wenn er vor mir steht, werde ich wirklich glauben können, daß er sorglos in La Paz seinen vielen Geschäften nachgeht.

La Paz ist eine sehr unwirkliche Stadt. Sie klettert mit elenden grauen Vorstädten aus einem Talkessel die Hänge hinauf auf die Hochebene, den Altiplano. Dort ist bolivianische Wirklichkeit, die sich in einem halben Jahrtausend kaum verändert hat. Rund 100 Kilometer breit, fast 400 Kilometer lang, zwischen 4.000 und 5.000 Meter hoch ist die Senke zwischen den beiden Cordilleren-Ketten. Auf dem Altiplano lebt die Mehrheit der Bolivianer, die Urbevölkerung der Aymara und die Nachfahren der Inkas, die Quechua.

Die Regenzeit kommt zu früh in diesem Jahr. Der Regen färbt das Graugelb der harten Grasbüschel auf dem Altiplano allmählich zum Pastellgrün. Es ist das irre Licht hier oben, das den Touristen fasziniert. Es ist Weite bis zum Horizont, in der auch die fernste Kontur nicht verschwimmt. Schwarze Wolkensäulen stehen in dieser endlosen Ebene wie - Verzeihung - wie gigantische Tempel, die in den Himmel ragen. Es ist die Landschaft, in der schon Jahrtausende bevor die Inkas kamen, eine der ältesten Kulturen und perfektesten Zivilisationen der Menschheit entstand.

Wir fahren nach Pucarani, zum Fest der Virgen de los Remedios. Von einem Hügel über Pucarani bringt der Wind melancholisch-laute Musik aus Blasinstrumenten herunter. Indios in unglaublich bunten Festtagsgewändern kommen in Gruppen überall aus der leeren Ebene. Die Farben ihrer Ponchos leuchten im Licht des Altiplano über Kilometer. Das sehr ferne silbrige Band des Titicaca-Sees scheint einen Steinwurf nahe. Wie die weißen Gipfel der Berge, die bis 7.000 Meter hoch die Ebene im Osten begrenzen. Bolivien, wie es unsereins erträumt.

Auf dem Hügel stehen einige Lastwagen. Livrierte Kellner, von irgendjemanden in diese wahnsinnige Landschaft gestellt, schenken Freibier aus, servieren Essen in mehreren Gängen. Männer in dunklen Anzügen, Bündel von Geldscheinen am Revers, tanzen sich betrunken in Trance.

Die meisten Indios bleiben in einem großen Kreis auf Distanz. Sie versuchen, etwas vom Bier und vom Mais-Schnaps abzubekommen. Sie bauen seltsame Bilder aus Stein in den Sand, stapeln kleine Altäre, beten und opfern von dem, was die Livrierten gelegentlich noch für sie übrig haben.

Die »Transportistas«, die Lastwagen- und Bus-Besitzer, geben ihr Fest. Sie haben die direkte Macht auf dem Altiplano. Sie kaufen die landwirtschaftlichen Produkte auf und machen die Preise.

Genau eine Woche nach dem Fest von Pucarani schießen von den Transportistas bestellte »bewaffnete Elemente« in eine Versammlung von Campesinos, die über eine Bus-Kooperative beraten. Altmanns Leute sorgen auch in Zeiten der Demokratie für ihre Ordnung.

Der angeblich weltweit gesuchte Kriegsverbrecher Klaus Altmann kam 1950 über Italien nach Bolivien. Mit Hilfe einer nazistischen Fluchtorganisation, des deutschen Bischofs Alois Hudal und des Vatikans, wie er vor Jahren dem Journalisten Gerd Heidemann ohne viel Geheimnistuerei erzählte. Altmann hatte auch eine Erklärung für die Fürsorge des Heiligen Stuhls: »Die Kontaktleute haben mir gesagt, wir haben etwas gemeinsam, wir sind Antikommunisten.«

Wieso er zuvor aus amerikanischer Gefangenschaft in Oberursel entlassen wurde, hat Altmann nie erzählt, aber sein bester Freund, damals und heute, der ehemalige SS-Sturmbannführer Fritz Schwend: »In Oberursel hat man mir vorgeschlagen, meine Erfahrungen dem Geheimdienst der amerikanischen Armee zur Verfügung zu stellen. Meine Gesamtaktivitäten waren nur gegen den Osten gerichtet.« Schwend wurde ein wirtschaftlich und politisch sehr einflußreicher Mann in Boliviens Nachbarstaat Peru.

Altmann war damals auf wundersame Weise gut Freund mit demokratischen Revolutionären geworden, die 1952 die Macht übernahmen. Die USA stoppten alsbald den sozialreformerischen Elan der bolivianischen Demokraten, indem sie dringend benötigte Kredite für den Zinnbergbau nur unter der Bedingung gaben, die von den Arbeitern und Bauern entwaffnete Armee wieder aufzubauen. Eine demokratische Armee sollte es werden. Deshalb übernahmen US-Instruktoren gleich selber die Aufgabe. Aber auch ein Neu-Bolivianer war an der Reorganisation militärischer Macht maßgeblich beteiligt: Klaus Altmann. Die neue Armee putschte bald.

Derzeit praktiziert La Paz Demokratie in Permanenz. Das Parlament tagt Tag für Tag. Im Foyer hocken zusammengedrängt Indios. Sie sind im Hungerstreik gegen den Hunger.

Unter den Abgeordneten sitzt ein Indio in der traditionellen Tracht, die 70 Prozent der Bolivianer tragen. Er wird viel belächelt von seinen Kollegen. Zwei andere Abgeordnete sollen auch indianischer Abstammung sein. Die überwältigende Mehrheit der Gesichter im Parlament aber ist weiß. Rund sieben Prozent der Gesamtbevölkerung sind weiß. Und die Repräsentanten der sieben Prozent machen mit einigen Mestizen die Diktaturen und die Demokratie in Bolivien.

Es ist wenig ergiebig, mit Vertretern der »Arbeiter- und Bauern-Parteien« über die Rassenfrage zu reden. Denn sie verbieten einem zunächst den Begriff Indio, der ein infames Schimpfwort der Reaktion sei. Und sie belehren - soviel Marxisten sind sie alle -, daß es keine Rassen, sondern nur Klassen gibt.

Tatsächlich gibt es in Bolivien seit vier Jahrhunderten vor allem Sieger und Besiegte. Die Klassengrenzen sind mit den Rassengrenzen identisch geblieben.

Auch linke Revolutionäre wollen sich nicht an Südafrika erinnert fühlen, wenn man anmerkt, daß die Staatssprache Spanisch vom größten Teil der Bevölkerung kaum verstanden wird. Es irritiert sie nicht, daß die Radiostationen allenfalls Werbeeinblendungen für Billigprodukte in der Sprache der Mehrheit, Quechua und Aymara, senden. »Die ethnische Frage ist ein Nebenwiderspruch«, sagen sie. Und Präsident Siles, Chef einer »Arbeiter-und Bauern-Regierung«, kann mit einigem Stolz den Stammbaum seiner Familie bis zu den spanischen Conquistadoren im 16. Jahrhundert zurückverfolgen.

Vielleicht aber hat der ethnische Nebenwiderspruch auch etwas mit der zweiten Karriere des Barbie-Altmann in Bolivien zu tun.

Genaro Flores glaubt, daß die Demokratie und der notwendige soziale Wandel keine echte Chance haben, solange die Mehrheit der Bolivianer für die weiße Politik allenfalls Statisterie ist. Flores ist Aymara vom Altiplano und Vorsitzender der Bauerngewerkschaft. Ein etablierter Indio innerhalb der demokratischen Machtelite, Mitglied der regierenden Parteienkoalition UDP. Er hält nichts von Rassenkampf. Aber er sagt auch: »Was ist das für eine Demokratie, in der die ausbeutende Minderheit der Mehrheit zum Beispiel die Sprache aufzwingt?«

Während die meisten weißen Politiker der Linken in Zeiten der Diktatur aus der Emigration agieren, blieb Flores im Land. Er spricht mit uns in seinem Auto. Er verläßt oft das Auto den ganzen Tag nicht. Weil er nicht mag, daß man ihn trägt, ihn in einen Rollstuhl setzt. Ein Jahr nach dem letzten Putsch, am 19. Juni 198 1, haben sie ihn in einen Hinterhalt gelockt und zusammengeschossen. In einer Zelle wollten sie ihn krepieren lassen * Durch eine weltweite Kampagne von »Amnesty« und anderen Hilfsorganisationen wurde das Leben des Querschnittsgelähmten gerettet.

Genaro Flores sagt: »Wir werden unsere Organisation stärken müssen, wir werden noch kämpfen müssen, bis einer bolivianischer Präsident wird, dessen Muttersprache Aymara oder Quechua ist. Der die Interessen der Mehrheit vertritt.«

Andere Indio-Führer halten Flores wegen einer Zusammenarbeit mit dem weißen System für einen Verräter. Die Aktivisten der »Partido Indio« lehnen die Kooperation mit dieser Demokratie ab: »Das ist die Herrschaft der weißen Kleinbourgeoisie, die uns seit 150 Jahren zwischen den Diktaturen Versprechungen macht, weil sie uns als Stimmvieh braucht.« Denen, die sich selber stolz Indios nennen, kommt marxistisches Vokabular flink von den Lippen, weil - wie sie später erklären - »die gutwilligen Europäer doch sonst gar nichts begreifen. « Aber, wenn sie ehrlich sein sollten: »Was

wollen uns denn die Marxisten erzählen? Wir haben Jahrtausende in einer kommunistischen Gesellschaft gelebt, als die Europäer noch in Höhlen wohnten. Die nachdenklichen Weißen, die begreifen, daß ihr System der materialistischen Habsucht die Völker auf der ganzen Welt zerstört hat, die Natur und nun auch sie selbst kaputt macht, die sollen zu unseren Weisen kommen und lernen.« Nein, das sei kein Klassenkampf in Bolivien, sondern die letzte Schlacht ums Überleben zwischen zwei unvereinbaren Kulturen. »Wir sind in 500 Jahren nicht geworden wie ihr. Das beweist, daß wir die Kraft haben zu siegen.«

Es ist wohl richtig, daß die Christianisierung der Indios nur sehr oberflächlich gelungen ist, und daß man sie zur Moral des Mehrwerts nie hat bekehren können. Das liegt wohl auch daran, daß dieses Land und seine Menschen nie wirklich »kolonialisiert« wurden, sondern immer nur auf sehr direkte Art ausgebeutet.

Es gibt Weiße in Bolivien, die Gefahr von den Indios befürchten. Klaus Altmann hat zusammen mit führenden Vertretern der deutschen Kolonie eine Gegenstrategie entwickelt: Die Masseneinwanderung weißer Siedler vor allem aus Südafrika. Das ist einer der wenigen Pläne, die Altmann bislang nicht durchgesetzt hat. Unmögliches hat er sonst möglich gemacht. Es ist aktenkundig in La Paz, daß der Mann, der für den Tod tausender Juden verantwortlich gemacht wird, Ende der sechziger Jahre umfangreiche Waffengeschäfte mit Israel durchführte.

Als weltweit gesuchter Massenmörder organisierte Altmann 1971 den Putsch des deutschstämmigen Hugo Banzer gegen den linken Präsidenten Torres. Der Coup wurde auch geradezu demonstrativ von US-Geld und der CIA unterstützt. Altmann sicherte die achtjährige Herrschaft Banzers als Ausbilder und »Spezialberater« des Geheimdienstes. Die USA bildeten gleichzeitig in Panama und Nordamerika mehr Offiziere der relativ kleinen bolivianischen Armee aus als Militärs irgendeines anderen lateinamerikanischen Staates. Unter Banzer ging die bolivianische Wirtschaft bankrott, aber der Kokain-Export verzehnfachte sich. Damals sind die Militärs ins Drogengeschäft eingestiegen. Und mit ihnen Klaus Altmann und auch ehrenwertere Vertreter der deutschen Kolonie aus der Import-Export-Branche. Da nimmt es kaum noch Wunder, daß Altmanns Privatarmee, die Paramilitares, die Schmutzarbeit machten, als 1979 die Kokain-Mafia mit General Garcìa Meza und dem persönlichen Altmann-Freund Arce Gomez gleich selbst die Macht übernahm. Auch wenn dieser Coup Washington zweifelsohne zu weit ging.

Gerüchte in La Paz sagen, Don Klaus habe sich inzwischen zurückgezogen. Dorthin, wo er noch sehr versteckt als Chef eines Sägewerks vor 30 Jahren seine zweite Karriere begonnen hatte. Wo er in den letzten Jahren vermutlich mehr Geld gemacht hat, als in seinem ganzen Leben zuvor. In die von tropischen Urwäldern überwachsenen Schluchten des Amazonas-Quellgebietes, 3.000 Meter unterhalb von La Paz. Den Yungas.

Die mörderische Straße stürzt sich vom 4.725 Meter hohen La Cumbre Pass in die bolivianischen Tropen. Die Temperatur steigt um bald 30 Grad. Aus dem Schnee führt der Schotterweg stets an schwindelmachenden Abgründen zu orchideenbewachsenen Baumskeletten.

In die steilen Urwaldhänge sind hellgrüne Lichtungen geschlagen. Coca-Felder. Durch das Teleobjektiv sind villenähnliche Gebäude auszumachen, wie vom Fitzcarraldo-Regisseur Herzog in diesen Dschungel gestellt. Wir finden jemand, der uns die Häuser von Deutschen zeigt. Es haben sich offenbar ziemlich viele Landsleute in die Yungas zurückgezogen. Verblichene Parolen für den Ex-Diktator Banzer an den Hauswänden demonstrieren, daß sie einmal Farbe bekannt haben. Nur, es macht uns niemand auf. Viele der Hausbesitzer sind auch lange nicht mehr gesehen worden.

Es gibt Unruhe in den Yungas. Der Forderung der USA, gegen den Kokainhandel nun etwas zu unternehmen, sind unter der demokratischen Regierung schon Taten gefolgt. Vor einer Woche ist eine Drogenspezialeinheit eingefallen. Sie ist zu den Kleinbauern gekommen, die von Zitrusfrüchten auf die lohnendere Coca-Pflanze umgestiegen sind. Der Coca-Anbau ist legal in Bolivien. Ohne Coca-Blätter gäbe es keinen Bergbau.

Die Spezialeinheit hat den Bauern nicht nur die Coca-Plantagen zerstört. Die Polizisten raubten, was sie fanden. Und sie vergewaltigten die Frauen und Mädchen. Nach getaner Arbeit feierten sie die Operation mit viel Reisschnaps. Da kamen die überfallenen Bauern, erschlugen die Polizisten und schnitten ihnen die Schwänze ab.

Drogenhändler und Großgrundbesitzer werden allerdings nicht vom Coca-Kleinkrieg tangiert. Der Altmann-Freund Arce Gomez, Innenminister und eigentlicher Chef der gestürzten Junta sowie Boss des militärischen Zweigs der Coca-Mafia, besitzt in Bolivien noch immer 150 Flugzeuge und kontrolliert mit ihnen den Kokain-Transport. Arce Gomez, angeblich gesucht wegen vielfachen Mordes an demokratischen Politikern, führt seine Geschäfte derzeit aus dem argentinischen Exil.

Wir glauben nicht, daß sich Altmann in den Yungas abgesetzt hat. In La Paz kriegen wir dann auch einen heißeren Tip: Die Brigitte-Bar, die ziemlich unauffällig in einem alten Villen-Viertel am Stadtzentrum liegt. Die Einlaßkontrolle besorgt Hermann der Deutsche persönlich. Hermann der Deutsche sieht aus wie einer, den alle Hermann den Deutschen nennen. Blond und groß mit stahlblauem, schon etwas wäßrigem Blick. Der Mann in Leder ist auch da, vom ersten Tag, aus dem Café La Paz. Franz, Elektronikspezialist aus Österreich. »Der Franz wollte nur ein paar Wochen bleiben, aber dann ist er

unentbehrlich geworden«, erzählt Hubert. Der Hubert, dessen Eltern nach 1945 in Bolivien seßhaft wurden, ist angetrunken. Ich gebe einen aus, und Hubert läuft tatsächlich in die erste beste Falle.

»Don Klaus? Sie kennen ihn flüchtig? Mensch, ich darf wohl sagen, der Klaus ist mein bester Freund. Ich habe sozusagen schon als Kind bei ihm auf dem Schoß gesessen.« Hubert kommt noch dazu zu sagen, was für ein aufrechter Kerl der Klaus ist, und was er alles für das Land getan hat. Dann baut sich Hermann der Deutsche neben ihm auf. Und Hubert starrt uns entgeistert an. »Verdammt, ihr seid Reporter. Deutsche Reporter. Mann, da kennt Klaus keinen Spaß mehr.«

Wir sind zusammen mit einem bolivianischen Industriellen gekommen, einem aufrechten Vertreter der Nationalen Bourgeoisie, den liberale Überzeugung und wirtschaftliche Interessen an die Seite der regierenden Demokraten gebracht haben. Er haut uns raus. Er überzeugt Hermann und die anderen beinah davon, daß wir gute deutsche Ledereinkäufer seien.

Allerdings weicht Hermann uns nicht mehr von der Seite. Wir würfeln nach Regeln, die ich nicht begreife und verlieren Runde auf Runde an Hermann und einen Iraki, der auch irgendein Spezialist ist. Hermann sei ein Big Shot in der Altmann-Scene, hat man uns gesagt. Er trinkt mit, sitzt sehr gerade da und guckt noch immer sehr durchdringend aus kaum wäßriger werdenden stahlblauen Augen.

Am Nebentisch scherzen ältere Herren mit jungen Damen. Hermann erklärt, da sei fast der gesamte bolivianische Generalstab versammelt. Das bleibt seine interessanteste Mitteilung.

Ich merke irgendwann, daß ich hinüber bin und starte einen letzten albern-peinlichen Versuch mit nationalem deutschen Liedgut. Hermann, der immer noch kerzengerade dasitzt, singt nur ein paar Takte mit und grinst mich dann eher mitleidig an. Nur am Nebentisch ist Bewegung. Die Herren vom Generalstab erheben sich, stehen in Reih und Glied, heben den rechten Arm und brüllen, gebrochen deutsch: »Heil Hitler!«

Anderntags kommen wir drauf, daß ich mich zu dämlich benommen habe, als daß wir es noch einmal in der Brigitte-Bar versuchen könnten. Daß wir vielleicht **überhaupt eine Num**mer zu klein sind als Sensationsjäger. Und daß es eigentlich doch nicht sein kann, daß Altmann in La Paz rumläuft.

Einen seiner wichtigsten Leute, Pierluigi Pagliai, hat ein italienisches Spezialkommando mit Kopfschuß aus Bolivien nach Rom geschafft. Der Italiener diente nicht nur bei den Paramilitares in der Region Santa Cruz, sondern gilt in Rom als einer der Verantwortlichen für das Bombenattentat auf den Bahnhof von Bologna, bei dem 89 Menschen starben. Pagliais Vorgesetzter, der Chef der Paramilitares in Santa Cruz, Joachim Fiebelkorn, hatte sich längst in die Bundesrepublik abgesetzt. In der Taunusstadt Hofheim wurde er sogar festgenommen. Die italienische Staatsanwaltschaft, die ihn ebenfalls für einen der Attentäter von Bologna hält, hatte um Amtshilfe gebeten. Ein deutscher Untersuchungsrichter ließ Fiebelkorn, dem auch in Bolivien Beteiligung an Morden vorgeworfen wird, erstmal wieder frei. Mitte Februar ist Fibelkorn zum zweiten Mal verhaftet worden.

Wir wollen zu denen, die sich wehren. 17 Tage haben die Mineros, die Arbeiter in den Zinngruben von Caracoles, Armee und Paramilitares mit Dynamitpatronen aufgehalten. Wir wollen nicht zu irgendeiner Mine, sondern in das höchste Bergwerk der Welt. Wenn schon, denn schon.

Die Straße führt sehr allmählich bergauf. Ein weinendes Mädchen legt vorsichtig etwas Lebloses auf die Erde. Draußen ist es frostig, obwohl die Sonne scheint. Das Mädchen weint neben einem neugeborenen Lama. Das Tier hat blutig-leere Augenhöhlen. Das Mädchen zupft mit mechanischen Handbewegungen weißen Wollpflaum aus dem Fell und erzählt mit ein paar spanischen Brocken: Der Condor sei es gewesen, gerade eben, sie hat noch einen Stein geworfen, er hat das Lama wieder fallenlassen, aber es hatte keine Augen mehr.

EI Condor pasa. Sentimentale Klischees am Wegesrand. Beim Stop an einem Coca Cola- und Schnaps-Ausschank steht plötzlich Harry neben uns. Er ist Mestize, Fuhrunternehmer und spricht fast fließend amerikanisch. »Harry« haben sie ihn oben in Kalifornien immer genannt wegen seiner sanften, braunen Augen. Ob wir ihn mitnehmen können zu den Minen von Caracoles. Er werde uns auch helfen, dort. »Everbody there my friend.«

Der Typ hat ein ziemlich gemeines Gesicht. Er sagt oft: »Wissen Sie, das einzige Problem mit diesem Land ist, daß der Indio nicht arbeitet.«

Der Staubweg zu den Minen von Caracoles zwängt sich durch eine enge Schlucht. Harry läßt halten, zeigt in die steile Felswand. »Da oben waren die Mineros, und mit Dynamit geschmissen haben die, mein Gott. Und hier unten war die Armee, mein Gott. Eine Woche mit Dynamit geschmissen haben die Hurensöhne. Dann kam die Armee mit Flugzeugen. Mann, das ganze war wirklich ein Riesenspaß.«

Harry erzählt auf den letzten Kilometern noch einiges von dem Riesenspaß. Und bevor wir wissen, wie wir ihn wieder loswerden, ist er mit uns in der Baracke der Minenarbeiter-Gewerkschaft.

Die Männer dort mit den braunen Gesichtern, in die Falten gekerbt sind wie Narben erwidern die Begrüßung sehr zögernd. Harry streckt ihnen lachend die Hand entgegen, stellt uns vor.

Die Männer weichen hinter einen Tisch zurück. Plötzlich baut sich einer von ihnen vor Harry auf. Er spricht leise, aber erregt und energisch. Harry geht rückwärts zur Tür, feixt, ruft uns noch zu: »They are all my friends. Don't worry.« Wir erfahren erst später, daß die Mineros »Harry« für den Chef der Paramilitares in der Region halten. Sie erzählen, er habe vom Hubschrauber mit dem Maschinengewehr Jagd auf Minenarbeiter gemacht. Wir haben keinen guten Einstand bei den Mineros von Caracoles.

Aber sie beraten, und wir dürfen am nächsten Morgen um sieben wiederkommen. Es regnet. Das Tal ist gefüllt mit schmutzig-gelbern Zinn-Schlamm. Von den Bergen stürzen Wasserfälle. Wenn die Wolken aufreißen, ist am Talende ein sehr hoher Berg. Der Weg, auf dem wir fahren, steigt durch Geröll und Steilwände zu dem vergletscherten Gipfel. Ein paar hundert Meter unter uns hängen die Trümmer eines Lastwagens, ein paar Kreuze stehen am Wegrand. Unsere Begleiter von der Gewerkschaft reden wenig. Wir wissen nicht genau, was sie mit uns vorhaben. Der Regen wird zu Schnee. Wir halten in der Siedlung Argentinas. Die Hütten sind aus silbrigem Blech. Auf Wänden steht: »Soldat, schieß nicht auf deinen Bruder.« »Tötet nicht eure Väter.« Offene Lastwagen, überladen mit Mineros, warten noch im Schneetreiben. Einige ältere Männer scheinen auf uns gewartet zu haben. Sie beginnen zögernd zu sprechen: »Wissen Sie, was hier passiert ist nach dem letzten Putsch?«

»Man hat auch in Europa davon gehört.«

»Das war ein Dienstag, als das Militär kam. Der 5. August 1980. Es hat geschneit wie heute. Hier mußten wir uns nackt ausziehen und in den Schnee legen. Eine Stunde haben wir so gelegen, und sie haben uns geschlagen. Als der Genosse Gomez das Bewußtsein verloren hat, haben sie ihm Dynamit in den Mund gestopft und den Kopf weggesprengt.«

Wir müssen höher als 5.000 Meter sein. Jeder Schritt braucht Kraft. Wir gehen mit einigen Mineros in den Berg. Im Schacht steht Wasser. Die Batterie für die Grubenlampen hängt unheimlich schwer am Gürtel. Wir gehen einige Kilometer. Nirgends ein Licht außer den kleinen, dämmrigen Kreisen der Grubenlampen am Helm. Einer der Mineros erklärt: »Hier unten wird nicht mehr gearbeitet. Wir haben Probleme. Keine Elektrizität. In der ganzen Mine funktioniert nicht ein einziger Ventilator. Wir haben sehr viele Vergiftungen gehabt - eh Mann, hoffentlich haut dich die Höhe nicht um.«

Wir werden von einer Art offenem Förderkorb noch höher gehievt, einige hundert Meter bestimmt. Als wir aussteigen, ist das Wasser im Schacht gefroren. Der Helm schlägt gegen die Felsen des Gewölbes, gegen faulende Holzstreben. Das Eis nimmt dem Schacht die Höhe, zwingt zum gebückten Gehen. Die Brust drückt aufs Zwerchfell, es scheint keine Luft mehr in die Lungen zu kommen. Die Füße verlieren den Halt auf dem Eis. Jemand zieht mich wieder hoch. »Du machst doch nicht schlapp?« Ich denke, er meint es eher freundlich als höhnisch. »Es ist ungewohnt, wie hoch sind wir?« sage ich. »5.620 Meter. Ihr wolltet doch unbedingt nach Argentinas«.

Wieso eigentlich? Abenteuer-Tourismus. Aktions-Journalismus. Aus erster Hand ins deutsche Blatt: Wo der bolivianische Minero am meisten leidet. Ich kriege sowieso längst nur noch meinen eigenen Körper mit, registriere angstvoll seine vielen Alarmsignale.

Das andere wird zum Alptraum. Die Schächte winden sich labyrinthisch auf den Spuren des Erzes. Bisweilen weiten sie sich zu schwarzen Höhlen. Hölzerne Leitern führen zu Löchern im Gewölbe. Silbrig glitzernde Steine stürzen aus den Löchern in Loren. Gesichter tauchen auf aus dem Dunkel, geblähte Backen, in denen der Vorrat an Coca-Blättern ist.

Drei Mann stemmen sich gegen ein Bohrgerät. Die gasgetriebene, sehr alte Maschine zischt und knallt schmerzhaft in den Ohren. Sie schüttelt die Männer in ihrem Takt, verzerrt die Gesichter zu bebenden Fratzen.

Ich träume irgendwann vom Zimmer im Hotel Sucre. Transistorradio. Deutsche Welle. Bundesliga-Ergebnisse und ein Stapel Bücher über die Probleme der Dritten Welt.

Am Ende des Schachts ist Licht. Wir stehen draußen im Schnee an einem Gletscher. 5.620 Meter hoch, bald einen Kilometer über dem Mont Blanc. Berg heil.

Die Mineros kommen in einen Unterstand zur Mittagspause. Sie zupfen Coca-Blätter aus buntbestickten Beuteln. Wir müssen komisch auf sie wirken mit unseren offenen, nach Luft japsenden Mäulern. Jemand ahmt mein Gehechel freundlich nach. Die anderen lachen. Sie bewerfen uns mit Schneebällen, stellen sich fröhlich zum Gruppenfoto. Und wenn diese von Hunger, Anstrengung, Silikose-Staub, Frost und Coca-Blättern kaputten Gesichter lachen, irritiert das.

Wo haben sie die Kraft hergehabt, nach dem letzten Putsch 17 Tage die Armee aufzuhalten? Der wievielte Aufstand der Mineros von Caracoles war das überhaupt? Keiner weiß es. Die Väter haben schon gekämpft und die Großväter.

Sie erhoffen von der neuen Regierung Brot. Sie brauchen wieder etwas zu essen in der Mittagspause hier oben, außer Coca-Blättern. Ihre Real-Löhne sind in den letzten 10 Jahren ständig gesunken.

Und sie wollen Waffen, sagen sie. Nicht noch einmal nackt im Schnee liegen und geschlagen werden. Lieber sterben mit einer Waffe in der Hand. Aber mit Waffen werden sie endlich siegen, meinen sie.

Wir müssen an die 15 Kilometer durch den Berg gelaufen sein, als- wir wieder in der Siedlung sind. Unsere Begleiter haben geschafft, was sie wohl wollten. Sie haben uns für ein paar Stunden ein bißchen die Mine Argentinas spüren lassen.

Sie lassen uns auch jetzt nicht aus. Wir gehen in die Hütten, durch die der Schneesturm pfeift. Sechs Kinder, acht Kinder, zehn Kinder, die sich aneinander wärmen auf ein paar Quadratmetern mit Blech umbautem Raum. Die meisten Menschen von Argentinas werden an der Grenze des ewigen Frosts geboren und sterben hier. Nicht einmal zwei Stunden mit dem Lastwagen den Berg hinunter beginnen die Tropen mit Urwald, ewigem Sommer und fruchtbarem Boden, der beinahe alles wachsen ließe. Für die Mineros von der Mine Argentinas ist das eine unerreichbare Welt, die viele nicht einmal gesehen haben.

Sie zeigen uns den Müllhaufen, auf dem Raúl Valdivia Henojoza vor seinen Genossen erschossen wurde, weil er gegen die Folterung eines Freundes protestiert hatte, und die Ecke, an der Angel Tola ein Bajonett in den Leib gestoßen wurde.

Wir fahren den Berg runter. Der Schnee wird zu Regen. Dort, wo die Vegetation beginnt, ist das Dorf Villacarmen. Die Kirchglocken läuten. Es ist dunkel geworden. Die Dorfbewohner laufen unter Plastikplanen durch den Regen. Mehr als hundert kommen in die Kirche. Jemand liest mühsam aus der Chronik des 4. August 1980: »Unser Dorf war das erste, das die Soldaten erreichten. Sie meinten, dies sei eine Siedlung der Mineros, obwohl die meisten hier Bauern sind ... « Es folgt eine minutiöse Aufstellung über Mord, Folter, Vergewaltigung, Raub.

Dann drängen die Menschen nach vorn. Ein Junge, dem sie beide Trommelfelle zerstört haben, Kinder, die am 4. August zu Waisen wurden. Einer nach dem anderen schildert, was er an jenem Tag erlitten hat. Viele sprechen nur Aymara. Ich sage, daß ich sie nicht verstehe. Ich sage, daß ich nicht helfen kann. Es ist eine elende Situation. Sie lassen uns nicht gehen, bis die letzten gesprochen haben.

Beim Abschied in der Nacht sagt einer von der Gewerkschaft: »Wir haben versucht, euch an einem Tag etwas von den gesellschaftlichen Bedingungen hier zu zeigen. Wenn ihr länger bleiben würdet, könntet ihr mehr verstehen.«

Boliviens Berge haben längst kein Zinn mehr, das den Abbau noch lohnt. Da es für die Mineros keine andere Arbeit gibt, krepieren sie weiter für unsere Ex- und Hopp-Dosen. Ungezählte Milliarden sind mal verdient worden am Zinn vom Altiplano. Von den Profiten blieb noch weniger im Land als einst vom Silber.

Es ist längst vergessen, daß Bolivien dem europäischen Kapitalismus das Startkapital gab. Daß es das Silber vom Altiplano war, mit dem die Fugger und Welser zu wuchern begannen. Die Bolivianer behielten von dem Silber, mit dem man eine Brücke zwischen den Cordilleren und Augsburg hätte bauen können, ein paar Münzen auf rotem Samt in ihren Museen. Sicher nicht mehr bleibt ihnen vom Kokain, dessen Umsatz den Zinnexport schon um ein vielfaches übersteigt. Und allemal wird mit Gewalt verhindert, daß sich etwas ändert.

Daß die Demokratie in La Paz mit Gewalt auf rechten Kurs gebracht werden soll, dafür hat Coco ernsthafte Hinweise.

In La Paz gibt es immer Gerüchte. Coco von der MIR weiß auch eins. Es könnte ein bißchen dramatisch werden in den nächsten Tagen, orakelt er. Präsident Siles ist für eine Woche nach Washington geflogen. Vizepräsident Jaime Paz Zamora ist amtierender Regierungschef und wird auch vorübergehend in den Präsidentenpalast umziehen. »Und es gibt Kreise, die wollen die Gelegenheit nutzen, Jaime auszuschalten«, sagt Coco. Seine Andeutungen zählen, denn er ist Sicherheitsbeauftragter der MIR.

Jaime Paz ist, glaubt man etwa der »Welt«, ein »Linksextremis«. Eigentlich ist er Christdemokrat. Mit Parteifreunden und Teilen der ehemaligen Guerilla-Bewegung hat er die MIR gegründet, die im regierenden Parteienbündnis UDP am entschiedensten einen »national-revolutionären« Kurs vertritt.

Jaime Paz hat im Gesicht noch die Brandnarben eines Attentats, das 1978 der spätere Innenminister Arce Gomez gegen ihn und acht führende UDP-Funktionäre organisierte. Jaime Paz war der einzige Überlebende. Er erklärt uns zwei Stunden die Notwendigkeit, jetzt in Bolivien pragmatische Politik zu machen: »Tatsache ist, daß wir unsere Schulden nicht zahlen können, solange unser Volk hungert. Aber das muß nicht notwendig zum Konflikt mit unseren Gläubigern, vor allem in Nordamerika, führen. Die USA haben schlechte Erfahrungen mit den Diktaturen in Bolivien gemacht. Sie haben im Moment keine Alternative.«

Um den Konflikt zu vermeiden, läßt sich ihre Regierung die Wirtschaftspolitik von den Kreditgebern, vor allem vom Weltwährungsfond, diktieren, kürzten zum Beispiel die Reallöhne weiter.

»Die Lohnpolitik ist unsere souveräne Entscheidung. Der Arbeiterschaft werden tatsächlich große Opfer abverlangt. Aber es geht um die Konsolidierung der Wirtschaft gerade des staatlichen Sektors, des Bergbaus, den die Diktaturen ruiniert haben.«

Indessen stehen die Militärs und die Paramilitares Gewehr bei Fuß.

»Das ist ein Problem. Das ist vor allem unser Problem. Wenn wir den nationalrevolutionären Prozeß wirklich vorantreiben, werden sie in den Kasernen bleiben. Wenn dieser Prozeß stagniert, werden sie Morgenluft wittern. Ich gebe zu, die Gefahr der Stagnation ist da.«

Wenn sie die Revolution vorantreiben, wird der Konflikt mit den USA unvermeidlich. Die werden nicht nur zusehen. Siehe Chile, siehe Nicaragua.

»Wir vermeiden Fehler, die in diesen Ländern gemacht worden sind. Unsere Regierung hat kein sozialistisches sondern ein nationalrevolutionäres Programm.«

Deshalb werden mit Rücksicht auf die Amerikaner nicht einmal die Banken verstaatlicht, die doch eine verhängnisvolle Rolle beim Bankrott der bolivianischen Wirtschaft gespielt haben.

»Auch mit Rücksicht auf Deutschland. Aber wir haben die Spielregeln für die Banken geändert. Sie protestieren schon seht laut.«

Wie stark kann eigentlich eine Demokratie sein, in der die Mehrheit der Bevölkerung, nämlich die Indios, von der aktiven Mitwirkung praktisch ausgeschlossen ist?

»Sie meinen die Bauern. Im Gegensatz zur klassischen marxistischen Analyse bin ich allerdings auch der Meinung, daß wir in Bolivien nicht nur einen Klassenkonflikt haben, sondern auch ein Problem der Nationalitäten, das sogar zur Zeit dominant ist. Aber das wird nicht gelöst, indem man, wie einige sektiererische Bauernführer, die Nationalitäten gegeneinanderstellt. Wir streben ernsthaft die Einheit der Nation an - auf der Basis der Mehrheit, der Bauern.«

Dies sind Auszüge aus einem langen Gespräch. Sie werden der Position von Jaime Paz nicht voll gerecht. Es fehlen die detaillierten Erläuterungen. Aber auch die klangen eher nach Hoffnungen als nach bevorstehenden revolutionären Taten.

Am nächsten Tag soll Jaime Paz mit einigem Zeremoniell in den Präsidentenpalast einziehen. Es ist 10.45 Uhr, als er vor dem Palast aus dem Wagen steigt. Ein Mann rennt plötzlich auf Jaime Paz zu. Sicherheitsbeamte stoßen ihn zurück. Der Mann läuft über die Straße, holt eine fliehende Person ein und reißt sie zu Boden. Die beiden werden festgenommen.

Die Arretierten sind der Argentinier italienischer Abstammung Mario Mingolla und der Bolivianer Carlos Fajardo. Zwei bekannte Namen aus der Szene der Paramilitares und der Coca-Mafia. Sie waren vor den Präsidentenpalast geschickt worden, um die Möglichkeiten eines Attentats auf Jaime Paz auszukundschaften. Das Attentat sollte zwei Tage später stattfinden. Der Bolivianer hatte es nach einem Streit mit seinen Komplizen verraten.

Wir sind auf Billig-Ticket in Bolivien. Zwei Wochen waren gebucht. Da ist nichts mehr zu ändern. Wir sind am letzten Abend mit den Freunden zusammen, die uns sehr viel geholfen haben in La Paz. Es gibt Wein. Und es gibt Streit. Arturo, Philosophieprofessor, faßt zusammen: »Weißt du, was es heißt, Jahre nicht arbeiten zu dürfen, Angst zu haben, mitzukriegen, wie Freunde gefoltert und ermordet werden - welche Erleichterung und welche Hoffnung jetzt diese Demokratie für uns ist? Nichts weißt du. Du kommst mit deiner unerträglichen deutschen Arroganz zwei Wochen hierher und redest besserwisserisch rum, daß es nur noch zum Kotzen ist.«

Gegen Mitternacht gehen wir doch noch einmal in die Brigitte-Bar. Hubert ist schon sturzbetrunken. Franz ist auch da. Und Hermann will gleich würfeln.

Ich krieg Hubert auf dem Weg zur Toilette. Ich sage, daß ich es wegen der vielen Geschäfte nicht geschafft habe, Don Klaus zu besuchen. »Aber du weißt Bescheid«, fragt Hubert mit betont belegter Stimme. »Nein, um Gottes Willen.« »Sie haben seine Frau aufgemacht und gleich wieder zu. Krebs. Klaus ist total mit den Nerven zu Fuß.« Ich sage, daß ich wenigstens Blumen vorbeibringen möchte. »Mach das. Deutsches Krankenhaus, Zimmer 11. Aber wenn Klaus da ist, sag bloß nichts. Er glaubt noch, daß sie wieder rauskommt«.

»Besucht Herr Altmann Sie denn öfter?« »Du, er ist fantastisch bei all dem, was er jetzt sonst noch um die Ohren hat. Er ist jeden Morgen um neun im Krankenhaus und bleibt oft den ganzen Vormittag.«

Unser Flugzeug geht um elf. Kurz vor neun tun wir die Koffer ins Taxi und fahren zum Deutschen Krankenhaus. Ich sage schon auf dem Weg, daß ich nicht mitkomme, weil das alles nun nichts mehr mit Journalismus zu tun habe. »Mann, der Typ hat fünf Gorillas dabei. Wenn wir Glück haben, verpassen wir nur das Flugzeug und zahlen noch mal den Preis.«

Alberto geht allein. Ich höre ihn noch nach Frau Altmann fragen, und eine Schwester sagt »Zimmer 11«. Er kommt nach ein paar Minuten zurück. Dieselbe Schwester sagt, ja, Herr Altmann käme oft auch erst gegen Mittag. Alberto hat eine alte Frau mit Schläuchen im Körper fotografiert. Wir sind rechtzeitig am Flughafen.

Konkret02/83, S. 34

Walentin Falin

»Europa wird zum Vorfeld«

Bis 1978 war Walentin Falin der Sowjetunion in Bonn, danach wurde er stellvertretender Leiter der Abteilung internationale Information beim ZK der KPdSU. In dieser Funktion beantwortete Falin die KONKRET-Fragen zur Atomrüstung, zur Politik der Reagan-Regierung, zu den Gefahren für Europa, zur Regierung Kohl, zu Polen und zu Afghanistan. Drei Wochen nach dem Gespräch wurde Falin Sonderkorrespondent der Regierungszeitung »Iswestija«

KONKRET: Herr Falin, Sie haben vor zwei Jahren gesagt, daß die 80er Jahre außerordentlich kalte Jahre würden. Ist inzwischen die Eiszeit ausgebrochen?

Falin: Alles im Leben ist relativ, Eiszeit auch. Ich würde doch uns allen versprechen, daß wir ein besseres Schicksal haben werden als die Mammuts, über die wir im Plusquamperfekt sprechen. Aber sonst sind die Jahre wirklich klimatisch nicht besser geworden, auch politisch nicht. Das hängt auch von Leuten und nicht nur von den natürlich Umständen ab.

KONKRET: Reden wir über die Leute. Der amerikanische Präsident ist nun zwei Jahre im Amt - Zeit für eine Zwischenbilanz.

Falin: Zwischenbilanz haben die Amerikaner schon gezogen. Und das ist ihr gutes Recht. Dieses Fazit war nicht positiv für diesen Präsidenten. Was die internationalen Beziehungen angeht, so kann dieser Präsident feststellen, daß die Staaten verschiedener Systeme weiter auseinander sind als früher. Es gibt Probleme, die die ganze Menschheit beunruhigen, die weiter von ihrer Lösung sind als früher. Das Wettrüsten läuft auf höheren Touren als früher, und die Perspektiven für eine Reduzierung von Spannungen und Konflikten zwischen den Staaten sind im Moment schlechter als früher. Inzwischen ist noch ein Krieg im Nahen Osten ausgebrochen, und dieser Krieg war besonders blutig und besonders grausam. Was in Zentralamerika vor sich geht, zum Beispiel in Salvador, in Guatemala;, die Konflikte im Südatlantik, das alles hat das Ansehen der USA in der Welt nicht gerade verbessert.

Die Gefahren für die Menschheit sind viel größer geworden. Die Gefahren halten Schritt mit dem Fortschritt der Waffentechnologien. Die immer neuen Systeme und gefährlicheren Systeme der Massenvernichtungswaffen verlangen eine besondere Verantwortlichkeit, ein besonderes Realitätsgefühl. Gerade das sind heute defizitäre Eigenschaften in der Politik des Westens.

KONKRET: Sie sagen, die amerikanische Politik in Südamerika und sonstwo auf der Welt habe das Ansehen der USA nicht erhöht. Ist es denn nicht so, daß die USA sich entschieden haben, nicht mehr nachzufragen, was ihr Ansehen erhöht, sondern nur noch danach zu fragen, wo sie Herrschaftsbereiche aufrechterhalten oder wieder ausdehnen können - gleich mit welchen Mitteln?

Falin: Gewiß. Die Situation ist, wie Sie sie beschreiben. Präsident Reagan hat selbst gesagt, ihn störe nicht, was die Leute in den Vereinigten Staaten oder außerhalb über ihn denken. Er werde das unternehmen und das anordnen, was er aus seiner Überzeugung für richtig hält, ohne über die Reaktion der anderen nachzudenken. Aber die Realität ist, daß die größten Länder und die am höchsten gestellten Politiker sich nicht im Vakuum bewegen. Sie bewegen sich in einer Welt, wo die anderen Staaten nicht alles hinnehmen, nicht alles unbeantwortet lassen. Die Amerikaner sind nicht Allherrscher in dieser Welt. Glücklicherweise.

KONKRET: In den letzten 20 Jahren, in der Periode der Entspannung und friedlichen Koexistenz, haben die USA weltweit immer mehr Einfluß verloren. Immer mehr Befreiungsbewegungen haben ihre Länder aus der Umklammerung durch die USA lösen können. Der Verlust von Märkten und billigen Rohstoffquellen hat zu schweren sozialen Problemen in den USA geführt. Ist es da nicht zwangsläufig, daß die USA - ob unter Reagan oder einem anderen - versuchen, das verlorene Terrain wiederzugewinnen?

Falin: Es gibt immer verschiedene Wege, aus einer Situation herauszukommen. Es gab immer verschiedene Gruppierungen in den oberen Schichten der Vereinigten Staaten: Eine Gruppierung war für Anpassung an die reale Welt, die andere war entschieden dafür, diese Welt umgekehrt an die Vereinigten Staaten anzupassen, sie so zu verändern, daß diese Welt, wie man heute formuliert, den Vereinigten Staaten freundlich gegenübersteht, so freundlich, wie die das in Washington verstehen. Roosevelt tendierte mehr zur ersten Gruppierung. Er verstand, daß im Interesse der Vereinigten Staaten die Welt so zu gestalten sei, daß der Friede nicht eine Interimslösung wäre, eine Pause zwischen den Kriegen. Seine Nachfolger, Truman und die anderen, waren gerade der Meinung, daß die Vereinigten Staaten nur *den* Frieden gestalten sollten, den die Vereinigten Staaten leiten. Truman hat die Worte gebraucht: Die Vereinigten Staaten sind von Gott auserwählt, diese Führung zu praktizieren, deshalb sollte die ganze Welt, wenn nicht freiwillig, dann unter Druck der amerikanischen Atombombe, sich dieser Führung unterwerfen. Es gab dann verschiedene Formen dieser Atomdiplomatie, dieser Gewaltdiplomatie.

In den 60er Jahren wurde den Amerikanern klar, daß sie mit dieser Politik schlecht leben konnten. Sie bekamen immer größere Schwierigkeiten im wirtschaftlichen Bereich. Der Krieg in Vietnam führte die Amerikaner in eine militärische und politische Sackgasse - nicht nur in Asien, sondern überhaupt. Sie versuchten, indem sie anderen Westmächten, Frankreich und der Bundesrepublik, folgten, ihre Interessen auf dem Wege der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in wichtigen Fragen der Weltpolitik zu verfolgen. 1972 haben die Amerikaner zum erstenmal in unserer gemeinsamen Grundlagenerklärung Prinzipien der friedlichen Koexistenz anerkannt. So steht es in diesem Papier, zum ersten- und leider zum letztenmal. In dieser Erklärung steht auch, daß die USA und die Sowjetunion sich verpflichten, trotz der Unterschiede ihrer Systeme ihre Politik so zu gestalten, daß keine Kriegsgefahren entstehen. Vergleichen Sie bitte das mit dem, was Reagan jetzt proklamiert, was er z.B. im Londoner Parlament gesagt hat: Das Ziel der amerikanischen Politik sei es, den Kommunismus auf den Ruinen der Geschichte zu lassen, das sozialistische System zu vernichten. Wie kann man dieses Ziel der amerikanischen Politik mit amerikanischer Verpflichtung aus dem Jahre 1972 vereinbaren?

KONKRET: Wie?

Falin: Gar nicht. Und das ist auch die Antwort auf die Fragen, die die westliche Öffentlichkeit stellt: Wer hat Schuld an dem, was heute vor sich geht? Wessen Politik hat sich geändert? Die sowjetische oder die amerikanische? Wir stehen zu jedem Buchstaben, zu jedem Komma, zu jedem Punkt aller unserer Verpflichtungen aus den 70er Jahren

KONKRET: Es ist ja nicht umstritten, daß die USA ihre Politik verändert, verschärft haben. Sieht sich die Sowjetunion nicht gezwungen, ihre Politik dieser Veränderung anzupassen?

Falin: Eins ist klar: daß die Sowjetunion nicht vernachlässigen kann, was sich in der amerikanischen Politik und in den Vereinigten Staaten entwickelt.

KONKRET: Was sich da entwickelt hat, ist der amerikanische Traum, wieder die Weltmacht Nr. 1 zu sein.

Falin: Den Traum können die Amerikaner gewiß haben. Sie wissen, was sie wollen. Jetzt müssen sie noch kennenlernen, was sie imstande sind zu tun. Dieser Lehrgang ist im Weißen Haus noch nicht bis zum Ende absolviert. Wann und wie das absolviert wird, müssen wir abwarten.

KONKRET: Das kann ein sehr gefährlicher Lehrgang werden. Die Administration Reagan hat ja eines richtig erkannt: Solange die Sowjetunion auf weltpolitischer Ebene ein gleichwertiger Partner ist, ja, solange die Sowjetunion überhaupt existiert, bietet sie - ob sie das will oder nicht - Rückendeckung für all das, was den amerikanischen Interessen weltweit schadet. Ohne die Sowjetunion hat keine Befreiungsarmee - wo immer in der Dritten Welt - eine Chance, ob sich die Sowjetunion da einmischt oder nicht. Das hat diese Regierung Reagan ganz präzise erkannt, und deswegen heißt ihr primäres Ziel, die Sowjetunion in die Knie zu zwingen, und wenn es sein muß, atomar.

Falin: Das ist im Grunde genommen nichts Neues. Die Amerikaner haben ähnliches nach der Oktoberrevolution versucht, indem sie interveniert haben mit anderen imperialistischen Staaten. Sie versuchten, uns militärisch zu vernichten, in die Knie zu zwingen, uns zu zerstückeln als Staat. Dann haben es die anderen versucht. Sie erinnern sich, daß anläßlich Hitlers Überfall auf die Sowjetunion manche Amerikaner damals empfohlen hatten, zu beobachten und nichts zu unternehmen, bis die Deutschen und die Russen sich gegenseitig umgebracht haben.

KONKRET: So haben die USA den Krieg bis zu einem gewissen Grade auch geführt.

Falin: Wahrscheinlich. Bis zu einem gewissen Grade. Aber dann haben sie doch erkannt, daß es größere und wichtigere Kategorien gibt als nur dieses eng verstandene, sektiererische Klassendenken, das die Interessen einer kleinen Gruppe der herrschenden Klasse über alle anderen Interessen des Volkes setzt. Sie haben erkannt, daß das Zusammenhandeln verschiedener Systeme notwendig ist, um ein größeres Ziel, den Frieden, zu erreichen. Diese Notwendigkeit haben die Amerikaner damals erkannt, aber später wieder vergessen oder beiseite geschoben und auf diese Weise einer ganzen Generation nicht das Leben gestattet, das möglich gewesen wäre, wenn die Mittel, die ins Wettrüsten investiert wurden, für friedliche, für konstruktive Arbeit verwendet worden wären.

KONKRET: Theoretisch wäre ja auch ein Frieden denkbar, den eine überlegene Weltmacht diktiert.

Falin: Wenn die Reagan-Administration genau beobachten würde, was geschah und warum die früheren Versuche, die Sowjetunion mit Wettrüsten, mit Blockaden und ökonomischen Sanktionen auf die Knie zu zwingen, keinen Erfolg hatten, würde sie nicht mehr versuchen, militärisches Übergewicht zu erreichen. Das Ziel verfolgen die Amerikaner, sie machen kein Hehl daraus. Die Amerikaner ignorieren die Tatsache, daß ungefähre Parität ein beständiger Faktor des Weltgeschehens geworden ist. Man kann 100 Raketen mehr haben, 100 Raketen weniger haben, 100 nukleare Köpfe mehr oder 200 weniger - das ändert das Gleichgewicht des Vernichtens nicht. Für jeden Kopf der Bevölkerung auf dieser Erde gibt es im Moment etwa 5 Tonnen TNT. Auf jeden Kopf wird das im Durchschnitt fallen, ob das 3 Tonnen werden oder 10 Tonnen, das hat keine qualitative Bedeutung mehr. Jeder atomare Erstschlag wird, wie verfeinert die Technologien auch sein werden, einen Rückschlag provozieren, der den Aggressor vernichtet. Mit Garantie. Das ist eigentlich der Hintergrund

unseres Beschlusses, einseitig auf die Erstanwendung nuklearer Waffen zu verzichten. Wir verstehen, daß im nuklearen Krieg keiner Sieger ist.

KONKRET: Ist denn nicht gerade die Entwicklung der Cruise Missiles und der Pershing II und ihrer Dislozierung so nahe an der sowjetischen Grenze mit der ganz kurzen Vorwarnzeit von 6 Minuten der Versuch, doch einen erfolgreichen Erstschlag führen zu können, die wichtigsten militärischen und politischen Kommandozentralen mit einem Schlag zu treffen und die Rückschlagskapazität der festinstallierten Raketensysteme so stark zu reduzieren, daß allenfalls noch Westeuropa getroffen werden kann und die USA kaum oder gar nicht mehr?

Falin: Naja, wenn wir logisch analysieren, müssen wir notwendigerweise wohl zu Ihren Feststellungen kommen. Aber das Leben ist komplizierter. Es ist klar, daß die Sowjetunion nicht abwarten wird, daß diese Pershing-Raketen explodieren und die Cruise Missiles ihr Ziel erreichen. Wenn Signale auf unseren Geräten erscheinen, daß solch ein Erstschlag läuft, dann werden unsere Raketen starten, bevor sie getroffen werden. Auf welche Weise, computermäßig oder anders, eins ist klar: In der Realität wird es so sein, daß die andere Seite nicht erst erlebt, was ein nuklearer Krieg bedeutet, und erst dann eine Entscheidung trifft, nein, es wird praktisch alles automatisch laufen.

KONKRET: Es hat im Bereich der NATO allein im letzten Jahr mehr als 50 mal falschen Atomkriegs-Alarm gegeben, der jeweils konkrete Vorbereitungshandlungen ausgelöst hat. Kann sich die Sowjetunion bei einer auf sechs Minuten verkürzten Vorwarnzeit wirklich 50 mal im Jahr auf die Gefahr einlassen, abzuwarten, ob sich der Alarm als falscher Alarm erweist oder als Vorbereitung zu einem atomaren Erstschlag?

Falin: Wissen Sie, unsere höchsten Parteiführer haben gesagt, die Stationierung dieser amerikanischen Raketen werde die ganze militärische Situation nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ verändern. Damit ist nicht nur das Kräfteverhältnis gemeint, zahlenmäßig, sondern auch die Situation im Sinne der Gefahr und Gegengefahr in bezug auf unsere beiden Staaten, die Sowjetunion und die USA, zwischen Ost und West insgesamt. Wir können den Amerikanern dieselben Argumente zurückgeben, die sie 1962 während der Kuba-Krise formuliert haben. Die Lebensinteressen der Sowjetunion erlauben es nicht, unbeantwortet hinzunehmen, was die Amerikaner im Moment planen. Wir werden auf diese Herausforderung adäquat antworten, im Sinne der Entwicklung und Stationierung von Waffen, die die Vereinigten Staaten in dieselbe Situation versetzen, in die sie die Sowjetunion versetzen wollen. Technisch ist das möglich.

KONKRET: Auch geografisch?

Falin: Geografisch ist das auch möglich. Es gibt im Moment verschiedene Methoden, um das zu erreichen. Wenn die Amerikaner glauben, sie wären dank ihrer geografischen Lage, dank ihrer besonders günstigen Situation, in relativer Sicherheit im Vergleich zur Sowjetunion, dann irren sie sich.

KONKRET. Also doch Atomraketen auf Kuba?

Falin: Es gibt technisch Möglichkeiten, das zu machen. Und die werden auch voll genutzt, um Gleichgewicht und gleiche Sicherheit zu gewährleisten für die beiden Seiten.

KONKRET: Ist das denn auch gleichzeitig möglich?

Falin: Ungefähr gleichzeitig. Was die Amerikaner auch unternehmen werden - es wird nicht an einem Tag geschehen. Zum zweiten ist es wichtig zu erwähnen, was das für Westeuropa bedeutet. Das ist keine Drohung, das möchte ich unterstreichen, das ist nur die Feststellung der Situation: Die Funktion von Europa ändert sich mit der Stationierung dieser Waffen.

KONKRET: Es wird Vorfeld.

Falin: Europa wird wirklich zum Vorfeld in einem globalen Konflikt werden, einem globalen Konflikt, der nicht obligatorisch in Europa beginnen muß. Die Anwesenheit dieser Waffen in Europa, im Falle eines Konfliktes anderswo, im Osten, im Norden, im Süden, wird automatisch Europa zum Bestandteil eines Konfliktes machen. Europa aus solchem Konflikt loszulösen, ist theoretisch wahrscheinlich möglich, in der Praxis aber unmöglich. Insbesondere, wenn wir berücksichtigen, was Reagan in einem Interview mit der finnischen Presseagentur vor einem Jahr gesagt hat: daß die Amerikaner nicht nur in Europa sind, um Europa zu verteidigen. Sie sind vor allem in Europa, um die Vereinigten Staaten selbst zu verteidigen und das soweit wie möglich von den Vereinigten Staaten entfernt. Eins ist wichtig: Wir sind der festen Überzeugung, die Zeit, in der Krieg ein Instrument der Politik gewesen ist, ist längst gewesen. Wir als Sowjetunion, als Staat, als System, als Weltanschauung, sind bereit, Verpflichtungen aller Art zu übernehmen, unter - wenn nötig - internationaler Kontrolle, damit es nicht zu einem Krieg kommt.

KONKRET: Zu einem großen Krieg oder überhaupt?

Falin: Zu einem kleinen Krieg, zu einem großen Krieg, zu einem Krieg überhaupt.

KONKRET: Auch zu keinen militärischen Exkursionen außerhalb der eigenen Territorien?

Falin: Wenn die anderen Staaten sich nicht militärisch einmischen, keine militärische Intervention provozieren oder organisieren, dann haben wir nicht nur keine Lust, sondern auch keine Notwendigkeit, irgendwie zu handeln. Das gilt für alle unsere Interessengebiete, das gilt für naheliegende Gebiete, das gilt für entfernte Gebiete ohne Ausnahme. Wir sind der Überzeugung, daß die einzige Chance der Menschheit darin besteht, sich an die neue Welt anzupassen: Daß alle Völker, groß oder klein, die gleichen Rechte haben auf Glück, auf Wohlergehen, auf materiellen Wohlstand.

KONKRET: Der Nachrüstungsbeschluß soll im Herbst oder Winter 1983 vollzogen werden. Sehen Sie denn überhaupt noch eine Chance, daß in Genf bis zu diesem Zeitpunkt ein Ergebnis erzielt wird?

Falin: Wenn die Amerikaner nach dem Motto weiterhandeln, das Weinberger formuliert hat im amerikanischen Senat, daß die Amerikaner nur deshalb diesen Verhandlungen zugestimmt haben, weil anders eine Zustimmung der Westeuropäer zur Stationierung der amerikanischen Raketen nicht gekommen wäre, und daß es der Sinn dieser Verhandlungen ist, bessere Bedingungen für die Stationierung zu schaffen, dann haben wir keine Gründe zu hoffen, daß diese Verhandlungen zu einem konstruktiven Ergebnis kommen. Die Amerikaner haben während aller dieser Monate kein zusätzliches Wort zu ihrer sogenannten »Null-Lösung« gesagt, und diese Null-Lösung bedeutet eine Null-Lösung für eine Seite, nicht für zwei Seiten. Es wird versucht, ein Übergewicht der Amerikaner - der NATO insgesamt - zu gewährleisten ohne Nachrüstung, aber mit einseitiger Abrüstung der Sowjetunion. Das ist kein Vorschlag für die Schaffung einer Grundlage für die Verhandlungen, das ist nur ein propagandistischer Vorschlag, um für die amerikanischen Pläne bessere Bedingungen zu schaffen.

KONKRET: Die $S 20 ist zu einem Symbol für atomare Bedrohung geworden. Auf den Bildern von Friedensdemonstrationen in der Bundesrepublik oder in Holland sehen Sie Plakate mit der Parole »Gegen Pershing II und SS 20«. Müßte die Sowjetunion nicht erwägen, angesichts der furchtbaren Gefahr, daß die Pershing Il und Cruise Missile in Westeuropa stationiert werden, die SS 20 aus dem westlichen Teil der Sowjetunion zurückzuziehen und stattdessen die alten SS 4 und SS 5 wieder aufzubauen? Denn dann wären die Westeuropäer nicht mehr in der Lage, auch Herr Kohl nicht und Herr Wörner nicht, an dem Nachrüstungsbeschluß festzuhalten.

Falin: Erstens muß ich sagen, daß die ersten SS 20 erst 1976 stationiert wurden, und die NATO-Nachrüstung im Mai' 1975 beschlossen worden ist, ein Jahr vorher. Dieser Nachrüstungsbeschluß war nicht mit der SS 20 verbunden, sondern mit der Entwicklung neuer militärischer Technologien in den Vereinigten Staaten, vor allem mit Cruise Missiles. Man versuchte, diese neuen Technologien politisch auszuwerten und neue Tatsachen für die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten zu schaffen. Zum zweiten: Für uns, für die Sowjetunion, ist es kein Problem, alle Mittelstreckenwaffen, inklusive SS 20, in Europa abzuschaffen. Wir haben einen solchen Vorschlag im November vorigen Jahres gemacht, zu der Zeit, als Leonid Breschnew in Bonn war. Wir haben gesagt: Machen wir eine echte Null-Lösung, schaffen wir alle Mittelstreckenwaffen in Europa ab. Die Amerikaner und die Westeuropäer haben diesen Vorschlag nicht akzeptiert. Wenn Sie diesen Vorschlag mit unserem Vorschlag von 1978 verbinden, auf die Erstanwendung in ganz strenger, feierlicher Weise zu verzichten, dann wären politische und rechtliche Voraussetzungen geschaffen für eine radikale Herabsetzung des Niveaus auch konventioneller Waffen.

KONKRET: Warum glauben Sie, wollen die Amerikaner diesen Vorschlag nicht akzeptieren?

Falin: Das ist die Frage. Warum sind die Amerikaner für atomwaffenfreie Zonen in Zentralamerika, in Lateinamerika? Warum sind die Amerikaner strikt gegen solche atomwaffenfreien Zonen im Norden oder Süden Europas? Warum sind sie gegen Minderung und Abschaffung von nuklearen Waffen im Indischen Ozean? Das ist die Frage, die nicht beantwortet wird.

KONKRET: In Europa verfügen - nach amerikanischer Darstellung - die Truppen des Warschauer Paktes über konventionelle Streitkräfte von so erheblicher Überlegenheit, daß dieser atomare Schild in Europa notwendig ist, um militärischen Übergriffen oder auch nur verstärktem Druck aus konventioneller militärischer Überlegenheit auf Westeuropa standhalten zu können.

Falin: Das wird behauptet. Aber, wie unser Verteidigungsminister vor kurzem erklärt hat, entsprechen diese Behauptungen nicht den Realitäten. Zahlenmäßig sind die Truppen der NATO stärker als die Truppen des Warschauer Vertrages. Die Zahlen der gefechtsbereiten Divisionen sind in der NATO größer als im Osten. Die Zahlen, was die Panzerwaffen angeht, sind ungefähr gleich, die Zahlen, was die Panzerabwehr angeht, sind für den Westen günstiger als für den Osten. Die Zahlen, was die taktischen Luftwaffen angeht, sind für die Warschauer-Pakt-Staaten günstiger. Aber, wie bekannt, haben die meisten Flugzeuge westlicher Seite Doppelfunktion, im Unterschied zu den Flugzeugen des Warschauer Paktes. Auch hier gibt es ungefähre Parität. Trotzdem wollen uns die NATO-Länder jetzt auch ein Wettrüsten im konventionellen Bereich aufzwingen.

KONKRET: Sie meinen den Rogers-Plan, die weitere atomare Aufrüstung durch konventionelle Aufrüstung zu ersetzen. Aber ist der Plan nicht weniger ein militärischer als ein ökonomischer? Statt atomaren Erstschlag - Totrüstung?

Falin: Leider nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein militärischer. Im konventionellen Bereich gibt es eine sehr gefährliche Entwicklung. Man versucht, mit Hilfe der modernen Elektronik die Effektivität der konventionellen Waffen

praktisch zu verzehnfachen.

KONKRET: Die Israelis haben im Libanon eine Probe davon gegeben.

Falin: Im Libanon sind die ersten Merkmale dieser Entwicklung schon klar geworden. Und dann wird die Gefahr der konventionellen Waffen so riesig groß, daß man zwar einen Krieg mit derartigen konventionellen Waffen nicht mit einem Krieg mit nuklearen Waffen gleichsetzen kann, aber dem doch ziemlich nahe kommt. Und das ist eine sehr, sehr tückische und gefährliche Entwicklung, denn dadurch kann man dem Angreifer eine Hoffnung geben, daß er - wenn er entschieden und unerwartet handelt - die Voraussetzung schafft für einen Erfolg.

Aber wichtig ist folgendes, um die Logik der Amerikaner zu verstehen: Studieren Sie bitte die Argumente der Amerikaner, die sie nicht heute, sondern vor 20, 25 Jahren zugunsten der nuklearen Waffen formuliert haben. Warum sind nukleare Waffen für die, Amerikaner unersetzbar? Die Amerikaner sagen: Unsere Politik ist eine Politik der Stärke, und die nuklearen Waffen sind der konzentrierte Ausdruck dieser Stärke. Das zweite Argument: Technologisch sind wir voraus und werden auch immer einen Schritt weiter sein als die Sowjetunion, und deshalb sind für uns solche ausgereiften Waffen wie die nuklearen Waffen vorteilhafter.

Im Unterschied dazu hat die Sowjetunion immer gesagt, zu jeder Zeit: Wir sind entschiedene Gegner der nuklearen Waffen. Wir sind gegen Anwendung dieser Waffen, weil sie für die Völker eine Katastrophe sein werden. Und heute ist es besonders am Platze zu sagen, das ist korrekt und realistisch.

KONKRET: Was halten Sie von der neuen Regierung in Bonn?

Falin: Wir haben zur Kenntnis genommen, daß die neuen Leute in Bonn besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit Washington legen, daß sie sozusagen die geografische Nähe zu Osteuropa durch die politische Nähe zu den USA auszugleichen versuchen. Inwieweit das den Interessen ihres Landes entspricht, das werden sie selbst entscheiden, auch bei den Wahlen.

KONKRET: Was ist von den Erklärungen zu halten, die Sowjetunion wolle Afghanistan verlassen?

Falin: Die Entsendung unseres Kontingents nach Afghanistan war von Anfang an mit dem Wunsch verbunden - noch bevor dieses Kontingent nach Afghanistan gelangte -, so schnell wie möglich aus diesem Lande zurückzukehren. Es war nicht unser Wunsch, unsere militärischen Grenzen auszuweiten, es war einen Notwendigkeit, unsere Sicherheit zu garantieren und unseren Nachbarn zu helfen. Zu der Zeit, als unsere Truppen 1979 nach Afghanistan kamen, war die Gesamtzahl der Söldner, die in Pakistan und dem Iran für einen Überfall auf Afghanistan vorbereitet wurden, über 100.000 Mann. Diese Herausforderung sollte in anderer Weise beantwortet werden. Wir haben versucht, das ohne Entsendung unserer Truppen zu machen. Wir haben mit den Pakistanern dutzendemale darüber gesprochen, wir sind mit den Amerikanern in Kontakt gewesen, leider ohne Erfolg. Die Reaktion' war, daß das Ausmaß dieser Intervention immer größer wurde. Leider ist es so, daß bis heute diese Interventionen nicht aufhören, trotz aller unserer Versuche, politische Lösungen herbeizuführen. Eins steht fest: Wir haben kein Interesse, in Afghanistan militärisch präsent zu sein. Wir möchten nicht, daß Afghanistan als Staat seinen Status ändert. Afghanistan soll ein nicht gebundener, neutraler Staat bleiben. Das entspricht vollkommen unseren Interessen. Wir sind nur dagegen, daß Afghanistan zu einem Quasi-Iran der Schah-Zeit wird, zu einem Platz für anti-sowjetische Aktivitäten, zu einem Platz für militärische Aktivitäten zugunsten der Vereinigten Staaten.

KONKRET: Kann man davon ausgehen, daß sich im Jahre 1983 etwas bewegen wird?

Falin: Es ist schwer zu sagen. Es hängt davon ab, was die Leute in Washington, Islamabad, und manch anderen Hauptstädten vorhaben. Man hätte dieses Problem überhaupt ohne Verschärfung lösen können - im Jahre 1978, 1979 und ein Jahr danach. In unseren Augen ist das Problem lösbar.

KONKRET: Sie wollen nach Hause?

Falin: Wir wollen nach Hause, und wir wollen ruhig leben, wie wir mit Afghanistan seit der Oktoberrevolution ruhig gelebt haben.

KONKRET: Herr Falin, eine Frage noch. Sie betrifft die Entwicklung in Polen, die ja doch eine große Rolle, auch international, gespielt hat, auch im Verhältnis der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Der Kriegszustand ist suspendiert worden. Sind Sie zufrieden mit der Entwicklung dort?

Falin: Hauptsache ist, daß die Polen damit zufrieden sind. Für uns ist die Situation in Polen verständlicherweise kein großes Geschenk, obwohl wir die Entwicklung dieser Krise seit längerer Zeit beobachtet haben. Wir haben versucht, der polnischen Regierung nach unseren Möglichkeiten zu helfen, wirtschaftlich und finanziell, dieser Krise Herr zu werden. Aber bis heute funktioniert vor allem die polnische Wirtschaft nicht so gut, wie die polnischen Freunde es wünschen und wir ihnen auch. Und das ist nicht nur aus Mangel an Rohstoffen, an Material, an objektiver Voraussetzung, sondern es ist einfach die Organisation der Arbeit, die Disziplin der Arbeit, nicht so hoch entwickelt, wie es wohl aus technologischen Gründen produktiver Art notwendig wäre. Wir verstehen, daß die polnische Situation sozusagen doppelt gemacht wurde.

Es gab Voraussetzungen für das, was geschehen ist, im polnischen Haus. Aber vieles ist in dieses Haus von außen gebracht worden. Und zwar nicht vom Osten, sondern vom Westen. Sogar der Name für die Gewerkschaft, Solidarnosz, ist nicht polnischer Herkunft, der ist zum ersten Mal in Rundfunksendungen für Polen im Sender »Free Europe« eingeführt worden.

KONKRET: Na ja, gut. Ist das nicht eine etwas einfache Erklärung?

Falin: Wenn jeden Tag, jede Stunde, jede Minute dem Menschen etwas ans Ohr gebracht wird, so beginnt er zu denken, das seien seine eigenen Überzeugungen. Ich möchte nicht herunterspielen, was in Polen selbst geschah und warum das geschah. Das Tempo der Entwicklung in Polen entsprach wahrscheinlich nicht den Voraussetzungen dort. Es sind verschiedene Fehler gemacht worden, wer macht die nicht? Aber das Ausmaß dieser Krise wurde künstlich verschärft und ausgeweitet. Wenn wir an den Beschluß vom 13. Dezember vorigen Jahres zurückdenken so müssen wir sagen, daß dieser Beschluß wirklich eine historische Bedeutung hatte, weil er Polen vor einem Bürgerkrieg rettete, mit riesigen Opfern für die Polen und mit vitalen Folgen auch für die Situation in Europa. Das war eine nationale Entscheidung der polnischen Regierung. Und alles, was im Westen darüber geschrieben wurde, insbesondere in den Vereinigten Staaten, war der Versuch, aus der Entwicklung propagandistisches Kapital zu schlagen.

KONKRET: Erwarten Sie, daß die USA darauf reagieren, wenn die Zustände in Polen sich normalisieren, d.h., daß sie ihre Propagandakampagnen und ihre Sanktionen einstellen?

Falin: Ich bin nicht der Meinung, daß die Amerikaner hier von Vernunft geleitet werden. Sie werden wahrscheinlich alles unternehmen, um Polen die Überwindung dieser Krise zu erschweren, wie sie bis heute alles getan haben, um jeder polnischen Familie zu schaden, damit sie die amerikanische Mißbilligung der Geschehnisse spürt. Es ist wirklich eine besondere Politik für eine solche Großmacht wie die Vereinigten Staaten, ihre Genugtuung in den Verlusten anderer zu suchen. Aber das ist die Philosophie dieser Administration und schon der beiden letzten Administrationen: Eigenen Gewinn durch Verluste der anderen Seite zu erlangen.

Konkret 02/83, S. 36

Djermen Gwischiani

»Schwachsinn von dramatischer Schönheit«

Von Djermen Gwischiani*

Hat die neue Haltung der US-Regierung zur wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit Auswirkungen auf die Industrie der Sowjetunion, auf unsere Pläne und Programme? Natürlich hat sie das. Aber die Konsequenzen sind nicht entscheidend, sie sind nach Umfang und Dauer sehr begrenzt.

Unser Land konnte es sich nie leisten, auf externe Faktoren zu setzen, wie das viele andere, vor allem kleinere Länder tun. Kleinere Länder können ohne internationale wissenschaftlich-techinische Zusammenarbeit nicht existieren, nicht produzieren. Wir haben einen riesigen Binnenmarkt, wir haben fast alle Rohstoffe, die wir brauchen. Und alle Arten von Energie. Es gab eine Zeit, da war dieses . Land fast analphabetisch. Heute haben wir ein immenses wissenschaftlich-technisches Potential. Allein im Bereich unserer Kommission arbeiten 1,3 Millionen Wissenschaftler und Techniker, mit dem Hilfspersonal sind es 4 Millionen. Nur Ignoranten und Naive können glauben, daß ein Land mit diesem Personal nicht jedes wissenschaftlich-technische Problem selbst lösen kann.

Man kann uns vorübergehende Schwierigkeiten machen. Aber nur für jeweils kurze Zeit und in kleinen Bereichen. Weniger als vier Prozent unseres Bruttosozialprodukts kommen aus dem Außenhandel. Und 60 Prozent davon entfallen auf den Außenhandel mit sozialistischen Staaten. Der Import von Technologie aus den USA betrug, auch in den Jahren 1973 und 1974, als er am höchsten war, nie mehr als 0,3 Prozent unseres gesamten jährlichen Technologiebedarfs. Eine Zahl, die praktisch zu vernachlässigen ist. Aber nehmen wir an, es wären drei oder vier Prozent, also der gesamte Umfang unseres Außenhandels - wie kann jemand auf die Idee kommen, mit diesem Bruchteil einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der sowjetischen Industrie nehmen zu können?

Denn wenn wir wollen, können wir das alles auch selbermachen. In vielleicht keinem anderen Land gibt es so viele Belohnungen, Anreize und Prämien für Leute, die selbst etwas entwickeln, anstatt bereits Entwickeltes zu importieren. Wir haben das manchmal bedauert, weil wir der Meinung sind, daß es nicht wichtig ist, woher eine Erfindung kommt, sondern daß sie richtig angewandt Wird.

Die Vorstellung, in dieser Welt könnte man den politischen Gegner durch ein Verbot von Technologie-Export erdrosseln, ist absolut lächerlich.

Nehmen wir das Beispiel Computer. Auf diesem Gebiet wollte der US-Konzern Control-Data mit uns zusammenarbeiten. Wir haben denen eine Auswahl von Komponenten, die wir entwickelt haben, zur Prüfung mitgegeben. Die haben zuhause in Minneapolis geprüft und einen Bericht angefertigt, so dick wie ein Buch. Ergebnis: Einige unserer Komponenten halten sie für ausgezeichnet, aber für ihre Zwecke nicht vorteilhaft; andere würden sie gerne von uns kaufen. Sie nahmen einen unserer Computer mit, untersuchten ihn und fanden heraus: Er enthielt -all das ' was ihnen verboten wurde, an die Sowjetunion zu verkaufen.

So erweist sich der Schwachsinn solcher Boykott-Aktionen. Zwar haben die Leute, die solche Entscheidungen treffen, keine Ahnung von der wirklichen Situation. Aber was sie tun, scheint von dramatischer Schönheit.

---

*Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees für Wissenschaft und Technik, Mitglied der Akademie der Wissenschaften (privat: Schwiegersohn des verstorbenen Ministerpräsidenten Kossygin)

Konkret 02/83, S. 39

Radomir Bogdanow

»Es gibt dort Leute, die auf den Knopf drücken wollen«

Von Radomir Bogdanow *

Der jetzige Präsident der USA ist ein sehr ungewöhnlicher Mann. Er hat zwei ganz einfache Ideen. Damit kam er schon nach Kalifornien als Gouverneur, und mit diesen zwei Ideen kam er auch ins Weiße Haus. Seine erste Idee: Der große Staats- und Verwaltungsapparat stört nur die Regierung und die Entwicklung der Wirtschaft. Seine zweite Idee: An allem, worunter die USA im Innern und in der Welt leiden, ist die Sowjetunion schuld.

Leider sieht die Welt ganz anders aus. Wir alle sind Augenzeugen gewaltiger Veränderungen, vor allem in der Dritten Welt. Denn es ist die Zeit gekommen, wo die ganz große Rechnung bezahlt werden muß - von den ehemaligen Kolonialmächten. Auch daran soll die Sowjetunion schuld sein.

, , Wir haben in den letzten Jahren versucht, den Amerikanern zu erklären, daß dies ein objektiver Prozeß ist, unabhängig von unserem Willen oder dem der US-Regierung. Manchmal hätten wir es auch gern, daß dieses und jenes in der Dritten Welt nicht passierte. Aber wir haben keine Möglichkeit, das zu ändern. Die Weisheit eines Staatsmannes kann nur darin bestehen, diese objektiven, unaufhaltsamen Prozesse anzuerkennen und sich an diese Veränderungen anzupassen.

Wir haben die Idee der friedlichen Koexistenz nicht weggeworfen. Entweder gehen alle in einem nuklearen Krieg kaputt, oder wir koexistieren friedlich.

Ich bin überzeugt, daß es in der amerikanischen Administration Menschen gibt, die bereit sind, auf den Atomknopf zu drücken. Ich behaupte nicht, daß Reagan selbst das will. Aber es gibt Männer auf dem mittleren Niveau des Pentagon, des State Department und der Armee, die das wollen. Solche Leute gab es in' früheren US-Regierungen nicht.

Was bedeutet in dieser Situation die Stationierung von 108 Pershing II Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik., Die taktisch-technischen Charakteristika der Pershing II machen es möglich, alle politischen und militärischen Kommandostellungen, denn diese befinden sich zwischen unserer Westgrenze und Moskau, innerhalb von 5 bis 6 Minuten zu vernichten.

Man stelle sich folgendes Szenarium vor: Es kommt zu einer schweren Krise in den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Die Amerikaner führen zunächst nur einen sogenannten »selektiven« Schlag gegen sowjetische Kommandostellungen, die teils vernichtet, teils »geblendet« werden. Wer will in dieser Situation noch richtig beurteilen, ob die USA nun einen weiteren Schlag führen werden, der alle sowjetischen Kommandostellungen vernichten würde? Würden Sie die Waffen, die dazu bei einer Flugzeit von 5 bis 6 Minuten in der Lage wären, nicht für Ihren Hauptfeind halten? Wenn Sie nun aber wüßten, daß diese Raketen mobile Systeme sind, deren Standorte auch mit den Sputniks aus dem Kosmos nicht genau festgestellt werden können - sagen Sie ganz ehrlich, was würden Sie in einem solchen Fall fühlen? Was würden Sie tun, wenn Sie den Bericht erhalten, daß zwei Pershing 11 auf die Rampe kommen, also in 8 bis 10 Minuten schon in der Sowjetunion sein können? Wenn Sie wüßten, in 8 bis 10 Minuten wird Ihnen der Kopf abgeschlagen? Zwingen Se mich bitte nicht zu sagen, was ich nicht sagen will.

Der Verteidigungsminister der Bundesrepublik hat gesagt, man könne auch nach der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen in Genf weiterverhandeln. Aber worüber soll man dann sprechen? Daß hier vor der Tür der Sowjetunion ein solches Spiel gespielt werden könnte, ist zu verrückt, um noch begreifbar zu sein. Dann würden die Verhandlungen so aussehen, daß zwei Partner an einem Tisch sitzen, und der eine hält dem andern eine Pistole an den Kopf. Es ist undenkbar, daß wir so etwas hinnehmen können.

---

*Stellvertretender Direktor des sowjetischen Arnerika-Instituts

Konkret 02/83, S. 40

Hermann Kohn, Harald Meinke

Die Amerikaner vergifteten Vietnam und hinterließen Opfer für Jahrzehnte

Vietnam kann mit den verheerenden Giftschäden aus dem Krieg nicht fertigwerden. Deshalb trafen sich dort Mitte Januar Wissenschaftler aus aller Welt, um über Hilfe für die Opfer zu beraten

Die Mutter wurde vor Entsetzen ohnmächtig, als sie ihr Neugeborenes zum erstenmal zu sehen bekam. Ihr Sohn Viet Duc hat zwei Köpfe und vier Arme**.** Das heute zweijährige Kind lebt, lernt sprechen, ärgert sich, wenn die eine Hälfte nicht so will wie die andere, lacht oft und gern - allerdings nicht immer mit beiden Gesichtern gleichzeitig.

Nguyen Thi ist zehn Monate alt. Ihr Schädel ist krankhaft verkleinert, sie hat verlängerte Gliedmaßen, zeigt keinerlei spontane Aktionen oder Reaktionen, ist mongoloid. An derselben Krankheit leidet auch die dreijährige Hoang Thi Thu. Sie hat die Mongolenfalte in beiden Händen, weit auseinanderstehende Augen, eine platte Nase, einen umgekehrten, offenstehenden und v-förmigen Mund mit einer heraushängenden Zunge.

Die Hebamme Ram Ti Gan berichtet: »Ich bin vor dreizehn Jahren hierher gekommen. In der ersten Zeit war ich sehr erstaunt über die vielen Fehlgeburten. Bei 20 bis 30 Frauen im Monat waren über die Hälfte Fehlgeburten. Jetzt sind es noch immer ungefähr zehn. Die Leute glauben, das sei eine Bestrafung durch verstorbene Ahnen für Sünden, die sie begangen haben ... «

Gesündigt haben ganz andere. Was die 46jährige Hebamme auf der besonders betroffenen Halbinsel Ca Mau erlebt, passiert seit Ende der 60er Jahre jeden Tag in Vietnam. Kinder sterben bereits im Mutterleib oder kommen schwer geschädigt zur Welt. Wie Viet Duc, Nguyen Thi und Hoang Thi Thu. Sie sind nur drei der ungezählten Spät-Opfer des Vietnam-Krieges. Kinder mit einem Mund von Ohr zu Ohr, mit drei Beinen, mit einem Zyklopenauge mitten in der Stirn, ohne Gehirn, mit Gaumenspalten, mit schweren Herzmißbildungen, mit Mongolismus - das sind die schrecklichen Folgen der 72 Millionen Liter »Entlaubungsmittel«, zumeist »Agent Orange«, die die Amerikaner gewissenlos über das Land sprühten, um den Vietcong den Garaus zu machen.

Daß die Kinder Opfer des Giftes Agent Orange sind, daran besteht kein Zweifel mehr. Die Eltern von Viet Duc zum Beispiel stammen aus Nordvietnam. Der Vater kämpfte in den mit dem Gift besprühten Wäldern des Südens gegen die My, die Amerikaner. Viet Ducs ältere Schwester wurde nach dem Krieg noch gesund geboren, dann folgte eine Fehlgeburt. Die Eltern zogen in den Süden, dorthin, wo früher der Ho-Tschi-Minh-Pfad endete. Ein Gebiet also, das Hauptziel der jahrelangen Sprühaktionen der Amerikaner gewesen war ' . Da wurde Viet Duc gezeugt - und kam mit zwei Köpfen und vier Armen auf die Welt. Auch die Eltern von Hoang Thi Thu kamen mit Agent Orange in Berührung: Sie hatten bis 1970 in der Provinz Quang Nam gelebt, die von 1966 bis 1970 täglich mit dem Gift überzogen wurde. Die Mutter war mit dem Gift zwar nie in direkten Kontakt gekommen, aber sie hatte sich von verseuchten Maniok-Knollen und besprühtem Reis ernähren müssen.

Die 28jährige Mutter der kleinen Nguyen Thi lebte in der südvietnamesischen Provinz Quang Tri. Sie sah eines Tages die Flugzeuge dicht über den Baumwipfeln herankommen. Sie suchte Schutz unter einem Papayabaum. Die drei C- 123 Transportflugzeuge zogen eine weiße Nebelwolke hinter sich her, die schnell zu Boden sank. Tran Thi brannten davon die Augen, als hätte sie eine Handvoll Pfeffer ins Gesicht bekommen. Dann verbreitete sich ein beißender, knoblauchähnlicher Geruch. Tran Thi mußte sich in Krämpfen erbrechen, in der Lunge spürte sie einen stechenden Schmerz. Halbblind und fast erstickt schleppte sie sich ins Dorf zurück. Erst nach vier Tagen ließen Brechreiz und starke Kopfschmerzen nach.

Der Papayabaum, unter dem sie Schutz gesucht hatte, starb noch am selben Tag. Seine Blätter wurden schwarz, schrumpften zusammen und fielen ab. Der kräftige Stamm wurde weich wie Bast. Zehn Tage nach dem Angriff hatten alle Bäume keine Blätter mehr, und die Fische trieben im Fluß mit dem Bauch nach oben...

Das Kind, das Tran Tri sechs Jahre später zur Welt brachte, ist mongoloid. Doch viele der erbgeschädigten vietnamesischen Kinder kommen gar nicht erst lebend zur Welt oder werden zu Totgeburten erklärt. Die Hebamme Ram Ti Gan: »Als Hebamme ist man in solchen Fällen diskret.«

Die Gynäkologin Dr. Nguyen Thi Ngoc Phuong sammelt seit über zehn Jahren Daten über die Erbschäden, die von Agent Orange verursacht worden sind. In einem Raum des Tu-Du-Hospitals in Ho-Tschi-Minh-Stadt (dem früheren Saigon) konserviert sie Dutzende von mißgebildeten Foeten in Formalin. Das Zimmer ist ein Horror-Kabinett unkontrollierter Gen-Manipulation. Hätten diese fehlgeborenen Geschöpfe jemals das Licht der Welt erblickt, sie wären nicht mal menschenähnliche Monster geworden.

Der zweite Akt des Dramas Vietnam-Krieg läßt sich nicht nur im Land selbst, sondern auch in den USA beobachten. Viele GIs leiden heute an Nervenkrankheiten, an Konzentrationsschwierigkeiten und allgemeinen psychischen Beschwerden. Seit 1973 wächst in den Vereinigten Staaten die Furcht, daß die übergroße Zahl von Krebsfällen unter Vietnam-Veteranen mit

der Besprühung von Agent Orange zusammenhängt. Auch die Zahl der Mißgeburten und Totgeburten bei den Frauen von Ex-GIs nimmt rapide zu. Das US-Armeeministerium sah sich schließlich gezwungen, 20.000 Flugdaten über Routen, Zeit, Giftarten und -mengen zu veröffentlichen. Diese Karten ermöglichen es jedem einzelnen GI zu kontrollieren, ob und wie stark er selbst in seiner Vietnam-Zeit mit Agent Orange in Verbindung gekommen ist. Nach der Lektüre verzichten viele der GIs auf weitere leibliche Kinder.

Die Erforschung der Gesundheitsschäden der Bevölkerung in Vietnam ist dagegen fast unmöglich. Von den drei Milliarden US-Dollar, die Ex-Präsident Richard Nixon dem Land als »Wiederaufbauhilfe« zugesagt hatte, ist kein Cent gezahlt worden.

»Wir haben in Vietnam dringendere Aufgaben zu bewältigen«, sagt die Ärztin Nguyen Thi Ngoc Phuong. »Wir müssen unseren nationalen, politischen und wirtschaftlichen Weg finden, und das läßt uns wenig Energien und Mittel übrig für die wissenschaftliche Totalerfassung all dessen, was uns die USA mit ihrem Agent Orange angetan haben.« Hilfe erhoffen sich die vietnamesischen Ärzte von einer Konferenz von Spezialisten aus aller Welt, die Mitte Januar in Ho-Tschi-Minh-Stadt tagte, um dem Land ihr Wissen über die ökologischen und genetischen Folgen des Giftes zur Verfügung zu stellen. Die Idee zu einem solchen internationalen Treffen kam von dem vor einem Jahr verstorbenen Doyen der vietnamesischen Medizin, Professor Ton That Tung. Er hatte als einer der ersten die Wirkung des in Vietnam verwendeten Giftes auf den menschlichen Organismus untersucht. »Helft uns, und ihr helft euch selbst,« hatte er seine westlichen Kollegen aufgefordert, »das ist ein Problem, das Grenzen und Ideologien überschreitet.«

Am 26. Juni 1969 veröffentlichte die Saigoner Zeitung »Tin Sang« einen Bericht über die hohe Zahl von Mißgeburten in einer Provinz, die häufig mit Agent Orange besprüht worden war. Die Zeitung wurde damals sofort verboten. Aber auch in den USA sickerten immer mehr Informationen über die Folgen dieses Supergiftes in die Presse. Deshalb sah sich das Nationale Gesundheitsministerium 1969 gezwungen, einen drei Jahre alten Bericht über Tierversuche zu veröffentlichen. Bei Ratten, Mäusen und Hamstern hatte das Gift zu ähnlichen Mißbildungen und Fehlgeburten geführt wie Contergan. Dieser Forschungsbericht war dem Pentagon seit 1966 bekannt. Trotzdem hatten die Militärs den Agent-Orange-Einsatz nicht gestoppt, sondern bis 1969 noch verdreifacht. Am 29. Oktober 1969 mußte dann der Präsidentenberater Lee Du-Bridge zugeben, daß alle Tatsachen über die Auswirkungen des Giftes der US-Regierung bekannt waren.

Zu C- und B-Waffen griffen die Amerikaner, obwohl schon 1925 im Genfer Protokoll die Anwendung solcher Angriffsmittel geächtet worden war. Zwar hatten die USA das Abkommen damals mit ausgearbeitet, sie selbst traten dem Vertrag aber erst im Januar 1975 als 95. Staat bei - vier Monate, bevor sie endgültig aus Vietnam abzogen. Und auch in der UN-Vollversammlung waren die USA der einzige Staat, der gegen eine Resolution auf Unterlassung der Produktion und Entwicklung neuer chemischer Waffen stimmte. Im Handbuch der US-Army FM 100-5 heißt es lakonisch: »Das Genfer Protokoll verbietet den Ersteinsatz tödlicher Chemikalien, aber es verbietet nicht die Produktion und Lagerung solcher Waffen.«

Der Vietnam-Krieg war der dritte große Giftkrieg seit dem Verbot chemisch-biologischer Waffen durch das Genfer Protokoll. Der erste war Mussolinis Gaskrieg 1936 gegen Abessinien, dem heutigen Äthiopien; der zweite der japanische Gaskrieg in der Mandschurei im Oktober 1941. Aber Vietnam war auch der erste ökologisch-genetische Krieg, ein militärischer Großversuch, wie der US-Senator Gaylord Nelsen im August 1970 zugab: »Noch nie in der Geschichte der Menschheit hat ein Land der Lebensumwelt des Volkes eines anderen Landes den Krieg erklärt, die USA stürzen sich jedoch in ein Experiment, das bisher niemand gewagt hat.«

Die Grundidee, Pestizide als moderne Waffen einzusetzen, war dabei gar nicht neu. Schon 1930 hatte der deutsche IG-Farben-Chemiker Dr. Gerhard Schrader von seinem Chef Otto Bayer den Auftrag erhalten, synthetische Insektizide auf der Basis von Fluor- und Phosphorverbindungen zu entwickeln. Wichtigste Nebenbedingung: Sie sollten sich auch als Kampfstoffe verwenden lassen. 1937 entdeckte Schrader so das Nervengas Tabun, das zehnmal giftiger war als die stärksten Kampfgase des Ersten Weltkriegs. 1939 erfand er das noch dreimal giftigere Sarin. Und 1944 das Soman, das das Tabun um das sechsfache übertraf. Erprobt wurden die vermeintlichen Insektenmittel zunächst an Affen; später dienten den Kriegschemikern KZ-Häftlinge in Auschwitz als lebende Versuchsobjekte. Schrader, der »Vater des Nervengases« (»France Nouvelle« im Juni 1965), blieb im übrigen auch nach 1945 an seinem angestammten Arbeitsplatz - als wissenschaftlicher Direktor des Laboratoriums für Pflanzenschutz bei Bayer/Leverkusen (siehe auch KONKRET-Extra Nr. 9/82: »IG Farben«).

Noch weiter als die Nazis sind damals deren japanische Verbündete bei der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen gewesen. Bei ihrem Überfall auf China erprobten sie 1941 in der Mandschurei Kugelbomben mit bakteriologischen und chemischen Kampfstoffen. Auch die japanischen Spezialisten wurden nach der Niederlage vor Kriegsverbrecherprozessen bewahrt und kamen als Zivilberater zur amerikanischen Sondereinheit. 406 nach Sagamiliam. Diese Einheit wurde 1965 als »Mobiles Forschungslabor« nach Vietnam verlegt. Auch die amerikanische Sprühtechnologie (optimale Dichte, Höhe und Geschwindigkeit des Nebels) baut auf japanischer Vorarbeit auf.

Die 72 Millionen Liter »Unkrautvertilger« versprühten die Flugzeuge der USA in ihrem zehnjährigen Giftkrieg über Südvietnam angeblich nur, weil die US-Offiziere nach einem freien Schußfeld verlangten. Aber eine Geheimstudie des Pentagon sprach von jeweils 5589 Hektar Anbaufläche, die besprüht werden müßten, um die Nahrung von 15.000 Vietcong für ein Jahr zu vernichten. 1959 exportierte Südvietnam noch eine Viertelmillion Tonnen Reis. 1968 mußte die einstige »Reisschale Asiens« fast eine Million Tonnen importieren, zum größten Teil aus den USA. Fast die Hälfte des südvietnamesischen Territoriums wurden ein- oder mehrmals vergiftet, mindestens zwei Millionen Vietnamesen wurden absichtlich dem chemischen Regen ausgesetzt. Die Zerstörung des Dschungels und die Vernichtung der Ernten vertrieb Hunderttausende von Menschen aus ihren Heimatdörfern.

Dabei klingen die Namen der verwendeten Gifte noch ganz harmlos: »Agent Blue«, »Agent White« und »Agent Orange« . Sie stammen von den Farbmarkierungen der Kanister, in denen die Chemikalien angeliefert wurden. Von den 72 Millionen Litern Pflanzengift wurden allein 44 Millionen Liter Agent Orange versprüht - das weitaus gefährlichste der eingesetzten Mittel. Agent Orange enthält das giftigste Zeug, das Chemiker jemals erfunden haben: Dioxin (Tetrachlordibenzo-p-Dioxin, abgekürzt TCDD). Es ist 67.000mal so giftig wie Zyankali, 500mal tödlicher als Strychnin.

Es gibt Hinweise, das das Agent Orange, die Verbindung der Unkrautvertilgungsmittel Dichlorphenonoxyessigsäure (2,4-13) und Trichlorphenonoxyessigsäure (2,4,5-T), schon 15 Jahre vor dem Einsatz in Vietnam in den Giftküchen von Fort Detrick, dem Zentrum der US-Army für chemisch-biologische Kriegsführung, zusammengebraut worden war.

Der erste planmäßige Einsatz von Herbiziden in Vietnam, die »Operation Ranch Hand« (»Landwirtschaftshilfe«), begann recht harmlos. Zur Jahreswende 1961/62 wurde das Dickicht längs der Straßen und rings um die Militärstützpunkte mit Agent Orange entlaubt.

Die besondere Gefährlichkeit des in Vietnam verwendeten Agent Orange machte sein extrem hoher Anteil des Supergiftes Dioxin aus. Während damals in der Landwirtschaft der USA nur Mittel mit maximal 0,2 Gramm Dioxin pro Tonne erlaubt waren, enthielten die in Vietnam versprühten Präparate bis zu 40 Gramm pro Tonne. Der damalige Abteilungsleiter des Hauptlieferanten Dow Chemical, Dr. Jack Killian, heute Medizinprofessor in Houston/Texas, gibt zu: »Agent Orange ist billig herzustellen. Je höher die Temperaturen, bei denen es hergestellt wird, um so wirtschaftlicher ist die Produktion. Höhere Temperaturen aber bedeuten zwangsläufig eine höhere Konzentration von Dioxin. Während des Krieges standen die Chemiewerke unter enormem Produktionsdruck. Ich habe selber Proben gesehen, deren Dioxin-Anteil 30mal höher war als der für den zivilen Gebrauch zulässige.«

Der chemisch-biologische Krieg dauerte an, und im Pentagon häuften sich die Rechnungen von Dow, Monsanto, Hercules und anderen Herstellern. Mindestens 300 Millionen Dollar ließ sich die US-Regierung ihren Giftkrieg im vietnamesischen Dschungel kosten. Die Millionengewinne lockten die IG-Farben-Nachfolger BASF, Bayer und Hoechst, die für das Vietnam-Geschäft ihr Giftgas-Know-how reaktivierten. BASF und Dow gründeten die Dow-Badische Chemical Company in Freeport/Texas, Hauptlieferantin des Napalm; Bayer und Monsanto die Mobay Chemical Company in Pittsburgh. Außerdem verkaufte Bayer den USA verschiedene Patente und Lizenzen für die Herstellung chemischer Kampfstoffe.

Heute gibt die US-Arzneibehörde FDA zu, daß Dioxin hunderttausendmal bis eine Million Mal so erbschädigend ist wie Contergan. 1976 reichten in Seveso 200 g Dioxin aus, um eine ganze Region zu verseuchen und Europa in helle Aufregung zu versetzen. Über Südvietnam wurden - rein rechnerisch - pro Kopf der Bevölkerung drei Kilogramm Agent Orange, also 3/100 Gramm Dioxin versprüht. Das wasserunlösliche Gift bleibt in dem feuchten Klima Ostasiens in der Umwelt und der Nahrungskette - nach Auffassung von Experten bis zu zwanzig Jahre lang. Der verstorbene Professor Ton That Tung in einem Gutachten: »Das gefährlichste an dem Gift ist, daß es nicht an einem Ort bleibt, sondern durch das Wasser der Flüsse bis zum Meer gespült wird.« Und weiter heißt es: »Je beträchtlicher die Menge des 'Agent Orange' ist, desto mehr häuft sich das Dioxin in der Natur und in den Organismen an. Während der letzten Jahre hat man immer wieder große Mengen des Dioxin in den Fischen des Saigon-Flusses gefunden.«

Zu ähnlich katastrophalen Ergebnissen kommt Professor Quang vom »deutsch-vietnamesischen Krankenhaus« in Hanoi, das die DDR gebaut und bezahlt hat: »Das versprühte Gift Dioxin erzeugt erwiesenermaßen Krebs, Fehlgeburten und Mißbildungen. Seinen verheerenden Auswirkungen werden noch die Enkelkinder der Menschen ausgesetzt sein, die mit Dioxin in Berührung kamen.«

Umfangreiche Untersuchungen belegen inzwischen, was der vietnamesische Leberspezialist Ton That Tung anklagend fragte: »In welchem der abscheulichen Kriege unserer Geschichte - ausgenommen durch Nuklearwaffen - wurde den Überlebenden jemals solch ein unmenschliches Schicksal beschert?«

Das Gift, das von jenseits des Pazifiks nach Vietnam geflogen wurde, wirkt inzwischen auch im Herkunftsland erbarmungslos. »Heute ist mir klar« 1 so der ehemalige Sergeant Tom Parson, »daß ich nicht nur Soldat in Vietnam war, sondern auch Meerschweinchen - eines der menschlichen Versuchstiere, an denen Chemiker und Generäle den Krieg von morgen ausprobierten.«

Erinnern Sie sich noch an jenen Leutnant William S. Calley, der am 16. März 1968 das südvietnamesische Dorf My Lai von seinen Leuten dem Erdboden gleichmachen ließ und den Befehl gab, auch Frauen, Greise und Kinder zu töten? Die Bilder aus My Lai gingen damals um die ganze Welt. Empörung war das Echo. Dabei war Calley nur ein kleines Licht, verglichen mit den Kriegsverbrechern, die den Befehl gaben, das fruchtbare asiatische Land am 17. Breitengrad aus der Luft zu vergiften.

Sie kamen nicht - wie Leutnant Calley - vor ein Kriegsgericht. Für sie war die Zerstörung eines Landes, die Tötung von Hunderttausenden von Menschen, die Verseuchung ganzer Generationen, ein Karriere-Sprungbrett: Lawrence Eagleburger, in den Kriegsjahren ein enger Mitarbeiter Kissingers, ist heute Europaexperte der US-Regierung. Thomas Ostrom Enders, in der US-Mission von Pnom Penh ab 1969 für den geheimen Bombenkrieg auf Kambodscha zuständig, ist heute stellvertretender US-Außenminister und verantwortlich für die Mittel- und Südamerikapolitik der USA. Vier-Sterne-General Bernhard William Rogers, im Vietnam-Krieg Assistent Division Commander der 1. US-Infanterie-Division und für die Vernichtung vieler vietnamesischer Dörfer und den Einsatz von Agent Orange direkt verantwortlich, ist heute NATO-Oberbefehlshaber in Europa.

Der wirkliche Krieg kam in Vietnam nicht aus den Gewehrläufen von Infanteristen wie William Calley. Er kam aus der Luft. Die amerikanische Bestsellerautorin Mary McCarthy berichtete schon 1969 empört aus Vietnam: »Die Kampfmittel zur Entlaubung des Dschungels nennt man Unkrautvertilger - als handle es sich um eine Chemikalie, mit der man den Weg zur Garage sauberhält.«

Hilfsaktion Vietnam e.V., Bismarckstr 33, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/13 15 58 Bank f. Gemeinwirtschaft Düsseldorf (BLZ 300 101 11) Konto 1 016250300 Postscheckkonto Essen 900 40 - 430 Spenden an die Hilfsaktion Vietnam e.V. sind steuerbegünstigt.

Konkret 02/86, S. 50

Otto Köhler

Konkret-Extra: 50 Jahre Wirtschaftswunder

Ein Parteiführer namens Adolf Hitler habe vor fünfzig Jahren die Macht ergriffen und eine Diktatur errichtet, die am 6. Mai 1945 endete. Das ist das Fazit vieler Darstellungen, die pünktlich zum 50. Jahrestag der Machtergreifung in der bundesdeutschen Presse erscheinen. Doch die Geschichte ist anders. Für die Deutsche Industrie war das 111. Reich kein Zwangsstaat, sondern eine große Epoche unternehmerischer Privatinitiative. Sie bezahlte Adolf Hitler und kassierte Milliarden von seinen Rüstungsaufträgen. Investitionshindernisse ließ er durch die SA beseitigen, und die Lohnkosten waren gering: Tausende von Zwangsarbeitern mußten unter elenden Bedingungen die Gewinne der Unternehmer steigern. Während die Unternehmer und Manager der Nazi-Konzerne auch heute noch das große Geld verdienen, speisten sie ihre ehemaligen Zwangsarbeiter mit einem Trinkgeld ab. Doch der zweite Weltkrieg hat mehr gekostet, als die Wirtschafts-Führer bereit waren auszugeben. Die Differenz mußte auf die Bevölkerung umgelegt werden. Das besorgte ein geheimnisvoller Mister X, von dem jeder weiß, wer er ist, den aber so bis heute keiner kennt

Märzwahlen - ob am Fünften oder am Sechsten - waren für die deutsche Wirtschaft schon immer ein Schicksalstermin, der darüber entschied, ob sich Leistung wieder lohnt in unserem Land. Als am 5. März vor fünfzig Jahren die Wahlen für die Koalitionsparteien so vorzüglich endeten, daß sich jegliche Wiederholung erübrigte, da dankte die deutsche Wirtschaft dem Mann, der diesen Segen herbeigeführt hatte. »Sehr geehrter Herr Reichskanzler«, schrieb in ihrem Namen Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, »wir beehren uns, davon Kenntnis zu geben, daß das Präsidium des Reichsverbands der Deutschen Industrie am 24. März 1933 zu einer Sitzung zusammentrat, in der zur politischen Entwicklung Stellung genommen wurde.« Dabei vertrat das Präsidium unter Krupps Vorsitz »einmütig« den Standpunkt: »Durch die Wahlen ist die Grundlage für ein stabiles Regierungsfundament geschaffen, und es sind damit die Störungen beseitigt, die sich aus den ständigen politischen Schwankungen der Vergangenheit ergeben, und die wirtschaftliche Initiative stark gelähmt haben. Für den notwendigen tatkräftigen Wiederaufbau kommt es darauf an, die Sammlung und Mitwirkung aller aufbauwilligen Kräfte herbeizuführen. Die deutsche Industrie, die sich als einen wichtigen und unentbehrlichen Faktor für den nationalen Aufbau betrachtet, ist bereit, an dieser Aufgabe tatkräftig mitzuwirken, und der Reichsverband der Deutschen Industrie wird alles tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werk zu helfen.«

Daß die wirtschaftliche Initiative durch den neuen Kanzler Adolf Hitler von ihrer starken Lähmung befreit werden würde, war absehbar,. als er - am 20. Februar 1933 - drei Wochen im Amt war. An diesem Tag hatte Krupp als Führer des Reichsverbands der Deutschen Industrie zum erstenmal Grund, dem neuen Kanzler zu danken. Denn der hatte bei einem vertraulichen Zusammentreffen mit den führenden deutschen Industriellen das treffende Wort zur Lage gefunden und sich so als der richtige Mann zur richtigen Zeit erwiesen. »Es ist ein Ding der Unmöglichkeit«, sprach er, »daß ein Teil des Volkes sich zum Privateigentum bekennt, während ein anderer Teil das Privateigentum ableugnet. Solch ein Kampf zerreißt ein Volk.« Weimar, so sagte er, habe uns »eine bestimmte Verfassungsform aufoktroyiert, mit der man uns auf eine demokratische Basis gestellt hat.« Doch dies bescherte uns keine leistungsfähige Regierungsgewalt, im Gegenteil: der Kommunismus habe sich immer tiefer ins deutsche Volk hineingebohrt. Und dann redete sich Hitler, bevor er ging, mit schlichten, aber bewegenden Worten in die Herzen der Industriegewaltigen hinein: »Wir stehen jetzt vor der letzten Wahl. Sie mag ausfallen wie sie will, einen Rückfall gibt es nicht mehr, auch wenn die kommende Wahl keine Entscheidung bringt, so oder so, wenn die Wahl nicht entscheidet, muß die Entscheidung eben auf einem anderen Wege fallen.«

Heute noch streiten die Historiker darüber, ob der andere Weg ein unterirdischer Gang war, der vom Ort der vertraulichen Zusammenkunft zwischen Kanzler und Industrie zum Reichstag führte. Der stand genau sieben Tage später in Flammen und ermöglichte es dem Kanzler, daß rechtzeitig vor der letzten Wahl der Kommunismus mit allem, was dranhängt, aus dem deutschen Volk herausoperiert werden konnte. Tatsache ist jedenfalls, daß Kanzler und Industrie sich im Reichstagspräsidentenhaus trafen, von dem ein Gewölbe in den Keller des Reichstagsgebäudes führte.

»Ohne Zweifel haben wir die meiste Arbeit zu leisten«, sagte Gastgeber Göring, als der Kanzler schon gegangen war, »denn wir müssen mit unseren SA-Leuten in die dunkelsten Quartiere der Großstädte vordringen«.

Deshalb sollten die nicht im politischen Kampf stehenden Kreise wenigstens die erforderlichen finanziellen Opfer bringen. Das erbetene Opfer würde der Industrie sicherlich um so leichter fallen, wenn sie wüßte - Göring variierte voll Überzeugung den Kanzler -, daß die Wahl am 5. März die sicherlich letzte innerhalb zehn Jahren, voraussichtlich aber in hundert Jahren, sein werde.

Der alte Krupp notierte zwei Tage später: »Am 20. d.M. habe ich Reichskanzler Hitler den Dank von rund fünfundzwanzig anwesenden Industriellen dafür ausgesprochen, daß er uns ein so klares Bild von seinen Ideen gegeben hat.«

Der Dank für die Ideen des neuen Kanzlers ließ sich materiell ausdrücken. Als Reichstagspräsident Göring seine Rede beendet hatte, sagte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht den versammelten Herren von der Industrie in schlichten, aber verständlichen Worten, was zu tun sei: »Und nun, meine Herren, an die Kasse.« Die Herren, von denen manch einer - auch

Krupp - dem Mann, der jetzt Kanzler war, einst fast verächtlich begegnet war, zückten jetzt voll Überzeugung ihre Millionen.

Bei all dem sollten wir nicht einen Mann vergessen, der wenige Monate zuvor, als der neue Kanzler noch nicht Kanzler war, Hohn und Spott über dessen Kassierer ausschüttete. Nennen wir den Mann einstweilen Mister X - erst gute fünfzehn Jahre später wird jedermann wissen, wer er ist. Mister X, Mitglied der Geschäftsführung eines Nürnberger Wirtschaftsinstituts, rezensierte 1932 im linksliberalen »Tagebuch«, der Wochenzeitschrift Leopold Schwarzschilds, die »Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik« von Hjalmar Schacht. Der Reichsbankpräsident verdammte in seiner Schrift die Politik der demokratischen Nachkriegsregierungen, die er selbst unterstützt hatte, bevor er seine Wende zu Hitler vollzog. Mister X über den Kassierer: »Schachts Kritik an dem Wirtschaftsbürokratismus stützt sich im wesentlichen auf Tatsachenfälschung. Die Sozialdemokratie hätte, nachdem sie zusammen mit anderen Parteien an die Macht gelangt ist, hinsichtlich der Sozialisierung wahrhaftig nicht rücksichtsvoller verfahren können, und es ist noch sehr die Frage, ob man ihr diese Haltung zugute rechnen soll.«

Das war 1932. Ende März 1933 dankte nicht nur Krupp im Auftrag der Industrie dem Führer für den richtigen Ausgang der Wahl, auch Roland Brauweiler von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hatte einen Vorschlag zu machen, den die tatenfrohe neue Regierung schon nach einem Monat verwirklichte: »Schaffung einer innerlich zuverlässigen Gewerkschaft nur aus hinter der Regierung stehenden Gruppen und deren Privilegierung für den Abschluß von Kollektivvereinbarungen undsoweiter. Bei solcher Schaltung ist mehr oder minder schnelle Auflösung der alten Gewerkschaften mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten.«

Auch Mister X, der, damals im Alter von 36 Jahren, fast allen Deutschen noch unbekannt war, schwamm hurtig mit im neuen Strom der Zeit. Mitten im März-Aufbruch verkündete er in den von ihm herausgegebenen »Wirtschaftspolitischen Blättern der Deutschen Fertigindustrie« die neue Erkenntnis: »Das Zeitalter des Liberalismus, des freizügigen Individualismus, ist vorüber. Die Auffassung, daß diese Wirtschaftsprinzipien am ehesten der Aufgabe, die Menschen mit materiellen Gütern zu versorgen, gerecht zu werden vermögen, ist heute nicht nur in Deutschland überwunden.« Mister X, der 1932 noch voller Sarkasmus und aus linksliberalem Geist die Anbiederung des »Kapitalisten und Großzinsbeziehers« Schacht an Hitler gegeißelt hatte (»Es ist ergötzlich, wie der Wurm sich krümmt«), legt sich jetzt selber krumm. 1934 versichert er, die »Geltung des Führerprinzips« könne in der Fertigwarenindustrie »zum Segen werden«.

Das hatte die Schwerindustrie längst eingesehen. Für seinen Reichsverband der Deutschen Industrie erbat Gustav Krupp vom Kanzler zwecks der »von mir erstrebten Vereinfachung und Rationalisierung« die »Übernahme des Führergedankens«, damit er den Verband »so einfach und schlagkräftig wie möglich« gestalten könnte. Drei Tage später empfing ihn der Führer, und schon am 4. Mai 1933 verkündete ein offizielles Kommuniqué, Krupp - bisher Präsident - ist jetzt »Führer« der deutschen Industrie. Führer befiehlt: Alle anderen Vorstandsmitglieder haben zurückzutreten - Krupp kann damit den Reichsverband, der jetzt »Reichsgruppe Industrie« heißt, allein befehligen. Die Industriellen fühlen sich wohl dabei, denn irgendwo sind sie alle Führer. Robert Ley, der schon die von den Arbeitgebern erwünschte innerlich zuverlässige Gewerkschaft namens »Deutsche Arbeitsfront« gegründet hat, verkündet, die neue Regierung beabsichtige »die absolute Führung dem natürlichen Führer der Fabrik zurückzugeben - das heißt dem Arbeitgeber. Nur der Arbeitgeber kann Entscheidungen treffen. Viele Arbeitgeber haben sich jahrelang danach sehnen müssen, 'Herr im eigenen Haus zu sein'. Das sollen sie jetzt wieder werden.«

Krupp war über die neue Entwicklung glücklich. Als der Kanzler nach fünf Monaten den deutschnationalen Koalitionspartner Hugenberg vor die Tür setzte, äußerte der Industrie-Führer im »Namen des Reichsstandes der Deutschen Industrie« an Hitler die »ergebene Bitte«, selbst die Leitung von Hugenbergs Wirtschaftsressort mitzuübernehmen. Und »in der Bewegung wurzelnde wirtschaftlich erfahrene Männer der NSDAP« als Staatssekretäre zu ernennen. Hugenbergs Deutschnationale Volkspartei - bisher liebstes Kind der Industrie - war abgeschrieben, investiert wurde nur noch in die NSDAP.

Natürlich nicht nur in die NSDAP. Jetzt, da die Investitionshindernisse - Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und andere unanständige Deutsche - beseitigt oder wenigstens ins KZ eingeliefert waren, konnte der Aufschwung endlich beginnen. Ende April 1933 waren Krupps Importe für diese ersten vier Monate genauso hoch wie im ganzen Jahr 1932. Der Achtstundentag wurde abgeschafft, ein Sechstel und bald schon ein Fünftel des deutschen Nationaleinkommens ging in die Rüstung und später, 1939, als man am Ziel war, konnte der Kanzler stolz auf die Kruppsche Gußstahlfabrik zeigen und verkünden: »Über sechs Jahre habe ich nun am Aufbau der deutschen Wehrmacht gearbeitet. In dieser Zeit sind über 90 Milliarden für den Aufbau unserer Wehrmacht aufgewendet worden. Sie ist heute die am besten ausgerüstete der Welt und steht weit über jedem Vergleich mit der des Jahres 1914.«

Nicht jeder jubelte gleich so wie Krupp. Die Probleme der deutschen Fertigwarenindustrie lagen etwas anders als die der deutschen Schwerindustrie, ihr Aufschwung hinkte. Und unser Mister X brachte bei aller »bejahenden Einstellung zum neuen Staat und zur neuen Wirtschaft« Ende 1934 in seinen »Wirtschaftspolitischen Blättern der Deutschen Fertigindustrie« Überlegungen zu Papier, die zwar höchst positiv formuliert, aber vielleicht doch ein wenig kritisch

gemeint waren. Nachdem er die »nahezu ausnahmslos im Kapitalgüterbereich« wurzelnden Arbeitsbeschaffungspläne der neuen Regierung beinahe tadelnd erwähnte, setzte er die rosa Brille auf: Man dürfe nicht übersehen, daß dadurch das deutsche Volk als Ganzes »eine Bereicherung seiner Lebensmöglichkeit erfahren« habe, wenn dies auch »dem einzelnen auf Grund seiner persönlichen Verhältnisse nicht genügend deutlich zum Bewußtsein kommt, denn nicht alles, was wir arbeiten und zusätzlich gearbeitet haben, muß sich notwendig in einer Verbrauchsgütervermehrung niederschlagen, sondern wird auch vergegenständlicht durch die Investitionen in« - Mister X formuliert sehr vorsichtig - »Straßenbau, in Siedlungen, einer besseren Bodenkultivierung u. dgl. mehr«. »Dgl. und mehr« ist Krupps Geschäft.

MisterX lernt im Lauf der Jahre noch dazu. Erleichtert wird ihm dies durch den Umstand, daß sein Institut immer mehr in die Hände der IG Farben gerät, deren Interessen sich von denen der mehr mittelständischen Fertigwarenindustrie unterschieden.

Die IG Farben - ein stolzes Unternehmen hochkonzentrierter Privatinitiative - hatte seit 1933 mehr und mehr die Macht an sich gerissen. Sie war mit ihren Kunststoff- und Kunstöl-Produkten dem Kanzler unentbehrlich geworden für seine Pläne und er für sie. Ihr Vorstandsmitglied Carl Krauch saß als eigentlicher Koordinator von Hitlers Vierjahresplan im Zentrum der Macht (KONKRET 9/82). Und Friedrich Flick, der dritte Wirtschaftsgewaltige, ersetzte - damals schon - gleich den ganzen, seit der allerletzten Wahl überflüssig gewordenen, Reichstag. Seine Rechtsanwälte erarbeiteten für den Kanzler die Arisierungsgesetze zum Raub jüdischen Eigentums - und diese Gesetze waren so scharf, daß die Nazis zunächst zögerten, sie anzuwenden. Es war ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Im Freundeskreis Himmler, wo sich Industrie und SS austauschten und gemeinsam Konzentrationslager besichtigten, empfing Flick Rechenschaftsberichte des SS-Gruppenführers Otto Ohlendorf von seiner ausgedehnten Mord-Tätigkeit im Osten. Flicks Name steht an der Spitze der Verteilerliste eines Geheimberichtes vom 19. November 1941, in dem es heißt: »Die Stadt ist judenfrei, wie auch schon die Städte Kiew, Kriwoi Rog und einige Orte, durch die wir gekommen sind. Was nicht geflohen ist, wurde 'liquidiert'.«

Von Ohlendorf kommen wir - kein Zufall - wieder zurück auf unseren Mister X. Wir schreiben 1942, und es ist jetzt zehn Jahre her, daß er Hjalmar Schacht mit beißendem Witz verspottete. Damals hatte Mister X den Reichsbankpräsidenten verhöhnt: »Ausgerechnet Deutschland, dessen Industrie weitgehend, bis zu 70 Prozent, als export-orientierend gelten muß, ausgerechnet dieses Deutschland, dessen wirtschaftliche Schwäche zu schildern Schacht nicht genug tun kann, soll also das reiche und mächtige Ausland, die ganze interalliierte Konkurrenz, wie Schacht so schön sagt, durch Repressalien zur Vernunft bringen können. Man muß wahrlich schon sehr national sein, um diesem Wahn verfallen zu können.«

Jetzt war der Wahn Wirklichkeit geworden, jetzt beherrschten Großdeutschlands Truppen fast ganz Europa, und Mister X zögerte nicht, sich in einer Festschrift unter dem sehr zeitgenössischen Titel »Die Führung des Betriebes« Gedanken über das Thema »Marktordnung und Raum« zu machen. Sie mündeten in dem Resümee: »Die Ordnung des europäischen Marktes - als ideelle Einheit verstanden - scheiterte z.B. nicht an der Unzulänglichkeit technischer Mittel, sondern an den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zielsetzungen der einzelnen Länder. Wenn aber wirtschaftliche Überlegungen nicht hinreichen, um der höheren Notwendigkeit Raum zu geben, dann wird die Lösung eine umfassendere sein müssen, und die Ordnung des europäischen Marktes als primär-ökonomische Aufgabe wird dann auch Verlagerungen gesellschaftlicher und politischer Art zur Folge haben, die als vielleicht wichtigste Aufgabe der Zukunft selbst wieder in ein System der Ordnung, und das heißt hier der sozialen Ordnung, gebracht werden müssen.«

Das war, zugegeben, kompliziert formuliert, jedoch wissenschaftlich nüchtern im Vergleich zur großdeutschen Jubelsprache im 42er Siegesjahr. Das, was Mister X sagt, läßt sich auf einen ebenso einfachen wie klaren Gedanken reduzieren: der europäische Markt ist in Ordnung, wenn Europa in ein System der politischen Ordnung gebracht ist - und dieses formierte Europa stellten Wehrmacht und SS ja gerade her.

Wir sollten auf diesem Höhepunkt vorerst Schluß machen. Man kann natürlich mit Recht sagen, daß das Dritte Reich am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation zu Ende ging - wer immer nur das Böse denkt, mag meinen, daß seine Nachgeburt uns blieb. Doch mit weit mehr Recht läßt unsere Zeitgeschichte sich positiv wenden. Wie, wenn der freieste Staat, den es je auf deutschem Boden gab, nicht erst 1948 erfunden, sondern schon 1944 gezeugt worden wäre?

Vielleicht vollzog sich dieser Akt - die alliierte Invasion hatte drei Tage zuvor in der Normandie begonnen - am 9. Juni 1944 in Essen. Dort verkündete Rüstungsminister Albert Speer, der uns als der große Nazi-Liberale bis ins letzte Jahr erhalten blieb, vor den versammelten Ruhr-Industriellen, er kenne die »Kräfte, die in der Initiative des privaten Unternehmers« liegen, aus »eigener Anschauung« und bejahe sie aus »eigener Überzeugung«. Deshalb habe er jetzt den Wechsel vollzogen »von der Lenkung der Rüstung und der Bestimmung ihres Anstoßes im gesamten und im einzelnen durch die bisherigen staatlichen Behörden zu der Übernahme dieser Aufgabe durch einen Kreis betriebserfahrener und erfolgreicher führender Männer der Rüstungsindustrie selbst«. Vielleicht geschah es auch siebzehn Tage später, als Albert Speer - wie er in seinem letzten Buch »Der Sklavenstaat« bekannte - dem Führer einige Stichworte zu einer Rede vor rund hundert Vertretern der deutschen Rüstungsindustrie auf dem Obersalzberg gab. Diese etwa: »Freie Wirtschaft nach dem Kriege und grundsätzliche Ablehnung der Verstaatlichung der Industrie«. Gehorsam sprach der deutsche Kanzler damals schon aus, was heute jeder anständige Deutsche weiß, der fest auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung steht:

»Die alleinige Voraussetzung für jede wirkliche Höherentwicklung, ja für die Weiterentwicklung der Menschheit« sehe er, so der Führer, »in der Förderung der privaten Initiative«.

Vielleicht wurde unsere schöne Republik erst zwei Monate später, am 10. August 1944, im Roten Haus - so hieß damals das Hotel Maison Rouge - in Straßburg gezeugt. Dort trafen sich, wenige Monate bevor die Amerikaner einmarschierten, Vertreter von Krupp, Röchling, Messerschmitt, Rheinmetall, Büssing, Volkswagenwerk und anderen Unternehmen zu einer Geheimkonferenz mit Beamten des Rüstungs- und des Wirtschaftsministeriums. Ein Protokoll durfte nicht geführt werden. Doch drei Monate später konnte ein amerikanischer Geheimagent in einem Bericht für das State Department mitteilen, was SS-Obergruppenführer Dr. Scheid den versammelten Konzernvertretern anvertraut hatte: »Die Schlacht um Frankreich sei für Deutschland verloren gegangen. Von nun an müsse die deutsche Industrie erkennen, daß der Krieg nicht mehr gewonnen werden könne und daß Wirtschaftsmaßnahmen für die Nachkriegszeit ergriffen werden müssen. Jeder Industrielle müsse Kontakte und Verbindungen zu ausländischen Firmen aufnehmen, doch müsse das individuell geschehen, ohne Verdacht zu erregen. Außerdem müsse der Boden finanziell vorbereitet werden, um nach dem Krieg beträchtliche Summen aus dem Ausland zu entleihen.«

Anschließend erläuterte Dr. Bosse vom Rüstungsministerium, daß das Kapitalexport-Verbot aufgehoben sei und jeder Industrielle so viel Kapital wie möglich ins Ausland exportieren solle.

Das Jahr 1944 neigt sich dem Ende zu - der Regierungsauftrag für Herrn Hitler auch. Was ist eigentlich aus unserem Mister X geworden? Er sitzt noch immer in seinem Institut und forscht und forscht. Da schreibt am 23, Dezember 1944 - Deutschland war von allen Seiten militärisch eingekreist, die letzte deutsche Offensive in den Ardennen hatte sich festgelaufen -,der stellvertretende Leiter der Reichsgruppe Industrie Rudolf Stahl einen vertraulichen Brief, der auch von Mister X handelt. Stahl, Vorstandsvorsitzender der Salzdetfurth AG, war ein national zuverlässiger Mann. Der Briefpartner Stahls war nicht weniger zuverlässig. Es handelte sich um den stellvertretenden Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und Leiter des Amtes III im Reichssicherheitshauptamt SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf, der sich schon drei Jahre zuvor einen Namen in der deutschen Wirtschaftsgeschichte gemacht hatte, indem er als Chef der Einsatzgruppe D im Osten 90.000 Juden - Männer, Frauen, Kinder - durch Genickschuß oder Gaswagen liquidierte.

Diese beiden Vertreter der freien Unternehmerinitiative tauschten ihre Gedanken aus, wie es denn in Zukunft weitergehen solle. Stahl berichtete Ohlendorf über den »von mir betreuten kleinen Arbeitskreis, der sich im Einvernehmen mit Ihnen bemüht, der staatlichen Wirtschaftsführung Material für die Lösung wichtiger Nachkriegsprobleme« - in fünf Monaten sollte es soweit sein - »vom Standpunkt der Industrie aus zur Verfügung zu stellen.« Er habe ihm, schrieb Stahl, bereits die »Denkschrift von Herrn Dr. ... « - keinen Namen, nein, bleiben wir dabei, des Mister X - »zur Schuldenkonsolidierung« geschickt, und jetzt gehe es darum »diejenigen Nachkriegsaufgaben, die die Industrie unmittelbar oder bevorzugt angehen, nach Umfang und Bedeutung vorzuklären«. Stahl benannte Ohlendorf die Namen seiner Mitarbeiter, die mit diesen »Nachkriegsaufgaben« betraut wurden, unter ihnen unser Mr. X -.zuständig für »Währungsregelung«.

Als es 1948 soweit war, blieb Ohlendorf eine aktive Teilnahme an AM der Lösung der Nachkriegsaufgaben versagt. Vom Kriegsverbrechergefängnis aus konnte er aber bis 1951 die Nachkriegskarriere des Mister X verfolgen, dem er seit 1944 die Währungsregelung überließ. Ohlendorf, NSDAP-Mitglied seit 1925, hatte schon Gefängniserfahrung aus seiner Widerstandstätigkeit. 1934 sperrten ihn die Nazis ein, weil er sich gegen »nationalbolschewistische Tendenzen« in der Partei gewandt hatte. 1936 gewann ihn Reinhard Höhn, der vorletztes Jahr das 25jährige Bestehen seiner Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg feierte (KONKRET 12/81), zur Mitarbeit im Sicherheitsdienst der SS, die fünf Jahre später mit seiner Exekutionstätigkeit im Osten noch lange nicht beendet war. Ob Ohlendorf mitbekam, wie sehr SS-Kollege Höhn bei seiner Nachkriegsschulung der bundesdeutschen Wirtschaftsführer für seinen Mister X schwärmte, ist ungewiß, aber er konnte schließlich selbst noch bis 1951 Augen und Ohren aufhalten.

Am 23. Mai 1945 war Ohlendorf zusammen mit Himmler festgenommen worden, der ihn zuletzt noch zum Minister einer neuen Reichsregierung machen wollte. Vier Monate später kann Ohlendorf im Gefängnis erfahren, daß Mister X Minister in Bayern geworden ist, doch schon im Dezember 1946 ist das vorbei. Die Amerikaner - damals noch empfindlich auf diesem Gebiet - hatten herausgefunden, daß Mister X in sein Ministerium vorwiegend Alte Kämpfer einstellte.

Dennoch, SS-Wirtschaftsführer Ohlendorf mußte sich keine Sorgen um Mister X machen - der bereitete schnell sein Comeback auf höherer Ebene vor. Zwanzig Tage nachdem der Kriegsverbrecherprozeß gegen Ohlendorf eröffnet wurde, kann der Angeklagte nachlesen, daß Mister X entsprechend seinem Auftrag von 1944 tätig ist: er unterzeichnet eine Erklärung an den bizonalen Wirtschaftsrat, in der die unverzügliche Durchführung einer separaten Währungsreform gefordert wird. Im Oktober 1947, als Rechtsanwalt Dr. Rudolf Aschenhauer - derselbe, der 1980 die Massenmördermemoiren »Ich Adolf Eichmann« veröffentlichte - für die 90.000 Morde seines Mandanten Ohlendorf »Putativnothilfe« (»Putativnotwehr« wurde später von schießenden bundesdeutschen Polizisten als Rechtfertigung von Tötungsdelikten benutzt) strafausschließend in Anspruch nimmt, in eben diesem Oktober 1947 ernennen die amerikanischen Besatzungsbehörden Mister X zum Vorsitzenden der Sonderstelle Geld und Kredit, die sich mit den Vorbereitungen der separaten Währungsreform für die Westzonen beschäftigt. Während Otto Ohlendorf am 10. April 1948

vom Kriegsverbrecher-Tribunal zum Tode verurteilt wird, arbeitet seit dem 20. April Mister X in einer von den Amerikanern beschlagnahmten streng abgeschlossenen Villa für den Tag X. Zwei Monate später, am 20. Juni, war es soweit: Währungsreform. Mr. X - jeder weiß es jetzt - ist Dr. Ludwig Erhard, der Vater unseres Wirtschaftswunders.

Ohlendorf konnte in seiner Todeszelle noch drei Jahre lang allerlei mitbekommen. Er erlebte, daß Ludwig Erhard sich am 22. Oktober 1950 feierlich zur Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik bekannte; er erlebte, wie der amerikanische Hochkommissar John McCloy fast alle seine Kriegsverbrecherkollegen - Krupp an ihrer Spitze - am 3 1. Januar 195 1 amnestierte; dann wurde er am 8. Juni 1951 gehängt, eine kleine Ausnahme von der Gnadenregel.

Ohlendorfs Ankläger, Benjamin B. Ferencz, kämpfte längst schon einen aussichtslosen Kampf gegen den US-Hochkommissar John McCloy. Der hatte seine fest umrissene Aufgabe. Angesichts des Kriegs in Korea war sein einziges Ziel, die Deutschen mit möglichst viel Waffen in die frischgegründete NATO einzubringen, und wenn die dazu ihre bewährten Kriegsverbrecher brauchten, dann ließ er sie eben - ob Industrielle oder Militärs - wieder frei im Land herumlaufen. Ferencz dagegen zeigte Vorurteile gegen die Mörder und ihre Gehilfen. Als Offizier hatte er 1945 Konzentrationslager betreten, deren Verbrennungsöfen noch warm waren. Er war Mitglied der Kommission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen und war jetzt noch in Deutschland mit der Aufgabe befaßt, für die Rückgabe des Vermögens ermordeter Juden zu sorgen. Angesichts der Schwierigkeiten, die sich ihm da in den Weg stellten, empfand er es als Hohn, mit welch juristischem und publizistischem Aufwand in der deutschen Öffentlichkeit für die Rückgabe des beschlagnahmten Krupp-Vermögens gekämpft wurde. Als Gustav Krupp, den eine Krankheit vor dem Kriegsverbrecher-Prozeß bewahrt hatte - der nicht weniger schuldige Sohn Alfried wurde verurteilt -, 1950 starb, hatte Witwe Bertha dank ihres tüchtigen Rechtsanwalts Otto Kranzbühler, den genialen Einfall, das Krupp-Vermögen, das durch Hitlers Politik so wundersam vermehrt worden war, durch eine Anklage gegen Hitlers Unrechtsstaat zu retten. Sie bat die alliierten Hochkommissare, die von Hitler erlassene Lex Krupp aufzuheben, wonach Sohn Alfried einziger Erbe und Eigentümer sei. Der Führer habe mit dieser Verfügung das Gesetz verletzt. Jetzt sollten die Hochkommissare den noch im Gefängnis einsitzenden Alfried enterben und ihr selbst und ihren anderen Kindern die Teilung der Erbschaft gestatten. Doch der Umweg war bald nicht mehr nötig. Der 1951 entlassene Alfried bekam sein beschlagnahmtes Vermögen zurück.

Und vierzehn Tage nachdem Alfried Krupp, vier Generäle und 24 weitere Kriegsverbrecher aus dem Landsberger Gefängnis entlassen wurden, begann in Paris eine Konferenz zur Koordinierung der Verteidigungspolitik, an der die Bundesrepublik gleichberechtigt teilnahm.

Wir lernten: Privateigentum ist heilig. Nur muß man unterscheiden, ob es rechtmäßig durch Sklavenarbeit erworben ist - wie im Fall Krupp -, oder ob es als zweifelhafte, weil nicht rechtzeitig gestellte und der Verjährung unterworfene Lohnforderung in der Luft schwebt.

Ferencz lernte diesen Unterschied kennen und hat darüber 1979 ein Buch* geschrieben, das 1981 in der Bundesrepublik unter dem disziplinierten Selbstausschluß der Öffentlichkeit erschien.

Ferencz, heute Anwalt für Völkerrecht in New York, versuchte in den 50er und 60er Jahren im Auftrag der Organisation »Conference on Jewish Material Claims« (Jewish Claims Conference) deutsche Konzerne zu einer Entschädigung für die Sklavenarbeit zu bewegen, die ihnen KZ-Häftlinge bis 1945 leisten mußten.

1954 hatte der ehemalige Auschwitz-Häftling Mordechai S., der von Krupp zu Sklavenarbeit in der Munitionsfabrik Markstädt angefordert worden war, den Konzern zu einer Lohnzahlung von 40 000 Mark verklagt. Beim Essener Landgericht wurde daraufhin ein vorbildliches Stück deutscher Rechtspflege abgewickelt. Alfried Krupp (»Time« 1957: »Reichster Mann in Europa«) verlangte, daß der Kläger zur Deckung der Gerichtskosten Bargeld hinterlege. Da mußte Mordechai, um Kosten zu sparen, seine Forderung auf 2000 Mark reduzieren. Inzwischen hatte sich aber die »Jewish Claims Conference« eingeschaltet und für alle überlebenden jüdischen Zwangsarbeiter Forderungen angemeldet. Nach langem Hinauszögern wurde ein Vertreter der Organisation von Krupps Generalbevollmächtigtem Berthold Beitz und dem Hausjuristen Dr. Hermann Maschke empfangen, der sich in der NSDAP und als Krupp-Verteidiger in Nürnberg bewährt hatte. Maschke erklärte, Krupp habe doch nur ganz wenige Häftlinge beschäftigt und sie gut behandelt. Mordechai S. habe seine Forderungen auf 2000 Mark heruntergesetzt, andere hätten sich zurückgezogen, die »Jewish Claims Conference« solle vernünftig sein und dasselbe tun. Beitz selbst ließ derweil erkennen, daß er Wichtigeres zu tun habe und verabschiedete sich. Die »Jewish Claims Conference«, die mit 2000 Überlebenden rechnete, forderte bescheidene 5000 Mark für jeden Zwangsarbeiter. Maschke: Krupp habe das letzte Wort. Stattdessen kam ein Brief von Beitz: »Obwohl es sich um eine humanitäre Geste handeln soll, ist die Firma Krupp nach sorgfältiger Überprüfung aller Gesichtspunkte doch zu der Auffassung gelangt, daß eine positive Stellungnahme zu dem Vorschlag der Conference auch rechtlich präjudizielle Bedeutung für andere Unternehmen haben kann.« Darum erstmal: Nein. Der Führer der Reichsgruppe Industrie fühlte sich posthum verantwortlich für sei-. ne Unternehmer-Gefolgschaft.

Die »Jewish Claims Conference« bat den ehemaligen Hochkommissar John McCloy um Vermittlung, der nach der Amnestie und Vermögensrückgabe an Krupp in.die USA zurückgegangen war, um den Vorsitz der Chase Manhattan Bank

zu übernehmen. Doch auch McCloy, von Krupps zum Essen in die Villa Hügel geladen, blitzte ab. Der Krupp-Begnadiger mußte der jüdischen Organisation mitteilen: Obwohl Krupp und Beitz bereit wären, die moralische Begründung der Ansprüche anzuerkennen und der umstrittene Betrag gering sei, sei die Zahlung unmöglich, da andere Unternehmen und die Bundesregierung sie gebeten hätten, davon abzusehen.

Nach langem Hin und Her stellte sich jedoch heraus, daß Krupp für die Veräußerung seines Besitzes in Rheinhausen die Zustimmung des State Departments brauchte. Jetzt stimmte Krupp dem Abkommen zu und stellte sechs Millionen Mark zur Verfügung, für jeden anerkannten Antragsteller 5000 Mark. Sollten die sechs Millionen -nicht reichen, wollte Krupp bis zu vier Millionen drauflegen. Mehr auf keinen Fall. Als das Abkommen Weihnachten 1959 bekannt wurde (»London Sunday Dispatcho: »die geizigste, kleinlichste und lächerlichste 'Gabe' in der jüngsten Geschichte«), wurde am ersten Weihnachtstag die jüdische Synagoge in Köln beschmiert: »Juden raus«. Innerhalb eines Monats kam es in über 700 Fällen zur Entweihung jüdischer Gotteshäuser und Friedhöfe in der Bundesrepublik.

Das Haus Krupp goß Benzin in das Feuer. Als eine nichtjüdische Gruppe von Zwangsarbeitern ebenfalls Entschädigung forderte, bekam sie ein Schreiben: »Sehr geehrter Herr, bezugnehmend auf ihren Brief vom 7. Januar 1960 müssen wir Ihnen mitteilen, daß in Anbetracht der erheblichen finanziellen Belastungen betreffs der jüdischen KZ-Häftlinge wir uns bedauerlicherweise nicht in der Lage sehen, weitere Gelder zu erübrigen. Wir bitten um Ihr Verständnis.«

Das schlimmste kam noch. Die »Jewish Claims Conference« hatte die Zahl der von Krupp angeforderten Sklavenarbeiter zu niedrig angesetzt. Realistische Schätzungen kamen schließlich auf 10.000 KZ-Zwangsarbeiter, 23.000 Kriegsgefangene und 70.000 ausländische Zivilisten in 81 verschiedenen Krupp-Betrieben. Bei der Organisation gingen 7000 Anträge von Krupps Sklavenarbeitern ein. Annähernd 4000 Anträge mußten aufgrund der von Krupp ausgehandelten Bedingungen - es gab willkürliche Unterscheidungen zwischen Zwangsarbeits- und Konzentrationslagern - abgelehnt werden. Die Abgewiesenen konnten nicht verstehen, warum sie von einer jüdischen Organisation mit leeren Händen weggeschickt wurden. Aber auch so schon waren die 10 Millionen für die restlichen 3090 Antragsteller aus 33 Ländern wenig genug. Jetzt bekam keiner mehr als 3300 Mark für jahrelange Sklavenarbeit unter mörderischen Bedingungen.

Abraham W., ein Arbeiter im Krupp-Werk Märkstadt/Fünfteichen, schrieb direkt an Krupp nach Essen: »Ich appelliere an Ihr Gewissen und Ihr menschliches Gefühl.« Doch dessen Anwälte schrieben zurück: »Wir dürfen in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, daß Häftlingseinsatz durch behördliche Anordnungen erfolgte, und die Firmen, welche Rüstungsaufträge des Reiches zu erfüllen hatten, infolge des katastrophalen Arbeitskräftemangels zu dem Einsatz von KZ-Häftlingen gezwungen waren.« Ein ehrlicher Anwalt hätte geantwortet: Mein Mandant, Herr Krupp, brauchte Rüstungsaufträge. Deshalb finanzierte er Herrn Hitler, der erwartungsgemäß für Krieg sorgte. Da aber die Arbeiter meines Mandanten in diesen Krieg ziehen mußten, hätte er die Rüstungsaufträge nicht erfüllen können, wenn er auf den Einsatz von KZ-Häftlingen verzichtet hätte. Obwohl unser Auftragnehmer, Herr Hitler, Sie, sehr geehrter Herr Abraham, bestimmungsgemäß zur Vernichtung durch Arbeit vorgesehen hat, wollen wir kulanterweise von weiteren Schritten gegen Sie absehen und begrüßen Sie mit vorzüglicher Hochachtung.

Verfaßt wurde solch ein ehrlicher Brief nie. Freilich, sowohl Krupps Nürnberger Verteidiger Rechtsanwalt Otto Kranzbühler als auch Generalbevollmächtigter Berthold Beitz müssen schon einmal in der Stimmung gewesen sein, ihn zu schreiben. Das kam so. 1944 forderte Krupp beim Kommandanten von Buchenwald 2.000 Männer zur Zwangsarbeit an. Der KZ-Kommandant bedauerte: er könne nur Frauen liefern, nicht mehr als 520 ungarische Jüdinnen, zwischen 12 und 25 Jahre alt, in Auschwitz selektiert. Sie hatten mit ansehen müssen, wie ihre Eltern und Verwandten in die Gaskammern geschickt wurden. Bei Krupp ist man mit der gelieferten Ware unzufrieden. Die Mädchen werden mit Hundepeitschen zur Arbeit angetrieben, einige totgeschlagen. Trotz des Schnees sind ihre Füße nur in Lumpen gewickelt, die Schultern nur mit durchnäßten Decken geschützt. Als die amerikanischen Truppen nach Essen vordrangen, mußten die Mädchen verschwinden. Trotz aller Transportschwierigkeiten beschloß Krupp, die Mädchen, die die Arbeit überlebt hatten, zur weiteren Veranlassung nach Buchenwald zu schicken. Am 17. März 1945 mußten sie bis Bochum laufen, wo der Zug nach Buchenwald für sie und weitere 1.500 männliche KZ-Häftlinge bereitstand. Bis 1960 war man bei Krupp davon überzeugt, daß das Problem dieser weiblichen Arbeitskräfte seine Endlösung in Buchenwald gefunden hat. Auch das Nürnberger Urteil gegen Krupp erwähnt: »Sie wurden unter Aufsicht der SS Richtung Osten gefahren. Mit Ausnahme einiger weniger, die kurz zuvor ausgerissen sind, wurde nichts mehr über das Schicksal der jungen ungarischen Jüdinnen von Krupp bekannt.«

Doch als die Mädchen 1945 in Buchenwald angekommen waren, hatte der Lagerkommandant sie abgewiesen und ihren ratlosen Bewachern erklärt, daß der Krieg jeden Moment zu Ende sein könne und er alle Hände voll zu tun habe, um wenigstens noch die im Lager befindlichen Juden umbringen zu können. Der Zug fuhr weiter zum KZ Bergen-Belsen, doch dort marschierten kurz darauf die Amerikaner ein und befreiten die Mädchen. 394 Überlebende stellten fünfzehn Jahre später einen Entschädigungsantrag. Krupp-Biograph William Manchester schildert, wie Krupp-Anwalt Kranzbühler diese Nachricht aufnahm: »Die Neuigkeit, daß die Buchenwalder Todesfracht nicht vernichtet worden war, verursachte den einzigen Temperamentsausbruch, den der Autor je an Otto Kranzbühler erlebte. In seinem Arbeitszimmer in der

Düsseldorfer Arnoldstraße 15 erzählte ich ihm, daß 311 der 394 eingereichten Anträge genehmigt worden waren. Er ballte eine Hand zur Faust und schlug sie gegen den anderen Handteller. 'Man hat uns im Justizpalast getäuscht!' sagte er. 'Wie konnten mehrere hundert Menschen verschwunden sein? Das ist unmöglich!'«

Auch den Krupp-Generalbevollmächtigten Berthold Beitz hat das Auftauchen der Jüdinnen verbittert. Auf die Bitte, Krupp möge angesichts der erhöhten Zahl der Antragsteller die Entschädigungssumme erhöhen, entgegnete er barsch: »Ihrem Brief über den bisherigen Verlauf des Anmeldeverfahrens haben wir u.a. entnommen, daß sich unter den Anspruchstellern 400 Ungarinnen befinden, von denen im Nürnberger Urteil ausgeführt ist, daß sie durch Krupp der Vernichtung preisgegeben worden seien. Diese Unrichtigkeit hat zusammen mit anderen Verzerrungen sicherlich mit zu der hohen Freiheitsstrafe, zu der Herr von Bohlen verurteilt wurde und die er zum erheblichen Teil abgebüßt hat, beigetragen. Hierfür gibt es keine Wiedergutmachung, nicht einmal eine moralische in der Weltöffentlichkeit. Sie werden verstehen, daß diese Erkenntnis in unserem Hause mit Bitterkeit empfunden wird.«

Tatsächlich ist es eine unverständliche Lücke in der bundesdeutschen Wiedergutmachungsgesetzgebung, daß fleißige und pflichtbewußte deutsche Industrielle, denen schwerer seelischer Schaden zugefügt wird, keinerlei gesetzlichen Anspruch auf Entschädigung geltend machen können. Erschwerend kommt hinzu, daß Krupp durch die 10-Millionen-Zahlung an Leute, die eigentlich tot sein sollten, beinahe 5 Prozent des Vermögens verloren hat, das er sich durch harte Arbeit im Krieg erwarb. Freilich auch in Nürnberg ist Krupp zu kurz gekommen. Die Auslieferung der 400 Mädchen wurde zwar im Urteil erwähnt, zählte aber nicht zu den Urteilsgründen.

Den überlebenden Sklavenarbeitern der anderen Konzerne ging es in ihrem Kampf um eine kleine Entschädigung für das, was nicht wiedergutzumachen war, nicht besser als denen von Krupp. In einem Entschädigungsprozeß Anfang der 50er Jahre - die amnestierten IG-Farben-Verbrecher hatten gerade wieder in den Vorstandsetagen der Nachfolgeorganisation BASF, Bayer und Hoechst ihren Platz eingenommen - machten die IG-Farben-Nachfolger aus Auschwitz ein Erholungsheim * »Prächtig« hätten die ausgehungerten KZ-Häftlinge ausgesehen, und IG Farben habe ihnen sogar eine zusätzliche Brühe angeboten - die berüchtigte, ekelerregende »Buna-Suppe« nannten sie »delikat«. Von »Selektionen« in Auschwitz sei nichts bekannt, aber andererseits sollten die Häftlinge den IG Farben dankbar sein für die Zwangsarbeit, man hätte sie doch sonst getötet. Und IG-Farben-Geschäftsführer Dr. Heinz Savelsberg bewies anhand einer detaillierten Produktionskostenanalyse, daß die IG-Farben der SS mehr bezahlt hätten als die Sklavenarbeiter wert waren.

Auch eine Entschädigung für die verlorene Gesundheit wollten sie den damals rechtmäßig erworbenen Sklaven nicht zahlen. Juristisch war so etwas beispielsweise gegenüber den polnische Zwangsarbeitern überhaupt nicht möglich. Denn - so entschied schließlich 1959 das Frankfurter Landgericht - deren Entschädigungsanträge seien viel zu spät eingereicht worden. Das Oberlandesgericht - die Berufungsinstanz - bestätigte ein Jahr später die Ablehnung, denn die Anträge seien viel zu früh eingereicht: die IG Farben seien ein Instrument des Reiches gewesen; und das Londoner Schuldenabkommen von 1953 stelle Ansprüche gegen Reichsorgane zurück, bis Deutschland einen formellen Friedensvertrag unterzeichnet habe. Ein Sieg der IG Farben. Der Konzern hatte aber auch in Otto Kranzbühler und Alfred Seidl hervorragende Anwälte ihres Unrechts gefunden. In Nürnberg hatte der eine - als ehemaliger Flottenrichter immer noch in der Uniform der Nazi-Marine - Dönitz verteidigt und später die Cr~nie der deutschen Industrie. Und der andere, selbst Alt-Nazi, den Judenschlächter Hans Frank. Später wurde aus Seidl einer der Strammsten in der Radikalen-Riege der bayerischen Innenminister.

Doch schließlich gebot die Klugheit der IG Farben ein gewisses Einlenken - man kämpfte nämlich in den USA gerade um die Rückgabe von beschlagnahmtem deutschen Firmenbesitz. Vor dem Abkommen aber verlangten die IG-Leute eine eindeutige Feststellung, daß die IG Farben rechtlich für die »damaligen Geschehnisse« nicht verantwortlich seien und daß Angehörige von IG Farben nicht strafrechtlich verfolgt werden dürften. Nach langen Kämpfen zahlten die IG Farben für 5.885 jüdische Antragsteller insgesamt 25 Millionen - im Durchschnitt weniger als 5.000 Mark pro Person.

Die freigelassenen Sklaven von Rheinmetall hatten noch mühseliger für eine geringe Entschädigung zu kämpfen. Dafür sorgte schon wieder Rechtsanwalt Kranzbühler als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats. Als die ersten Forderungen von ehemaligen Arbeitssklaven kamen, sprach Rheinmetall von »Haßgesang« und bezeichnete die Antragsteller als »andere jüdische Importe«. Zwei davon waren Helen R. und Rachel B., zwei Jüdinnen aus New York. Helen war noch nicht 18 Jahre alt und Rachel noch nicht einmal 12, als sie Sklavendienste für Rheinmetall leisten mußten. Sie waren gezwungen, Hülsen für Bomben und Artilleriegeschosse zu fertigen und wurden mit Stöcken und Gummiknüppeln mißhandelt und mit genagelten Schuhen getreten. Ihr Arbeitstag dauerte 12 Stunden, ihre Arbeitswoche sieben Tage. Lohn gab es nicht, dafür Hunger. Rheinmetall empfand die Klage der Frauen, die doch immerhin überlebt hatten, als Frechheit, und die deutschen Gerichte schlossen sich an. Wieder erklärte die eine Instanz, die Forderung sei sechs Jahre zu spät gekommen und die höhere befand: zu früh gefordert - die Jüdinnen mögen sich doch bitte bis zum Friedensvertrag gedulden.

Der Bundesgerichtshof schloß sich dieser Entscheidung an und wies 1964 die Klage von Rachel und Helen »als zur Zeit unbegründet« ab. Der Einsatz von KZ-Insassen sei ein Teil der Kriegsanstrengung gewesen, die die Regierung plante.

Deshalb könnten deren Ansprüche nur in einem abschließenden Friedensvertrag behandelt werden. Daß Rheinmetall den Profit für die angeblich nur von der Regierung geplanten Kriegsanstrengungen längst vor jedem Friedensvertrag einsteckte, ließ das hohe Gericht unerwähnt.

Rheinmetall beschäftigte mehr als 5.000 KZ-Insassen und war Rudolf Höß, dem KZ-Kommandanten von Auschwitz, als dankbarer Abnehmer von Sklavenmaterial wohlbekannt. Viele der damaligen und jetzigen Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder - unter ihnen Erhard Schwager und -Förderer Dr. Karl Guth - hatten der Nazi-Partei angehört. Freiwillig hätte Rheinmetall keinen Pfennig für seine Sklaven herausgerückt.

Daß sie doch etwas bekamen verdanken die Zwangsarbeiter nur dem Umstand, daß Rheinmetall neuen Profit aus alten Kanonen herausholen wollte.

Das US-Pentagon interessierte sich 1965 für das 20mm Rheinmetall-Geschütz M 139 - zum Mißvergnügen von US-Rüstungskonzernen. Jetzt entdeckten plötzlich Journalisten und Politiker in den USA, wie Rheinmetall mit seinen ehemaligen Zwangsarbeitern umsprang. Kongreßabgeordnete protestieren beim US-Verteidigungsminister: »Es ist uns unverständlich, warum ein Unternehmen, welches nicht nur Sklavenarbeit benutzte, sondern sich sogar jetzt noch weigert, sein Fehlverhalten einzugestehen, von der Regierung favorisiert werden soll«.

Das Geschäft drohte zu platzen. Otto Kranzbühler, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, kämpfte wie ein Löwe für den Auftrag und mobilisierte die bundesdeutsche Öffentlichkeit. Im »Spiegel« erschien am 7. 3. 1966 ein Artikel gegen den Wiedergutmachungsanwalt Benjamin Ferencz, den - wie es hieß - »Organisator der Kampagne gegen Rheinmetall«, dessen »Ansinnen« Rheinmetall abgelehnt habe: »Während sich in Düsseldorf der Rheinmetall-Vorstand auf das Geschäft einrichtete, stimmte Benjamin Ferencz, der im Gerichtssaal unterlegen war, einen Kanonen-Song gegen die Sklaventreiber vom Rhein an. Der ehemalige Anwalt der »Jewish Claims Conference«, die nach Kenntnis der Rechtslage keine weiteren Forderungen mehr erhob, hielt die Gelegenheit für günstig, Rheinmetall über eine massive öffentliche Kampagne doch noch zu Zahlungen zu bewegen, die weder rechtlich noch moralisch begründet sind«. Trotz dieses wertvollen publizistischen Flankenschutzes aus dem Hamburger »Spiegel«-Haus, mußte Nazi-Anwalt und Ex-Marinerichter Kranzbühler seine hohe rechtliche und moralische Position räumen und ein wenig weiße Flagge zeigen vor den unanständigen Forderungen der einstigen Sklavenarbeiter von Rheinmetall. Denn sorgenvoll hatte sich das Bonner Verteidigungsministerium eingeschaltet, nachdem das Pentagon schon scheu geworden war. Der ehemalige CDU-Bundesminister Hans Wilhelmi wurde hinzugezogen, und dann begann der widerlichste Handel, den die ehemaligen Zwangsarbeiter bei ihren Ansprüchen an die anständigen Deutschen erdulden mußten. Rheinmetall erklärte sich bereit, zusammen mit seinen Geschäftspartnern, der Schweizer Firma Hispano Suiza und dem Nürnberger Rüstungskonzern Heinrich Diehl, 2,5 Millionen auf das Konto des Ex-Ministers Wilhelmi zu überweisen. Und der verpflichtete sich, die 2,5 Millionen an die »Jewish Claims Conference« auszuzahlen, wenn das Waffengeschäft mit den USA gelaufen sei. Zweck der Operation: die Opfer mit dieser hingespuckten Mini-Wiedergutmachung zu entehren.

Rheinmetall gab nach. »Drei Prozent des Rüstungsvertrages gingen an zionistische Organisationen«, kommentierte die »Deutsche National- und Soldatenzeitung«, zu der Kranzbühler heute noch freundschaftliche Beziehungen pflegt - er gratulierte ihr öffentlich zum 30. Jahrestag, sie ihm zum 75. Geburtstag.

Was aber gab Friedrich Flick, der sich während des Krieges vom SS-Gruppenführer Ohlendorf gern Bericht erstatten ließ über dessen Fortschritte beim Massenmord an Juden? Friedrich Flick gab nichts, aber das dauerte, bis es endlich soweit war. Tausende von Zwangsarbeitern - vor allem die ehemaligen Sklavinnen und Sklaven von Flicks Dynamit Nobel - hatten über die »Jewish Claims Conference« Ansprüche gestellt. Der Mann, der in Nürnberg wegen Plünderung und Versklavung zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt wurde, aber diese Kavaliersstrafe nicht einmal ganz absitzen mußte, beauftragte einen seiner Nürnberger Verteidiger, Dr. Wolfgang Pohle, einen alten Nazi, mit den Verhandlungen. Wahrscheinlich weil der von Gelddingen so viel verstand: Pohle war Flicks Parteienfinanzier und praktischerweise zugleich Schatzmeister der CSU. Strauß wiederum schickte ihn in den Bundestag, wo er im Verteidigungsausschuß Flicks Rüstungsinteressen vertreten konnte.

Nach einigem Hin und Her stellte dieser Pohle fünf Millionen Mark als Entschädigung für die Sklavenarbeit in Aussicht. Der Termin für die Überweisung stand schon fest - da geschah Flick etwas, was ihm noch nie passierte: der Milliardär, der tagtäglich mehr als eine Million verdiente, sagte, er sei nicht liquide. Wieder wurde jetzt Begnadiger McCloy als Mittelsmann eingeschaltet. Er hatte mit Pohles Nachfolger Eberhard von Brauchitsch zu verhandeln. Sogar den US-Schutzpatron der deutschen Kriegsverbrecher behandelte der neue Generalbevollmächtigte so, daß McCloy, wie er danach erzählte, mehrfach den Raum verlassen mußte, weil sich ihm »der Magen umdrehte« bei von Brauchitschs Tiraden. In einem Brief danach appellierte McCloy an Flick: Es würde doch »Ihrem eigenen Ruf als wahrer Menschenfreund gut tun«, denen eine Entschädigung zu geben, die die Greuel der Lager überstanden - »die meisten sind alte, in ihrer Gesundheit schwer geschädigte Frauen, die in schlechten finanziellen Verhältnissen leben«. Flick antwortete nicht. Statt dessen kam nach langer Zeit ein Brief: »In Abweichung von Ihnen vermag Herr Dr. Flick nicht zu erkennen, daß im vorliegenden Zusammenhang humanitäre oder moralische Gründe die Dynamit Nobel AG oder das Haus Flick veranlassen könnten, an

die »Jewish Claims Conference« irgendwelche Zahlungen zu leisten. Herr Dr. Flick läßt sich empfehlen. Ich schließe mich dem an. Hochachtungsvoll gez. von Brauchitsch«.

1972 fuhr Flick ins Grab ohne seinen Opfern auch nur einen Pfennig gezahlt zu haben. Sein Sohn und Erbe Friedrich Karl feuerte vor einigen Wochen den Generalbevollmächtigten Eberhard von Brauchitsch. Freilich nur, weil der sich beim betriebswirtschaftlich gebotenen, aber juristisch nicht völlig unproblematischen Kontakt mit Ministern erwischen ließ. Neuer Berater des Erben ist - wie »manager-magazin« meldete - der ehemalige IG-Farben-Direktor Otto Ambros. Was »manager-magazin« nicht meldete, ist die damalige kriminelle Karriere dieses Herrn, der in Nürnberg mit acht nur teilweise abgesessenen Jahren davonkam: Er war Leiter des Sonderausschusses »C« (Giftgas), entdeckte den Standort Auschwitz für ein neues Buna-Werk der IG Farben und unterhielt freundschaftliche Familien-Beziehungen zu KZ-Kommandant Höß. Kein Zweifel: Ambros, der gut mit der industriellen Nutzung und Vernichtung von Menschen vertraut ist - er sorgte für die »Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebes des KZ-Lagers« zugunsten der IG-Farben - wird Friedrich Karl Flick ein hervorragender Berater sein.

Gut, die überlebenden Industriesklaven des Dritten Reiches haben für ihre Zwangsarbeit nichts oder nur ein Trinkgeld bekommen. Ihren Nutznießern geht es besser denn je. Doch was geht das uns an?

Wir haben die Geschichte des Mister X, der unser Wirtschaftswunder zur Welt brachte, nicht einfach deshalb erzählt, weil es interessant ist, wie so einer vor Hitler buckelnd durch die Jahre schlich. Nein, Ludwig Erhard liefert den Beweis dafür, daß uns Normalverbrauchern - auf höherem Niveau - die gleiche Rolle zugedacht war wie den Arbeitssklaven der Konzerne im Dritten Reich. Bei seinen planerischen Anstrengungen für die Reichsgruppe Industrie und den Massenmörder Ohlendorf hatte sich der Vater unseres Wirtschaftswunders auch Gedanken darüber gemacht, wie eigentlich der Krieg zu bezahlen sei, an dem unsere Industrie so vorzüglich profitierte. Der Krieg, so analysierte Erhard 1944, werde indirekt finanziert. Der Staat und die Industrie sollten die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht kürzen oder die Steuern erhöhen. Da sie durch die Zwangsbewirtschaftsmaßnahmen (Waren gab es nur noch auf Marken) sowieso kein Geld ausgeben könnten, sollten die Leute ihr Geld sparen und auf ihre Bankkonten einzahlen.

Der Staat müsse sich dann nur der Sparguthaben bemächtigen und so die Gelder abkassieren.

Das durfte natürlich, davon war Erhard überzeugt, nur eine »interimistische Notlösung« für die Zeit des Krieges sein. Als Voraussetzung für die kommende Friedenswirtschaftsordnung schlug er ein finanzwirtschaftliches Großsaubermachen vor.

Erhards Währungsreform war vier Jahre später. Jeder Normalverbraucher bekam 40 Deutsche Mark als »Kopfgeld« in die Hand gedrückt, seine Guthaben bei Banken und Sparkassen - das Geld also, das sich der Staat zur Finanzierung der Rüstungsproduktion geliehen hatte - wurden bis auf einen Minibruchteil (6,50 DM für 100 RM) gestrichen. Es handelte sich ja nur um eine minderwertige Abart des Privateigentums. Dessen edelste Form aber, der Besitz an Produktionsmitteln, an Grundstücken, Fabriken und Maschinen, blieb unangetastet.

Der Tag der Währungsreform wird seither auch die Stunde »Null« genannt. Zu Recht. Die Bürger besaßen nichts mehr, für die Unternehmer war's eine erfolgreiche, knappe Halbzeit.

Anmerkung auf Seite 55

*»Lohn des Grauens - Die verweigerte Entschädigung für jüdische Zwangsarbeiter. Ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte«. Campus-Verlag Frankfurt, 284 Seiten, 48 Mark

Konkret 02/83, S. 63

Horst Tomayer

Deutsche Gespräche

Horst Tomayer telefonierte als Staatssekretär vom Staatssekreteriat für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Mielecker, mit dem Präsidenten des FC Bayern München Willi O. Hoffmann

Hoffmann

Schönen guten Tag, Mielecker mein Name. Herr Präsident Hoffmann, ich bin Staatssekretär vom Staatssekretariat für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der DDR. Ich habe Ihnen ein Angebot zu machen.

Ja?

Herr Hoffmann, es handelt .sich hier um die Leibchen-Werbung, also den Aufdruck auf dem Sportdress Ihres geschätzten Clubs. Wir wären interessiert, ins Geschäft zu kommen.

Hm. Das ist jetzt ein überraschendes Angebot.

Im Zeitalter der Konvertibilität von Währungen und Waren dürfte ja so einem Geschäft nichts im Wege stehen.

Noja, wir haben ja Japaner auch in Deutschland, net, die werben. Wie wär der Aufdruck, was sollte drauf?

Wir haben da nicht an ein bestimmtes Produkt gedacht, wir wollten für das Signum der Leipziger Messe, das doppelte M, werben. Wir glauben, daß wir Ihren derzeitigen Sponsor IVECO unter Umständen schon überbieten würden. Mit wieviel Mark West schlägt denn der IVECO- Vertrag zu Buche?

Wir haben, wenn wir jetzt alles rechnen, ungefähr einskommafünf Millionen im Jahr.

Das wär natürlich die untere Grenze, wo Sie in Verhandlungen eintreten würden?

Das wäre sicher: Wenn wir ändern, müßten wir uns ja verbessern, da müßten wir schon so über zwei Millionen reden. Haben Sie uns als einzigen und ersten Club angesprochen?

Ich sags Ihnen ganz aufrichtig, Herr Präsident Hoffmann: Sie sind mein erster Gesprächspartner. An andere Bundesligaclubs sind wir nicht herangetreten. Der FC Bayern München ist ja der renommierte Club, ist europa- und weltweit bekannt, und wäre für uns also ein geeigneter Werbeträger, die Idee und das Unternehmen LEIPZIGER MESSE in einem der ersten Industrieländer der Welt, was ja die Bundesrepublik Deutschland ist, bekanntzumachen. Von Ihrer Position aus, glauben Sie, daß da irgendwelche Schwierigkeiten im Anzug wären ? Daß zum Beispiel die Bayerische Staatsregierung Einwände hätte?'

Wir haben ja politisch von der Bayerischen Staatsregierung nix, wir sind politisch völlig neutral, wir können werben, für wen wir wollen, wir sind ein unabhängiger Club. Also, wir könnten nicht den Aufdruck haben »Wählt DDR« oder »Wählt Kommunismus«, verstehn Sie mich, hahaha, jetzt mal so gesprochen, net, das könnten wir net machen, aber eine wirtschaftliche Institution, und noch dazu eine Messe, wo ja München auch Messestadt ist, net...

Wir begrüßen sowohl zur Frühjahrs- wie zur Herbstmesse eine Menge Besucher aus Ihrer schönen Stadt; wir haben natürlich politisch vorgefühlt, Ihr neuer Minister für die Fragen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, Herr Doktor Barzel, der hätte nichts dagegen, der ist für frischen Wind in seiner Deutschland-Politik, wie er sich auszudrücken pflegt, naja, und frühere Ressentiments, die kommen ja auch nicht mehr zum Tragen, nichtwahr, ich glaube, das war Magdeburg, wo Sie Ihren eigenen Koch dabei hatten ?

Naja, das ist ja vorbei, das war ja vor meiner Zeit

Das war, glaube ich, der Herr Neudecker?

Das ist schon zehn Jahre her, da waren wir mit dem Bus da, und mit dem Feinkost-Käfer, das war, weil wir dachten, daß man bei dem gut essen kann, der Gaus war damals auch da, also, das war ein Mißgriff, ohne Zweifel.

Was wir hier vorzuschlagen haben, das klingt vielleicht zunächst mal utopisch, aber wenn man bedenkt, Herr Präsident Hoffmann, daß ja die deutsch-deutschen Sportbeziehungen im Laufe der letzten zehn Jahre, nicht zuletzt des Grundlagenvertrags wegen, doch kontinuierlich sich verbessert haben, dann sollte man hier ruhig ein weiteres neues Zeichen setzen.

Und bei Ihnen, im Ministerium, bis Honecker, die würden da nicht, ich meine, was sagtn der Honecker da?

Wir haben das auf der Ebene Staatssekretariat durchdiskutiert, haben auch Fühlung aufgenommen mit dem ZK, also: Wir haben grünes Licht für die Vorverhandlungen. Und Sie? Hätten Sie irgendwelche Auflagen zu beachten, beispielsweise dem DFB gegenüber?

Wir können werben, für wen wir wollen. Wir dürfens halt möglichst nicht unsittlich, hahahaha, im Rahmen des Bürgerlichen Gesetzbuches, netwahr, aber sonst können wir machen, was wir wollen.

Unsittlich wär das wohl nicht.

Nee, nee, hahahaha, sagen wir, wir können für Porno, und auch das könnten die uns nicht verbieten, nur, es würde halt nicht passen, oder wir sollten nicht für Schnaps oder sowas werben, net, das sind so Richtlinien, verstehns, es werben ja viele für Italiener und für Japaner, warum sollten wir nicht für Deutsche Werbung machen können, für eine deutsche Messestadt. Wir müßtens halt völlig aus dem Politischen rauslassen, und mit der Presse, da müßtn wir uns halt amal überlegen, was man dann sagt und wie, ich nehme ja auch an, daß dieses Gespräch zwischen uns absolut vertraulich ist.

Das sollte, Herr Präsident Hoffmann, also sehr vertraulich sein, ich würde Sie bitten, die Presse nicht zu verständigen.

Selbstverständlich nicht.

Die finanzielle Abwicklung des Sponsor- Vertrages würde ja über die Verrechnungsstelle des Innerdeutschen Handels gehn. Unsere Botschaft in Bern hat uns informiert, daß der Herr Lüthi, der Ihnen ja sicher ein Begriff ist...

Ja, natürlich

... Herrn Stücklen, dem Präsidenten Ihres Bundestags, Bandenwerbung im Bonner Plenum angeboten hat.

Hahahahaha, um die Staatsfinanzen aufzubessern, hahahaha.

Sie sehen also, überall wird revolutionär gedacht.

Genau, genau, wir haben ja ganz schön Schulden, hier im Westen, unser Staat, ganz schön Schulden.

Herr Präsident Hoffmann, wer nicht?

Sie sitzen in Ostberlin, Herr Staatssekretär?

Ja, wir sind in der Hauptstadt, wie wir sagen.

Ich komm ja oft rauf nach Berlin, wir bauen da, da sind meine Privatfirmen.

Ach, Sie haben auch Baufirmen?

Ja, wir sind Bauträger, in Berlin haben wir zur Zeit vier Baustellen.

Ich werde mich mit Ihnen in Verbindung setzen, ich bitte Sie nur, den Kreis, in dem Sie sich jetzt besprechen, möglichst klein zu halten.

Ich werde das kurz abklären, ich werde vielleicht den Barzel kurz ansprechen, ich kenne ihn, und auch den Bundestagspräsidenten, den Herrn Stücklen, aber das mach ich halt auch vertraulich.

Herr Präsident Hoffmann, ich darf Ihnen und Ihrer verehrten Gattin die besten Wünsche übermitteln.

Das gleiche auch für Sie, Herr Staatssekretär. Und Ihr Name war Millöcker?

Mielecker, mit ie und ck.

Und Sie sind Staatssekretär? Also, Ihnen Herr Staatssekretär und Ihrer Familie alles Gute, und ich freu mich auf das Gespräch.

Dieses Telefonat ist authentisch. Horst Tomayer hat die Antworten mit stenografiert.

Konkret 02/83, S. 64

Stefan Hinz

Wer wollte da den Bürgerkrieg?

Ein Angeklagter, der unversehens in die Rolle des Volkstribuns geriet, die so gar nicht zu ihm paßt; ein Ankläger, der mit überzogenem Strafantrag mehr Lust auf Rache demonstriert als demokratisches Rechtsempfinden; ein Richter, der schon etliche umstrittene Urteile gefällt hat: Am 19. Januar wurde Alexander Schubart wegen Widerstands gegen die Startbahn West zu zwei Jahren Haft mit Bewährung verurteilt. An diesem Richterspruch haben jetzt alle zu knacken - Landesregierung, Justiz und Startbahngegner

Kein Parkett ist ihm zu glatt, Herr Lampe kennt sich aus im Leben. Herr Lampe ist Bundesanwalt aus Karlsruhe. Ihm macht keiner etwas vor, brillante Analysen sind sein Fach: »Der Angeklagte ist nicht Lech Walesa oder Martin Luther King, sondern Alexander Schubart, genannt Aschu; und wir leben auch nicht in Polen.«

Aschu kann froh sein. Sein Schicksal hängt noch nicht vom Kriegsrecht ab.

Der Magistratsdirektor Alexander Schubart, geboren am 7. April 1931 in Jena, wohnhaft in Frankfurt am Main, verheiratet, Deutscher, ist angeklagt, am 14. und 15. November 1981 durch dieselbe Handlung

1. versucht zu haben, die Regierung eines Landes rechtswidrig mit Gewalt und durch Drohung mit Gewalt zu nötigen, ihre Befugnisse nicht oder in einem bestimmten Sinne *(Aschus)* auszuüben,

2. einen anderen rechtswidrig mit Gewalt zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung genötigt zu haben,

3. einem Amtsträger, der zur Vollstreckung von Gesetzen berufen ist *(die Polizei),* bei der Vornahme einer solchen Diensthandlung mit Gewalt Widerstand geleistet und ihn dabei tätlich angegriffen zu haben, wobei der Täter *(Aschu, etwa 170 cm)* durch eine Gewalttätigkeit den Angegriffenen (*34 mit zwei Kampfhubschraubern vom Typ Puma eingeflogene Beamte des Sondereinsatzkommandos SEK)* in die Gefahr des Todes oder einer schweren Körperverletzung (§ 224 StGB) brachte,

4. auf eine Menschenmenge *(ungefähr 150.000)* eingewirkt zu haben, um ihre Bereitschaft zu fördern, Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Sachen in einer die Öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften zu begehen...

»Der Angeschuldigte hat am 14. November 1981 auf einer Großdemonstration am Elsässer Platz in Wiesbaden und am selben Tage in der 'Heute'-Sendung des ZDF um 19.00 Uhr zu einer Blockade des Frankfurter Flughafens für den 15. November 1981 aufgerufen und den Verlauf dieser Blockade mit organisiert. Die Hessische Landesregierung wurde von dem Angeschuldigten vor die Wahl gestellt, in weniger als 24 Stunden den von ihr beschlossenen Bau der Startbahn 18 West aufzugeben und eine von ihr als richtig erachtete Entscheidung zu ändern oder Aktionen zu gewärtigen, die vom Angeschuldigten als bürgerkriegsähnlich gewollt waren.«

Das hat Herr Schubart alles allein gemacht! Da hat sich Herr Schubart aber was Schönes eingebrockt. Warum hat er nicht den Mund gehalten? Was hat er nur gesagt, was hat er nur getan?!

Herr Schubart hat, entsprechend den Anforderungen des Artikel 124 der Hessischen Landesverfassung und in Verbindung mit §2 des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid, dem Landeswahlleiter einen Gesetzentwurf über die Raumordnung im Bereich des Flughafens Frankfurt am Main übergeben, verbunden mit den Forderungen nach folgendem Moratorium: Sofortige Beendigung aller Bau- und Rodungsarbeiten, sofortiger Rückzug aller Polizeikräfte, sofortige Beseitigung der Schandmauer.

Alexander Schubart: » ... mit kreischenden Motorsägen im Rücken, mit fallenden Bäumen im Rücken, mit einer Polizeiarmada im Rücken, kann es kein Volksbegehren und wird es kein Volksbegehren geben. Dann wird der ökologische Bürgerkrieg hier weitergehen... Schließt Euch massenhaft an unsere Aktionen an, die wir in den kommenden Tagen und Wochen haben werden. Es werden die interessantesten Ereignisse sein, die jemals hier in der hessischen Landespolitik stattgefunden haben ... «

Womit er recht haben sollte.

»Wir gehen jetzt davon aus, daß wir mit Sicherheit bis morgen ... kein befriedigendes Angebot haben werden, und .... ich möcht' Euch hier alle dazu aufrufen,...dem Frankfurter Flughafen einen Besuch abzustatten. Wir wollen morgen eine Inspektion vornehmen, um festzustellen, ob der Frankfurter Flughafen wirklich so klein ist, daß er eine dritte Startbahn braucht... Das Ziel unserer morgigen Aktion ist: Es muß vollständig gewaltfrei ablaufen, vollständig gewaltfrei ... Morgen, liebe Leute, wird es sehr schwer sein, von Rhein-Main zu starten ... «

Ja, Herr Schubart, das reicht. Herr Lampe wartet schon, mit den zusammengekniffenen Lippen seines Herrn.

Lampe: »Wo Gewalt angewendet wird oder wo mit Gewalt gedroht wird, ist der Staatsanwalt zur Stelle.« Nötigung von Verfassungsorganen, § 105 StGB, Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall, § 125 StGB, die große Welt der

Paragraphen, sie dreht sich, dreht sich immer schneller, der Sykophant steht felsenfest. Das muß er auch. Wegen 105 hat der Generalbundesanwalt nämlich noch nie die Eröffnung eines Verfahrens beantragt, da schickt er freilich seinen besten Mann, sollte man annehmen. Aber - Lampe schwitzt schon vorm Termin. Ist er doch nur dritte Garnitur...

Die Öffentlichkeit, das sogenannte Publikum, sitzt hinter einer mächtigen Glaswand. Nicht zu sagen, ob schußfest, auf jeden Fall schalldicht.

Die Zuhörer, die meisten sind ältere Walldorfer Bürger oder Frankfurter Spontis, neigen, ihrer Frühstücksbrote beraubt (glasdurchtrennende Wurfgeschosse), ein wenig zur Hysterie. Einer jungen blonden Frau, ich sprach sie später, wird von ein paar Seiten immer wieder »Spitzel, Spitzel« zugeraunt, sie schrieb ein paar private Zeilen auf ein Blatt...

Doch hier vorne, auf der Pressebank und am Richtertisch, hier vor der Scheibe herrscht Vernunft. Hier vorne herrscht auch Richter Schäfer. Adalbert Schäfer, 52 Jahre, 110 Kilogramm, 192 cm, ein rheinischer Charles Laughton, ist der höchste Staatsschutzrichter in Hessen. War er in den sechziger Jahren in Gießen noch ein kleiner CDU-Stadtrat, ist er heute hier im Haus als »Gott-Väterchen« Schäfer ein gefürchteter und einflußreicher Mann.

1967 hat er, als Beisitzer, im Euthanasieprozeß gegen die KZ-Ärzte Ullrich, Bunke und Endeweit mitgewirkt. Die Mediziner hatten über 9.000 Menschen als »lebensunwertes Leben ausgesondert« und »zur Vergasung freigegeben«. Im Urteil hieß es: »Die Angeklagten haben das Unerlaubte ihres Tuns nicht erkannt und in einem unvermeidbaren Verbotsirrtum gehandelt«. Sie wurden freigesprochen.

1978 hat Richter Schäfer den Maschinenbauer Jürgen Tauras wegen anarchistisch motivierter Banküberfälle für sieben Jahre und sechs Monate aus dem Verkehr gezogen. Die ehemalige Medizinstudentin Brigitte Heinrich brachte er wegen versuchten Menschenraubs, versuchter Geiselnahme und wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Juni 1982 für 15 Jahre hinter Gitter.

Als im Verlauf unseres Prozesses einer der Anwälte meint sagen zu müssen, die Regierenden sollen durch das Volk kontrolliert werden, wird der große Vorsitzende das Gesicht verziehen und mit den Augen rollen. Als im weiteren Verlauf des Prozesses einer der Anwälte in der Annahme, noch eins draufsetzen zu müssen, Adorno zitiert, weder von der Macht der Einen ... solle man sich dumm machen lassen, wird der Richter gähnen und mit einem knappen Schmatzen ein Doppelkinn machen.

Der Angeklagte selbst sagte einmal lange vor seinem Prozeß: »Auf offener See und vor Gericht ist jedermann in Gottes Hand.« In Gott-Väterchen Schäfers Hand, wie man heute hinzufügen muß. Und diese Hand drückt gerne zu. Man erzählt sich, wenn Schäfer erst einmal eröffne, dann pflege er auch zu verurteilen. Das hat man ja gesehen.

Alexander Schubart, im Prozeß fast immer begleitet von seiner Frau, wird beim Betreten des Sitzungssaales von allen hinterm Glas gefeiert. Aschu, Aschu usw. Bekannte Gesichter grüßt er lachend, scheint jedoch verlegen und verwirrt.

Alexander Schubart ist für mich, zumindest für die Dauer des Prozesses, ein normaler Bürger, eine unauffällige Erscheinung, wenn auch, weshalb er ja hier sitzt, geadelt durch Zivilcourage. Ein Beamter, der im Alter von 51 Jahren plötzlich aufsteht und für den Umweltschutz Partei ergreift. Engagement ohne Überblick, ein Ahnungsloser, ein David, der nicht einmal Goliaths Schatten ahnte, als er sprach. Ein Mann, der jetzt erkennen muß, daß ein riesiger Apparat allein für ihn angeworfen wird und auch auf ihn allein zurollt. Und ein Mann, der sich opfert, nicht ohne zu kämpfen, heldenhaft.

Während aller Prozeßtage habe ich Alexander Schubart immer nur aus der Entfernung heraus beobachtet, mit Hochachtung oder aus Neugier, aber immer in der Gewißheit, er sei etwas Besonderes. Das vermeintlich Erruptive seines öffentlichen Auftritts vor den 150.000 schien mir der Anfang zu sein vom Ende einer grauen Existenz. Ein politischer Dilettant, einer, dem es zuviel geworden ist, der sich Luft machen mußte, der durchgedreht ist.

Warum lief Herr Schubart Amok, fragte ich mich (begeistert) und hatte schon mit der bloßen Frage unrecht, denn Herr Schubart ist niemals Amok gelaufen. Gern hätte ich ihn angesehen als einen, der sich der schlechten Welt wild und nur aus Wut entgegenwirft. Ein Michael Kohlhaas dieser schlaffen Zeit, einer der, wie Kleist schreibt, »im Wahnsinn stockblinder Leidenschaft« gekommen ist, »als Statthalter Michaels, des Erzengels, an allen, die in dieser Streitsache des Junkers Partei ergreifen würden, mit Feuer und Schwert die Arglist, in welcher die ganze Welt versunken sei, zu bestrafen«.

Aber Herr Schubart hat keine Brandrede gehalten. Die Massen, die er anrief, sind nicht übers Land gekommen wie ein Sturm; sie sitzen wohlgenährt daheim, und Alexander Schubart hat sich zu keinem Zeitpunkt jenseits der legalen Möglichkeit bewegt.

Das Engagement aller hat den Bau der Startbahn nicht verhindert. 195,32 Hektar Wald sind längst abgeholzt, die Piste, 80 Zentimeter dick und 3.600 Meter lang, ist auf ewig in Beton gegossen. 1984 ist der Start frei.

Damit dabei auch der Staat frei agieren konnte, wandte er für polizeiliche Sicherungsmaßnahmen 33 Millionen Mark auf; die Flughafen AG, die ja auch dem Staat gehört, zusätzliche 20 Millionen. Das ist viel Geld.

»Die Schwelle ist erreicht, wo die Öffentlichkeit beginnt zu schaudern«, sagt Herr Lampe. »Tausende von Hessischen Bürgern gingen mit Waffen aufeinander los«, da muß den guten Mann aus Karlsruhe doch die Ahnung überkommen, die wilden Horden wollten nicht nur den »Weltflughafen«, sondern gleich das gesamte blühende Gemeinwesen in Schutt und Asche legen. Das soll ihren »Rädelsführer« Alexander Schubart teuer zu stehen kommen.

»Niemand darf sich künftig über derartige Strafanträge mehr wundern«, droht der Mann im roten Rock. Die Ereignisse vom Herbst 81 haben »Narben in unserer Gesellschaft hinterlassen«, und die heilen schlechter als Mensur. Das Urteil über Aschu muß der »Generalprävention« dienen.

Das Strafrecht bietet viele Möglichkeiten der Variation. Einen nachgewiesenen Landfriedensbruch bezahlt man mit sechs Monaten bis zu zehn Jahren (!), die Nötigung eines Verfassungsorganes, bis heute noch nie in Rechnung gestellt, kostet drei Monate bis zu 7 1/2 Jahren.

Damit »der Angeklagte ... sich in der Strafe wiederfinden kann«, empfiehlt Herr Lampe zwei Jahre ohne Bewährung.

Und hiermit schießt er übers Ziel hinaus. Daß die Argumente der Verteidigung an ihm vorübergehen mußten Wie die Bibel an der Kuh, stand außer Zweifel. Wie kann man denn, Herr Lampe, behaupten, Herr Schubart, »der 51jährige Gewaltgehilfe«, habe, indem er vom »ökologischen Bürgerkrieg« nur spricht, diesen bereits »propagiert«? Lampe: »Wer diesen Begriff verwendet, hetzt auf. Wer nicht aufhetzen will, darf ihn nicht verwenden.«

Jetzt muß man sich nur fragen, warum der Generalbundesanwalt einen Mann geschickt hat, der, wild und fast mit Schaum vorm Mund, gen Tal jagt ohne jeden Geist. Der Zeit ist er nun vollends schon entrückt; Herr Lampe übersieht, daß die gegenwärtige politische Situation (in Hessen braucht die kommissarische SPD-Landesregierung die Gunst der Grünen) eine Verurteilung von Alexander Schubart keinesfalls opportun erscheinen läßt. Einer in sich zerstrittenen Basisbewegung, die zur Zeit spektakulärer zusammenführender Aktionen beraubt ist, darf kein Märtyrer geliefert werden. Ein Führer, der nach ungerechter Festungshaft als Integrationsfigur die Geister eint. Keiner weiß, ob Börner über dieses Verfahren wirklich glücklich ist.

Konkret 02/83, S. 66

Kraft Wetzel

Führer, Kult & Film

»Napoleon« erobert Berlin. Der Stummfilm des französischen Regisseurs Abel Gance kehrt - so die Werbung - »in all seiner Monumentalität auf die Leinwand zurück«. Und in all seiner ideologischen Fragwürdigkeit

Für den 17. Februar, den Tag vor der Eröffnung der 33. Internationalen Filmfestspiele, ist in Berlin eine ungewöhnliche Filmpremiere angekündigt. »Napoleon«, ein französischer Stummfilm aus dem Jahre 1927, wird nicht einfach gezeigt, er wird aufgeführt. Das vierstündige Epos wird live untermalt vom Symphonischen Orchester Berlin, das Carmine Coppola, Francis Fords Vater, nach seiner eigenen 150 Pfund schweren Partitur dirigiert. Schauplatz dieser Veranstaltung ist nicht ein Kino, sondern der viertausend Besucher fassende Saal 1 im ICC, Deutschlands modernstem Kongreßzentrum.

Der Eintritt zur »Gala-Premiere« kostet zwischen 30 und 80 Mark. Dennoch wird der Saal voll werden: In den zwei Monaten vor dieser Premiere investiert die PR-Agentur GKM mehr als 100.000 Mark für - teilweise farbige - Anzeigen (der Film ist schwarzweiß), Plakate auf 150 Großflächen und 300 öffentlichen Anschlagstellen und die Bearbeitung der Journalisten. Auftakt dafür war eine Pressekonferenz im Charlottenburger Schloß. Den Fernseh-Journalisten erleichtern die Veranstalter die Arbeit: »Für die elektronischen Medien«, so erklären sie, »werden Sendungen vorproduziert... zwei Fernsehfeatures sind in Vorbereitung.« Wenn die Premiere und die folgenden drei Vorstellungen ein Erfolg waren und die mit einer Million Mark angegebenen Kosten eingespielt haben, wird sich eine Tournee von Film und Orchester durch bundesdeutsche Großstädte anschließen.

International ist »Napoleon« als kultureller Marktartikel der Spitzenklasse längst durchgesetzt. Die - stets live untermalten - Aufführungen des restaurierten »Napoleon«-Films, die während der letzten drei Jahre in New York und London, im Colosseum in Rom und im »Playhouse« in Edinburgh stattfanden, waren ausnahmslos verkauft. Sie lösten Begeisterungsstürme in der Presse aus; das zahlende Publikum klatschte minutenlang Beifall und zollte damit nicht nur dem Film und dem Dirigenten seinen Tribut, sondern versicherte auch sich selbst, daß es Zeuge eines Ereignisses hatte sein dürfen, das die hohen Kosten wert war.

Sonst wird ja im Kino selten geklatscht. Für Walter Benjamin, einen Zeitgenossen des »Napoleon«-Regisseurs Abel Gance, hatte die revolutionäre Qualität des Films in seiner technischen Reproduzierbarkeit bestanden; sie würde, so meinte Benjamin, der auf Originalität, Einmaligkeit, Unwiederholbarkeit sich gründenden Aura des traditionellen Kunstwerkes den Boden entziehen. Mit »Napoleon« hält auratische Einmaligkeit Einzug im Kino - als Marketing-Strategie, mit der dieser Film für die zahlungskräftige Kulturschickeria zugerichtet wird. Gewiß ließe sich Carmine Coppolas musical score auch aufzeichnen und der Filmkopie als Tonspur beifügen - aber dann wäre »Napoleon« nur einer jener in Filmbüchern hochgepriesenen Stummfilm-Klassiker, die selbst in Filmkunstkinos als Kassengift verrufen sind.

Die journalistische Begleitmusik spiegelt die besinnungslose Faszination wider, auf die bürgerlicher Kunstgenuß von jeher aus ist: Objekte menschlicher Arbeit werden aus ihren historischen, ihren sozialen und ökonomischen Bezügen gelöst und in Fetische verwandelt, deren Anblick dem Bürger dann jenes Herzklopfen, jene Schauer den Rücken hinunter verschaffen soll, die er sich im beruflichen Alltag zu versagen hat.

Der britische Filmhistoriker Kevin Brownlow, der »Napoleon« restauriert hatte, überschwemmte Fachzeitschriften und Tagespresse in Großbritannien und in den USA mit Artikeln und Interviews, in denen viel von den phantastischen Qualitäten des Films und von der Beschwerlichkeit seiner jahrzehntelangen Recherchen zu lesen war - aber nichts darüber, welche filmwirtschaftliche und ideologische Rolle der Film zu seiner Zeit spielte (und heute wieder spielt). Und die Filmkritiker, die von den ersten Vorführungen der wiederhergestellten Fassung berichteten, ließen sich hinreißen von den sinfonisch aufgedonnerten Bilderfluten und warfen mit Superlativen nur so um sich; in Ruhe nachzudenken über das Gesehene, Erlebte, hielt kaum einer für angebracht.

Filmkunst« ist ja eine spezifische Strategie, mit der sich die westeuropäischen Filmindustrien seit dem Ersten Weltkrieg gegen die Übermacht Hollywoods wehren. Zu den Merkmalen, die diesen Filmtypus vom durchschnittlichen Hollywood-Produkt abheben, gehören: die Betonung des visuellen Stils (der Blick des Zuschauers wird eher durch auffällige Blickwinkel als durch das Schauspiel vor der Linse gefesselt), die Vernachlässigung von action im Hollywood'schen Sinne (die Betonung liegt eher auf den Charakteren als auf der Handlung) und die Hervorhebung des Autors, des »Filmschöpfers«, als Ordnungsmerkmal und trademark (in Hollywood werden Filme ja nach Genres, nicht nach Autoren geordnet). »Napoleon« hieß ursprünglich »Napoleon - vu par Abel Gance« (Napoleon, wie Abel Gance ihn sieht). Auch sonst vereinigt dieser Film die Merkmale von »Filmkunst« in geradezu mustergültiger Weise in sich: Abel Gance war ein überschwenglicher Visionär des Kinos, der um visueller Effekte willen die spezifisch filmischen Ausdrucksmittel bis an ihre Grenzen strapazierte. Die Handlung folgt nicht der Spannungskurve Hollywood'scher Plot-Konstruktionen, sondern reiht Variationen eines schon in der ersten Sequenz exponierten Themas - Napoleons Berufung zum Führer seines

Vaterlandes - aneinander: »Ein großer Film muß wie eine Symphonie konzipiert werden, wie eine Symphonie in Zeit und Raum«, verkündete Gance 1929.

Im Mittelpunkt des Films steht mit Napoleon eine Figur, die nicht nur ein Symbol der Größe der französischen Nation ist, sondern auch eine imperiale Spielart des westeuropäischen Zusammenschlusses verkörpert; Hugo Stinnes, Chef des im Rheintal ansässigen Montan-Konzerns, war einer der Finanziers des Films.

Eine Identifikationsfigur der herrschenden Klasse in einem biographischen Kolossalwerk, das wie eine Sinfonie strukturiert ist und nicht im Kino, sondern in der Pariser Oper uraufgeführt wird - deutlicher konnte der Film wohl kaum auf den Geschmack des kunstsinnigen und nationalbewußten Bürgertums seiner Zeit abgestimmt sein. Auf dieses zwar relativ kleine, aber zahlungkräftige Mittelschichten-Publikum hat sich die europäische Filmindustrie zu einem wesentlichen Teil ausgerichtet, seitdem sie im Wettbewerb mit Hollywood um das proletarische und kleinbürgerliche Massenpublikum zurückgefallen war.

Und noch ein Merkmal, mit dem sich der europäische Film von Hollywood abzusetzen versuchte, weist »Napoleon« auf. Beim Ball der Adeligen, die eben aus ihren Kerkern entlassen wurden, mischt sich die handgehaltene Kamera unter die ausgelassen Feiernden. Plötzlich bekommen wir aus nächster Nähe die nackten Brüste und nur spärlich bedeckte Hintern tanzender Mädchen zu sehen.

Solche »erotische Freizügigkeit« war - und ist - eine der Strategien, mit denen sich besonders der französische, aber auch der europäische Film insgesamt, Zutritt zu den von den Amerikanern dominierten Märkten verschaffte.

Auch die ganze Auswertungs-Geschichte von »Napoleon« muß man vor dem Hintergrund der amerikanisch-europäischen Kino-Konkurrenz sehen:

Gance wollte ein kolossales Epos - die US-Firma MGM, die die Auswertungsrechte erwarb, schnitt den mehr als sechsstündigen Film auf ganze 80 Minuten zusammen; Gance wollte eine Biographie präsentieren, die ihre Seriosität immer wieder durch Hinweise auf Originaltexte unterstrich - MGM ließ davon nur die 'love story' zwischen Napoleon und Josephine übrig; Gance wollte von Frankreich aus eine filintechnische Revolution mit seinem »Polyvision«Verfahren durchsetzen (drei Film-Bilder werden simultan nebeneinander projiziert) - die Amerikaner hatten eine andere in Vorbereitung - den Tonfilm, und schnitten seine Triptychon-Sequenzen heraus. Es war der gaullistische, antiamerikanische Akzente setzende Kultusminister Malraux, 1927 in der Pariser Oper Premierengast, der die erste Rekonstruktion des Films in Auftrag gab-und es ist Francis Ford Coppola, Superstar des New Hollywood, der »Napoleon« jetzt weltweit präsentiert.

Zu den Vertragsbedingungen, die Coppola jr. den Lizenznehmern diktiert, gehört nicht nur der Schriftzug »Francis Ford Coppola präsentiert«, sondern auch, daß nur die Musik von Coppola sen. gespielt werden darf und daß sie von ihm selbst dirigiert werden muß. Die Partitur der authentischen Filmmusik, die der französische Komponist Arthur Honegger für Gance schrieb, ist teilweise erhalten - doch die wird »totgeschwiegen«, so der Schweizer Honegger-Forscher Adriano, der sich bislang vergeblich um ihre Aufführung bemüht.

Daß in aktuellen Besprechungen von »Napoleon« so viel von seiner virtuosen Technik und so wenig von seinem ideologischen Gehalt die Rede ist, läßt sich erklären. Wessen Sehgewohnheiten von den weitgehend standardisierten Formen des Spielfilms geformt wurden, dem gehen bei »Napoleon« die Augen über, den überwältigt die Fülle und die ästhetische Gewalt seiner filmischen Mittel. Den spontanen Genuß mochte sich kaum ein Kritiker durch ideologiekritische Reflexion vergällen. Abel Gance betreibt seinen Übermenschenkult ja auch mit solch maßloser Überschwenglichkeit, daß sich wie beim Betrachten von Heiligenbildchen aus dem Kindergottesdienst nostalgische Rührung vor so viel Naivität breitmacht. Wer »Napoleon« ernst, also bei Bild und Wort nehmen will, muß sich wie ein humorloser Spielverderber vorkommen.

Die Filmhistoriker dagegen unterzogen »Napoleon« zwar einer ideologiekritischen Analyse. Aber sie neigten dazu, den Bonapartisten Gance vom filmtechnischen Virtuosen Gance abzulösen, sie isoliert von, einander zu beschreiben und gegensätzlich zu bewerten. So wird ja auch gelegentlich versucht, Leni Riefenstahl für eine »Filmkunst« - Geschichtsschreibung zu retten.

Doch Riefenstahl war nicht einerseits eine Virtuosin des Massen-Ornaments und außerdem eine glühende Verehrerin Adolf Hitlers, sondern die eine verrichtete als 'Künstlerin' das politische Geschäft der anderen. Ebensowenig lassen sich bei Gance Ideologie und technischer Erfindungsreichtum isoliert voneinander verstehen: Denn was Gances technische Phantasie beflügelte, war die unentwegte Anstrengung, seinem Wahnbild vom Übermenschen Napoleon durch unerhörte optische Wirkungen äußersten Nachdruck zu verleihen, die Zuschauer mit ästhetischer Gewalt in den Bann des Götzenbildes zu schlagen, das er in und mit »Napoleon« errichtete. Dieser Film, hieß es in einer zeitgenössischen Kritik, ist eine »Romantisierung der Gestalt des Tyrannen, das Überschütten seines Denkmals mit filmischen Blumen«.

Ein Beispiel: Napoleon flieht auf einem Boot, die Trikolore als Segel aufziehend, von Korsika aufs französische Festland, gerät auf hoher See in ein Gewitter. Gleichzeitig, so suggeriert uns Gances Simultan-Montage, geht's in der

Nationalversammlung, wo Jakobiner und Girondisten einander befehden, drunter und drüber. Gance befestigte eine Kamera an einem langen Pendel und ließ sie über den Köpfen seiner Statistenmassen hin- und herschwingen: Das Volk, so muß es uns scheinen, schwappt wie eine Wassermasse auf und nieder, verlangt förmlich nach Bändigung, nach Beherrschung, wie das aufgewühlte Meer, auf dem Napoleon seine »epische Schlacht mit dem Schicksal« (Zwischentitel) austrägt. Ohne autoritäre Bändigung, das führt Gance uns immer und immer wieder vor, ist dieses Volk bloß unappetitlich wimmelnder Pöbel oder, schlimmer noch, blutrünstiger Mob; erst wenn Napoleon auftritt, ordnet es sich, fügt es sich zur einmütig ihm zujubelnden Masse.

»Napoleon ist Prometheus«, hatte Gance im Programmheft zur Uraufführung geschrieben; er phantasierte sich Napoleon als einen! von Kindheit an zum Retter Frankreichs vorherbestimmten Übermenschen zurecht, den Hegels Weltgeist in Gestalt eines Adlers auf Schritt und Tritt begleitet. In Überblendungen läßt Gance den Kopf des Adlers mit dem von Napoleon verschmelzen, der so zum Naturereignis und aller geschichtlichen Bestimmtheit enthoben wird.

Zu dieser transzendentalen Überhöhung steht seine Liebesgeschichte mit Josephine de Beauharnais nur auf den ersten Blick im Widerspruch. Denn heiraten will er sie bezeichnenderweise erst, als er sie verläßt, weil ihm der Oberbefehl über den Italienfeldzug übertragen wurde. Wenn ihm Josephines Gesicht über dem Globus im Arbeitszimmer erscheint, ist diese Überblendungsmetapher noch doppeldeutig, kann die erotische Besetzung der Welt oder seine weltumspannende Liebe zu Josephine bedeuten. Die Wiederverwendung dieser Metapher in der abschließenden Triptychon-Sequenz vom Einmarsch nach Italien macht sie jedoch eindeutig: Napoleons 'Frau', das meint diese Überblendung, ist die Welt, die zu erobern er auszieht; und Gance feiert seinen Einmarsch in Italien als Apotheose militärischer Potenz und imperialistischer Weltaneignung in Polyvision.

Ein Film wie »Napoleon«, der autoritären und imperialistischen Phantasien freien Lauf läßt, paßt gut zur Bonner Wende. Die Schirm-Herrschaft der Berliner Gala-Premiere hat Professor Wilhelm Kewenig übernommen, als Kultursenator der CDU-Regierung zuständig für die »geistig-moralische Erneuerung« der Frontstadt.

Konkret 02/83, S. 70

Tom Schimmeck

Als wenn'ste schwebst

Berlin – Stadt der Doppeldeckerbusse und der Demonstranten, Stadt der Alkoholiker und der Außenseiter, Stadt der Rosinenbomber und der Rentner. Für einsfünfzig fahren Besucher auf das Europa-Center und schauen auf eine Stadt, die sie für kaputt halten. Was ist dran an Berlin?

Einsfünfzig kostet der freie Blick über die Stadt. Die Glastür unten zischt von alleine auf, der Fahrstuhl fährt schnell bis zum zwanzigsten Stock. Hier an der Kasse erwirbt man sich das Recht, auf diese Stadt hinunterzuschauen. Noch zwei Treppen, und du bist oben.

Da steh'ste, mittendrin. Über dir der Mercedes-Stern, riesengroß mit weißblauen Neonröhren, dreht sich im Kreis und wirbt. Vor dir die Bitte »Please don't leave the pass - Prière de ne pas quitter le passage - Wir bitten, den Laufsteg nicht zu verlassen.« Das geht sowieso nicht. Hier nicht. Denn die Gitterstäbe sind rundherum gut zweifünfzig hoch und oben spitz. Schließlich hat die Stadt da unten die höchste Selbstmordrate der Welt.

»Ein Wahrzeichen des modernen Berlin«, sagt der Führer. »Jede Stadt hat so ein Wahrzeichen zum Raufsteigen und Runterspucken. Das hier heißt 'Europa-Center', weil die Stadt alleine ja doch nicht leben kann.«

Auf dem Dach des Wahrzeichens kannst du in dem schützenden Gitterkäfig im Dreiviertelkreis herumlaufen und gucken, wer schon alles da war. Weil hier oben viele ihren Namen eingeritzt haben, mit Liebesschwüren oder auch -nur mit einem nüchternen Datum: Peter was here 3.2.82.

Endlich guckst du runter, auf die Großstadt. Die sieht eigentlich ziemlich langweilig aus, schon weil rundrum Innenstadt ist, die keinen Stil hat. Zusammengewürfelte Neubauten, dazwischen die Bahnlinie vom Zoo nach Westen, auf der so selten mal ein Zug fährt. Die Häuser scheinen tot, vor allem die Hotels, das Interconti, der Schweizerhof; aber auch die alten Kästen, der Reichstag zum Beispiel. Häuser bis zum Horizont, vielleicht kann man ahnen, daß es hinter der City-Geschwulst schöner wird, in den anderen Cities, spätestens im Wald.

Doch wenn es dunkel wird, wenn der Raubtierkäfig hier auf dem Dach nur noch von dem blaufahlen Neonlicht des Mercedessterns beleuchtet wir, dann sieht die Stadt da unten plötzlich sehr lebendig aus.

Dann glitzern die Schaufenster und die Neonsprüche in allen Farben, und in den Straßen stauen sich die roten und weißen Lampen. Dann ist was los da unten, und du siehst: das lebt.

Bei Tageslicht kannst du von der rechten Seite des Laufgitters auf den Tiergarten schauen, der bis zur Mauer reicht. Mitten drin steht ein Mehrzweckdenkmal, die Siegessäule, errichtet zum Jubel der preußischen Siege über Österreich (1866), Dänemark (1864) und Frankreich (1870/71). Wenn du deinen Blick von dem Mercedes-Stern des 20. Jahrhunderts schräg über dir auf die 700 Zentner schwere Siegesgöttin des 19. Jahrhunderts an der Spitze der Säule richtest, kreuzt du auf halbem Wege den Landwehrkanal. Vor gut 60 Jahren gab es an der Stelle, wo dein Blick den Kanal überquert, noch eine Brücke. Die Liechtensteinbrücke. Genau hier auf dieser Linie sind Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von den näselnden Herren des Stabs der Gardekavallerie-Schützendivision um die Ecke gebracht worden. Sie wurde erschlagen und versenkt, er wurde erschossen.

Das Hotel der Stabsherren, die hernach zum Gruppenfoto zusammenrückten, gibt es nicht mehr. Dort, an der Budapester Straße, steht heute ein Luxus Appartment-Haus gleichen Namens: Eden. Der Portier, von dem du (vielleicht) auf Knopfdruck eingelassen wirst, weiß nichts von den alten Geschichten. Wenn du sie trotzdem wissen willst, nimm den »Rettungsgürtel an einer kleinen Brücke« von Egon Erwin Kisch in die Hand und geh die Budapester runter. An der Ecke, wo die beiden ermordet wurden, steht heute das Interconti.

Aber selbst im Tiergarten ist es nicht immer dunkel, die Leute sehen nicht alle kaputt aus, nicht überall riecht es nach altem Fett. Die Stadt lebt, künstlich zwar, aber sie lebt.

Westberlin. Da steckt ein eigener Charakter drin, der durch die Mauer drumherum nicht nur zusammengehalten, sondern auch ein bißchen bedingt wird. Das ist ein Kessel, in dem die einen besonders bieder und die anderen besonders radikal sind. Da gibt es mehr Spannung als Mittelmaß, die Kontraste sind greller, und selbst das Grau ist grauer als anderswo. Das heißt nicht, daß hier differenzierter gedacht wird. Ganz im Gegenteil: Das Weltbild der Mehrheit könnte kaum einfacher sein.

Man liebt die Schutzmächte und haßt die Kommunisten, die da drüben, die sogenannten. Man will sich behaupten, fühlt sich eingekreist, braucht stärker als anderswo eine politische Identität. Das ist der Westen. Westen heißt hier etwas. Westen, das ist die geistige Mutter dieser Insel, dieses Vorpostens. Westen, das ist Amerika (gemeint sind die USA), die Engländer, die Franzosen, das Bündnis. Das ist schon weniger: Westdeutschland, die Bundesrepublik (nicht: die BRD). In denen, die die Luftbrücke mit ihren Rosinenbombern noch erlebt haben, steckt das tief drin. Wir haben es zu etwas gebracht. Wir sind

das Schaufenster des Westens. Hier kann man kaufen, was man will, wann man will, wo man will. In Westberlin, weht immer noch der Geist der Wirtschaftswunder-Ära. Und das KaDeWe ist wirklich ein Symbol dieser Stadt, mit der Architektur eines Hauptquartiers, mit verstaubt-bronzenem Chic, voll tröstender Fülle: »Pelze, Perlen und Parfums, Kunst, Keramik, Kameras, Spiele, Sport und Schlüsseldienst.« Es gehört zur Glasur dieser Stadt, hinter der man die politischen, historischen, sozialen Risse schon sehen kann. Sofort. Der Wunsch, die alte Hauptstadt-Atmosphäre zu erhalten, ist spürbar. Doch geblieben ist nur ein Stück Kultur. Die politische Macht, das Beamtenheer, die deutschen Militärs und die Finanzbourgeoisie sind fort. Westberlin ist nicht Vorposten, sondern das Symbol eines Vorpostens.

s gibt zuwenig Verwaltung E von Großbetrieben in Berlin, zuwenig Aufstiegsmöglichkeiten«, meint Günter Neubauer im Sessel seines rustikalen Arbeitszimmers. Herr Neubauer wohnt standesgemäß in einem Bungalow in Dahlem, einem ruhigen und teuren Viertel. Er ist im Vorstand der Hübner Elektromaschinen AG und Mitglied der Versammlung der Industrie- und Handelskammer. Herr Hübner wünscht sich, daß die Wirtschaft mehr Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung entwickeln möge - auch in Berlin. Nur leider, leider leidet Berlin an einer Imageverschlechterung:

»Straftäter können sich hier zurückziehen, das ist doch Chicago. Es macht Spaß, in Berlin Krawall zu machen. Man muß sich schon fast dafür entschuldigen, daß man in Berlin wohnt.« Seine Analyse: »Uns ging es im Grunde genommen immer vor einem Krieg und nach einem Krieg gut.« Ein bißchen unglücklich sieht er bei diesem Satz aus, mit seiner grauen Krawatte, dem grauen Anzug und dem grauen, schon etwas spärlichen Haar, und schaut mich durch seine große Brille an, als bedaure er dieses von ihm eben verkündete ökonomische Gesetz.

Der ungerade Sechzehnender an der Wand des heimischen Arbeitszimmers weist - ebenso wie die »waidgerechte Adresse« Am Hirschsprung - den Weg zu seiner Nebenbeschäftigung: Herr Neubauer ist Vorsitzender des Landesjagdverbandes Berlin. Rund 1200 Jäger sind in dem Verein zusammengeschlossen, was ein bißchen kurios ist, denn nach dem Kontrollratsgesetz Nummer 43 vom 20. Dezember 1946 steht auf Waffenbesitz in Berlin die Todesstrafe - »zur Verhinderung der Wiederaufrüstung Deutschlands«. Das Gesetz ist nach wie vor in Kraft, auch wenn die alliierten Gesetzgeber über die Wiederaufrüstung später anders dachten.

Westberliner jedenfalls dürfen nur auf dem alten Olympia-Schießstand ihrem Schießbedürfnis nachkommen, der steht unter US-amerikanischer Verwaltung. Dort werden die Privatwaffen der Westberliner Jäger verwahrt und der Kaffee in US-Dollar bezahlt. Die Zeiten, da der Kurfürst und sein Gefolge das Wild im Tiergarten zu erlegen geruhten, sind lange vorbei.

Herr Neubauer mag Berlin, auch wenn »die Jäger in gewisser Weise diskriminiert sind«. Er hat kein Frontstadtgefühl und meint, daß man die Stadt nicht beschreiben kann. »Das muß man leben«, sagt er und mag recht damit haben.

Es ist wie in allen Großstädten: Um sie zu erleben, muß man spazierengehen, am besten stunden- und tagelang ganz willkürlich durch die Stadt streifen. Unvermeidlich auch durch Kreuzberg, wo es längst nicht mehr nur die vielbesungenen Altbauquartiere gibt, sondern auch viele Neubauten. Zum Beispiel an der Alexandrinestraße, wo nichts ist, k ein Geschäft, kein Leben, keine Atmosphäre. Wo es nicht hervorstechend häßlich ist, nur eben sechs - zwölf - fünfzehn und mehr Stockwerke hoch, farblos, gestaltlos. Am Straßenrand steht eine Pumpe, um das Wasser zur Wagenwäsche herbeizufördern. Einer wäscht seinen Ford.

Dahinter der Moritzplatz, direkt an der Mauer (»You are leaving the American sector«). Ein Schnittpunkt von lebendigen Altbaugegenden, leblosen Wohnquartieren und viel Brachfläche auf dem Weg in die Innenstadt. Auf der einen Seite brüchige Fassaden, auf der anderen Seite der Firmenneubau mit den bronzegetönten Scheiben - Nixdorf Computer, mit Videokameras drumherum.

Auf diesem Nicht-Platz hängt noch die Trümmerstimmung der ersten Nachkriegsjahre. Hier kann man, nach einem Spaziergang durch den Norden Kreuzbergs, über den scene-historischen, heute stillen Mariannenplatz (»der Mariannenplatz war blau, soviel Bullen waren da«), entlang der Mauer, vorbei an der Hochburg der 'harten' Hausbesetzer, dem »Turm« am Leuschnerdamm (Inschrift: »Wir sind die allerschärfsten, der Turm hat immer Recht«), die Oranienstraße runter, wo das Leben ist; hier am Moritzplatz also kann man in einen dieser zum Berlin-Sehen so ungeheuer praktischen Doppeldecker-Omnibusse steigen, die schmale Treppe zum Obergeschoß hinaufklettern und sich ganz vorne, direkt über dem Fahrer, hinsetzen. Da kann man dann – auf dem Weg ins Zentrum, knapp unter den Ampeln vorbeigleitend - gucken.

Die Strecke ist nichts für Schinkel-Ästheten, sie führt am Arsch der Großstadt entlang. Die Robert-Koch-Straße hinauf begrüßt einen das beflaggte Springer-Imperium, gegenüber leere Fensterhöhlen. Ansonsten: staubige Plätze, Brandmauern, vereinzelte Neubauten. Mittendrin: Das Hotel Bellevue.

Wenn man kurz vor dem VW-Zoo aussteigt und quer durch den Tiergarten läuft, kann man Herrn Welker besuchen. »Karl Welker - Maßkonfektion« steht auf dem Schild, das in die erste Etage verweist. Herr Welker ist Vorsitzender des »Berliner Bürgervereins«, nach seinen Angaben »56 Mitglieder und 2000 Sympathisanten« stattlich.

Den Bürgerverein gibt es seit 1962, da war Heinrich Albertz noch Bürgermeister. Damals sollte der »Kaiserdamm« in »Adenauerdamm« umbenannt werden (als ob das eine Alternative wäre). Karl Welker und seine Leute waren dagegen. Sie sammelten 144.000 Unterschriften, »ganz friedlich, ohne Steine und rote Fahnen«, und verhinderten die Umbenennung. »Jeder Bürger muß einen Wohnsitz haben, und auch der Straßenname ist ein Stück Eigentum«, meint Herr Welker inmitten seiner Maßkonfektion.

Was sie sonst noch so machen? Sie errichten ein weißes Kreuz für jeden Toten an der Mauer, 48.000 Mark hat der Verein bisher dafür ausgegeben.

Seitdem es einen CDU-Senat gibt, legt der Präsident des Abgeordnetenhauses am 13. August auch wieder einen Kranz nieder. Auch Frau Thatcher hat letztes Jahr bei ihrem Berlin-Besuch einen Kranz niedergelegt, darauf ist Herr Welker besonders stolz. Aus einem alten Pappkarton kramt er Fotos, »Die hat ja eine unheimliche Ausstrahlung, die Frau«, schwärmt er.

Etliche Landsmannschaften gibt es in Berlin, auch Heimatvereine genannt. »Hier kann der neue Mitbürger im Kreise seiner Landsleute heimatliche Bräuche pflegen«, heißt es in einer Senatsschrift. Unter anderem sind auch 30.000 Bayern nach Berlin gewandert, darunter unser Herr Welker. 1982, im April, wurde für die Neuberliner ein Trachtenball veranstaltet, »mit richtiger Blasmusik«, wie Herr Welker erzählt. Seitdem bezahlt der Senat den Landsmannschaften die Trachten. Für den Maßkonfektionär sicher kein schlechtes Geschäft.

Ein bißchen hört man seinen bayerischen Akzent noch raus. Sein Großvater war bei der Bürgerwehr. Als ich ihn frage, wann und wo, wird er ein bißchen verstockt. »Ich bin kein CDU-Mann« sagt er, auch wenn er erfreut darüber ist, daß es unter Weizsäcker »ein bißchen straffer geworden ist«. Auch in den Bezirken sei es anders geworden, seitdem die CDU dran ist: »Stellen Sie sich vor, früher mußte der SPD-Bezirksbürgermeister morgens den Türhüter grüßen, weil der in der gleichen Partei war.«

Probleme? »Ja, mit diesen Chaoten, mit diesen Demonstranten. Das ist ein Räuber- und Gendarm-Spiel. Mit Wohnungslosen hat das gar nichts zu tun. Die sind ausgeflippt, arbeiten nicht und sind gegen jede Ordnung. Die nehmen jede Gelegenheit wahr, um Krawall zu machen.« Angefangen hat das Elend für Herrn Welker mit den Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg. »Der ist verlorengegangen durch falschverstandene Humanität.«

Und sonst? »Der Vorzug der Berliner ist, daß sie absolut aufgeschlossen sind gegenüber Ausländern.« Nur seien es zu viele, »und mit den Türken ist das Problem, die wollen sich nicht angleichen«. Herr Neubauer, der Jäger, hatte es etwas geschliffener ausgedrückt: »Es gibt eine gewisse Ermüdung der Toleranz gegenüber Ausländern.«

Da kommt Fritz zu Besuch, Fritz Walter. Noch ein Vorsitzender: Seit 1950 ist. Fritz erster Vorsitzender des »Cowboy-Club Old Texas von 1950 e.V.«. Mitten in Berlin-Siemensstadt ist auf 27.000 Quadratmetern ein Western-Dorf aufgebaut - originalgetreu. Da gibt es alles, was es »so um 1865 gegeben hat«.

»Town Old Texas« heißt der Ort. Man genießt das Wohlwollen der amerikanischen Besatzer. Fritz hat als erster Vorsitzender die höchste Position in Town Old Texas, er ist Bürgermeister. Sein Wochenendname: Ben Destry. Bei seinem Freund Karl Welker läßt er originalgetreue Kleidung fertigen. Man zeigt mir eine Infantry-Jacke eines US-Army-Colonels - garantiert echt. Auch in Westdeutschland gebe es solche Clubs, erzählt Fritz. Die teilen sich auf in Nord- und Südstaatler und »trinken kein Bier miteinander«.

Auf der staubigen Straße des täuschend echten Western-Dorfes macht Bürgermeister Ben Destry, alias Siemens-Terminsachbearbeiter Fritz Walter, in seiner Originalkluft ein würdevolles Gesicht. Im Osten hinter der Schmiede sind die Hochspannungsgeräte der Firma Siemens zu sehen. Hier im Westen, in Town Old Texas zwischen lauter Kleingartenparzellen der Kolonie Sonneneck, wird an jedem Wochenende Vereinsleben als Kostümstück aufgeführt - ganz ernsthaft. Die Alliierten haben dem Verein die Erlaubnis erteilt, in feierlicher Zeremonie die texanische Flagge zu hissen. Fritz Walter meint: »Irgendwas muß man ja machen.«

Berlin hat nette Züge« steht als Slogan der Verkehrsbetriebe in den U-Bahn-Waggons. Die netteste Linie ist die 1 von Ruhleben zum Schlesischen Tor, quer durch die Stadt. Hier gibt es nicht die modernen Waggons, wo man zu Vierergruppen zusammengesetzt wird, sondern noch die alten, in denen man sich in langen Reihen gegenübersitzt. Hinter der Kurfürstenstraße Richtung Osten taucht die U-Bahn aus ihrem Tunnel auf, gibt den Blick auf die Kreuzberger Sanierungssteppe frei.

Viel aufregender allerdings ist zu jeder Tageszeit das Leben in der U-Bahn. Bis auf die oberste Fettschicht prallt auf den grünen Sitzbänken der Linie 1 ziemlich alles zusammen, was in Berlin so lebt. Morgens blickt der etwas schüchtern-bläßliche Angestellte über den Rand seiner »BZ« mit Mißtrauen und einem

Schuß Faszination zu dem grellbuntbehaarten Punk-Mädchen hinüber. Abends blafft die Kriegerwitwe ein paar herumalbernde türkische Jugendliche an. Zwischendurch erzählt irgendein betrunkener oder auch nüchterner Penner ungedämpft irgendwelche Geschichten. Auf dieser Linie ist fast immer was los. Wenn man nicht muß, sondern will, lohnt

es sich, mit der U-Bahn zu fahren. Dann stimmt sogar ein anderer Werbespruch, der einige der quietschenden Waggons ziert: »Als wenn'ste schwebst«.

Ham se mal jesehn, wieviel Bierkästen hier durch die Stadt jeschleppt werdn? Der Alkoholismus hat hier kolossal zugenommen«, sagt Herr Gehrke in seiner Mietwohnung in einer Seitenstraße vom Kurfürstendamm. Herr Gehrke weiß, wovon er spricht: er ist Guttempler. Seit vielen Jahren kämpft er als ehrenamtlicher Berater für Alkoholabhängige gegen die »schlimmste Krankheit«: den Alkoholismus. Und der ist tatsächlich in Berlin so schwer zu übersehen wie in keiner anderen deutschen Großstadt. Nirgends sieht man so viele Betrunkene auf den Straßen und Bahnhöfen, nirgends wird man so oft auf einen Zuschuß zur nächsten Flasche angehauen.

Mein Guttempler scheint kein so schlimmer Dogmatiker zu sein. Er läßt für den Suff auch menschliche Gründe gelten. Arbeitslosigkeit zum Beispiel oder Einsamkeit, und das ganz besonders in Berlin: »Sie bleiben immer alleine.« Und dann erzählt er, daß er Flieger bei der Legion Condor war. »Wir sind doch bloß geflogen, weil wir besoffen waren.« Wie er da so sitzt in seinem Sessel, in der Ecke des Blümchentapeten-Wohnzimmers, kann man sich kaum vorstellen, daß er sich vor 45 Jahren ins Flugzeug schwang, um die Volksfront des heute so beliebten Reiseziels Spaniens wegzubomben.

Jetzt ist der größte Stolz von Fritz und Gertrud Gehrke ihr Papagei Maxi. Der flattert durch die Wohnung, brabbelt ganze Sätze und knabbert hin und wieder Spaghetti aus der eigenen Kralle. Und wenn Fritz Gehrke mit ihm spielt, dann wird aus dem Kämpfer wider den Alkoholismus, der eben noch Guttempler-Broschüren aus dem Wohnzimmerschrank gekramt hat, ein ganz normaler Rentner. Maxi ist sein ein und alles.

Neben Papagei Maxi liebt Herr Gehrke auch Berlin. »Krawalle sind ja nicht überall, Sie müssen mal in eine gepflegte Gegend gehen. Gehen Sie mal den Tauentzien und den Kudamm runter, da sehen Sie Leute, die elegant angezogen sind.« Aber auch die weniger eleganten kann Herr Gehrke noch ertragen. »Warum sollen die sich nicht die Haare grün färben?« fragt er. »Berlin ist so zahm geworden. Die paar Hausbesetzer, wenn die ein paar Bankscheiben einwerfen, das können Sie doch nicht zählen.« Früher war das anders: »Zu Dutschkes Zeiten dachte ich, das Chaos bricht hier los.«

Man kann überall hingehen, selbst zu den Sehenswürdigkeiten. Man kann diese Stadt überall entdecken, wenn man die Augen aufmacht. Ihre Fassade ist brüchig, der Lack ist sehr dünn. Berlin tourt hoch, dreht schnell, passiert immer. Die Stadt ist übergeschnappt, die Leute spinnen. »Kaputt« ist das erste Wort, was bald jedem einzufallen scheint, wenn man ihn oder sie nach Berlin fragt. Aber »kaputt« heißt hier auch leben, heißt, daß hier Widersprüche zusammenstrudeln, die anderswo unerträglich wären - oder schlicht nicht möglich.

Man hinkt hier immer ein bißchen hinterher. Begreift wenig und ahnt eine ganze Menge. Man gerät hinein und ist manchmal ganz froh, wieder draußen zu sein. Weil die Stadt ein Durchlauferhitzer ist, der alles mögliche miteinander verkocht - die Omis und die Hausbesetzer, die kreischende Innenstadt und die biederen Villenviertel, die Buletten und das Döner Kebab. Oder, wie es der Berliner Lyriker Gert Nieke ausdrückt:

»Im Grand Hotel/pokern schon einige Austern/bis auf die letzte Perle/Im Elektrizitätswerk/nisten sich Glühwürmchen ein/ Schaufensterpuppen brennen mit Dekorateuren durch/Im Norden der Stadt/sollen Marsmenschen gelandet sein/und sofort/Wohngeld beantragt haben.«

Die Stadt lebt von ihren Außenseitern. Nur, wer sind die Außenseiter? Der, der am Wochenende unter lauter Kleingärtnern an einem Western-Dorf herumbastelt, oder die, die im hintersten Winkel von Kreuzberg SO 36 auf die Bullen warten, die das Haus räumen sollen? Der, der sich nicht mehr aus der Wohnung traut, weil er es auf der Straße mit der Angst bekommt, oder die, die sich schon am frühen Morgen auf einem beliebigen U-Bahnhof am Dosenbier von Aldi berauschen? Alle wohl', auch wenn sie nichts miteinander zu tun haben. Die Stadt ist voll von ihnen. Und man sieht sie, weil sie stören; weil sich der Rest über sie aufregt. Weil der rosige, pausbackige BVG-Busfahrer in seiner frisch gereinigten blauen Uniform nicht klarkommt mit dem Türken, der ihm die Bulette verkauft oder die »BZ«. Das geht über seinen Horizont, da läßt er keine Verwirrung zu.

Trotzdem ist die erbarmungslos-bürokratische Gradlinigkeit des Preußentums in Berlin dem Tode geweiht. Statt dessen ist bei den »normalen« Bürgern, die auch hier wohl immer noch die Mehrheit stellen, aus dem Willen, »ihr« sauberes Berlin zu erhalten, eine bieder-trotzige Stimmung eingekehrt, nach der auch einmal »hart durchgegriffen« werden kann. Nicht umsonst ist der CDU-Innensenator Lummer über die CDU hinaus eine der populärsten Figuren.

Natürlich ändern sich die Zeiten. Damals, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die Bevölkerungszahl rasant anstieg, entstanden die riesigen Mietskasernen - bis zu sieben Stockwerken hoch, bis zu sechs Hinterhöfen tief. Die Bodenpreise schossen in die Höhe, es wurde tüchtig spekuliert. 1873 schrieb ein Baufachmann: »Statt der Straßen vermehrt man die Treppen; man türmt Stockwerk auf Stockwerk, garniert die Häuser mit Seiten-, Quer- und Hintergebäuden, man verbaut jedes Stückchen Garten, denn die Mietskaserne duldet nichts Grünes, und läßt selbst die Höfe zwischen den Mauerkolossen zu engen dunklen Röhren zusammenschrumpfen, die mit frischer Luft und warmen Sonnenstrahlen auf gespanntem Fuße leben.«

Die Zimmer dieser Mietskasernen waren überbelegt, sechs und mehr Menschen wohnten in einem Raum. Die Ärmsten der Armen bekamen selbst diesen Wohnraum nur zum »Trockenwohnen«. Der frisch errichtete, noch feuchte Bau wurde ihnen einen Winter lang kostenfrei überlassen - mit der Auflage, ihn kräftig zu heizen. Waren die Wohnungen trocken, so zogen die eigentlichen, zahlungskräftigeren Mieter ein. Viele mußten in Baracken leben. Heute hat das Elend ein Bad. Und die dort ansässige Krankheit heißt nicht mehr Tuberkulose, sondern Einsamkeit.

Auch anderswo gibt es Fortschritt: »Wird der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht augenblicklich Folge geleistet oder Widerstand versucht, so werden die Widerspenstigen gewaltsam auseinandergetrieben oder verhaftet«, verkündete der Polizeipräsident am 16. März 1848. Heute wird dreimal aufgefordert - meistens.

Z iner, der sein Leben auch , M aber nicht nur in Berlin verbracht hat, ist der heute pensionierte Pfarrer Rudolf Weckerling.

Er amüsiert sich über die »partiell lächerlichen Hauptstadtallüren« von Berlin und meint, daß man hier »nicht so dicke Bollen rollen« sollte. Für ihn ist Berlin »eine funktionslose Grenzstadt, etwa so wichtig wie Kassel.« Und das Berlin-Gefühl? »Das Berlin-Gefühl definiert sich historisch durch eine große Fresse. «

Konkret 02/83, S. 80

Horst Janssen

Stuttgart bei London

Brief an konkret

Eines überraschenden Tages im letzten Monat des gehabten Jahres war da plötzlich die Nachricht (Guardian): Verlegung des US-Hauptquartiers von Stuttgart nach »bei London«. Es war eine Morgenmeldung, und mein Tag war gerettet. Barocke Greisenhäme erwärmte meinen alten Leib. Bei solchen Erwärmungen lege ich in meiner verdunkelten Rumpelhöhle ein Händelsches Halleluja auf. Nicht zu der Nachricht selbst. Was die wahrhaft krankhaften Planungen zur Verbrennung Mitteleuropas im einzelnen betrifft, hab' ich nur Verdrängung und Verachtung parat. Nein, die Nachricht erwärmte mich in Erwartung der regierungsamtlichen Kommentare. Man muß nicht a priori an politici abstracti denken - man muß sich solche Desaster menschgerecht vorstellen. Es war eine 6.00 Uhr Nachricht. HA! Herr Wörner - das ist nicht der Minister für Kartoffeln und Forsten - Herr Wörner ist der Minister für die Raketen des inneren - er sitzt just vielleicht beim 4 1/2-Minuten-Frühstücksei (europ. Vorwarnzeit), als ihn die Nachricht trifft. Verdammt - volle Hirnkapazität. Das Fazit heißt: »Dementi!« Im Städtchen nebenan erwischt es Herrn Genscher; Herr Genscher ist nicht der Minister für Wohnungsbau, sondern der für ausländische Raketen, die aufs Innere zielen. Er sitzt vielleicht beim 6-Minuten-Frühstücksei (auch europ. Vorwarnzeit), als ihn die Nachricht trifft. Verdammt - volle Hirnkapazität. Das Fazit heißt: »Dementi! « Sodann in beiden Häusern wieder schnelles Selbstwert-feeling und aus dem heraus das verrständliche Verlangen nach Aufklärung.

Herr Wörner ruft also bei Herrn Genscher an zwecks - bitteschön - solcher Aufklärung. Da ist besetzt, weil Herr Genscher seinerseits gerad' Herrn Wörner anruft zwecks eben solcher Aufklärung. Kla? Ja! Wie auch immer - zur Mittagsstunde haben die Medien das Oberkommando übernommen, und für die nächsten 72 Stunden müssen die relativ Mächtigen Sackhüpfen + Blindekuh spielen. Herr Wörner: »Eine bewußt falsche Darstellung!« Herr Genscher: »Es bleibt bei Stuttgart!«

Am Abend des gleichen Tages ist in den Nachrichten zu hören und in allen Abendzeitungen, In- und Auslandspresse, zu lesen, daß bei London schon seit eh + jeh geheadquartert wird und daß da nur Möblemang ausgetauscht wird - routinemäßig zwischen Stuttgart und »bei London«. Zu dieser Zeit ergänzt Herr Wörner seine Erstaussage: »Abgesehen davon, daß eine Verlegung eines HQ von Stuttgart nach 'bei London' wehrtaktisch und strategisch Unsinn wäre (??), haben wir (!) keine Bestätigung für eine solche Verlegung vorliegen.« Nun - die Verlegung eines Hauptquartiers von der Front weg ist seit den Reiterschlachten an sich kein Unsinn mehr, aber immerhin: Der Satz ist länger geworden. Von Herrn Genscher liegt zu diesem Zeitpunkt auch nix Neues vor. Das Alte heißt: Es bleibt bei Stuttgart.

An nächsten Tag erleben wir die Mächtigen in gewohnter Brillianz: Neuester, klarer Erkenntnisstand: »Stuttgart wird nach 'bei London' verlegt - ausschließlich für den Kriegsfall.« DA IST DAS WORT! Welches Wort? Nun - 4 Stunden später heißt es: » ... ausschließlich für den Ernstfall!« Gut, nich!?!! Und für den Ernstfall eben hebt nun alles ab auf den neuen Gedankengang dieses Tages - den für alle Regierungen wichtigsten Gedanken: Inwieweit wirkt weitere Aufklärung in dieser bereits verdunkelten Sache wehrzersetzend oder besser noch: wehrwillenzersetzend? Nun gut - was den Wehrwillen im Frieden betrifft: nix Neues, es bleibt bei Stuttgart.

Die Mächtigen, die nicht so genannt werden wollen, hatten sich zu früh geängstigt. Das Volk war im Moment nicht sonderlich daran interessiert, seine Mächtigen noch länger Sackhüpfen hüpfen zu sehen. Daß die Mächtigen getrost wieder zur Tagesordnung übergehen konnten, zeigte die wahrhaft unglaubliche Nachricht einige Tage später: Herr Weinburger war in Jugoslawien, wo »über Militärhilfe (!) nicht gesprochen wurde, obwohl man (!) an westlicher Waffentechnik interessiert sei.« Und da Jugoslawien zu Rußland heute so liegt, wie Kuba zu Amerika damals, muß heute also scheinbar alles anders sein und Hauptquartier hin und Hauptquartier her - man ist es müde.

Diese Müdigkeit im Verhalten gegenüber dem Absurden, diese Noch-Bewußtlosigkeit des Volkes wird sich wohl vorerst noch vertiefen. Denn - dem Teufel fällt alles zu: War man früher auf der Erde in höchsten Schwierigkeiten, suchte man den »fälligen« Kometen oder andere Himmelszeichen. Heute - nämlich im Herbst '83 (!) - haben wir statt Kometenschau die Nabelschau »Arbeitslosigkeit«. Will sagen: Ich hatte meine ganze Hoffnung auf die einzige wirklich europäische Institution gesetzt - auf die Grünen. Allein 5 Millionen Dänen, Deutsche, Holländer, Norweger + Belgier hätten im Herbst '83 den REIBUNGSLOSEN Ablauf in der Nachrüstung zumindest stören und die Sache ins Bewußtsein der Völker bringen können. Allein die europäischen Grünen waren die Hoffnung. Aber schon gestern - heute werden diese Grünen von ALLEN »staatstragenden« Kräften als Arbeitsplafzvernichter + Rousseaus verleumdet. Dieser Floskelbesen wird sowohl von den Gewerkschaften als auch von sublimeren Intelligenzen geschwungen und das schwingt, obwohl doch jeder gutbezahlte Sachverständigen-Rat bestätigen könnte, daß die Arbeitsplatz-Karte NICHT sticht, egal wie notwendig eine Aufblähung alter Industrien sonst auch sein mag.

Vor allem aber wird dieser Besen gegen die Jugend geschwungen. Solche hat man in den 60ern von der Straße gejagt mit der Begründung, sie solle sich ins Parlament scheren. Es ist die Jugend, die man in den 70ern der blassen Opportunität bezichtigte - die man bezichtigte, sich unpolitisch in den Hörsälen ausschließlich auf den zukünftigen Lebensstandard vorzubereiten. Es ist eben solche Jugend, die heute nun - EBEN! - in die Parlamente hineingewählt worden ist, von wo aus die Etablierten sie nun wieder auf die Straße verweisen wollen, weil sie diejenigen sind, die uns wieder das Vergnügen am Absurden lehren, weil sie die auffallenden Absurditäten der Profis erst aufdecken und sichtbar machen. Und (ab)gestandene Sozialdemokraten genieren sich nicht, dieser Jugend faschistoide Analogien anzuhängen. Sie genieren sich nicht mal, wo sie sich schämen sollten.

Nun - da es auch gegen das bessere Wissen der »Besseren« unter den Möchte-Mächtigen bei dieser Strategie bleiben wird, wird man im Herbst '83 für den Fall eines Aufbegehrens gegen den REIBUNGSLOSEN Abschluß der Nachrüstung hören: »Wi hefft keen Abeit und disse Grönen loppt inne Geg'nd rum.« Nochmal: Unser wirklich existenzielles Problem ist, ohngeachtet der Gefahr einer Konvulsion im sozialen Frieden, nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Rüstung. Der soziale Friede liegt in UNSERER Hand - die Aufrüstung nicht! Auch dies ist diesmal anders zu sehen als die Beispiele der Vergangenheit.

Aber - Stuttgart bei London. Für das nun folgende muß ich ein Bekenntnis vorausschicken. Ein Bekenntnis, ohne das jeder nicht gefragte Gedanke von den Mächtigen zwar geduldet aber denn doch als Undankbarkeit oder verantwortungsloses Geschwätz gewertet wird. Ein Bekenntnis, das, so es auch in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland das Bekenntnis der »gesunden« Mehrheit ist, die Mächtigen und alle Möchte-Mächtigen selig macht - - - das seligmachende unbedingte Bekenntnis: »Ich WILL ja für Amerika sterben, is doch kla. Da gibs garnix. Damit das bis zum nächsten Mal klar ist. Damit das kla BLEIBT.

Und warum sage ich das und meine es auch so? Ich sag's - nun: Was man sich immer wieder eintrichtern muß: Es ist nicht unsere Wahl, sondern unser Folgeschicksal aus 1939. Es ist das Klagelied von 50 Millionen Toten, darunter 20 Millionen Russen, das noch lange aus dem Orkus heraufschallen wird. Ich sag's aber eigentlich, weil allein dieses paranoische Bekenntnis ja erst aus Irrsinn Vernunft macht, dieweil jede Vernunft in dieser Sache Irrsinn wäre.

Sodann aber ist eine solche Ergebenheitsadresse die mindeste Voraussetzung dafür, daß die von einer einzigen Angst gelenkten Mächtigen ÜBERHAUPT hinhören: Inzwischen hat doch jeder dieser großmächtigen Angstpsychopathen nur noch EINE Angst: Es könnten ihnen die Parteigänger oder Treuepartner weglaufen. Diese Machthasen haben doch weniger Angst voreinander als sie sich ängstigen um ihre jeweils Getreuen zwischen sich; um diese Getreuen, getreu bis in den Tod, geht ihre Machtsorge. Aber wie sollten wir ihnen denn verlustig gehen? Wie könnten wir?!!

Was MICH betrifft: ICH wäre 1929 lieber in den Turgenievschen Wäldern und Walacheien geboren worden als in Detroit, was ich beides nicht kenne. Ich wähle hier nur posthum im Sinne Mark Twains oder Jack Londons. NUN ABER, wo alles so weit gelaufen ist, WIE es gelaufen ist, lebe ich lieber bei Hamburg als bei Dresden. Aus solchen Widersprüchen eben ist in Wahrheit die Welt geflickt, denn unser Leben ist zwar nicht zweifelhaft, wohl aber zweifelswürdig. Doch die Funktion des Zweifels, diese menschlichste aller menschlichen Möglichkeiten, zählt nicht zu den Möglichkeiten der großen Machthasen. Und der Zweifel ist ihnen, weil ein Buch mit sieben Siegeln, der reinste Horror. Gut. Die Zweifellosen verlangen uns also stündlich, täglich, monatlich, jährlich, zehntjährlich + demnächst für Jahrhunderte Zweifellosigkeit auf Vorrat ab. SOLLT IHR HABEN. Und drum verschont uns mit Euren Bezichtigungen der Untreue. Wir verlassen Euch ja nicht. Ihr mächtigen Mächtigen. Wie sollten wir denn auch? Wie könnten wir?? Was sich, als wir noch wählen konnten, mit EINER Stimme Mehrheit, der Adenauerschen, installierte, hat sich inzwischen als gottgewolltes Schicksal offenbart, falls Unteilbarkeit der Freiheit göttliches Dogma ist. Sage mir keiner, ich wisse nicht, was unteilbare Freiheit ist. Als Parasit der Gesellschaft weiß ich GENAU, was unteilbare Freiheit ist. Ich weiß sogar, was das von der anderen Seite versprochene Glück der Menschheit ist. Ich ahne sogar, daß es für mich nichts Erfreulicheres im Universum gibt als mein unteilbares Leben.

Also: Wie sollten wir denn? Wie könnten wir auch!

Wo inzwischen Neutralitätsträume blasphemische Träumchen sind, falls man den Begriff Neutralität überhaupt noch erinnert. Erinnert einer dennoch diesen Begriff, und ist er im Begriff, darüber den Mund zu öffnen, fällt ihm derselbe, wenn er sich umsieht, auch gleich wieder zu, bevor es Artikulation wird. Um Gottes Europlan willen! Wie sollten wir? Wo der Zweifel auf ewig keinen Platz mehr hat - wo dieser Platz besetzt ist von den Definitäten der klugen Politphilosophen aller Couleur, die unentgeltlich täglich ihre Geschichtsanleihen und Zitate herunterbeten gegen alle eventuellen Zweifelgedanken simpler Gemüter (wenn's denn unbedingt sein soll, lege ich diesen gedressten Jacob Burkhardt-Imitationen, den Savanarola-Aufsatz vom originalen Burkhardt vor; da haben sie dann mal ein geschichtliches Erinnern, wie man den Mächtigen die Häuser ausräumt - Per Kinderhorden von Kutten angeführt. Will sagen: Ihr kotzt mich an mit Eurer lahmen Sachlichkeit, in wohlgesetzter Rede vorgetragen).

Na denn - wie geht's weiter? Metternich steht immer noch für geheime Diplomatie, und die Geheimdiplomatie hält alle Belästigung durch wahre Nachricht vom Volke fern. Wie könnten wir denn! Die Welt ist geordnet. Der Weltkommunismus (das ist der russische) will gegen den Willen der Menschen dieselben glücklich machen - WIR dagegen SIND glücklich; haben sogar solchen Glücks zuviel, weshalb wir einen Teil desselben jeden Herbst vernichten müssen - tonnenweise - falls Glück AUCH ein Apfel sein kann. Daß wir dennoch kein Agrarland sind, gemäß des (verworfenen) Morgenthau-Planes, haben wir Amerika zu verdanken, dem wir auch den Morgenthau-Plan zu verdanken gehabt hätten. Und wir danken darum Amerika, WAS wir sind. Und daß wir dennoch nicht Amerika sind, verdanken wir natürlich auch Amerika; und wir danken ihm durch Zweifellosigkeit. Zweifellosigkeit heute - morgen - in zehn Jahren - im Jahre 2045 auch; dann sind es ohne Zweifel 100 Jahre Dankbarkeit. Und wenn wir dann billigerweise 100 Jahre drauflegen, weil sich nämlich im Wesentlichen nix geändert haben DARF auf diesem Globus - es sei denn die Russen hätten sich eine westliche Regierung ins Land geholt - dann haben wir schon fast ein Vierteljahrtausend Zweifellosigkeit aus Dankbarkeit.

Also: Zweifellos müssen wir für Amerika sterben, denn gestorben werden muß, von wegen der Abschreckung - DENN ABSCHRECKUNG AUF DAUER BERUHT DARAUF, DASS AUCH TATSÄCHLICH ERSCHRECKT WIRD. Sodann bedarf es natürlich dieser Zweifellosigkeit, weil sonst das spiegelbildliche Sterben für Rußland keinen Sinn gäbe. Es ist so gesehen überhaupt nicht klar, wer für wen stirbt. Auf jeden Fall: WIR, und zwar nicht gegeneinander, sondern füreinander - für die Erfüllung unseres Treueschicksals - des jeweiligen. Bosheit ist da nicht drin. WÄRE Bosheit drin, hätten wir ganz andere Träumchen - solche: Die Kontrahenten »unteilbare Freiheit« und »Glück der Menschheit« verlagern des direkteren und menschenleereren Weges willen ihren Disput an den Pazifik. Und wer gewinnt, kriegt dann ein heiles Europa als Preis. La Fontain! (Nein nein - nicht DER, der andere!) Und DIES eben, eben diese Bedingungslosigkeit - so unsere heitere A-dur-Klagemelodie - sind die mächtigen Mächtigen noch nicht bereit, zu belohnen. Noch wollen sie unsere Treue und unsere Ergebenheitsadresse nicht annehmen, noch immer bezichtigen sie unsere Treue der listigen Opportunität, und drum vernageln sie unsere beiden Hälften mit ihren Raketen und machen sich uns gegenseitig zum Pfand.

Es bleibt uns denn vorerst nur, als Pfand ein Selbstwertgefühl zu entwickeln, damit man sagen kann: Hier, Ihr Mächtigen, ist unser Pfandbewußtsein. Es ist: EUER Pfand.

Abgesehen davon, daß die nächste Schlachterei eine total neue Dimension haben wird im Verhältnis zu allem Gehabten – was soll man darüber noch reden - abgesehen davon steht da für Europa auch moralisch Neues zur Debatte. Bis dato konnten die Strategen der Vernichtung mit moralischem Ach + Krach die Zivilbevölkerung dem Kriegspotential des jeweiligen Gegners hinzurechnen. Greise konnten Gräben und Gräber ausheben, Frauen Socken stricken UND schießen, Kinder an Papa Feldpost schreiben UND Panzer knacken. etc. etc. Es gab, wenn schon keine Heimat mehr, so doch hinter jeder Front eine Heimatfront und somit tausenderlei Aufgaben, um die jeweilige Vernichtung zu befördern oder in die Länge zu zieh'n. DAS WAR DER TOTALE KRIEG. Dieser von Goebbels formulierte Tatbestand ist inzwischen unbemerkt zum wesentlichen Bestandteil aller Schreckensstrategien geworden. Dies wird bisher nicht klar genug ausgesprochen: Jede empfohlene Abschreckungsstrategie funktioniert nur, weil »auf jede größere Stadt (!)« eine oder mehrere Raketen programmiert sind: UND DAS, OBWOHL DIE GOEBBELSCHE MOTIVATION WEGFÄLLT, dieweil es im atomaren Schlagabtausch mangels Zeitfaktor kein Durchhalten, sondern nur ein Herhalten gibt.

Wenn man nun den diversen, hier wie da gleichen Erklärungen aufmerksam lauscht und insbesondere auf die Wörter »Zielgenauigkeit« + »kontrolliertes Risiko« lauscht, dann rückt der Weltuntergang in immer weitere Ferne - Richtung Vergangenheit, und der wahrscheinliche Testschlag rückt aus der Zukunft immer näher heran. Und dieser Testschlag wird eben NICHT Europa verdampfen - nein, nicht mal Mitteleuropa, sondern - EBEN - genau die Planquadrate, die für diesen Testschlag auf der jeweiligen Liste angekreuzt sind. Und das sind, wenn Ihr den Vorwegargumenten wirklich zuhört - eben der EFFEKTIVEN Abschreckung wegen, zwei große Städte - 1 hier - 1 dort.

Wie wollten denn wohl die Schreckensstrategen anders Schrecken verbreiten? Panzer abschießen? DAS macht keinen Schrecken. Wer würde denn noch erschrecken, wenn Panzer abgeschossen werden. Nein, diese Strategie hat als Abschreckung den Schrecken geplant. Und DAS ist durchaus ein PFÄNDERSPIEL. Das Pfänderspiel der Mächtigen: Im derzeitigen Europa cooperiert doch nur EINS reibungslos - fast geräuschlos - auf jeden Fall unsichtbar: die ineinanderrastende russisch-amerikanische Militärmaschinerie. Und die Millionen Bewohner der mitteleuropäischen Städte sind - so wie die Raketen stehen oder schwimmen oder hin- und hergefahren werden - PFÄNDERMASSE. Ohne diese aufgelisteten Pfänder funktioniert der ganze vielgepriesene Schrecken nicht. So wie das arrangiert ist, so wie das gedacht ist, sind die Dresdner das Pfand der USA und die Hamburger das Pfand der Sowjets. Wir Hamburger sind per Absprache den russischen Generalstäblern zur Verfügung gestellt, wie die Dresdner den amerikanischen Planungen zur Verfügung gestellt sind. Wie gesagt: Ohne diese vernünftige Zusammenarbeit der 2 Schreckensstäbe würde die Chose vorne und hinten nicht stimmen. Kommt hinzu, daß jede der beiden Seiten der anderen höchste Humanität + Moral attestieren muß - als Hemmschwelle vor der Vernichtung ziviler Pfändermasse - eine Moral, die in der Propaganda von jeder Seite der anderen Seite abgesprochen wird. HA HA HA.

Hört genau hin, Ihr Pfänder: Tag für Tag, Zug um Zug deuten alle Programme des Schreckens auf vernünftige Klein-Schrekken, und Klein-Schrecken heißt Hiroshima mal 100. Das ist das Kleinstmögliche - wenn's ein Schrecken bleiben soll, Ihr Pfänder.

Nun - die Sache wird nicht zutraulicher, weil die öbbersten oder besser: Repräsentations-Mächtigen vielleicht nicht die schlimmsten sind. Die wirklichen Mächtigen sitzen wie eh + jeh im dunklen, da wo kalte Sachlichkeit + Sachverstand brüten. Die öbbersten Mächtigen kommen und gehen - aber strategische Planung macht nur, wie das Wort sagt, einen Sinn, wenn's bleibt. Spielzeug auf Lebenszeit, an die Söhne weiterzugeben. Und da das konkreteste Spielzeug das ist, was auch so aussieht, könnten wir die Raketen ruhig vergessen: Viel zu schön um wegzuschmeißen.

Man höre doch nur mal die ohrschmeichelnden Kose-Bezeichnungen: Kruhsmissl! ist das ein Kuscheltier? Also laßt den Dunkel-Mächtigen ihre Zahlenlogik und das Spielzeug, das diese vorsorglich schon in die Orbit-Bahn einkreiseln, für die Zeit, wo ihnen die Chose hier unten zu ärgerlich wird. Lockt sie stattdessen andere heraus - fordert sie heraus auf andere Weise. Nämlich - wir kümmern uns einfach nicht mehr um die Jagdwaffen, sondern um die von Ausrottung durch diese Waffen bedrohte Spezies: Wir kümmern uns um uns, die wir NICHT bewaffnet sind: Sind wir nicht sowieso - Schwarzstörche, Rotammern, Grünspechte - eine durch Geburtenrückgang bedrohte Nation. Man sollte uns ganz einfach von der Abschußliste streichen. (Ich folge hier in meinem Verständnis dem derzeitigen Ruf nach nationaler Identität.) ALSO: WIR NEHMEN DEN WAFFEN DIE ZIELE WEG. Und da auch hier sicherlich mal wieder KLEINE Schritte gefordert werden - habe ich diesen Vorschlag:

Als im Mai '45 die Engländer auf dem Westufer der Elbe vor Hamburg standen, erklärte im letzten Moment Gauleiter Kaufmann Hamburg zur offenen Stadt. Hamburg kapitulierte vor der letzten Schlacht. Da beim zukünftigen ersten Testschlag die erste Schlacht um Hamburg zugleich die letzte ist, ist kein Unterschied zwischen Mai '45 und »heute«. Und daher könnte man doch Hamburg hier und Dresden da zur offenen Stadt erklären lassen - aus der Pfändermasse rauslösen - so als erster, gleicher Schritt. Und bitte nicht gleich wieder in Genf Hamburger und Dresdner Kirchen gegeneinander aufrechnen.

Man bedenke: Alle strategischen Aufgaben, die in den Kriegen bisher einer Großstadt noch zufielen, fallen im nächsten Krieg weg, denn im Falle des berühmten 1. Schlagabtausches - zur BEKRÄFTIGUNG der Abschreckung nämlich - wäre die Sache für die cooperierenden Feinde womöglich schon zur Zufriedenheit gelöst, und von Nachschub ist daher eh keine Rede. Alle nicht einsatzfertigen Systeme kommen eh nicht mehr zum Einsatz. Und sollte man nach diesem Testschlag denn immer noch nicht wissen, wie die Chose funktioniert, können wir ganz Deutschland vergessen. Nein, nein - auch dann nicht ganz Europa, sondern Deutschland. Wie gesagt: Stuttgart bei London.

Also: Zurück auf die Pfänder. Alle militärstrategischen Einrichtungen können für den nächsten »Krieg« ohne großen Aufwand aus Hamburg und Dresden »ausgelagert« werden. Brücken gibs sowieso nicht für den Fall, daß der 1. Blitz über der Stadt hängt. Hafenanlagen ebenfalls nicht, wenn der 1. Blitz über der Stadt hängt; es gibt überhaupt nix mehr in Hamburg, wenn der 1. Blitz über der Stadt aufleuchtet. Wir benötigen zur Verteidigung Westeuropas überhaupt nicht Hamburg, denn WENN wir es benötigten, stünde der 1. Blitz über der Stadt, und danach bräuchten wir Hamburg noch weniger als überhaupt nicht zur Verteidigung von Westeuropa. Ich weiß nicht, was unter Hamburg noch vermerkt ist auf der Liste für den Testschlag - Blitz leuchtet auf jeden Fall. Denn wenn die russischen Generäle Hamburg lieber als Biwak für 1 Panzerarmee hätten, denn als zerstrahlte Stadt, dann müßten aus eben diesem Grunde die amerikanischen Generäle ihren Blitz über Hamburg leuchten lassen. Sie müssen. Kla?! War ganz Hamburg Pfand in russischer Verfügung, so ist nun über Nacht ganz Hamburg für die amerikanischen Generäle Feindesland. Es kann also ein jeder der beiden cooperierenden Blitzer unserer Opferbereitschaft sicher sein. Kein Grund zur Sorge. Auch steht für solche Fälle in den Notstandsempfehlungen: Ein jeder bleibe zu Hause.

Also Ihr Mächtigen, es wäre der Glaubwürdigkeit Eurer vorgegebenen Motive sehr dienlich, wenn Ihr schon mal 2 Pfänder aus Euren Pfänderspielen rausnehmen würdet - Hamburg z. B. und Dresden. Es wäre überhaupt der von Euch gewünschten, weil benötigten Opferbereitschaft dienlich, weil die nicht erlösten Städte dann erst in ein Pfandbewußtsein kämen. Ich wiederhole: Pfandbewußtsein macht ja den EINZIGEN Sinngehalt in dieser Sache. Erst in diesem Pfandbewußtsein entstände ja erst der Lebensinhalt all dieser Opferlämmer, dieser hilflosen, komplexen, an jeder Flucht gehinderten zivilen Masse Fleisch. Also - Es ist jetzt kla. Wir haben 2 große Lager - Hamburg + Dresden vollgestopft dann mit Kindern, Greisen, Rentnern, Frauen, Mädchen, Künstlern, Dichtern und anderen Kranken, Alkoholikern und Krüppeln. Vollgestopft überhaupt mit allem exemplarisch Zivilen. An dieser Euch bedingungslos in die Hand gegebenen Masse von 3 Millionen ahnungsloser, im großen und ganzen harmloser Menschen könntet Ihr wieder gutmachen, was Ihr bis heute an denselben bereits gefrevelt habt: Nämlich per Verplanung als Pfand.

Und dies NOCHMAL und NOCHMAL2! Es steht hier nicht Sinn oder Unsinn der Verteidigung unteilbarer Freiheit in Rede, sondern die total neue Dimension moralischen Verfalls - die in eine Liste eingezeichnete, definitiv beschlossene Vernichtung von Millionen Zivilisten in Sekunden auf einen Schlag - diese Eintragung LANGE VOR DEM VERNICHTUNGSSCHLAG SELBST! Diese unfaßbare Tatsache - diese kalte, planmäßig gedachte Vernichtung von

Millionen Menschen in einer Sekunde - kalt, ohne die geringste Relativierung durch Haß, Rache, Hysterie oder durch bereits im Gange befindlicher »zwingender Kampfabläufe« - genau DIESE Tatsache ist dem Denken der bornierten Geschichts- und Politphilosophie und dem Denken der Militärstrategen gehabter Schule und dem der in der Regel nicht sonderlich intelligenten Politiker einfach nicht mehr zugänglich. Diese Novität auf dem Sachgebiet Kriegsplanung - dieser in Friedenszeit auf Vorrat und auf Abruf elektronisch gespeicherte Völkermord - wird in seiner ganzen Perfidie nur mehr von dem unverbogenen Denken eines Teils der Jugend erfaßt - der Jugend, die ich nicht beneide. An ihr hängt's!

Und nun zu Euch, Ihr Individual-Pfänder, Ihr Hamburger + Dresdner; nehmt Euch bei der Hand zum Zwecke dieser Vorlage in Genf. Und laßt Euch die Chose nicht zerreden: Der Hydra liebedienerisch sind nämlich schon die Militärmediziner mit Berufung auf Hippokrates (natürlich) dabei, Euch einzureden, daß der jeweilige Rest der Vernichtung wieder zu einem leidlichen Leben zurechtgetüddelt werden könnte. Das ist: Veterinäre in den Schlachthof abstellen. Sodann will man Euch vom Staat kreditierte, von der Zementmischer-Lobby empfohlene Kugelbunker aufschwatzen.

Vergeßt es! Laßt Euch den Verstand nicht zerreden: Von wegen man wolle überhaupt nicht Schrecken sondern Gleichgewicht, weil allein das Gleichgewicht den Gegner abschreckt. Und von wegen es gäbe tatsächlich - hauptsächlich gute Überlebenschancen.

Es gibt DIES: Und dies ist jetzt nur EIN Aspekt für einen Testblitz über unserer verpfändeten Stadt - EINER. WASSER! Nämlich es wird nur Leichen geben. Solche, die verdampft sind, die Glücklichen; dann solche, die nicht verdampft sind, aus denen aber alles Wasser rausgepreßt ist, die Glücklichen; dann solche, aus denen das Wasser gerade rausquillt - nicht durch die Haut, die ist ab - rausquillt aus der Scham, aus dem After, aus den Ohren, aus Nase und Mund und Augen und, so es Kinder sind, durch die Fontanelle, denn die Kopfhaut ist auch futsch. Die Glücklichen, denn sie sind im Wahnsinnskoma. Glücklich auch alle, die in der Fruchtblase ihrer Mutter verdampfen. Glücklich alle, aus denen das Wasser raus ist.

Dann sind da die Leichen, die SCHREIEN: WASSER! Die einen stumm, weil alles Wasser aus der Zunge und aus den sonstigen Schleimhäuten raus ist; die anderen röcheln, weil Wasser und Blut zusammen noch gerad genügend Feuchtigkeit abgeben für diese letzte Röchelei. Es gibt nur Leichen, die WASSER schreien, lippenlose nach Wasser schreiende Leichen, die im Irrsinn grinsen, weil Lippenlosigkeit sowieso grinst. Grinsen mit geschlossen Augen, weil die Tränendrüsen kein Wasser mehr abgeben und die Augen wie im Schleifsand rollen, was den Menschen blind macht, wenn er nicht schon durch den Blitz erblindet ist. Es gibt nur Leichen; diesmal auch torkelnde, kriechende, stolpernde Leichen, die gegeneinander stolpern und übereinander kriechen. Und alle noch lebenden Leichen schleppen sich in Richtung Wasser. Aber alles Wasser ist von der Art, daß man daran erstickt: die Elbe ist eine Suppe auf zerschmolzenen Supertankern gekocht, versetzt mit Säure. Es gibt kein Wasser im Zirkelschlag vom Rathaus bis Wedel, was auch Bergedorf erfaßt. Wasser is nich - auch nicht in der Luft, weil die Luftfeuchtigkeit versiedet ist, und in die Lungen dringt nur flammende Heißluft. Und was sonst nicht mehr ist? Alles ist nicht mehr! Auf keinen Fall ist irgendwo Rettung. Rettung wäre erst in Ütersen, aber da ist Panik, und alles flieht zum Horizont in der ach so menschlichen Hoffnung: Dies wäre der TEST-Schlag und nun wüßten alle, wie's funktioniert - und daß die Freiheit unteilbar ist. Und die, die da fliehen, haben noch zwei Tage, 1 Woche, 1 Monat, 1 Jahr zum Sterben. Es sind bereits Leichen - Leichen, in denen der Schmerz sich nun von innen nach außen frißt. Als 1. frißt er das Knochenmark, dann die Eingeweide, dann das Fleisch, und dann verläßt er durch die »heile« Haut die Leiche. Gab es bisher den Tod - es gibt jetzt nur noch den qualvollen Tod. In Schmerzen windet sich alles.

Und sollte der Testfall so ausfallen, daß denn doch ganz Mitteleuropa verdampft - für die wirklichen Kontrahenten bliebe es auch dann nur Testfall. Und die Japaner, die Chinesen, die Inder, die Araber, Sizilianer, die Spanier, Brasilianer + Eskimos werden mit dem Finger auf die Stelle des Globus tippen und sagen: HIER standen sich Amerika + Rußland gegenüber. Wir dagegen würden sagen: Hier kam es zur Entscheidung zwischen ungeteilter Freiheit einerseits und Glück der Menschheit andererseits. So hatten wir es gelernt. Umsonst.

Schluß jetzt, ich muß heut' noch einen Tannenzapfen zeichnen.

1.1.83

Ihr Janssen

Der Zeichner und Schriftsteller Horst Janssen, 53, lebt und arbeitet nach dem Motto: »Ich pfeife mein Liedchen - wenn auch nicht in totaler Freiheit - so doch in Unabhängigkeit von der derzeit gewaltigsten Institution: der Dummheit + Heuchelei.« Er hat den Kunstmarkt mit seiner ungeheuren Produktivität zwar immer bedient, sich aber nie von ihm einspannen lassen.

Konkret 02/83, S. 88

Wolfram Moser

Fisch und Tips

Immer noch ist es ein Übel, daß wohlschmeckende Speisen eine allzulange Zubereitungszeit brauchen. Auch knackiges Gemüse, fangfrischer Fisch und rückstandsfreie Getränke sind immer schwieriger zu bekommen. Unser Eßkritiker Wolfram Moser beschreibt Alternativen. Er setzt mit diesem Beitrag die exklusiven Menüvorschläge des bekanntesten deutschen Eßkritikers Wolfram Siebeck fort

Es wird heutzutage mit Dosen und Tiefkühlkostpackungen umgesprungen, als handele es sich bei der Nahrungsaufnahme um eine leidige Notdurft, als könne Essen nicht auch ein köstliches Vergnügen sein.

Ich möchte deshalb ein kleines Winterseminar veranstalten und in Grundkenntnisse und Geheimnisse des Kochens einweisen. Als eleganten Einstieg habe ich hierfür ein Rezept gewählt, das mir geeignet erscheint, rasch zum Wesentlichen vorzustoßen. Die Vorbereitung ist denkbar einfach. Nehmen Sie am Morgen vor Verlassen Ihrer Wohnung die Packung Spinat aus dem Tiefkühlfach und stellen diese aufrecht in den Abguß. Wenn Sie wieder nach Hause gekommen sind, wird der Spinat aufgetaut sein, und es kann sofort losgehen.

In einer Bratpfanne, die ausreichend groß sein sollte, lassen Sie etwas Margarine zergehen, bis diese schön flüssig ist. Währenddessen die Fischstäbchen aus dem Kühlschrank holen, Packung aufreißen, Salz und Pfeffer auf die Fische und ab damit in die Pfanne zur Margarine. Die Fischstäbchen müssen nun solange in der Pfanne bleiben, bis sie von beiden Seiten goldbraun geworden sind.

In der Zwischenzeit können Sie den Spinat zubereiten. Lassen Sie also den aufgetauten Spinat ungeniert in einen Topf laufen, rühren Sie Salz, Pfeffer, ein stecknadelkopfgroßes Häufchen geriebenen Muskats und soviel Margarine wie auf einen gewöhnlichen Eßlöffel paßt, hinein und erwärmen Sie das Ganze. Stellen Sie die Platte ruhig auf 3, denn es sollte relativ schnell gehen. Der Spinat ist dann fertig, wenn sich die Luft vom Topfboden bereits an verschiedenen Stellen einen Weg nach oben bahnt, und der Spinat an eine leicht brodelnde Lavamasse erinnert. Schalten Sie in dem Moment die Kochplatte ganz aus. Die vorhandene Hitze reicht, um den Spinat für eine ganze Weile warm zu halten. Nutzen Sie diese kleine Verschnaufpause, und wenden Sie sich unterdessen anderen Aufgaben zu.

Ich kann an dieser Stelle nur immer wieder jedem den guten Rat geben, darauf zu achten, daß man stets einen gewissen Vorrat an Röstzwiebeln im Hause hat. Man erhält sie in kleinen Tütchen abgepackt in jedem Supermarkt. Die Röstzwiebelchen sind durch und durch lecker und verleihen jedem Gericht eine besondere Note. Ich habe des öfteren mit ihnen experimentiert und nur gute Erfolge damit erzielen können. Aber es gibt immer noch eine Reihe von Hobbyköchen, die derartige Fortschritte der Lebensmittelbranche schlichtweg ignorieren. Schade.

Während nämlich der Spinat unbeschwert vor sich hindampft und die Fischstäbchen noch nicht ganz ihre gewünschte Farbe angenommen haben, schütte ich die Röstzwiebelchen direkt aus der Tüte zu den Fischen und lasse sie auf diese Weise rasch etwas heiß werden. Das wär's auch schon. Es kann gegessen werden.

Die Fischstäbchen ordne ich auf einem Teller manierlich zu einem klaren geometrischen Muster an, streue die Röstzwiebelchen als Garnitur darüber und lege je nach Laune etwas Mixed Pickles an den Rand. Den Spinat placiere ich in der Tellermitte. Als Beilage eignen sich vorzüglich Kartoffeln. Wer eine Friteuse besitzt, macht stattdessen Pommes frites, er widmet sich ihnen gleich zu Beginn und stellt sie solange beiseite, das ist kein Problem.

Alle, die über einen etwas ausgefalleneren Geschmack verfügen, sollten - wie ich in der Regel - die Fischstäbchen vor dem gesamten Kochvorgang aus dem Gefrierfach nehmen und einzeln auf eine Folie legen. Es dauert wenige Minuten, dann sind sie leicht angetaut und können behandelt werden. Mein Tip ist nun, die Fischstäbchen vor der Anwendung mit Salz und Pfeffer nicht zu zaghaft mit Senf mittlerer Schärfe zu bestreichen und sie erst dann in die Pfanne zu geben. Probieren Sie's ruhig einmal aus, das Resultat dürfte Sie überraschen. Ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, daß eine anfängliche Skepsis seitens meiner Gäste bereits nach dem ersten Bissen schlagartig ins Gegenteil umschlug und ich nur lobende Worte vernahm.

An sich ist das bereits ein ganzes Essen, das hervorragend schmecken kann, nicht teuer ist und satt macht. Wem das nicht reicht, der kann vorneweg eine Suppe einlegen. In der Not oder in der Eile greift man auch hier normalerweise gern auf Tiefgefrorenes zurück. Ich versuche jedoch den Satz zu beherzigen, den mir eine ehemalige Freundin seinerzeit auf eine meiner beiden Küchenschürzen stickte und der da lautet: »Selbst ist der Mann!«. Ihr verdanke ich im wesentlichen die Anregung für das folgende Rezept einer Suppe, das ich hier stellvertretend für alle anderen Suppenrezepte weitergeben möchte. Diese Freundin war nämlich ein kleines Schleckermäulchen und hatte es speziell auf meine Fadennudeln abgesehen.

In einem Topf bringe ich einen Liter Wasser zum Kochen. Sie sparen Energie, wenn Sie bereits vorgewärmtes Wasser, aus dem Boiler oder dem Warmwasserhahn, verwenden. Kocht das Wasser, gebe ich zwei Bouillonwürfel hinein und schaue zu, bis diese sich vollständig in dem kochenden Wasser aufgelöst haben. Sobald dies der Fall ist, müssen Sie unbedingt abschmecken. Notfalls können Sie jetzt noch die Dosierung verändern und den Geschmack entscheidend beeinflussen. Wen das nicht kümmert, der begeht den möglicherweise folgenschweren Fehler und überläßt die Suppe ihrem Schicksal. Man braucht lediglich etwas Fingerspitzengefühl: Ist die Suppe im Geschmack ein wenig zu kräftig geraten, kippt man ein bißchen Bouillon ab und füllt den Topf mit frischem Wasser wieder auf - soll der Geschmack noch kräftiger werden, reibt man einfach noch etwas vom Bouillonwürfel ins Wasser. Fertig. Sobald ich den erhofften Fond gewonnen habe, schütte ich die Fadennudeln hinein und gehe sofort mit dem Kochlöffel dazwischen, wenn ich das Gefühl habe, daß sie aneinander kleben könnten. Während sich die Fadennudeln nun im Topf tummeln, schlage ich am Topfrand zwei Eier auf und rühre sie flink in die Suppe hinein, das verleiht ihr zusätzliche Kraft und stärkt ihre Farbe. Nun können Sie schon zu Tisch rufen. Schnell noch aus dem Gefrierfach die Petersilie geholt, drei, vier Prisen davon auf die Suppe, das ist alles. Die Suppe wirkt frisch und reich. Darüber hinaus tragen Sie einem alten Grundsatz jeglicher Kocherei gebührend Rechnung, wonach nämlich auch das Auge Ihrer Gäste mit ißt. Zu diesem Essen stelle ich ein paar Biere auf den Tisch.

Eine allgemein verbreitete Annahme ist, daß es beim Bier lediglich auf den entsprechenden Kältegrad ankommt und natürlich auch auf die jeweilige Sorte. Es wird jedoch meist verkannt, daß auch die Abfüllart der jeweiligen Biersorte eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Eine für jeden Geschmack verbindliche Regel gibt es hier allerdings nicht. Ich persönlich habe die Erfahrung gemacht, daß man mit Dosenbier am besten fährt. Bei der älteren Generation hat sich das anscheinend noch nicht herumgesprochen. Wie eh und je trinkt man sein Bier aus der Flasche und mißtraut dem feingewalzten Blech. Ich erinnere mich noch gut, als einige große Brauereien eine Anregung aus der Forschung aufnahmen, ihre Produktionsbänder fortan auf den Kronkorkenverschluß umrüsteten und von den bekannten braunen Flaschen auf zum Teil grüne Flaschen umstiegen. Ich weiß noch wie heute, daß damals nicht gerade wenige argwöhnten, das Bier würde darunter leiden. Mittlerweile ist jedem klar, wie albern das war.

Ich mag das Dosenbier, weil ich auch die Dosenbierdosen mag. Zugegebenermaßen ist das eine ästhetische Entscheidung. Ich finde die Dosen schön, bedeutend schöner als diese langweiligen Glaspullen mit dem aufgepappten Papierzettel.

Bei den Bieren verfahre ich grob nach folgendem Raster. Alles, was es an norddeutschen Bieren auf dem Markt gibt, bevorzuge ich in der Dose. Bayerisches Bier, auch die Stuttgarter Biere und alle Exportsorten trinke ich aus der Flasche. Dosenbier dieser Provenienz ist zudem schwer aufzutreiben und meist unverschämt teuer. Für alle Biere aber gilt eines: sie müssen unbedingt kalt sein. Legen Sie also rechtzeitig, das heißt 1 1/2 bis 2 Stunden vorher, ausreichend Bier in den Kühlschrank. Sie dürfen Ihren Gästen keine Koketterie anlasten, wenn diese ihre Wohnung im Sturmschritt verlassen, weil das von Ihnen offerierte Bier lauwarm ist. Das ist natürlich niemandem zuzumuten. Vor allem dann nicht, wenn es sich bei Ihren Gästen um eingefleischte Biertrinker handeln sollte.

In einigen Fällen biete ich zusätzlich einen Schnaps an. Besonders in den kühleren Jahreszeiten ernte ich regelmäßig bei meinen Gästen mit einem solchen Gedeck laute Beifallsbekundungen. Es muß nicht immer ein Obstler sein, denn in jedem Fall tut es auch Korn oder irgendein Steinhäger. Und das nicht als Notlösung. Steinhäger hat den enormen Vorzug, daß man nach dem Genuß einer Flasche nicht aus dem Hals riecht und die allseits bekannt-berüchtigte Fahne vor sich herträgt. Darin ist er dem Korn wie auch dem Obstler weit überlegen.

Apropos Kühlschrank: Die mittlere Abstellfläche habe ich für die Getränke reserviert. Hier lagert das Dosenbier. Das Flaschenbier und der Obstler stehen aufrecht in der Innenseite der Außentür. Der Korn liegt nach Möglichkeit im Gefrierfach. Da ich hin und wieder eine Dose aufreiße und oft Gäste habe, schaue ich vorsichtshalber, daß diese Etage immer aufgefüllt ist. Dosen haben den Vorteil, daß man sie leicht rollen kann. Um immer genau zu wissen, zu welcher Dose ich greifen muß, verfahre ich bei der Lagerung der Biere im umgekehrten Sinne nach der Handschrift. Das heißt: von rechts nach links, von unten nach oben. Rechts unten sind die kalten und am längsten im Kühlschrank befindlichen Dosen, links oben lege ich nach. Man sollte unbedingt ein wachsames Auge auf dieses Kühlschrankfach haben und immer für genügend Nachschub sorgen, um nicht irgendwann einmal eine böse Überraschung erleben zu müssen.

Ich will hier nicht anfangen, mich über Löffel und Gabeln, Töpfe, Pfannen und sonstiges Arbeitsgerät auszulassen. Ich will auch nicht auf Schnickschnack eingehen, wie zum Beispiel elektrische Eierkocher, man kann auf vieles verzichten. Dennoch gibt es drei Geräte, die in meinem Haushalt unentbehrlich geworden sind und die ich die Prunkstücke meiner Küche bezeichnen möchte.

Da ist zunächst die Friteuse. In ihr kann ich nahezu alles herstellen. Das, was sich geschmacklich in der Bratpfanne besser macht, tut es in der Friteuse auch, allemal dann, wenn man in großer Eile ist und schnell noch einen Happen zu sich nehmen will.

Mein erstes Gericht, die Fischstäbchen mit Röstzwiebeln, habe ich in der Pfanne vorgestellt. Es ist ein klassisches Gericht. In der Friteuse erscheinen die Fischstäbchen im Geschmack leicht anders, jedoch nicht unangenehm. Es gibt Phasen, in

denen ich den Fisch auf diese Weise zubereitet sogar bevorzuge. Dann allerdings sollte das Öl schon etwas abgestanden sein und sich mit anderen Geschmacksstoffen angereichert haben.

Des weiteren möchte ich eine Lanze für den Fleischwolf brechen. Nicht jeder ist immer gut bei Kasse und kann sich im Moment das leisten, wonach ihm gerade das Wasser im Munde zusammenläuft. Mit dem guten alten Fleischwolf läßt sich aus dieser Not eine Tugend machen. In ihn gebe ich Fleischreste, Wurstzipfel und ähnliches - auch das zu Fette vom gekochten Schinken - und erhalte so im Nu die Grundbestandteile einer zünftigen Bulette, die ich dann in der Friteuse zum brutzeln bringe.

Last not least, das Tischgrillgerät. Das gibt es schon ab 30 Mark. Man kann die neue Freundin selbstverständlich am nächsten Morgen mit ausgefallenen Toastspezialitäten überraschen, das ist überhaupt keine Frage, ich hingegen mag mit diesem Gerät aber auch am Abend zaubern. Der Hawaiitoast ist schnell gemacht - Toastscheibe, Schinken drauf, darüber eine Ananasscheibe, zum Schluß eine Scheiblette, und hinein damit. Ein köstlicher Spaß. Versuchen Sie es ruhig ein kleines bißchen raffinierter, und bestreichen Sie den Toast mit Senf. Was meinen Sie, was man da für Augen machen wird.

Der Mikrowellengrill ist in meinem Haushalt wirklich entbehrlich, ich halte ihn auch. für überflüssig. Auch wenn ich schnell etwas auftauen möchte, reicht mir der Tischgrill. In ihm gelingt so gut wie alles. Jede Bratwurst, jedes Nackenstück schmeckt hier wie auf dem Gartengrill. Und dieses Vergnügen ist unabhängig vom Wetter!!!

Es gibt im Handel Ausführungen des Tischgrillgeräts, die oben einen Deckel haben, den man hochklappen kann. Darunter befindet sich, direkt auf den Glutschlangen liegend, ein Aluminiumblech, in dem man parallel zum Grillvorgang Soßen und dergleichen erhitzen kann. Das kann von unerhörtem Vorteil sein. Man spart zusätzlich Töpfe, kann bei seinen Gästen sitzen bleiben und muß nicht ständig zwischen Herd und Eßtisch hin- und herlaufen.

So kann die ganze Kocherei letzten Endes mit sehr viel Spaß verbunden sein. Natürlich wird sie immer etwas für ausgesprochene Individualisten bleiben. Aber auch der Unbegabteste wird bald merken, daß selbst das Komplizierteste mit entsprechender Planung, Fingerspitzengefühl und Augenmaß locker von der Hand gehen kann.

Alle, die meinem Beispiel folgen wollen, werden überrascht konstatieren dürfen, daß man sie reihum für ihre Gaben bewundem wird. Ihre Gäste werden fröhliche Gesichter machen. Der Magen knurrt nicht mehr. Und alle rufen: »Es hat gut geschmeckt!«

Konkret 02/83, S. 92

Inge Feltrinelli, Hartmut Schulze, Heinrich Maria Ledig-Rowohlt

»Kein Raum mehr für die Dichtung«

Im März wird der Verleger Heinrich Maria Ledig-Rowohlt 73 Jahre alt. Auch der Rowohlt-Verlag hat dieses Jahr 75. Jubiläum. Inge Feltrinelli und KONKRET-Redakteur Hartmut Schulze haben sich mit dem »letzten Dinosaurier« der deutschen Verlagsszene - wie er von Freunden und Konkurrenten genannt wird - unterhalten

Zuerst gab es Portwein. Aber das passende Glas war ihm »zu nuttig«, Heinrich Maria Ledig-Rowohlt mußte aus einem Wasserglas trinken. Das Bild vom trinkfesten, vitalen Kumpan soll noch stimmen. Aber in seinem 75. Jahr ist der Verleger nicht mehr der purzelbaumschlagende Tycoon, denn er ist nicht mehr der Verleger. Ledig-Rowohlt, der Sohn des Verlagsgründers Ernst Rowohlt und der Schauspielerin Maria Ledig, hat die Geschäfte und die inhaltlich-verlegerische Leitung an eine neue Generation von Managern abgegeben, auch die Besitzverhältnisse werden sich bald ändern. Es ist wahrscheinlich - und Ledig-Rowohlt macht in diesem Gespräch darüber mehr als Andeutungen - daß der bisherige Minderheitsgesellschafter, der rechtslastige Holtzbrinck-Konzern, bei Rowohlt die Anteilsmehrheit übernimmt. Die Gedanken daran möchte Ledig-Rowohlt gern verdrängen.

Am liebsten hätte er auch dieses Interview nicht gegeben. Daß das Gespräch dennoch zustande kam, ist der Uralt-Freundschaft zwischen Ledig-Rowohlt und seiner Mailänder Kollegin Inge Feltrinelli zu verdanken - die beiden kennen sich, seit die damalige Inge Schönthal als junge Reporterin nach Kuba fuhr, um dem Rowohlt-Autor Hemingway schöne Grüße vom Reinbeker Verlag auszurichten. So ergab sich ein insgesamt zehnstündiges Gespräch voller Erinnerungen. Über »Väterchen« Ernst Rowohlts Verlag, den Verlag von Kafka, Tucholsky und Musil, aber auch von Arnolt Bronnen. Über die Nazi-Zeit, in der der Verlag der Deutschen Verlagsanstalt einverleibt wurde. Über den Neuanfang in Stuttgart und Reinbek. Über die Einführung der Taschenbücher, Ledig-Rowohlts Verlagsleistung von kulturgeschichtlicher Bedeutung. Über die »Ballon-Affäre« (1969 kam heraus, daß das Verteidigungsministerium Rowohlt-Bücher per Ballon in die DDR schickte, woraufhin zwei Geschäftsführer, unter ihnen auch Cheflektor Fritz J. Raddatz, den Verlag verlassen mußten). Über die Stellung des Rowohlt-Verlags im politischen und literarischen Leben der Bundesrepublik. Und vor allem und immer wieder: über das Ende einer Ära.

KONKRET: Herr Ledig-Rowohlt, wird es eine große Geburtstagsfeier geben?

Ledig-Rowohlt: Nein, die wird wohl nicht stattfinden. Ich werde diesmal irgendwo privat zurückgezogen feiern. Es ist ja auch nicht die Zeit zum Feiern. Wenn das alles in Deutschland so schön liefe, könnte man auch an eine Feier denken. Aber als zum Beispiel der ehemalige Intendant Rolf Liebermann in der Oper seinen 70. Geburtstag gefeiert hat, war ich zu einem großen Maskenball eingeladen. Ich dachte mir, in einer Zeit wie in dieser - ein Maskenball? Da soll ich mir zwei Hörner aufsetzen? So fröhlich stimmt mich die Zeit nicht. Wir haben ja im Verlag auch zu kämpfen.

Inge Feltrinelli: Heute muß ja auch schon für den Verlags-Apparat gearbeitet werden. Wenn Ledig allein wäre, ganz alleine für sich, würde ich ihn auch heute mehr als Jungverleger sehen. Wenn er sich morgen von Rowohlt zurückzieht, könnte er einen Heinrich Maria Ledig-Rowohlt-Verlag machen und würde vielleicht zehn wundervolle Bücher veröffentlichen.

Ledig-Rowohlt: Ja, zehn Bücher, die vielleicht dir und mir Spaß machen. Ich hab mir manchmal gedacht, daß ich auch gern der Nachfahre von Peter Suhrkamp gewesen wäre. Aber mir ist nun mal dieser Rowohlt-Verlag zugefallen.

Inge Feltrinelli: Der ist auch in seiner Vielfalt einzig in der ganzen Welt. Es gibt ganz selten Verlage, die diese Skala haben und trotzdem ein politisches Profil.

Ledig-Rowohlt: Mein Vater fand, daß alles, was interessant war, Platz in seinem Verlag hatte. Bei mir nicht.

KONKRET: Es hat nach dem Krieg ja sogar Nazi-Memoiren gegeben.

Ledig-Rowohlt: Meinen Sie etwa Ernst von Salomon? Ja, als sein erstes Buch »Die Geächteten« erschien, hat der »Simplicissimus« eine Zeichnung von Gulbrandson (übrigens einem intimen Freund meines Vaters!) veröffentlicht. Da saß der alte Rowohlt hinter einem Schreibtisch, davor lauter Sträflinge in Anstalts-Kleidung und als Unterschrift: »Der Nächste bitte!« Aber Salomon war kein Nazi sondern Nationalist. Anders natürlich die Memoiren von Hjalmar Schacht. Der hatte mich in Stuttgart besucht und wollte bei Rowohlt verlegen. Ich habe ihn hinauskomplimentiert, aber mein Vater hat ihn dann veröffentlicht. Das ist etwas, was ich meinem Vater übelgenommen habe.

lnge Feltrinelli: Schacht war immerhin der Abs der Hitler-Zeit.

Ledig-Rowohlt: Ja, ja, ja. Durchaus, obwohl es da große Unterschiede gibt. Jedenfalls wollte sich Schacht mit seinem Manuskript nur reinwaschen von seiner Nazi-Vergangenheit.

Inge Feltrinelli: Du hast ja auch mal gesagt: Bei mir erscheint keine Hitler-Biografie.

Ledig-Rowohlt: Jetzt tut sie das. Allerdings seine sehr kritische. Ich habe mich lange gegen solche Veröffentlichungen gewehrt. Ich hatte auch eine Weisung ausgegeben, daß ich den Adolf nicht einmal abgebildet bei mir sehen möchte. Selbst in Anti-Hitler-Büchern mochte ich ihn eigentlich nicht sehen. Aber nun ist es doch eine rororo-Bildmonographie über Hitler.

KONKRET: Die größte politische Wirkung ging ja wohl auch von einer Reihe aus, von »rororo aktuell«, die für die Studentenbewegung eine nicht unwichtige Rolle gespielt hatte.

Ledig-Rowohlt: Ja. Wir haben damals Dutschke verlegt, Amendt, Cohn-Bendit und andere. Ich war sehr froh darüber, daß wir ein Forum bilden konnten für die Jungen. Aber die haben mich nachher in den Hintern getreten. Irgendwo haben sie geschrieben, man solle mir 'ne Papiermütze aufsetzen und mich durch die Straßen jagen. Ich sei ein Polit-Clown und wolle an der Studentenbewegung nur verdienen. Dabei wollte ich ihnen ein Forum geben, damit sie nicht nur auf die Straße gehen und herumbrüllen. Sie sollten mal sagen was sie eigentlich wollten. Angefangen hat es damals mit dem Band »Brauchen wir eine neue Regierung? oder Die Alternative«. Das war ein Einfall der Gruppe 47, von Martin Walser und einigen anderen. Unser Lektor Raddatz hatte mich damals in Taormina angerufen und gesagt: Die Gruppe 47 will ein Buch gegen die CDU machen, und der ganze Verlag ist dagegen, weil wir doch keine Wahlpropaganda machen können. Da hab ich gesagt, das ist doch Unsinn. Die Gruppe 47 ist eine literarische Gruppe. Wenn die sich politisch äußern will, dann sind wir durchaus der Platz dafür. Natürlich ist das Buch dann erschienen. Und ich bin der Meinung, daß wir damit unter anderem dazu beigetragen haben, daß sich das politische Klima in Deutschland ein bißchen verändert hat.

KONKRET: Sie haben öfter gegen den ganzen Verlag entschieden, ein bestimmtes Buch zu verlegen. Rolf Hochhuth beschreibt den Fall eines jungen Autors, dessen Stück Sie gegen solche Widerstände durchgesetzt haben. Der Autor habe daran eine sechsstellige, der Verlag eine fünfstellige Summe verdient. Gemeint war wohl Hochhuth selber?

Ledig-Rowohlt: Ja, das war »Der Stellvertreter«. Ich habe den ollen Piscator in Berlin angerufen, habe gesagt: Hören Sie, Meister - habe meine ganze Verehrung zum Ausdruck gebracht -, ich habe hier ein stundenlanges, aber hochinteressantes Theaterstück, das nur ein Verrückter auf die Bühne bringen kann. Und der einzige Verrückte in Deutschland sind Sie. Da bat er mich, es ihm zu schicken. Er hat mich dann drei Tage später angerufen, um mir zu sagen, daß er begeistert sei und es aufführen wolle. Aber, meinte er, verraten Sie es bloß noch nicht der Volksbühne. Ich habe hier sowieso schon Schwierigkeiten. Wenn die das noch hören, bin ich hier fertig. Damit will ich sie überfallen. - Dann hat Piscator den »Stellvertreter« uraufgeführt, und wir haben ihn kurz vorher gedruckt. Es ist ein Welterfolg auch auf der Bühne geworden. Oft ist dieses Geschäft ja wie ein Roulette-Spiel: Man glaubt an etwas, und es kommt an und bringt einen Gewinn. Oder es bringt einen großen Verlust. Auch mit dem Band von Tucholskys Briefen an Mary war das wieder so. Meine Geschäftsführer wollten nicht, daß wir das riskieren. Da hab ich gesagt, schön, dann mach ich das aus meiner eigenen Tasc e. Das ist dann »Unser ungelebtes Leben« geworden, eins der wenigen Bücher, die zur Zeit bei uns erfolgreich sind.

Inge Feltrinelli: Erinnerst du dich, wie du Proust verloren hast?

Ledig-Rowohlt: Weil wir kein Geld hatten. Peter Suhrkamp hatte schon seit Jahren eine Option auf das Werk von Proust, kam aber mit dem Geld nicht rüber. Und da wäre eine Möglichkeit gewesen: Wenn Ihr zahlt, sofort, kann Rowohlt Proust haben.Aber wir hatten das Geld auch nicht. Oder Kafka. Mein Vater hatte ja das einzige Buch verlegt, das zu Kafkas Lebzeiten erschienen war, »Betrachtung«. Und nach dem Krieg hatten wir die Möglichkeit, Kafka wiederzukriegen. Aber da hieß es auch wieder: Um Gottes Willen, wenn wir jetzt den ganzen Kafka machen, geht der Verlag noch pleite. Später haben wir dann die großen Werkausgaben gemacht: Robert Musil, Tucholsky, Hemingway, Sartre. Solch eine Gesamtausgabe wie die von Sartre können selbst die Franzosen kaum vorzeigen. Wenn sie in Frankreich Sartre edieren, täten sie gut daran, sich bei uns zu orientieren. Traugott König hat da herausgeberisch und übersetzerisch eine wahrhaft monumentale Meisterleistung vollbracht und ist dafür mit Recht ausgezeichnet worden.

Inge Feltrinelli: Ich muß Régis Debrais anrufen. Die Franzosen müssen dem Ledig den Légion d'Honneur für diese Bücher geben. Für Sartre, für Beauvoir, für Jouhandeau, für Camus. Von Genet und allen andern wollen wir gar nicht erst sprechen.

KONKRET: Solche Editionen erfordern natürlich große Investitionen; können Sie sich die heute überhaupt noch leisten?

Ledig-Rowohlt: Leisten kann man sich eigentlich heute gar nichts mehr. Aber mein Vater hat ja mal gesagt, ein guter Verleger muß immer am Rande der Pleite vorbeisteuern.

KONKRET: Kann sich also ein großer Verlag wie Ihrer noch einen guten Verleger leisten?

Ledig-Rowohlt: Ein Verlag muß einen passionierten Verleger haben, sonst wird er eine mechanische Buchfabrik.

Inge Feltrinelli: Sag mal, gewisse Leute würden es wohl gern sehen, daß Ledig sich zurückzieht, oder ist es nicht so?

Ledig-Rowohlt: Ich habe es schließlich auch - offen gestanden -, obwohl ich meinen Vater besonders in den letzten Jahren sehr geliebt und geschätzt habe und traurig war als er starb, als eine Art Befreiung empfunden, daß er nicht mehr da war. Daß ich mich entfalten konnte. Es ist grimmig, aber das ist ein Lebensgesetz. Sohn tötet den Vater.

KONKRET: Aber wenn Sie von Ihrem Nachfolger Matthias Wegner sprechen: Er ist ja nicht der Sohn.

Ledig-Rowohlt: Na, Adoptiv-Sohn vielleicht oder so. Ich bin schließlich so etwas wie ein Chaotiker. Und da kann man natürlich fragen: Wohin bringt uns der Chaotiker in der Zukunft? Wir müssen neue Ziele, neue Wege finden. Ein Chaotiker ist da nicht mehr gefragt. Das kann stimmen. Alles hat sich verändert im Verlagswesen, es ist nicht mehr dasselbe, wofür man mal angetreten ist. Was man eigentlich wollte, war, Literatur zu machen. Und wenn sie jetzt mehr und mehr vernachlässigt werden muß?

KONKRET: Gibt es denn überhaupt noch Autoren?

Ledig-Rowohlt: Ich müßte da eigentlich immer sagen: Jawohl! Es gibt sie schon, denken Sie z.B. an F.C. Delius oder die Autoren unserer dnb-Reihe (Das neue Buch) oder Nikolas Born. Das war einer meiner größten Verluste. An Born hab ich wirklich geglaubt. Der hätte sowas werden können wie ein deutscher Albert Camus. Der hatte auch die Aufrichtigkeit, die Wärme, die Kraft, mitzuleiden. Aber wenn man einmal ganz genau hinsieht, ist es derzeit wohl doch ein bißchen dünn bei uns mit der Literatur. Die Talente, die sich zeigen, sind im allgemeinen nicht besonders kräftig. Sie experimentieren gern im Stil, in der Form, in allem möglichen. Aber so ein kraftvoller Erzähler wie etwa Celine - entschuldigen Sie, manche halten ihn für einen Faschisten, ich finde ihn trotzdem großartig -, daran fehlt es. Oder so ein Mann wie Thomas Pynchon.

Inge Feltrinelli: Den hast du ja selbst übersetzt.

Ledig-Rowohlt: Nein, den hab ich nur redigiert. Pynchons »Die Enden der Parabel« ist ein schwer lesbares Buch. Da muß man sich schon reinwerfen, muß viel Geduld aufbringen beim Lesen. Wenn es dafür 3.000 Leute gibt, ist das schon toll. Und 3.000 haben wir inzwischen ja gefunden.

Inge Feltrinelli: Was die Übersetzung gekostet hat an Zeit...

Ledig-Rowohlt: An Geld: Fast 50.000 Mark. Das könnte man sich heute nicht mehr leisten. Wenn Thomas Pynchon heute auf mich zukäme, und man würde 50.000 Mark für die Übersetzung fordern, dann würde ich mir das noch dreimal überlegen müssen. Ich kann ja schließlich nicht meine Mitarbeiter aufs Spiel setzen, bloß weil ich eine literarische Marotte reite. Ich habe heute wohl auch nicht die Energie mehr, so etwas durchzusetzen.

KONKRET: Die Frage, wie es da mit dem Verlag weitergeht, interessiert natürlich sehr.

Ledig-Rowohlt: Also, ich kann da nichts voraussagen. Ich kann da nur hoffen.

KONKRET: Was ist zum Beispiel mit den Interessen der Holtzbrinck-Gruppe an Rowohlt?

Ledig-Rowohlt: Ja, deren Interessen sind sehr stark.

KONKRET: Darf Holtzbrinck überhaupt weitere Anteile am Rowohlt-Verlag übernehmen - aus kartellrechtlichen Gründen?

Ledig-Rowohlt: Die Einsprüche sind so gut wie aufgehoben. Die dürften schon, glaube ich. Das ist noch nicht so ganz abgeklärt.

KONKRET: Aber Sie wollen nicht?

Ledig-Rowohlt: Das stürzt mich in eine Überlegung, die ich nicht gern anstelle. Bis jetzt habe ich das getan, was ich wollte...

KONKRET: Und jetzt kommen die Notwendigkeiten. Wie es ja schon mal die Notwendigkeit gab, Time-Life am Taschenbuch-Verlag zu beteiligen.

Ledig-Rowohlt: Das war keine Notwendigkeit. Das war eine Chance. Es war interessant, den Verlag noch mehr zu internationalisieren. Time-Life waren wunderbare Partner. Aber jetzt gehen sie vielleicht heraus, weil sie auf allen Fronten Niederlagen erleben. Die Bücher gehen in Amerika und auch in der Welt nicht mehr so gut. Time-Life zieht sich, glaube ich, überall aus Europa zurück.

KONKRET: An wen geht das dann?

Ledig-Rowohlt: Das steht noch nicht fest. Könnte sein, daß es an Holtzbrinck geht.

KONKRET: Aber glücklich wären Sie mit der Vorstellung nicht?

Ledig-Rowohlt: Mit keiner Vorstellung. Aber auf der anderen Seite habe ich das, was ich tun konnte, getan. Und von nun an interessiert es mich nicht mehr in dem Maße. Das liegt an meinem Alter.

Inge Feltrinelli: Du bist aber so ein unalter 75er. Ich habe noch nie einen Menschen gesehen, der so jung ist und denkt.

Ledig-Rowohlt: Aber es ist doch auch nicht zu leugnen, daß man das auf die Dauer nicht fortsetzen kann. Dem lieben Schulze würde ich gern nette Dinge darüber sagen. Aber was soll man sagen? Das sind schon ungemütliche Vorstellungen, mit denen das Alter einen konfrontiert.

KONKRET: Der Rowohlt-Verlag ist immerhin ein wichtiger Faktor in der veröffentlichten Meinung geworden.

Ledig-Rowohlt: Dazu haben aber viele beigetragen. Ich will mir das nicht allein anziehen. Da hab ich vieles toleriert und zugelassen.

KONKRET: Und wenn es dann mal jemand gibt, der das nicht mehr toleriert und zuläßt, und vor allen Dingen, fördert?

Ledig-Rowohlt: Ich glaube, daß Matthias Wegner den Verlag gut leiten wird.

KONKRET: Herr Rowohlt, es ist doch auch eine Frage von Besitzverhältnissen.

Ledig-Rowohlt: Wie kommen Sie darauf?

KONKRET: Glauben Sie denn, daß Dr. Wegner Ihr Erbe in Ihrem Sinn fortsetzen kann, wenn Holtzbrinck in Ihrem Verlag die Mehrheit hätte?

Ledig-Rowohlt: Das ist eine Kardinalfrage. Wenn wir das mal annehmen wollen, daß er die Mehrheit in meinem Verlag bekommt, was noch nicht feststeht, und was wirklich kapitalistische Überlegungen sind: Da sehe ich noch nicht gleich große Veränderungen. Es gibt ganz wenige verlegerische Talente in Deutschland. Und Wegner gehört schon dazu, obwohl er ganz anders geartet ist als ich. Er ist vielleicht eher ein Manager. So wie ihn ein so großer Verlag heute braucht.

Inge Feltrinelli: Es gibt so wenig interessante Leute neben all den grauen Mäusen. Auf der Buchmesse sehe ich nur graue Mäuse. Da sitze ich doch lieber mit meinem Ledig im Hessischen Hof und trinke einen Weißwein. Alles Leute ohne Phantasie, ohne Besessenheit, ohne Passion. Ledig hat Farbigkeit. Früher gab es auf der Buchmesse noch jede Menge Verrückte.

Ledig-Rowohlt: Ja. Die sind scheints alle weg.

KONKRET: Aber es gibt mehr Bücher als je zuvor.

Inge Feltrinelli: Es gibt bedrucktes Papier.

Ledig-Rowohlt: Man muß auch sagen, wo soll es denn herkommen? Gut, es gibt junge Leute, wie den Quinran-Verlag, den Robinson-Verlag, den Haffmans-Verlag, den Eichborn-Verlag. Aber die Literatur ist eine Seite unseres Lebens, und die andere Seite ist das nackte Leben, das politische Leben. Es ist wohl wichtiger, da einen Weg in die Zukunft zu finden als in der Literatur. Wir betrauern sie aber.

Inge Feltrinelli: Aber merkwürdig ist doch, daß zum Beispiel Günter Grass oder Gabriel Garcia Márquez in den Medien eine solche Rolle spielen. Wenn einer einen Nobelpreis kriegt, ist er gleich eine politische Kraft. Sie werden damit auch eine institutionelle Macht! Die Literatur ist doch gar nicht so tot.

Ledig-Rowohlt: Aber wir haben nicht mehr sehr viel anzubieten. Was haben wir denn, wenn wir das noch mal überdenken? Wer ist denn in den letzten Jahren zum Vorschein getreten? Gut, da war einmal Günter Grass. Der bleibt auch immer noch ganz oben. Dann kommen wir zu Uwe Johnson. Den können wir schon fast wieder vergessen. Der hat seine Zeit gehabt in dieser bestimmten Ost-West-Relation. Dann kommen wir zu Siegfried Lenz. Dann zu Handke. Wer wird in zehn Jahren noch von ihm sprechen? Oder Böll. Naja, der hat ja nun den Nobelpreis. Der einzige, der wirklich Vitalität einbringt, ist Günter Grass. Wenn das unsere Spitze ist, worauf sonst sollen wir eigentlich noch stolz sein. Auch an ihm ließe sich ja Kritik üben. Er gehört ja auch nicht gerade in den Olymp. Früher hat es Kafka, Döblin, Thomas Mann und Heinrich Mann gegeben, dann hat es Franz Werfel gegeben, Stefan und Arnold Zweig, unseren Robert Musil. Aber was man dieser Tage so liest, ist dagegen oft fade.

Inge Feltrinelli: Ledig sagte neulich auf der Buchmesse: Alles kann doch nicht alles sein.

Ledig-Rowohlt: Es muß doch mehr als alles geben. Man muß über das hinausreichen, was normalerweise erreichbar ist. Man muß ein fernes Ziel anstreben, das es vielleicht gar nicht gibt.

Inge Feltrinelli: Müßte man nicht mit ins Video-Geschäft einsteigen? Das ist die große Frage. Muß man nicht dem Autor sagen, du wirst jetzt bei Rowohlt verlegt. Aber nach dem Buch, das wir in 3.000 Auflage machen, wirst du auch eine Video-Kassette bekommen. Muß man den Leuten das nicht bieten?

Ledig-Rowohlt: Wahrscheinlich. Aber ich will da eigentlich nicht mehr mitmachen. Davon verstehe ich nichts und will davon auch im Grunde nichts wissen.

Inge Feltrinelli: Ich hab Kontakt mit Gaumont - diesem französischen Film-Konzern, der in Frankreich jetzt mit dem Gallimard-Verlag zusammenarbeitet. Und ich glaube, wir kommen in Italien auch zueinander. Der Sohn von dem alten

Roberto Rosselini, Renzo Rosselini, ist jetzt der Präsident von Gaumont Italien. Der ist zu mir gekommen und hat gesagt: Wir wollen was zusammen machen; ich habe das mit Gallimard gemacht, und ich möchte das mit Ihnen machen.

Ledig-Rowohlt: Ich bin ja sehr dafür, wenn einer zu mir käme, ich würde sagen, sofort.

Inge Feltrinelli: Das Buch muß weiter verbreitet werden durch Video, Kabelfernsehen und so weiter. Wahrscheinlich ist das unsere Zukunft: daß das Buch auch in einer anderen Dimension weiterlebt.

Ledig-Rowohlt: Diese visuellen Sachen gehören zu einer Welt, für die ich nicht mehr geboren bin. Ich will sie auch nicht ablehnen. Das ist eine Welt, die nach mir stattfindet; ich hoffe nur, daß sie noch einigermaßen menschlich ist. Es ist doch ein großes Problem, daß die Kinder mit dem Fernsehen aufwachsen. Die Kindheit geht verloren. Und die Poesie geht flöten dabei. Es ist keine Zeit der Literatur. Es ist eine Zeit des elektronischen Umbruchs.

KONKRET: Aber Umbruchzeiten haben immer literarische und journalistische Potenzen gehabt. Und heute gibt es die .eben nicht.

Ledig-Rowohlt: Es geht doch ums Ganze, es geht doch darum, ob wir demnächst in die Luft gefeuert werden oder nicht. Wenn man daran denkt, dann spielt doch die Literatur eine geringe Rolle. Leider haben wir schon ungefähr das 25. Buch für den Frieden veröffentlicht. Das ist ja auch gut und schön. Aber Taten sind wichtiger. Ob Herr Grass ein neues Buch schreibt, ist doch unwichtig gegenüber der Tatsache, daß morgen eine Atombombe explodieren kann. Wo sind die Leser, warum verkaufen wir denn keine Bücher mehr? Weil es so gemütlich nicht mehr in der Welt zugeht. Die Menschen haben brennende Probleme, die es ihnen einfach nicht mehr erlauben, sich in eine Ecke gemütlich zurückzuziehen und dort Lyrik zu lesen. Ich freue mich über jeden interessanten Lyriker, aber was trägt er zur Zukunft bei? Das ist ein individueller Luxus, für den auch ein Bedarf da ist, aber der nicht unsere Zukunft regelt. Wir leben in einer Zeit der Entscheidungen. Du kannst dich sofort wegdenken als Verleger, dein Verlag spielt da kaum eine Rolle. Der ist nicht so wichtig. Wichtig ist das, was sich tut. Es ist bedauerlich, daß kein Raum bleibt für Lyrik, für Poesie und für Dichtung. Gewiß, wir hängen daran. Das ist mein Beruf. Ich bekenne mich dazu. Manche Leute sagen, ich bin ein Clown. Das akzeptiere ich gern mit dem Bedauern, daß die anderen keine sind. Ich muß nur fragen, was sind sie stattdessen? Da fehlt es dann an den Antworten. Die sind oft sehr fleißig, zielbewußt, schwitzen aus allen Poren. Ich bin vielleicht wirklich eine literarische Spielratze. Doch nicht ohne Bekenntnis. Nicht ohne Bezüge. Daß ich den Faschismus hasse wie die Pest, auch den versteckten, ist ja nicht gerade bezeichnend für eine literarische Spielratze. Aber ich bin wohl trotzdem eine gewesen. Sartre hat gegen Lebensende einmal erklärt, das Literarische sei ein Irrtum. Aber ein schöner, würde ich rückblickend sagen.

Konkret 02/83, S. 97

Gerd Fuchs

Bücher: Ist Eichmann zu verstehen?

Am 21. Januar wurde in München »Bruder Eichmann« uraufgeführt, das letzte Stück des Schriftstellers Heinar Kipphardt, der im November gestorben ist. Das Schauspiel über den Nazi-Verbrecher Adolf Eichmann ist als Buch bei Rowohlt erschienen

Innerhalb von wenig mehr als einem Jahr verloren wir drei Dichter unserer Gegenwart, die wie keine anderen auf die Geschichte dieses Landes mit ihrem Werk wie mit ihrem Leben auf exemplarische Weise antworteten: Alfred Andersch, Peter Weiss, Heinar Kipphardt. Alle starben einen vorzeitigen Tod. Es muß jedoch etwas über den Zustand unserer Gesellschaft aussagen, daß diese Schriftsteller - 37 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges - am Schluß ihres Lebens mit ihrem letzten großen Werk zu jenen geschichtlichen Ereignissen zurückkehrten, die ihre Jugend prägten und nicht aufhörten, ihr Leben zu prägen, und die auch unser Leben immer mehr bestimmen, als wir zuzugeben wagen.

Geht es in Anderschs »Winterspelt« um die Bedingung der Möglichkeit des Widerstands gegen den Faschismus, so in Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands« um den antifaschistischen Kampf selbst. In Heinar Kipphardts »Bruder Eichmann« ist von Widerstand scheinbar nicht die Rede. Doch ist das Stück selbst ein Akt des Widerstands. Widerstand durch Verstehen.

Kipphardt arbeitete an »Bruder Eichmann« mehr als zehn Jahre, und man muß sich alles, was in dieser Zeit entstand, auch Heiteres, sogar Graziöses, vor dem Hintergrund dieses Stoffes entstanden denken, um das Ausmaß der Spannung zu erfassen, in der Heinar Kipphardt lebte.

Schreiben als Akt des Widerstands, des Widerstands durch Verstehen: »Bruder Eichmann« ist der Versuch, das Irrationalste, Grausigste am deutschen Faschismus zu verstehen, was sich Erklärungen bisher am hartnäckigsten verweigerte. Es ist der Versuch, über die bisherigen Deutungsklischees hinauszukommen, mit denen wir es uns bequem gemacht haben. Denn weder das Monstrum, das aus dem Menschen Eichmann gemacht wurde, noch die deterministisch an unseren Erklärungsfäden zappelnde Puppe Eichmann sind fähig, uns wirklich zu betreffen. Die eigentliche Schwierigkeit beginnt erst dort, wo Heinar Kipphardt ansetzte.

So wie Dostojewski mit seiner Raskolnikow-Figur darauf bestand, daß der Mensch beim Mörder nicht aufhört und deshalb nicht ausgegrenzt werden darf aus der Gemeinschaft der Menschen, den Bereich des Humanen damit erweiternd statt verengend, so Kipphardt mit der Eichmann-Figur. - Ein ungeheuerlicher Gedanke. Ein widerwärtiger Gedanke.

Und Kipphardt tut nichts, uns seine Widerwärtigkeit zu ersparen. Er führt uns vor, was er die Eichmann-Haltung nannte: das hündisch-gute Gewissen dessen, der pariert hat. Seine Lust am Parieren. Sein Handwerkerstolz, wenn er seine Sache gut gemacht hatte. Sein atemberaubendes Unverständnis für den Gedanken, daß das Machbare, nur weil es machbar ist, nicht deshalb auch schon gemacht werden darf.

Und er zeigt die Universalität der Eichmann-Haltung als eine, die nicht nur zu Auschwitz führte, sondern auch zu Hiroshima, zu My Lai, die in das Inferno des Atomkrieges führen könnte. Er stellt Verbindungslinien her zwischen Auschwitz und Stammheim, Auschwitz und US-amerikanischen Atomkriegsplanungen, zwischen Auschwitz und den Folterkellern Südamerikas, zwischen Eichmann und italienischen Vernehmungsspezialisten, zwischen Eichmann und amerikanischen Stabsoffizieren, ja sogar Mitgliedern israelischer Kommandos, die das Land von Palästinensern »säubern«. Er zeigt die ständige Aktualität der Eichmann-Haltung. Er zeigt, wie Egon Monk es formulierte, das Näherkommen Eichmanns.

Es gibt im Werk Kipphardts eine immer wiederkehrende, in ihren Umrissen immer deutlicher hervortretende Figur. In seinem Stück »In der Sache J. Robert Oppenheimer« heißt sie Evans, im »März« ist es der Arzt Kofler,- in »Bruder Eichmann« ist es der Vernehmungsoffizier Avrier Less. Sie sind einerseits diejenigen, die die wirklichen Widersprüche offenlegen und damit die Handlung vorantreiben. Andererseits führen sie zur Eichmann-Haltung die Gegenhaltung vor.

Avner Less will verstehen, warum der Faschist Eichmann nicht mehr verstehen, sondern nur noch ausrotten wollte. Aber warum will Avner Less verstehen? Weil das Ungeheuerliche, das es zu untersuchen gilt, in dem Untersucher selbst entdeckt wird, die Untersuchung bei Kipphardt immer zugleich Selbstuntersuchung, Erkenntnis zu Selbsterfahrung wird.

Also so wie seinerzeit »Hitler in uns« jetzt »Eichmann in uns«? Jeder ist schuldig? - Es bleibt bei Heinar Kipphardt aber immer klar, welchen Bedingungen die Eichmann-Haltung ihre Entstehung verdankt. Wie die Lust am Parieren und die Belohnung, die dafür ausgesetzt ist, das Entstehen eben jener Apparate erst ermöglicht, als deren Opfer sich die wohlmeinenden Parierer am Ende immer fühlen. Wie unserer Gesellschaft das Befehlen und Gehorchen, das Knecht-Herr-Prinzip eingepflanzt ist und fortwährend mit Herrschaft auch Knechtschaft erzeugt. Wenn das Ungeheuerliche, das es zu untersuchen gilt, bei Kipphardt in dem Untersucher selbst entdeckt wird, dann in dem präzisen Sinn, daß das in ihm, dem Marxisten, entdeckte Ungeheuerliche von einer bestimmten Gesellschaftsformation, der kapitalistischen, erzeugt ist. In dem Widerstreit zwischen der Eichmann-Haltung und der Avner Less-Haltung bildet Kipphardt den Grundkonflikt unserer Epoche ab, kämpft er ihn aus, zwar ohne sicher zu sein, welche Seite gewinnt, doch sicher, auf welcher Seite er steht.

Auf der Seite derer, die keine Knechte mehr sein wollen, aber auch keine Herren. Es ist diese Parteinahme für jenen »anderen Entwurf von Menschlichkeit« und der daraus erwachsene historische Sinn, der ihm Geschichte als Menschengeschichte überhaupt erst erfahrbar machte und sein Werk hinaushebt über die vielen Darstellungsversuche unbegriffener Geschichte.

Heinar Kipphardt: »Bruder Eichmann«, 160 Seiten, Rowohlt-Verlag, 18 Mark

Konkret 02/83, S. 97

Wolfgang Schneider

Bücher: Chronik einer vergessenen Rebellion

Kann uns ein Bürgerkrieg in Brasilien der Jahrhundertwende heute noch interessieren?

Der neue Roman des peruanischen Autors Mario Vargas Llosa erzählt die blutige Geschichte eines längst vergessenen Volksaufstandes, die Geschichte einer der zahlreichen, hilf- und aussichtslosen Rebellionen, in denen die Geschundenen und Ausgebeuteten aller Länder und Zeiten den Nutznießern ihrer elenden Existenz das Phantasma eines sinnvollen Todes entgegenhielten. »Der Krieg am Ende der Welt« war und ist Resultat und Zeugnis jener Klassenauseinandersetzungen, mit denen sich der Übergang vom feudalen Kolonialsystem zum modernen Imperialismus vollzog und die um die Jahrhundertwende die Peripherie der kapitalistischen 'Zivilisation' erschütterten. Er hat tatsächlich stattgefunden.

Brasilien, Ende des 19. Jahrhunderts. Die Monarchie ist abgeschafft, die Republik gerade ein paar Jahre alt. Da besetzt in Bahia, dem geographisch wie sozial im Abseits des Riesenstaates gelegenen, durch Dürrekatastrophen, Seuchen und Großgrundbesitzer verwüsteten Landesteil - eine Gruppe von Bauern, Landarbeitern, ehemaligen Sklaven und berüchtigten Banditen Canudos, eine der ausgedehnten Besitzungen des Barons de Canabrava. Sie beginnen mit dem Bau einer eigenen Stadt und erklären der Republik den Krieg. Äußerer Anlaß dieses Aufstandes, der rasch weitere Kreise zieht, scheinen einige republikanische Reformen zu sein: Trennung von Staat und Kirche, Einführung der Zivilehe, eine Volkszählung, die auch nach der Glaubenszugehörigkeit fragt, Erhebung staatlicher Steuern etc. Eine Revolte christlich-religiöser Fanatiker also? Jedenfalls beschließen die Anhänger des 'guten Jesu', die sich in Canudos versammeln, der Inkarnation des Antichristen, der Republik, militanten Widerstand entgegenzusetzen. Sie schlagen drei gegen sie in Marsch gesetzte militärische Strafexpeditionen vernichtend, ehe die geballte Macht des brasilianischen Heeres nach monatelangen Kämpfen den Aufstand grausam niederwirft. Am Ende verwesen auf dem Schlachtfeld von Canudos 30.000 Leichen.

Hätte Vargas Llosa lediglich Entstehung, Verlauf und Untergang einer jener religiös inspirierten, an den sozialen Verhältnissen ihrer Welt verzweifelnden Volksbewegungen beschrieben, wie sie uns in der Geschichte, angefangen bei den urchristlichen Sekten über die Wiedertäuferkommunen des 16. Jahrhunderts bis zum Massenselbstmord der Jones-Gemeinde im Urwald von Guayana vor ein paar Jahren, immer mal wieder begegnet - es wäre bereits ein lesens- und bedenkenswertes Buch geworden. Llosa geht jedoch einen entscheidenden Schritt weiter und fragt nach den zeitgenössischen Interpretationen, mit denen die beiden herrschenden und miteinander konkurrierenden Machtgruppen Brasiliens (Republikaner/amerikanisches Kapital - Monarchisten/Großgrundbesitzer), aber auch ein Anarchist, 'Freund bewaffneter Volksaufstände', ein soziales Phänomen in den Griff zu bekommen versuchen, das sich jeder umstandslosen gesellschaftlichen Einordnung verweigert.

»Da die Republikaner Idealisten waren, die sich für die einfachen und armen Leute einsetzen wollten und davon überzeugt waren, daß die Republik überhaupt nur zum Wohl der armen Leute errichtet worden war, konnten sie nicht akzeptieren, daß die Rebellen genau diese armen Bauern, die armen Teufel waren, denen die Republik nur Gutes tun wollte. Also baute die Republik ein Gespenst auf, um die Rebellen besser hassen zu können, um sie besser töten und unterdrücken zu können.«
(Vargas Llosa)

Werkzeug wie Opfer dieser Verschwörungstheorie wird der Anarchist Galileo Gall, dessen kurzschlüssiges Engagement für 'die Sache des Volkes' ihn in den Plan des. bahianischen Führers der Republikaner, Epaminondas Goncalves, einwilligen läßt, Waffen englischer Fabrikation nach Canudos zu bringen. Die Notwendigkeit, den Aufstand zu bewaffnen, wiegt für ihn schwerer als sein Wissen um die Intention des Republikaners, der lediglich Beweise für die behauptete britische Einmischung konstruieren will. Gall sieht im religiös/mythischen Selbstverständnis der Rebellen nur Randphänomene. Wesentlich ist ihm, was die 'Jaguncos' tun: Sie besetzen Land, verbrennen in weitem Umkreis die Facendas der Großgrundbesitzer, sie verbieten das republikanische Geld und lehnen jede staatliche wie kirchliche Autorität ab.

Die Frage, ob und inwieweit die Qualität einer Volksbewegung (also das, was sie sozial und politisch zu verändern vermag) zusammenhängt mit ihren Motiven und der Selbstwahrnehmung der an ihr Beteiligten, ist eines der zahlreichen Themen, die Llosa - ohne je dem Leser durch Präsentation vordergründiger Antworten das eigene Denken zu ersparen - behandelt. Und es ist ein nach wie vor aktuelles Thema: Was ist schließlich nicht alles schon über die positive Rolle der katholischen Kirche innerhalb der polnischen Gewerkschaftsbewegung gesagt und geschrieben worden, und gefährdet nicht auch der um sich greifende unreflektierte Kirchentagspazifismus westlicher Friedensgruppen das (vermeintlich) allen gemeinsame Ziel.

Die dritte gesellschaftliche Gruppe, der der Sebastianitenaufstand zum Problem wird (und zwar unmittelbar: es sind ihre Güter, die da besetzt oder verbrannt werden), und die sich dementsprechend bemüht, ihn interpretatorisch so zuzurichten, daß er nicht auch noch in ihrem Weltbild größere Verwüstungen anrichtet, sind die Repräsentanten des feudal strukturierten portugiesischen Kolonialsystems, die vergeblich ihre überkommenen Privilegien gegen den wachsenden Zustrom nordamerikanischen Kapitals zu verteidigen unternehmen. Historisch gesehen sind sie die eigentlichen Verlierer eines

Aufstandes, der in der Republik seinen wesentlichen Gegner sah. Ihre Position ist klar und simpel: Die Aufhebung traditioneller Werte und Bindungen durch administrative Maßnahmen der republikanischen Regierung hat das Land ins Chaos gestürzt.

Spätestens nach der Niederlage der dritten Strafexpedition ist es mit der 'Ruhe' der Großgrundbesitzer endgültig vorbei. Sie regen (und dieser Vorgang ist exemplarisch nicht nur für die Zeit um 1900) einen politischen Handel an: Verzicht auf die politische Macht in Bahia gegen eine Garantie, *daß Landbesitz und städtischer Handel unangetastet bleiben.* Baron de Canabrava, der - ohne zu verstehen, was da tatsächlich vor sich geht - erkennt, daß die Tage des kolonialen Feudalismus gezählt sind, schlägt dem Republikaner Goncalves eine Art 'Große Koalition' vor: » *Vergessen Sie die schrillen jakobinischen Töne, hören Sie auf, die armen Portugiesen anzugreifen, die Verstaatlichung der Unternehmen zu fordern: seien Sie praktisch. (..) Übernehmen Sie die Regierung und verteidigen wir in dieser Hekatombe gemeinsam die staatsbürgerliche Ordnung. Verhindern wir, daß die Republik auch hier, wie in so vielen lateinamerikanischen Ländern, zu einem grotesken Hexenkessel wird, in dem alles Chaos, Putsch, Korruption, Demagogie ist ... «*

Und die Aufständischen, die weltabgewandt und unwissend ihrem Todfeind in die Hände arbeiteten? Sie beherrschen den Roman. Vargas Llosa schreibt ihre Geschichte mehrfach: als eine der in sie verstrickten Individuen - die zahlreichen Einzelbiographien, in denen Llosa den Lebensweg der sebastianitischen Leitfiguren schildert, fügen sich zu einem bedrückenden Panorama persönlicher Not und allgemeinen Elends -, aber auch als eine der durch religiöse Motive zusammengehaltenen (und zusammen untergehenden) Massenbewegung.

Aus der komplexen Struktur des Buches stellt sich ein präzises Bild der Verwüstungen her, die der Kolonialismus alten Stiles in den von ihm ausgebeuteten Ländern und Menschen hinterließ und die der Imperialismus heute noch und zunehmend in den Ländern der Dritten und Vierten Welt hinterläßt.

Was könnten wir - zufällig auf's Faktum gestoßen und selbst wenn wir wollten - über den Aufstand in Bahia erfahren, gäbe es Llosas Buch nicht, aus dem so vieles für die Gegenwart zu lernen ist? 'Das gesammelte Wissen unserer Zeit' jedenfalls, die »Enzyclopaedia Britannica«, hat für die Katastrophe von Canudos nur einen denunziatorischen Halbsatz übrig: *»a rebellion of the ignorant and fanatical population in the hinterland of Bahia. «*

Die Sieger von Canudos haben ein zweites Mal gesiegt: über ein kollektives Gedächtnis, dem sie selbst die Erinnerung an die Toten austrieben. *»In diesem Krieg hat sich niemand mit Ruhm bedeckt. Und niemand begreift, was eigentlich geschehen ist. Die Leute haben beschlossen, den Vorhang darüber fallen zu lassen. Das ist klug, heilsam«.*

Mario Vargas Llosa: Der Krieg am Ende der Welt, 725 S., Suhrkamp-Verlag, 1982,48 Mark

Konkret 02/83, S. 100

Wolf Donner

Bücher: Kinobücher

Die Neuerscheinungen auf dem Filmbücher-Markt sind kaum noch zu überblicken. Aber zwei Nachschlagewerke können – bei allen Mängeln – jedem Kino-Gänger empfohlen werden

Als der ZDF-Redakteur Dieter Krusche 1973 sein Filmlexikon herausgab, fiel die deutsche Kritik erbost über ihn her. Man warf ihm eine unsinnige Filmauswahl und ungeschickte Aufteilung vor, die Einzelinterpretationen seien zu werkimmanent und bürgerlich-kunstsinnig, die Länder- und Regisseurporträts zu knapp, zu oberflächlich, das ganze auf ärgerliche Weise ZDF-lastig.

Vielleicht haben wir Krusche Unrecht getan. Über die Jahre hat sich Reclams Filmführer als nützliches Handbuch erwiesen. Fünf Auflagen belegen die kontinuierliche Nachfrage, die zahlreichen Verbesserungen sind Beweis für die Offenheit des Autors; er hat erstaunlich viele Rügen und Anregungen seiner Kritiker aufgenommen, von der Auswahl und Gesamtanlage des Buchs bis zur Gewichtung in einzelnen Texten.

Das wichtigste sind, getreu dem Schema der Reclam-Führer, komprimierte Beschreibungen und Charakterisierungen von über 1. 100 Filmen (hundert mehr als in der ersten Ausgabe); dazu ein Überblick zur Filmsituation in 36 Ländern, 106 Regisseur-Kurzporträts sowie die Register aller Titel (deutsch und original), Regisseure und Autoren. Die Unterteilung in Stumm- und Tonfilme hat Krusche aufgegeben, die alphabetische Anordnung der Filme nach den Originaltiteln nicht. Leider, denn wer spricht schon Japanisch, Ungarisch, Schwedisch ... ?

In der Filmauswahl kann Krusche natürlich nur kosmetische Korrekturen vornehmen, ganz evidente Unterlassungssünden revidieren. Nur je ein Film von den Amerikanern Altman, Cukor (»A Star Is Born«, nicht »Casablanca(o, Fuller, Mankiewicz, Minelli, Scorsese, Siegel, den Marx-Brothers, das mag viele wundern; gar keinen von Boetticher, Corman, Daves, Douglas, Edwards, Hill, Mulligan, Nichols, Ray, Sirk, um nur ein paar zu nennen, das bleibt völlig unverständlich; genauso das Auslassen so wichtiger deutscher Namen wie Ackeren, Geissendörfer, Lilienthal, Sanders, Schilling, Schroeter, Thome.

Bei den Regisseurporträts finden sich Namen, die man kaum kennt, während z.B. Coppola, Ken Loach, Ken Russell, Siegel, Sirk fehlen. Aber die Schwächen des Filmführers kennt und registriert wohl nur der Fachmann, und für den ist er nicht geschrieben. Ein Nachschlagewerk wie dieses qualifiziert sich durch das Vorhandene, in diesem Fall seine lesbaren und informativen Filmtexte, und durch seine Brauchbarkeit für jedermann; beides ist erwiesen.

Dieter Krusche: Reclams Filmführer, 5., völlig neu bearbeitete Auflage, 800 Seiten, Reclam-Verlag, 44,80 Mark

Der Dokumentarfilm bis etwa 1960 ist mehrfach und ausführlich beschrieben worden, die Zeit danach nur unzureichend. »Der Dokumentarfilm seit 1960« von Wilhelm Roth ist ein Standardwerk von imponierender Materialfülle, das Ergebnis jahrelanger Sammel-, Sicht- und Forschertätigkeit, kompetent und souverän; man wird künftig 'den Roth' zitieren.

Das Buch ist etwas unsystematisch. Oft verheddert sich Roth innerhalb seiner Einteilungen, muß langwierig die Zuordnungen und Zusammenhänge herstellen, subsumiert viel Disparates unter nicht immer glücklich formulierten Kapitelüberschriften. Einer späteren Ausgabe des Buches wünscht man außerdem ein abgeschlossenes Kapitel zum Überbau, zur Ästhetik und Theorie des Dokumentarfilms inklusive Literaturbericht, und in den Texten öfter die Querverbindungen und Beziehungen zum Spielfilm. Aber für Roths Kompendium gilt wie für Reclams Filmführer, daß es nicht nur für Fachleute geschrieben ist, und selbst die werden es eher als Nachschlagewerk benutzen (was der Autor auch empfiehlt), weniger als historische Darstellung. in aller Bescheidenheit nennt Roth sein Buch eine »Vorstudie« zur Geschichte und Theorie des Dokumentarfilms.

Kernstücke aller elf Kapitel sind Texte zu einzelnen Filmen, und hier zeigt sich Seite für Seite die außergewöhnliche Qualität des Unternehmens. Roth beschreibt Inhalt, Form, oft auch Wirkung und Rezeption und Produktionsumstände der Filme, er interpretiert, zitiert, vergleicht, versucht einzuordnen. Er bleibt dabei nüchtern, meinungsfreudig und kenntnisreich. Wo immer man auch nachprüft, überzeugt und informiert er bis ins Details.

Der Spielfilm will in erster Linie unterhalten und kaschiert sein Thema, sein Engagement mit Handlung, Spannung, action und allen Zutaten der Kinodramaturgie. Der Dokumentarfilm stellt dar, setzt sich direkt mit der Realität auseinander, nimmt Stellung, greift ein, klagt an, motiviert Menschen zu reden, artikuliert die Not der Unterdrückten. Unbeirrbar verfolgt Roth dieses moralisch soziale Moment des Mediums. Er hat ein eminent politisches Buch geschrieben.

Wilhelm Roth: Der Dokumentarfilm seit 1960, 230 Seiten, Bucher-Verlag, 36 Mark

Konkret 02/83, S. 102

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Man muß auch gönnen können, und so stehe ich nicht an zuzugeben, daß Enzensbergers »Transatlantik« zwar eine modisch-reaktionäre Bäckerblume ist, es aber an Originalität mit fast jedem aufnehmen kann, dem auch nichts mehr einfällt. Man nehme nur die St. Pauli-Reportage im letzten Dezember-Heft:

Nahezu jeden Abend konnten Sie einen älteren Herrn sehen, dezente Nadelstreifen, schwerer Wollmantel, wie er mit der Würde eines inkognito reisenden Monarchen die Meile abschritt. Selbstverständlich grüßten ihn alle Polizisten, die meisten des Viertels mit »Mr. Joe«. Anfragen an die Polizei wurden jedoch stets mit der Formel beantwortet, Herr Guiseppe di Georgio sei als einfacher Tourist in der Stadt, und über ihn sei nichts, aber auch wirklich nichts *sonst bekannt.*

Und man vergleiche diese feinen Beobachtungen mit den plumpen Nachrichten, die mein Freund Michael Schilling zwei Monate zuvor in KONKRET verbreitet hatte:

Jener italo-amerikanische Herr, der im dezent gestreiften Anzug mit Weste, Hut und schwerem Wollmantel täglich die Meile abschritt, ohne daß einer sagen konnte oder wollte, zu welchem Zweck das geschah. Kam die »Schiniere«, war er » Tourist«.

Und nun wieder »Transatlantik«:

Meist galt sein Weg einem der illegalen Spielcasinos. Onkel Joe betrat den sofort schweigsamen Raum und nahm jenen Spieler in die Zange seines Blickes, von dem er gehört hatte, er habe ungebührliches Glück gehabt. Dann schritt er mit unnachahmlicher Würde zum Roulettetisch und warf dreimal hintereinander die X. »X gewinnt nix«, sagte er vielleicht noch, aber ein weiteres Wort war nie nötig.

Michael Schilling hatte, im September, noch weniger Worte verloren:

Doch wenn ein Gast in einem der illegalen Spielcasinos zu viel Glück hatte, geschah es, daß »Mr. Joe« ans Roulette trat und dreimal hintereinander die X warf (»X gewinnt nix«).

Mit der letzten Paranthese hat Schilling, das Schwein, seinen Plagiator reingelegt. Die Klammer legte nahe, das »X gewinnt nix« für ein Wort des Mr. Joe zu halten, und nur der Augenzeuge konnte wissen, daß es von den Croupiers Freddy und Matteo gebraucht wurde. Während die Beobachtung, wie der inkognito reisende Monarch den Spieler in die Zange seines Blickes nahm, dem transatlantischen Verfasser einer Reportage über die Kritik eines St. Pauli-Buches zugeschrieben werden kann. Exklusiv.

Einerseits warnt der Bundesminister für Gesundheit auf jeder Zigarettenpackung vor den Gefahren des Rauchens, andererseits lädt der Bundespräsident den »Bergedorfer Gesprächskreis« in die Villa Hammerschmidt ein. Das ist nicht nur deshalb bemerkenswert, weil die Spesen, die dabei anfallen, von der Steuerschuld eines Unternehmens abgesetzt werden, ohne dessen Produkte keine Filterzigaretten hergestellt werden könnten. Besorgnis muß es erregen, daß der Chef der Firma seine gesundheitsgefährdende Tätigkeit nicht etwa nach Büroschluß einstellt, sondern erst richtig aufnimmt. Zum Beispiel so:

Wir haben uns hier zusammengefunden, weil wir im Anschluß an die vor wenigen Tagen beendete Gipfelkonferenz in Versailles eine weltwirtschaftspolitische Manöverkritik abhalten können. Sicherlich werden Ergebnisse und Nichtergebnisse dieser Konferenz sowie vielleicht auch einige Dinge, die sich die Gipfelstürmer im »chambre séparé« hinter den Kulissen zugeflüstert haben, zur Sprache kommen.

Die Raucher bringt Herr Körber hauptberuflich mit Metastasen um. Am Rest der Menschheit probiert er's mit Metaphern. Als Hobby.

Nach den Erlebnissen, die wir mit Hans-Dietrich hatten, warteten wir geradezu darauf, daß gris einer den Liberalismus richtig erklärt. Und wer wäre dazu besser geeignet als der Professor Ralf Dahrendorf:

Liberalismus ist im Grundsatz eine durchaus klare und einfache Zielrichtung des politischen Handelns: es kommt darauf an, alles zu tun, um die Lebenschancen des einzelnen zu erweitern. Je mehr Menschen mehr Lebenschancen haben, desto liberaler ist eine Gesellschaft.

Damit nun aber niemand an die Ausbildungsförderung für Proletenkinder denkt, präzisiert Dahrendorf:

Lebenschancen sind ein anderer Begriff, als ihn die Utilitaristen des letzten Jahrhunderts verwendet haben. Für sie ging es um das größte Glück der größten Zahl. Aber Glück entzieht sich der Politik, sollte es auch tun. Darum ist der ökonomische Begriff der Wohlfahrt schon besser. Nur ist er zu eng, zu sehr auf Optionen, auf materielle Wahlchancen bezogen. Lebenschancen schließen nicht nur Optionen, sondern auch Ligaturen ein.

Vor allem die Tubenligatur, die das Entstehen von Arbeitslosen und den Bedarf an Wohlfahrt sozusagen im Keim erstickt.

Gibt's denn gar nichts zu lachen? Doch, den Theo:

Nun rüpeln und rempeln sie wieder, unsere Politiker. An Tiefschlagworten fehlt es nicht. Und der Kampfbegriff liegt als Prügel bereit. Eine Schlammschlacht wäre ein Affront der Bürger. Es braucht nicht polemische Vernebelung. Der Politiker darf nicht nur Sprechblasen absondern und sich im übrigen mit der Schmähung, ja Verteufelung des Gegners begnügen. Er muß Unterschiede und Alternativen sachlich darstellen, nicht sie in einem Schwall von polarisierenden Plattheiten ertränken wollen. Die Ruppigkeit darf nicht zum Selbstzweck werden, die Entgleisung nicht zum Wahlkampfprinzip. Die Versuchung mag groß sein, mit Slogans einen Blankoscheck zu erschleichen.

Aber da ist die Bankenaufsicht vor. Den Rest müßte man inszenieren. Ich denke da an Zadek: Tiefschläge auf Gleisen im Slime-Schlamm, mit Prügeln, Sprechblasen und Nebelkerzen, ertränkt von einem platten Schwall, und zum Schluß kommt Iphigenie und ruft: Tschühüs.

Ich verstehe ja, daß die »Frankfurter Rundschau«, die so nahe an der »Allgemeinen« gebaut hat, ab und an auf ihrem Gymnasium besteht, auch wenn man deutlich merkt, daß das consilium abeundi sie schon Quartra ereilt hat:

Das sind Vorstellungen, die einander per definitione ausschließen.

Wer hoch hinaus will, kann tief fallen, oder, wie die lokale Konkurrenz sagen würde: per aspera ad asthma.

In einer Werbekampagne der »Welt« stellen sich die Korrespondenten des Blatts selbst vor, darunter auch Dr. Hans (Made in) Germani:

Meine Arbeit ist mit Konflikten und Kriegen eng verbunden. Es fing in Europa mit der Ungarn-Revolution gegen die Sowjets an, bei der ich als Journalist verwundet wurde, es ging weiter durch die blutigen Massaker und Kriege im schwarzen Kontinent. Die Sowjets sind mir von Ungarn förmlich gefolgt - inzwischen, von Südafrika aus gesehen, sitzen sie rundum in den Nachbarstaaten. Johannesburg ist eines der Zentren der Welt, wo man hautnah die Expansion Rußlands als Weltmacht spüren kann.

Vorausgesetzt, man hat die falsche Farbe, gibt es für hautnahes Spüren drei Jahre Knast. Aber immerhin erfährt man bei dieser Gelegenheit, was die Sowjets in Angola und Mozambique suchen: den Hans Germani. Hoffentlich finden sie ihn bald. Denn seine Arbeit ist mit Konflikten, Massakern und Kriegen verbunden.

Die Korrespondentin, die die »Welt« in den Dschungel des Hamburger Gaststättengewerbes schickt, hat sich nicht vorgestellt:

So etwas wie ein Tausendsassa unter den italienischen Gastronomen ist Paolo Cherchi. Der kleine Sizilianer

kommt aus Sardinien. Er hat Sizilien noch nie gesehen. Die Korrespondentin aber hat sich für einen Auslandsposten qualifiziert. Wie wär's mit Zimbabwe? Dort gibt's zwar keine sizilianischen Sarden, aber lauter schwarze Russen, und das ist doch auch was, oder?